

Protokoll

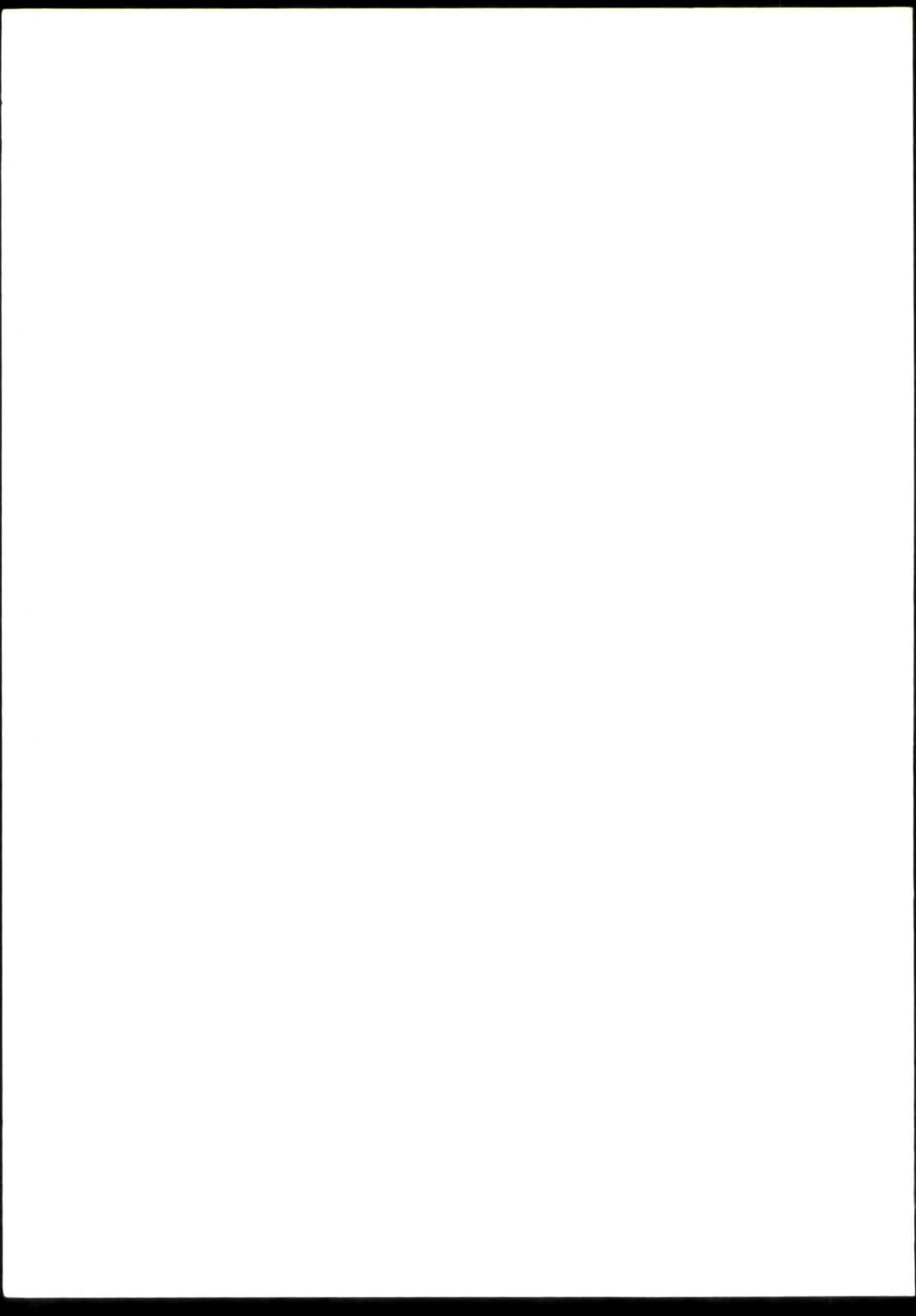
**1. Parteitag der
CDU Deutschlands
Hamburg**

1.-2. Oktober 1990

CDU

**Freiheit
Wohlstand
Sicherheit**





**1. Parteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Protokoll

Hamburg, 1.-2. Oktober 1990

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75,
5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, Vorsitzender der CDU Deutschlands	5
Erklärungen der CDU-Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin (Ost)	10
Wahl des Tagungspräsidiums	18
Beschlußfassung über die Tagesordnung	20
Bestätigung der von den beiden Vorständen bestellten Antragskommission	21
Wahl der Mandatsprüfungskommission	21
Wahl der Stimmzählkommission	22
Rede des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	22
Rede des Vorsitzenden der CDU in der DDR, Ministerpräsident Lothar de Maizière MdVK	38
Aussprache	45
Grußworte	
– Ministerpräsident Wilfried Martens	50
– Ministerpräsident Prof. Dr. Jozsef Antall	83
– Bundesminister Dr. Theodor Waigel MdB	111
Bericht der Mandatsprüfungskommission	65
Wahl des Bundesvorstandes	66
– Wahl des Bundesvorsitzenden	67
– Wahl des Generalsekretärs	68
– Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden	70
– Wahl des Bundesschatzmeisters	70
– Wahl der 10 weiteren Mitglieder des Präsidiums	71
– Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes	72

Wahl der 3 Rechnungsprüfer	87
Zuwahl eines ordentlichen und eines stellvertretenden Mitglieds des Bundesparteigerichts für dessen restliche Amtszeit bis 6. November 1992	87
Beratung und Beschlußfassung des Vereinigungsmanifestes der CDU Deutschlands Einführung: Generalsekretär Volker Rühle MdB	89
Sonstige Anträge	133
Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	139
ANHANG	
Beschlußprotokoll	143
Beschlüsse	
– Manifest zur Vereinigung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands	153
– Sonstige Beschlüsse	159
Namensverzeichnis	163

Montag, 1. Oktober 1990

1. Plenarsitzung
Beginn: 13.21 Uhr

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands!

Hiermit eröffne ich den 1. Parteitag der CDU Deutschlands.

(Die Delegierten erheben sich – Ovationen – Rhythmisches Klatschen und Helmut-Rufe)

Liebe Freunde, herzlichen Dank! Wir haben es gemeinsam getan. Was ich dazutun konnte, konnte ich nur tun, weil ich Ihr Vertrauen besaß. Dafür danke ich Ihnen vor allem in dieser Stunde.

(Beifall)

Liebe Freunde, heute können wir endlich sagen, daß wir dem Namen und dem Anspruch unserer Partei umfassend gerecht werden. Die Delegierten zu diesem Parteitag in Hamburg kommen aus allen Teilen Deutschlands. Ich begrüße besonders die Delegierten aus Brandenburg,

(Beifall)

aus Mecklenburg-Vorpommern,

(Beifall)

aus Sachsen,

(Beifall)

aus Sachsen-Anhalt,

(Beifall)

aus Thüringen

(Beifall)

und aus Ost-Berlin.

(Beifall)

Sie alle sind als Delegierte Vertreter unserer Parteimitglieder. Sie sind die Vertreter unserer Mitglieder, die in den Orts- und Kreisverbänden, in den Bezirks- und Landesverbänden und natürlich jetzt in der Gesamtpartei für unsere gemeinsamen Ideale wirken. Ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Liebe Freunde, dies ist der Vereinigungsparteitag der CDU Deutschlands. Er führt zusammen, was gemeinsam entstanden ist, und beendet über 40 Jahre gewaltsamer Trennung. Wir finden uns wieder zusammen, fest wurzelnd in den Ursprungsideen unseres gemeinsamen Herkommens.

Eugen Gerstenmaier hat einmal gesagt, Gründung und Geschichte der Unionsparteien seien „alles in allem der spontanste, der sichtbarste und der wirksamste ... Ausdruck der Wandlung Deutschlands und der Deutschen im 20. Jahrhundert“. Diese Worte sagte nicht irgendwer, liebe Freunde, sondern der unvergessene Eugen Gerstenmaier, der Mitverschworene des Attentats vom 20. Juli 1944, der Mitgestalter christlich-demokratischer Politik in der Bundesrepublik Deutschland der 50- und 60er Jahre, einer der prägenden intellektuellen Köpfe unserer Partei.

Dies sind Worte tiefer Genugtuung. Sie sind Ausdruck der Erleichterung, daß nach der Katastrophe der unseligen Nazi-Diktatur ein Neuanfang geglückt ist – ein Neuanfang in Staat und Gesellschaft, der entscheidend durch uns, die Unionsparteien, geprägt wurde.

(Beifall)

Liebe Freunde, hier und heute stehen wir wieder vor einem Neubeginn – Deutschland wird wiedervereinigt, die CDU wird wiedervereinigt. Dies sind Tage großer Freude und großer Dankbarkeit. Denn das, was wir jetzt bauen dürfen, wäre völlig undenkbar ohne das Fundament, das von den Gründern unserer Partei so dauerhaft und zukunftsweisend errichtet wurde. Wir alle danken Gott, daß wir diesen Tag erleben dürfen.

(Anhaltender Beifall)

Jetzt, da Diktatur und Unfreiheit, Unterdrückung und Teilung endgültig überwunden sind, ist es für uns eine selbstverständliche Pflicht, der Gründer unserer Partei zu gedenken, der Gründer dieser großen Volkspartei, die konfessionelle Gräben und die unselige Parteizersplitterung der ersten deutschen Demokratie überwand, die alle sozialen Schichten und Gruppen unseres Volkes umfaßt und die nicht zuletzt als Partei der Mitte endlich stark genug wurde, ein stabiles demokratisches Regierungssystem mitzugestalten.

Die CDU ist ein Symbol deutschen Neuanfangs nach 1945. Sie ist aber auch und nicht zuletzt eine Partei, deren Wurzeln tief in den deutschen Widerstand gegen die totalitäre Nazi-Barbarei hineinreichen. Sie ist auch aus dem Kreis des Widerstands gegen Unterdrückung und Unfreiheit eines verbrecherischen Regimes geboren. Sie wurde von dem festen Willen beseelt, nie wieder in Deutschland Diktatur oder Krieg zuzulassen.

(Beifall)

Der erste Vorsitzende des Reichsverbands der Christlich Demokratischen Union, wie damals die Berliner Gründung hieß, Andreas Hermes, saß noch neun Wochen vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden in der Todeszelle. Sein Nachfolger Jakob Kaiser war als christlicher Gewerkschafter ebenfalls führend am Widerstand gegen die Nazi-Barbarei beteiligt. Fast alle der 35 Unterzeichner des Berliner Gründungsaufrufs vom 26. Juni 1945 waren Verfolgte des Nazi-Regimes, allein 15 von ihnen waren Beteiligte, Eingeweihte und dann auch Verfolgte im Zusammenhang mit dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944.

Bei der unvergeßlichen Gründungskundgebung am 22. Juli 1945 im Theater am Schiffbauerdamm hielt Andreas Hermes die programmatische Eröffnungsrede. Theodor Steltzer sprach das Schlußwort. Steltzer war wie Hermes gerade ein Jahr zuvor am Umsturzversuch am 20. Juli beteiligt gewesen und dann ebenfalls zum Tod verurteilt worden. Als auf dieser Kundgebung Hans Lukaschek, späterer Bundesminister für die Vertriebenen, ans Rednerpult ging, ging ein Aufschrei durch den Saal: Der Prälat Ullitzka, wie Lukaschek schlesischer Zentrumspolitiker, einer der führenden Köpfe des deutschen Zentrums vor 1933 in der Weimarer Republik, stürmte nach vorn. Die Freunde fielen sich in die Arme: Sie hatten beide nicht gewußt, daß der eine das KZ Ravensbrück, daß der andere das KZ Dachau überlebt hatte.

Im Rheinland wurde die Gründung einer christlich-demokratischen Partei am 17. Juni 1945 beschlossen. Im Kölner Kolpinghaus waren damals viele der Überlebenden des rheinischen Widerstands versammelt. Leo Schwering, der spätere Oberbürgerger-

meister, erinnerte an die Opfer des Widerstands. Er beklagte die Lücken, die das mörderische Regime gerissen hatte, und rief aus: „Wo sind Nikolaus Groß, Bernhard Letterhaus, Prälat Otto Müller und Otto Gerig? Wo sind meine beiden Gefährten Theodor Babilon und Heinz Richter? Sie fielen als Blutzeugen.“ Und er sagte das visionäre Wort: „Sie alle werden Samen für unsere Zukunft sein.“

Liebe Freunde, das sind nur wenige Beispiele, denen sich ähnlich bewegende Schilderungen aus den anderen Gründungskreisen in Nord und Süd, in Ost und West unseres Vaterlandes anfügen ließen. Bleiben wir uns stets bewußt und seien wir stolz darauf: Die Christlich Demokratische Union, die Unionsparteien in Deutschland haben ihre wichtige Wurzel in der Auflehnung des Gewissens und im Aufstand der Tat gegen die Nazi-Barbarei. Sie verdankt ihren Ursprung dem Geist der Freiheit, der sich im Widerstand und in den Konzentrationslagern gegen totalitäre Unterdrückung und Unrecht herausgebildet hatte. Dieser Geist der Freiheit ist die entscheidende Klammer der neuen Partei gewesen, und er wird es bleiben.

Angesichts eines „Trümmerhaufens sittlicher und materieller Werte“ forderte 1945 der Berliner Gründungsauf Ruf Demokratie, Freiheit, Recht und Gerechtigkeit als Grundlagen der Wiedergeburt unseres Vaterlandes. Dies ist und bleibt die Grundüberzeugung unserer Partei.

(Beifall)

Es ist tragisch – wir empfinden dies gerade in dieser Stunde –, daß der politische Neuanfang nur im westlichen Teil Deutschlands dauerhaft gelang. Die Christlich Demokratische Union der sowjetisch besetzten Zone geriet schnell unter die Diktatur eines neuen totalitären Regimes. Andreas Hermes wurde bereits im Dezember 1945 als Vorsitzender abgesetzt, sein frei gewählter Nachfolger Jakob Kaiser im Dezember 1947. Die totalitäre Staatspartei SED unterwarf die CDU ihrem Regime und zwang sie zum Verzicht auf politische Eigenständigkeit. Wer sich jetzt noch offen zu den Idealen des Berliner Gründungsauf rufs bekannte, wurde mit Verhaftung, mit Deportation, mit Zuchthaus und Tod bedroht. Wir gedenken mit großer Achtung der Tausenden von Mitgliedern, Mandats- und Funktionsträgern, die damals und später Leid und Verfolgung ertragen mußten.

(Beifall)

Der Weg von der Gründung der CDU in der sowjetisch besetzten Zone bis hin zu der Partei, die wir in 40 Jahren SED-Staat erlebt haben, umfaßt bis zur Erneuerung seit dem vergangenen Jahr viele bittere und auch tragische Abschnitte.

Es war ein Weg verzweifelten Kampfes um Selbstbehauptung und manchmal auch von später Einsicht. Der Weg ist aber auch gekennzeichnet von rücksichtsloser Unterdrückung durch das Regime, von menschlichem Versagen und von mancher leichtfertigen Illusion.

Vor allem wir, denen es geschenkt war, 40 Jahre in Frieden und Freiheit zu leben, sollten uns davor hüten, pauschal zu urteilen oder gar zu verdammen.

(Beifall)

Jeder von uns, liebe Freunde, möge sich prüfen, wie er sich selbst in einer solchen Zwangslage verhalten hätte.

Eines aber können wir mit voller Berechtigung feststellen: Es hat immer Menschen gegeben, die für die Ideale des christlich-demokratischen Gedankenguts einstanden und dafür verfolgt wurden. Es gab sie als Mitglieder der Union, es gab sie als einzelne

Christen in Deutschland, die sich ihrer politischen Verantwortung auch unter den Zwangsverhältnissen bewußt waren.

Alein in den Jahren der Gleichschaltung 1948 bis 1950 sind über 600 CDU-Mitglieder verhaftet und viele von ihnen verschleppt worden. Als 1950 der erste Parteitag der Exil-CDU zusammentrat, waren 160 Delegierte des letzten freien Parteitags von 1947 darunter. Weit mehr als die Hälfte der Delegierten von 1947 hatten als politische Flüchtlinge ihre Heimat verlassen müssen. Seit Mitte der 50er Jahre bis zum Mauerbau am 13. August 1961 flüchteten mit vielen unserer Landsleute auch Tausende CDU-Mitglieder.

Das relative Glück, durch Flucht der Verfolgung entgehen zu können, hatten nicht alle. Wie unter nationalsozialistischem Terror starb auch nach 1945 eine bisher nicht genau gezählte Anzahl von Menschen – kalt von der Staatssicherheit, der neuen Gestapo, gemordet, in Schauprozessen verurteilt und hingerichtet, in die Zwangsarbeit verschleppt und elend zugrunde gegangen.

Ich nenne für viele Frank Schleusener. Er war Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Brandenburg und bereits von den Nationalsozialisten als Staatssekretär im preußischen Finanzministerium entlassen worden. Anfang April 1950 wurde er von der Staatssicherheit zu Tode gefoltert.

Ich nenne Johann Muras und Ernst Wilhelm aus Groß-Bebra. Beide wurden Opfer eines Justizmords.

Ich nenne Walter Kolberg aus Wolgast im Kreis Greifwald. Er war Mitbegründer der CDU in Mecklenburg. Er wurde 1950 verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er fand in Workuta den Tod.

Wir verneigen uns in tiefer Trauer vor allen Zeugen und Opfern aus schwerer Zeit. Die Geschichte der CDU in der DDR hat gezeigt, daß man christlich-demokratische Ideen unterdrücken und ihre Vertreter verfolgen kann, daß aber die Leuchtkraft unserer Ideale von Freiheit, von Solidarität und Gerechtigkeit nicht zu zerstören ist.

Mit der friedlichen Revolution unserer Landsleute in der DDR hat sich auch die CDU aus der Umklammerung durch die SED befreit. Die Erneuerung kam von der Basis. Lothar de Maizière und seine Freunde haben die Partei mit Mut und Weitsicht in die Eigenständigkeit zurückgeführt und zugleich – auch mit uns – auf den Weg in die neue Einheit gebracht.

(Beifall)

In der Wiedergeburt kam der Geist des Berliner Gründungsaufrufs von 1945 zum Ausdruck. Auf ihrem ersten Parteitag in der Umbruchsituation des Jahres 1989 berief sich die Partei unserer Freunde auf diesen Gründungsaufwurf, der seine Aktualität nie verloren hat. Dies war der erste Schritt zur Wiedervereinigung unserer Partei, die wir heute vollziehen.

Unsere Freunde haben unter einer Diktatur leben müssen und bringen ihre spezifischen Lebenserfahrungen mit ein. Das ist ein Gewinn für unsere ganze Partei, für unsere CDU.

(Beifall)

Johann Baptist Gradl, der Mitgründer der CDU in Berlin und langjährige Vorsitzende der Exil-CDU, hat zu Recht immer wieder gemahnt, daß sich die CDU Deutschlands des Ursprungs und der Frühgeschichte auch in Berlin und der Mitte Deutschlands bewußt bleiben müsse – als Tradition und noch mehr als Verpflichtung. Dieser unvergessene glühende Verfechter der deutschen Einheit kann heute nicht mehr

erleben, daß nach der Wiederherstellung demokratischer Freiheiten überall in Deutschland die Exil-CDU ihre Aufgabe erfüllt hat. Darauf hat er immer gehofft, seit dem ersten Bundesparteitag vor jetzt genau 40 Jahren in Goslar.

Der Exil-CDU – auch das gehört zu dieser Stunde – gehört unser Dank, daß bei ihr über 40 Jahre die zu uns gekommenen Mitglieder aus der DDR ihre politische Heimat finden konnten.

(Beifall)

„Wir wählen die Freiheit“ – in diesen knappen Worten hat Konrad Adenauer das Programm der CDU und das Programm seiner Politik zusammengefaßt. Diesen Grundsatz haben wir nie aufgegeben. Dieser Grundsatz blieb stets Leitschnur für unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik, für unsere Deutschlandpolitik sowie für unsere Europa- und Bündnispolitik. Vor 40 Jahren auf dem Parteitag in Goslar wurde dieser Grundsatz als Vision einer glücklichen Zukunft für kommende Generationen verkündet.

Das politische Ziel unserer Partei wurde damals in folgenden Sätzen zusammengefaßt:

Die CDU Deutschlands bekennt sich zu Gesamtdeutschland als Aufgabe und staatlicher Gestalt. Mit dieser gemeinsamen Kraft strebt sie in eine höhere europäische Gemeinschaft hinein und bekennt sich zu den in Europa heute schon lebendigen gemeinsamen Ideen eines christlichen, demokratischen und sozialen Geistes. Sie hofft, daß auf dieser Grundlage auch die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kräfte Europas zu gemeinsamem Wirken zusammenfinden.

In der Resolution dieses Goslarer Parteitags vor 40 Jahren heißt es an einer anderen Stelle:

Uns eint die Überzeugung, daß nur aus christlicher Verantwortung das Leben unseres Volkes in demokratischer Ordnung neu gestaltet werden kann.

Auch das bleibt für uns eine gültige Verpflichtung.

Wir können heute feststellen: Diese Visionen von vor 40 Jahren sind nicht zuletzt dank der Politik unserer Partei Wirklichkeit geworden. Für diese Visionen und für diese Politik standen alle Vorsitzenden der CDU.

Konrad Adenauer hat uns in die Gemeinschaft der freien Völker geführt. Seiner Politik verdanken wir die Neuverankerung der Demokratie in unserem Lande. Er ist der Gründungsvater eines freien und neuen Deutschlands. Sein politisches Ziel, ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa, wird jetzt endlich Wirklichkeit.

(Beifall)

Ludwig Erhard hat unter schwierigsten Umständen die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt. Sie hat uns Wiederaufstieg, Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit gebracht. Der Sozialen Marktwirtschaft als einem freiheitlichen, sozial gerechten und leistungsfähigen Ordnungssystem gehört die Zukunft.

(Vereinzelt Beifall)

Nicht zuletzt Ludwig Erhard verdanken wir es, daß alle schlimmen sozialistischen Experimente und Träume der Vergangenheit angehören.

(Beifall)

Kurt Georg Kiesinger hat die Union in die Nach-Adenauer-Ära geführt. Die von ihm vertretene Politik schlug sich vor allem im Harmel-Bericht von 1967 nieder, der Verteidigung und Entspannungsbereitschaft der neuen weltpolitischen Entwicklung anpaßte. Kurt Georg Kiesinger verdanken wir, daß es dabei blieb, die Trennung Europas nur durch die Überwindung der deutschen Teilung zu beseitigen.

(Beifall)

Rainer Barzel übernahm den Vorsitz in einer schwierigen Oppositionszeit. Er hat seine ganze Kraft dafür eingesetzt, die Partei zusammenzuhalten, als manche schon ihre Auszehrung und ihren Niedergang prophezeiten. Statt dessen nahm die Entwicklung zur Mitgliedpartei und zur programmatischen Erneuerung ihren Anfang.

Liebe Freunde, die CDU ist die Partei, die die richtigen Grundentscheidungen für die Bundesrepublik Deutschland getroffen und in schwierigen Zeiten durchgesetzt hat. Wir haben an der Einheit der Nation festgehalten, weil es uns immer um die Freiheit und um das Wohlergehen aller Deutschen ging.

(Beifall)

Wir werden vom heutigen Tag an gemeinsam und zusammen mit unseren Freunden aus den neuen Bundesländern die Einheit gestalten und mit ganzer Kraft unseren Beitrag dazu leisten, aus dem wiedervereinigten Deutschland ein freies, ein blühendes Land zu machen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist eine gute Tradition und unsere selbstverständliche menschliche Pflicht, derer zu gedenken, die seit dem letzten Zusammentreffen von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Heute, auf diesem Parteitag der Einheit, wollen wir in unser Gedenken alle toten Freunde einschließen, die seit 1945 für unsere Ideale eingestanden sind und für unsere Ziele gekämpft und gestritten haben. Wir wollen vor allem derer gedenken, die Leid, Unterdrückung und Verfolgung auf sich nehmen mußten, ja, den Tod erlitten haben. Wir wollen unseren Toten ein stilles Gebet widmen.

(Musikdarbietung)

Ich danke Ihnen.

Horst Korbella, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Nach diesen sehr bewegenden Minuten der Besinnung und des Rückblicks ist es mir eine große Ehre und besondere Freude, zum TAGESORDNUNGSPUNKT 2 des Parteitages überleiten zu dürfen:

Erklärungen der CDU-Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin (Ost)

Ich rufe zur Abgabe der Erklärung den Landesverband Brandenburg auf.

(Beifall)

Die Erklärung zum Beitritt wird von Herrn Karl-Heinz Kretschmer abgegeben.

Karl-Heinz Kretschmer: Verehrte Damen und Herren Delegierte! Liebe Freunde! Mit großer Freude und innerer Bewegung darf ich Ihnen als Vertreter von 36 Delegierten und über 17 000 Mitgliedern des Landesverbandes Brandenburg heute den einmütigen Beschluß unseres Landesparteitages vom 25. August 1990 zum Beitritt unseres

Landesverbandes in eine ab heute gemeinsame Partei überbringen. Dieser Parteitag hat uns Delegierte ermächtigt zu erklären: Die CDU Brandenburg ist ein Teil der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir wollen am großen Werk der Einheit der Union und der Einheit Deutschlands mitarbeiten. Heute überwinden wir die Trennung der CDU, übermorgen die Spaltung Deutschlands.

Die CDU wurde 1945 aus dem Geiste des Widerstandes gegen ein verbrecherisches totalitäres System gegründet – in Ost und West. Wir haben unsere bitteren Erfahrungen in einem diktatorischen Sozialismus machen müssen. Helfen Sie uns, die Hinterlassenschaft des Sozialismus zu beseitigen. Wir brauchen die Solidarität der CDU ganz Deutschlands.

Wir wollen den uns möglichen Beitrag leisten. Lassen Sie uns gemeinsam ein Deutschland der Freiheit, des Wohlstandes, der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens aufbauen.

Ich darf Ihnen sagen, daß die Mitglieder des Landesverbandes in diesen Stunden von doppelter Freude erfüllt sind: zum einen von der Freude, daß wir fortan zu einer großen und wirkungsvollen Volkspartei gehören, und zum anderen von der Freude, daß wir in wenigen Tagen die Einheit Deutschlands, die wir alle wollen, erleben dürfen.

Sie alle wissen: Wir befinden uns im Landtagswahlkampf. Im gemeinsamen Arbeiten von vielen Freunden aus Ost und West nun schon zur dritten Wahl im Jahre 1990 haben wir festgestellt: Viel ist an Gemeinsamkeit vorhanden. Manches muß gefördert und noch entwickelt werden. An dieser Stelle will ich besonders die Freunde aus Nordrhein-Westfalen, Berlin und dem Saarland erwähnen, die uns zur Seite stehen und uns klargemacht haben: Je enger wir zusammenstehen, desto besser werden wir unsere großen Probleme, die anstehen, bewältigen.

Die neue Zukunft braucht Mut und Optimismus. Ärmel hochkrepeln und anpacken, um aus den hinterlassenen Trümmern ein schönes neues Fleckchen deutsche Heimat im Haus Europa zu bauen.

Die Brandenburger Mitglieder des Landesverbandes der Christlich Demokratischen Union sind dazu bereit. Wir freuen uns nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf das Zusammenwirken in der CDU des vereinten Vaterlandes.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands, gratuliert den Vertreter des Landesverbandes Brandenburg)

Volker Rühle, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde, wir begrüßen den Landesverband Brandenburg und vor allem die Delegierten aus Brandenburg in unserer Mitte. Herzlich willkommen!

(Lebhafter Beifall)

Horst Korbella, Tagungspräsidium: Ich rufe den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern zur Abgabe der Erklärung.

(Beifall)

Die Erklärung zum Beitritt wird von Herrn Dr. Heinrich Steinbrink abgegeben.

Dr. Heinrich Steinbrink: Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (CDU) hat uns ermächtigt, hier folgende feierliche Erklärung abzugeben: Auf seinem Landesparteitag am 25. August 1990 hat der CDU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern seine Delegierten für den ersten gesamtdeutschen Parteitag der CDU Deutschlands ermächtigt, folgendes feierlich zu erklären:

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern versteht sich als Teil der CDU Deutschlands.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Die CDU wurde 1945 als eine Partei für alle gegründet, die an der Überwindung der Trümmer des verheerenden Zweiten Weltkrieges aus innerer Überzeugung mitarbeiten wollten. Heute setzt sich die CDU ebenso für die Bewältigung der Folgen der nicht von uns gewollten Spaltung Deutschlands ein.

Mecklenburg-Vorpommern, ein Küstenland mit vielen Binnenseen, versteht sich als Brücke Deutschlands zu unseren östlichen Nachbarn. Mecklenburg-Vorpommern ist aber gleichfalls das Tor Deutschlands nach Skandinavien. Deutschland beginnt vom Osten gesehen in Mecklenburg-Vorpommern.

In unserem Land sind – trotz jahrzehntelanger Versuche – Traditionen nicht restlos verlorengegangen. Sie sind Grundlagen, auf denen das neue Land Mecklenburg-Vorpommern wiederaufgebaut wird. Der CDU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern sieht mit Vertrauen und Optimismus in die Zukunft des Landes und Deutschlands, merken wir doch, daß Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland das Fundament sind, das uns alle trägt.

(Lebhafter Beifall)

Wir freuen uns in Demut, aber auch mit Hoffnung auf das einige, solidarische und friedvolle Deutschland, das wir als CDU Mecklenburg-Vorpommern mitgestalten wollen.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands, gratuliert den Vertretern des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern)

Volker Rühle, Generalsekretär der CDU: Wir begrüßen den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, vor allen Dingen die Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern hier in unserer Mitte. Herzlich willkommen!

(Lebhafter Beifall)

Horst Korbella, Tagungspräsidium: Ich rufe den Landesverband Sachsen zur Abgabe seiner Erklärung auf.

(Lebhafter Beifall)

Die Erklärung zum Beitritt wird von Herrn Horst Rasch abgegeben.

Horst Rasch: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler und Vorsitzender der CDU ganz Deutschlands!

(Beifall)

Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich spreche für Sachsen. Sachsen, das sind auch die Sorben, das sind die Schlesier, das sind die Vogtländer, das sind auch die Erzgebirgler.

(Lebhafter Beifall)

Man legt bei uns jetzt wieder Wert darauf, daß keiner von all denen vergessen wird. Es sind alle Sachsen gemeint.

Der CDU-Landesverband Sachsen hat auf seinem Landesparteitag am 1. September seine Delegierten für den ersten gesamtdeutschen Parteitag der CDU Deutschlands ermächtigt zu erklären: Die CDU Sachsens ist Teil der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir beziehen uns mit diesem Beschluß und diesem Anliegen auf den Gründungsaufbruch der CDU von 1945. Der Sonderparteitag der DDR-CDU im Dezember 1989 hatte dahin zurückgeführt.

Der Beschluß des Landesparteitags regelte vorsorglich auch noch die Zugehörigkeit der Landesverbände der CDU in der DDR in der Übergangszeit bis zur Vereinigung.

Ich glaube, auf diese Teile des Beschlusses können wir jetzt verzichten; es geht nur noch um Stunden.

(Beifall)

Die Christlich Demokratische Union der Bundesrepublik hatte die Einheit nie aufgegeben, und es war die konsequente Politik dieser CDU und des Bundeskanzlers und der Bundesregierung, die uns so schnell zur Einheit geführt hat.

(Bravorufe und Beifall)

Besonders wichtig an dieser Einheit ist, daß sie nicht destabilisierend für Europa wirkt, sondern daß sie eine neue Dynamik hineinbringt hin zu einem einheitlichen Europa.

(Beifall)

Ich selbst war Landesvorsitzender des Demokratischen Aufbruch.

(Beifall)

Für uns vom DA und auch für die Freunde von der Bauernpartei ist dies schon ein zweiter Schritt. Am 1. September dieses Jahres waren wir in die DDR-CDU mit dem deutlichen Blick auf den heutigen Tag hineingegangen. Uns ging es darum – das haben wir damals so erklärt –, eine organisatorische und politische Heimat zu finden; hier in Hamburg könnte man sagen, den Heimathafen zu finden. Aber wir wollten in dem Hafen nicht vor Anker gehen. Wir haben damals auch erklärt, die CDU Sachsens ist noch nicht die, die sie werden will und muß.

Wir sehen drei deutliche Aufgaben. Zuerst einmal sind zwei Wahlen zu gewinnen.

(Beifall)

Die bisher guten Ergebnisse der CDU in Sachsen machen uns optimistisch. Hinter uns steht die CDU Deutschlands – das ist für uns entscheidend –, und wir treten mit einem Kandidaten an der Spitze an – Professor Biedenkopf –,

(Beifall)

der Kompetenz in die Politik Sachsens bringen wird, der das Vertrauen der gesamten CDU genießt und auch das Vertrauen der Bevölkerung hat. Schon jetzt glauben wir sagen zu können, daß er ein Kandidat des Vertrauens ist.

Ich hatte gesagt, drei Aufgaben; das waren zunächst die zwei Wahlen. Die dritte Aufgabe ist eine solide Basisarbeit in Sachsen. Es geht uns um ein blühendes Sachsen, und dieses blühende Sachsen muß durch solide Arbeit der Partei und der gesamten Bevölkerung vor Ort erreicht werden.

(Beifall)

Wir haben gute Freunde, die uns auf dem Weg helfen möchten. Ich möchte nicht alle nennen, sondern stellvertretend nur die CDU Baden-Württembergs.

(Bravorufe und Beifall)

Wir wollen am großen Werk der Einheit der Union und der Einheit Deutschlands mitarbeiten. Heute überwinden wir die Teilung der CDU, übermorgen – und das ist im wahrsten Sinne des Wortes so – die Spaltung unseres Vaterlandes. Wir gehen hin auf das große Ziel der Überwindung der Spaltung Europas.

Lassen Sie uns gemeinsam ein Deutschland der Freiheit, des Wohlstandes, der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens bauen!

(Beifall)

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl), Vorsitzender der CDU Deutschlands, gratuliert den Vertretern des Landesverbandes Sachsen)

Volker Rühle, Generalsekretär der CDU: Ein herzliches Willkommen für die Sachsen in der Christlich Demokratischen Union! Wie Sie sehen können, haben sie schon vordere Plätze auf dem Parteitag erobert.

(Heiterkeit)

Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Horst Korbella, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich rufe zur Abgabe seiner Erklärung den Landesverband Sachsen-Anhalt auf.

(Beifall)

Die Erklärung zum Beitritt wird von Herrn Thomas Jakob abgegeben.

(Beifall)

Thomas Jakob: Meine Damen und Herren! Verehrte Freunde! Für mich ist es heute ein Augenblick großer innerer Bewegung und eine Ehre zugleich, hier für den Landesverband der CDU Sachsen-Anhalt vor dem ersten gesamtdeutschen Parteitag folgendes zu erklären.

Ich bin beauftragt folgenden Beschluß unseres 2. Landesparteitages vom 18. August d. J. zu verkünden:

Einmütig stimmten die Delegierten des 2. Landesparteitages der CDU Sachsen-Anhalt dem Vorschlag zu, daß mit dem heutigen Tag unser Landesverband ein Teil der Christlich Demokratischen Union ganz Deutschlands ist.

(Beifall)

Damit schließen sich 26 000 CDU-Mitglieder aus Sachsen-Anhalt der gesamtdeutschen Christlich Demokratischen Union an. Sachsen-Anhalt kann als staatliches Gebilde nicht auf eine derart lange geschichtliche Tradition verweisen wie etwa Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern. Es gilt aber, die sinnvolle Symbiose der ehemaligen preußischen Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt, die wenige Jahre nach ihrem Zustandekommen durch den zentralistischen Herrschaftsanspruch der damals Mächtigen wieder zerschlagen wurden, mit der Wiedegründung unseres künftigen Bundeslandes nicht nur zu erneuern, sondern in der demokratischen Länderfamilie Gesamtdeutschlands zur ersten und richtigen Entfaltung zu bringen.

Unser neues Bundesland Sachsen-Anhalt, im Herzen Deutschlands gelegen, umfaßt einige große Industriezentren im Raum Halle/Magdeburg, fruchtbare ländliche Gegenden in der Börde und der Goldenen Aue, aber auch reizvolle Landschaften im Harz, in der Altmark und der Elbe-Havel-Region. Stellvertretend für die traditionsreichen Gegenden Sachsen-Anhalts möchte ich die Luther-Städte Eichsleben und Wittenberg, das Mansfelder Land oder auch Naumburg erwähnen.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen: Es kommt eine aktive CDU in diese große Familie der Union;

(Beifall)

denn die CDU Sachsen-Anhalt stellt heute nahezu alle Landräte und viele Bürgermeister.

(Beifall)

Wir sind zuversichtlich, daß wir auch bei der Landtagswahl am 14. Oktober 1990 mit unserem Spitzenkandidaten Dr. Gerd Gies in gemeinsamer Anstrengung eine solide Mehrheit im künftigen Landtag von Sachsen-Anhalt erreichen werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin Kreisvorsitzender der CDU in Dessau. Sie werden von daher verstehen, daß ich auch die besondere geschichtliche Rolle Anhalts bei der künftigen Entwicklung unseres neuen Bundeslandes hervorheben möchte.

(Vereinzelter Beifall)

Mit Stolz können wir Anhalter von uns sagen, daß wir ein echtes Heimatgefühl besitzen und uns unserer Tradition als blühender Landstrich in der Mitte Deutschlands bewußt sind. Die Menschen in Anhalt haben in Vergangenheit und Gegenwart stets einen guten Beitrag für die Entwicklung des reichen kulturellen Lebens in Deutschland erbracht, und die demokratische Tradition des Freistaates Anhalt gehört zur positiven Bilanz deutscher Geschichte.

(Beifall)

Auf diese Tradition besinnen wir uns auch heute und wollen an der Seite unserer Freunde in allen anderen Landstrichen Sachsen-Anhalts dieses neue Bundesland in unser deutsches Vaterland einbringen.

Meine Damen und Herren, an einer Tatsache lassen wir keinen Zweifel: Sachsen-Anhalt freut sich auf Deutschland!

(Lebhafter Beifall)

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands, gratuliert den Vertretern des Landesverbandes Sachsen-Anhalt)

Volker Rüge, Generalsekretär der CDU: Der Parteitag hat den neuen Landesverband Sachsen-Anhalt und alle seine Delegierten aufs herzlichste in seiner Mitte begrüßt. Vielen Dank!

(Beifall)

Horst Korbella, Tagungspräsidium: Verehrte Freunde, zur Abgabe seiner Beitritts-erklärung rufe ich den Landesverband Thüringen auf.

(Beifall)

Die Erklärung wird von Frau Christine Lieberknecht abgegeben.

Christine Lieberknecht (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der CDU-Landesverband Thüringen hat auf seinem Landesparteitag am 25. August seine Delegierten für den ersten gesamtdeutschen Parteitag der CDU Deutschlands ermächtigt zu erklären: Die CDU Thüringen ist Teil der CDU Deutschlands.

(Lebhafter Beifall)

Mich als Thüringerin und als eine der vier Autoren des Weimarer Briefes,

(Beifall)

des unmißverständlichen Signals zur Erneuerung der DDR-CDU, erfüllt es heute mit besonderem Stolz und einer besonderen Freude, die Voraussetzungen für die geeinte Christlich Demokratische Union Deutschlands an entscheidender Stelle mit geschaffen zu haben

(Beifall)

und diesen Tag nun auch als eine von den Reformern des letzten Herbstes mit Ihnen gemeinsam hier in Hamburg erleben zu dürfen.

(Beifall)

Wir Thüringer leben im Herzen Deutschlands. Die Höhen und die Tiefen unserer wechselvollen deutschen Geschichte haben in Thüringen mehr als einmal ihren Anfang und ihr Ende gefunden. Es ist für uns Thüringer Aufgabe, und für ganz Deutschland ist es Gewinn, etwas von den Erfahrungen dieser unserer Geschichte in die Union für Deutschland und ein Europa ohne Grenzen mitzubringen.

(Beifall)

Ich bin davon überzeugt, daß wir jungen Reformer des letzten Jahres, die wir geprägt sind vom Lebensgefühl unseres Volkes im Osten Deutschlands, aus der Zeit vor der Wende durch Unfreiheit, Angst und Bedrückung, aus der Zeit während der Wende durch Aufbruch, Mut und Begeisterung und jetzt, nach der Wende, durch einen festen Willen, durch Dankbarkeit und Liebe für unser Volk und Vaterland, daß wir diese Erlebnisse nicht vergessen werden.

(Beifall)

Wir leben von der Vision freier Menschen in einem in Frieden und Freiheit geeinten Vaterland. Nie war uns die Erfüllung dieses Traumes so nahe wie in dieser Stunde. Wir sind einfach glücklich. Wir freuen uns auf Deutschland!

(Lebhafter Beifall)

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands, gratuliert den Vertretern des Landesverbandes Thüringen)

Volker Rühle, Generalsekretär der CDU: Ein herzliches Willkommen allen Delegierten aus dem Herzen Deutschlands, aus Thüringen!

(Beifall)

Horst Korbella, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, mit der Vertretung, die ich nun aufrufe, werden wir komplett. Ich rufe den Landesverband Berlin (Ost) auf.

(Beifall)

Ans Pult tritt Frau Dr. Elke Hofmann.

Dr. Elke Hofmann (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! In Abwandlung des Bibelwortes von den Letzten, die die Ersten sein werden, waren die, die sich mit ihrer Erklärung heute zuletzt melden, die Ersten im Einigungsprozeß.

(Beifall)

Der ehemalige Landesverband Berlin (Ost) schloß sich bereits am 8. September 1990 – nach Ermächtigung der Delegierten durch den Landesparteitag Berlin (Ost) am Vorabend jenes Tages – mit dem Landesverband Berlin (West) zusammen. Die elf Kreisverbände von Berlin (Ost) beschlossen, mit den zwölf Kreisverbänden von Berlin

(West) einen gemeinsamen Landesverband Berlin zu bilden. Vom 8. September 1990 an gibt es also wieder nur eine CDU in Berlin.

(Beifall)

Ich erkläre hiermit: Dieser Landesverband ist bereits Teil der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

(Beifall)

Wir wollen in Berlin den Weg in die Zukunft gemeinsam gehen. Wir wollen die Herausforderung zu bewußter Pluralität, zum Dialog und zu aktiver Toleranz annehmen. Auch in Berlin, wo die 40jährige Trennung am schmerzvollsten war, finden Menschen und politische Kräfte wieder zusammen, die sich zusammengehörig fühlen und die sich gemeinsam für die Belange der Menschen in der gesamten Stadt einsetzen wollen. Gerade in Berlin, unserer Hauptstadt

(Beifall)

– ich danke den Sachsen und den Thüringern dafür, daß sie mitgeklatscht haben –,

(Heiterkeit)

wo mit dem Gründungsaufwurf vom 26. Juni 1945 die Bildung einer Christlich Demokratischen Union für ganz Deutschland initiiert wurde, einer Partei, die Menschen aus unterschiedlicher konfessioneller, sozialer, liberaler und wertkonservativer Haltung heraus zu einer Union der Mitte zusammenschloß, stehen wir in ganz besonderer Verantwortung.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, diese Verantwortung zu erkennen und auch wahrzunehmen ist uns gerade jetzt nach dem Fallen der äußeren und dem sich vollziehenden Abbau der inneren Mauern, nach dem Erringen der Freiheit möglich und notwendig geworden. Freiheit ist unteilbar. Ein bißchen Freiheit gibt es nicht.

(Beifall)

Unseren Menschen zu helfen, diese errungene Freiheit als einzig menschenwürdige Lebensform zu erkennen und zu empfinden, sie als geschenkte neue Lebensqualität auszugestalten und für sich und den Nächsten aktiv zu nutzen, muß das Ziel unseres gemeinsamen politischen Wollens und Tuns sein. Die Mitglieder des ehemaligen Landesverbandes Berlin (Ost), wir ehemaligen Ost-Berliner CDU-Politikerinnen und -Politiker sind glücklich darüber, uns in diesen historisch erst- und einmaligen Prozeß einbringen zu können, gleichsam – gestatten Sie mir noch ein Bibelwort zu zitieren, das im Evangelium des Johannes steht – das Weizenkorn zu sein, das sterben muß, um Frucht bringen zu können. Mögen die Berlinerinnen und Berliner, die ihre Hoffnung auf das Wirken unseres Landesverbandes gesetzt haben, uns an unseren Früchten überzeugend erkennen. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands, gratuliert den Vertretern des Landesverbandes Berlin)

Volker Rühe, Generalsekretär der CDU: Der Parteitag begrüßt die Delegierten aus Ost-Berlin, mit ihnen zusammen zugleich aber alle Delegierten aus dem wiedervereinigten Berlin.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde, mit den Erklärungen dieser Landesverbände ist die Einheit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands vollzogen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall und Bravo-Rufe
– Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Wir sind jetzt wieder eine Partei. Ich möchte Sie bitten, daß wir dieses besiegeln, indem wir gemeinsam das Lied der Deutschen singen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne
– Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich kann nun zum nächsten Tagesordnungspunkt überleiten. Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Wahl des Tagungspräsidiums

In Ihren Tagungsunterlagen finden Sie einen Beschlußvorschlag für die Wahl des Tagungspräsidiums. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Danke schön. Das ist eine „erdrückende“ Mehrheit.

(Heiterkeit)

– Eine beflügelnde Mehrheit. Ich stelle fest, daß die vorgeschlagenen Mitglieder für das Tagungspräsidium gewählt sind, und bitte sie, ihre Plätze auf der Bühne einzunehmen. –

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das Tagungspräsidium dankt Ihnen herzlich für das Vertrauensvotum. Ich darf Ihnen zusichern: Wir werden uns alle Mühe geben, es auch zu rechtfertigen.

Zugleich möchte ich Ihnen im Namen der Hamburger CDU sehr herzlich dafür danken, daß Sie gerade zu diesem Parteitag nach Hamburg gekommen sind; denn die Tage, in denen wir hier in dieser Stadt zusammenkommen, sind Tage der Geschichte. Es sind Tage, in denen sich unser Traum von der Einheit in Frieden und Freiheit erfüllt, Tage, in denen die Nachkriegszeit endet und eine neue Epoche beginnt.

In 34 Stunden ist das Werk der Einheit unseres Vaterlandes vollendet. Es ist das Werk vieler Menschen in Ost und West, das Werk von Menschen, die mutig waren, als andere resignierten, von Menschen, die riefen, als andere schwiegen, von Menschen, die Opfer wagten, als andere tatenlos waren.

Sie ist aber vor allem das Werk eines Mannes, der mit seiner Entschlossenheit und mit seiner Staatskunst zum Architekten der Einheit geworden ist und den ich im Namen der Hamburger CDU hier noch einmal ausdrücklich begrüßen möchte: unseres Bundesvorsitzenden, des Bundeskanzlers Helmut Kohl.

(Beifall)

Lieber Herr Bundeskanzler, in dieser Stunde geht der Blick auch zurück: auf das Ende eines furchtbaren Krieges, auf geschlagene Soldaten, auf das Elend der Vertreibung, auf zerstörte Städte. Daraus ist ein anderes Deutschland in einem anderen Europa geworden. Diese Zeit werden die Dabeigewesenen nie vergessen, und auch die Nachgekommenen dürfen es nicht.

Die Verzweiflung jener Zeit, aber auch der Wille zur Umkehr ist nirgendwo ergreifender dargestellt worden als in dem Werk des Hamburger Dichters Wolfgang Borchert.

Verehrter Herr Bundeskanzler, vor fünf Jahren habe ich Sie auf Ihren Wunsch zum Grab Wolfgang Borcherts geführt. Heute möchte ich Ihnen die Erstausgabe jenes Stückes überreichen, das damals wie kein anderes literarisches Werk der Nachkriegszeit die Menschen aufgewühlt hat, nämlich das Werk „Draußen vor der Tür“.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich möchte einen zweiten Delegierten ausdrücklich begrüßen, den Mann, der die Einheit im östlichen Teil unseres Vaterlandes in den letzten Monaten so eindrucksvoll und so erfolgreich verwirklicht hat, der sich in den Dienst seiner Mitbürger gestellt hat: den Vorsitzenden der bisherigen CDU der DDR, den Ministerpräsidenten Lothar de Maizière.

(Beifall)

Lieber Herr de Maizière, die Menschen im anderen Teil Deutschlands standen in einem anderen Sinne viele Jahrzehnte „Draußen vor der Tür“. Ihr Warten auf den Tag der Einheit war ungleich schwerer als bei uns. Sie mußten viel offenes und verborgenes Leid ertragen, und manches Leben kannte nur eine Sehnsucht ohne deren Erfüllung: Daß Sie, Lothar de Maizière, die Mecklenburger und die Vorpommern, die Berliner und die Brandenburger, die Landsleute aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt in diese neue und befreiende Zeit geführt haben, das ist Ihr geschichtliches Verdienst.

(Beifall)

Dafür dankt Ihnen die Hamburger CDU mit der Erstausgabe eines anderen berühmten Werkes der Nachkriegszeit, nämlich des Werke „Die Stadt hinter dem Strom“ von Hermann Kasack.

(Beifall)

Ludwig Erhard hat 1957 über diese Stadt Hamburg gesagt: „Der Blick geht hinaus auf die Meere, in alle Welt. Dies ist die deutsche Mission dieser Stadt.“

Daß auch unser Blick jetzt hinaus in die Welt geht, auf die Not, auf die Unfreiheit anderer Völker – dies ist mein Wunsch. Denn die deutsche Einheit macht frei für den Frieden und die Freiheit anderer. Sie ist ein Geschenk, das uns stolz macht, aber uns als Christliche Demokraten auch verpflichtet.

In „Draußen vor der Tür“ sagt Wolfgang Borchert über diese Stadt: „Hamburg, das ist mehr als ein Haufen Steine . . . Hamburg, das ist unser Wille zu sein.“

Diesen Selbstbehauptungswillen mußten die Hamburger nach dem Kriege zeigen, als sie mehr als andere unter der Teilung, der Abschnürung von ihrem natürlichen Hinterland zu leiden hatten. Jetzt, nach dem Fall der Mauer, spürt diese Stadt um so stärkeren Auftrieb. Und ich bin sicher, die Hamburger wissen, wem sie das verdanken.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, es gibt aber noch einen besonderen Grund, warum wir uns so freuen, daß dieser Parteitag gerade in Hamburg und gerade heute stattfindet: Wir in der Hamburger CDU feiern heute Geburtstag! Heute vor genau 45 Jahren wurde hier ganz in der Nähe die Hamburger CDU gegründet – ein Zusammentreffen von Daten voller Symbolkraft.

In einer Zeit, in der Hamburg zu mehr als der Hälfte zerstört war, in der der Hamburger Hafen mit 3 000 Wracks zum größten Schiffsfriedhof Europas geworden war, in einer Zeit, in der unsere Berliner Freunde in ihrem Gründungsauf Ruf davon sprachen, daß wir vor einem Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte stünden, haben sich, wie überall in Deutschland, hier vor 45 Jahren 29 Frauen und Männer zusammengefunden,

um einen Neuanfang zu wagen, um sich, wie sie es damals formulierten, auf Kulturgestalten, auf die sittliche und geistige Kraft des Christentums zu besinnen und sie unseren Mitbürgern nahezubringen.

Als die CDU der Bundesrepublik 1957 zum zweiten Mal in Hamburg einen Parteitag durchführte, sagte der damalige Parteitagspräsident Hugo Scharnberg im Rückblick auf den ersten Parteitag in Hamburg, vier Jahre zuvor: „Wenn dabei damals die Hoffnung mitklang, daß wir im Laufe der Legislaturperiode des 2. Bundestages wieder ein geeintes Deutschland erhalten würden, dann müssen wir heute leider feststellen, daß wegen der Unnachgiebigkeit Sowjetrußlands dieses Ziel noch nicht erreicht ist. Deshalb können wir leider heute auch nicht den Parteitag im Kreise einer gesamtdeutschen CDU begehen.“

Heute, meine Freunde, ist dieser Parteitag da. Wiedervereinigte CDU, Glück auf! Ein herzliches Willkommen für Sie in unserer Stadt.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

Beschlußfassung über die Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung ist Ihnen zugesandt. Sie muß geringfügig geändert werden, weil „Sonstige Anträge“ eingegangen sind, bezüglich derer vorgeschlagen wird, sie als neuen Tagesordnungspunkt 17 aufzunehmen. Der bisherige Tagesordnungspunkt 17 „Schlußwort des Vorsitzenden“ würde dann Tagesordnungspunkt 18 werden. Die geänderte Fassung der Tagesordnung liegt Ihnen in den Beschlußvorlagen vor.

Ich bitte jetzt um Ihr Einverständnis zu diesem Vorschlag. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, die Tagesordnung so geringfügig zu ändern, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Das ist so beschlossen.

Jetzt noch einige geschäftsleitende Bemerkungen zum zeitlichen Ablauf: Wir werden im Verlauf des späten Nachmittags die Neuwahlen des Bundesvorstandes zu erledigen haben. Wir haben in Aussicht genommen, damit spätestens um 17 Uhr zu beginnen.

Für Wahlvorschläge zur Wahl des Bundesvorstandes können nach § 12 Abs. 5 der Geschäftsordnung Meldefristen für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes auf Vorschlag des Tagungspräsidiums vom Parteitag beschlossen werden.

Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, die Einreichungsfrist für Kandidatenvorschläge für die Wahl zum Bundesvorstand auf 15 Uhr festzulegen. Das Tagungspräsidium weist darauf hin, daß nach § 12 Abs. 4 der Geschäftsordnung Kandidatenvorschläge für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes nur schriftlich gemacht werden können.

Eine Aufstellung der bis gestern eingegangenen Kandidatenvorschläge liegt Ihnen bereits vor. Für diese Kandidaten erübrigt sich deshalb natürlich auch eine weitere Nominierung.

Wir schlagen Ihnen weiter vor, daß die Frist für die Einreichung von Sachanträgen, für die nach § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung von 30 stimmberechtigten Delegierten eine Unterschrift geleistet werden muß, auf heute 18 Uhr festgelegt wird.

Wenn Sie mit diesen beiden Fristen wie vorgeschlagen einverstanden sind, dann bitte ich Sie um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Auch das ist, wenn ich es richtig sehe, einstimmig so beschlossen.

Jetzt noch ein Hinweis zur Abgabe von Initiativanträgen, den Sie, wenn Sie sich mit einem solchen Gedanken tragen, bitte beachten sollten. Die Initiativanträge werden am Tagungsbüro in das Textverarbeitungssystem geschrieben, und zwar auf einem entsprechenden Antragsformular mit dem Vordruck für 30 Unterschriften, und werden dementsprechend ausgedruckt. Delegierte, die einen solchen Initiativantrag unterstützen, werden gebeten, zur leichteren Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Anträge die auf den Stimmkarten angegebene Delegiertennummer neben der Unterschrift mit anzugeben, damit wir an Hand der Delegiertenliste sehr schnell überprüfen können, inwieweit die Unterschrift auch die Unterschrift eines rechtmäßigen Delegierten ist. Nach Vollzug der 30 Unterschriften sind Initiativanträge dann beim Tagungspräsidium an der Bühne abzugeben.

Meine Damen und Herren, wir haben heute vormittag die zahlreich erschienenen Ehrengäste auf unserem Parteitag bereits herzlich willkommen geheißen. Lassen Sie mich heute nachmittag einen Gast besonders herzlich und dankbar begrüßen, der erst jetzt, um die Mittagszeit, bei uns eingetroffen ist. Ich begrüße unter uns den Vorsitzenden des Ungarischen Demokratischen Forums, Ministerpräsident Professor Jozsef Antall.

(Anhaltender lebhafter Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, lieber Freund Antall, stärker als mit diesen Standing ovations können wir unsere Freude und unseren Dank dafür, daß Sie gerade an diesem Parteitag heute dabei sind, nicht zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Vor genau einem Jahr, auf dem letzten Parteitag in Bremen, kam die Nachricht, daß Ihr Volk die Grenzen geöffnet und damit den Eckstein aus der Mauer herausgehauen hat, die dann anschließend schon deswegen einstürzte.

(Beifall)

Obwohl wir in den letzten zwölf Monaten so viele so eindrucksvolle Bilder gesehen haben, wird, glaube ich, niemand von uns die Bilder jener Tage vergessen, die Gesichter der erschöpften und doch so glücklichen Menschen, als sie hier die Grenze passiert hatten und in der Freiheit waren. Herr Professor Antall, Sie können sicher sein, dies werden wir Ihnen, dies werden wir Ihrem Volk und Ihrem Land niemals vergessen.

(Beifall)

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

Bestätigung der von den beiden Vorständen bestellten Antragskommission

Sie haben in Ihren Tagungsunterlagen die Zusammensetzung dieser Antragskommission gesehen. Wer dieser Beschlußvorlage zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß die Antragskommission in der vorgeschlagenen Fassung vom Parteitag bestätigt worden ist.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Auch hier befindet sich die Vorlage in Ihren Tagungsunterlagen. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. – Gibt es

Gegenstimmen? – Nicht der Fall. Dann ist die Mandatsprüfungskommission ebenfalls einmütig gewählt.

Der Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission wird den Bericht der Kommission heute nachmittag noch vor der Wahl des Bundesvorstands abgeben. Aus diesem Grund werden die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission gebeten, sich möglichst gleich im Büro des Organisationsleiters, d.h. hinter der Bühne von Saal 2, zu einer Sitzung einzufinden.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

Wahl der Stimmzählkommission

Der Vorschlag für die Wahl nach § 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung liegt Ihnen vor. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich um das Erheben Ihrer Stimmkarte. – Gibt es Gegenstimmen? – Nicht der Fall. Dann ist die Stimmzählkommission gewählt. Ich bitte die Mitglieder der Stimmzählkommission um 16 Uhr zu einer Vorbesprechung zusammenzukommen, und zwar auf der Bühne von Saal 2.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

Rede des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

Das Wort hat der Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir alle haben eben eine bewegende Stunde erlebt, eine Stunde, die wir sicherlich nie vergessen werden. Mit den Erklärungen der Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie der Delegierten von Ost-Berlin ist die Christlich Demokratische Union Deutschlands nach über vier Jahrzehnten wieder vereint. Wir sind jetzt **eine** Partei, **eine** CDU für ganz Deutschland.

(Beifall)

Übermorgen, am 3. Oktober, wird die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Dies ist ein großer Tag, ein Tag der Freude für alle Deutschen, und wir lassen uns das von niemandem vermiesen. Es ist unser Tag der Freude.

(Beifall)

Ich habe immer daran geglaubt, daß dies eines Tages Wirklichkeit werden würde. Aber ich habe nicht zu hoffen gewagt, diesen Augenblick so bald zu erleben. Wer von uns, liebe Freunde, hätte dies vor einem Jahr für möglich gehalten? Wer hätte diese Entwicklung vorhergesehen, als wir am 10. September des vergangenen Jahres zu unserem Parteitag in Bremen zusammenkamen? Damals öffnete Ungarn die Grenzen für die Flüchtlinge aus der DDR. Das war der Anfang vom Ende des Honecker-Regimes.

(Beifall)

Lieber Jozsef Antall, ich sage es auch von mir aus, und sagen Sie dies bitte auch allen unseren Freunden in Ungarn: Dies werden wir unseren ungarischen Freunden nie vergessen.

(Beifall)

Heute verwirklicht sich das, wofür Christliche Demokraten seit 45 Jahren mit ganzer Kraft gekämpft haben: ein vereintes Deutschland in einem Europa, das in Freiheit zusammenwächst. Wir verwirklichen damit eine Vision, die unsere Partei von Anfang an geleitet hat, die ein Kernpunkt unseres politischen Selbstverständnisses war und ist. Allen, die in der Union ihre politische Heimat gefunden haben, war dies immer eine Angelegenheit des Herzens.

Wie sehr hat doch die Teilung unseres Vaterlandes in diesen Jahrzehnten das Leben unseres Volkes überschattet. Ich denke an das große Unrecht, das den Menschen von einer kommunistischen Diktatur angetan wurde. Ich denke an all die Jahre und Jahrzehnte der Unterdrückung, der Drangsalierung, der menschenunwürdigen Bespitzelung. Ich denke an jene, die bei dem verzweifelten Versuch, von Deutschland nach Deutschland zu gehen, ihr Leben riskierten und auch ihr Leben verloren.

All das darf sich niemals wiederholen.

(Beifall)

Wir Christlichen Demokraten bekräftigen heute feierlich den Schwur, der in das moralische Fundament unseres Grundgesetzes eingegangen ist: Nie wieder Krieg und Gewalt! Nie wieder Diktatur und Unrechtsherrschaft! Und wir fügen heute hinzu: Nie wieder Sozialismus!

(Beifall)

Die CDU war und ist die Partei der deutschen Einheit. Sie war und ist zugleich die Partei der europäischen Einigung. Wenn wir übermorgen die Einheit in Freiheit für alle Deutschen zurückgewinnen, dann ist das ein stolzer Augenblick für unsere Partei. Wir freuen uns darüber von ganzem Herzen. Aber wir sehen auch die Dimension der Herausforderung; denn auf uns, auf den Christlichen Demokraten, ruht die Hauptverantwortung für die Zukunft unseres Landes.

Wir sind die führende Regierungspartei, und wir wollen und werden es bleiben.

(Beifall)

Wir wollen das vereinte Deutschland in ein vereintes Europa führen. Dafür treten wir an bei den Wahlen, die vor uns liegen: bei den Landtagswahlen in der bisherigen DDR am 14. Oktober 1990 und bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Wir wollen für alle Deutschen eine Zukunft in Einheit und Freiheit, in Frieden und Sicherheit, in Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit gewinnen.

Wir, liebe Freunde, haben bewiesen, was wir leisten können. Es war die CDU, die unbeirrt das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachgehalten hat – über Jahrzehnte hinweg und auch in Zeiten, in denen das Bekenntnis zum einigen Vaterland nicht gerade in Mode war, in denen wir dafür oft angefeindet wurden. Es war die CDU, die entschlossen die europäische Integration vorangetrieben hat. Konrad Adenauer hat gemeinsam mit anderen, vor allem mit Christlichen Demokraten aus heute längst befreundeten Ländern Europas, den Grundstein für dieses Werk des Friedens gelegt.

Es war die CDU, die als Partei der Sozialen Marktwirtschaft, als Partei Ludwig Erhards, die Voraussetzungen für breiten Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit schuf – zunächst in der Bundesrepublik. Und morgen wollen wir das überall in Deutschland tun.

Die Sozialdemokraten haben sich zentralen Schicksalsfragen unserer Nation nicht gewachsen gezeigt. In den 50er Jahren haben sie die Politik Adenauers, die Politik der europäischen Integration, erbittert bekämpft. Sie waren gegen die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft. Und jeder spürt es: Sie haben sie bis zum heutigen Tag nicht verstanden.

(Beifall)

In ihrem neuen Grundsatzprogramm vom Dezember 1989, liebe Freunde, wird der Begriff Soziale Marktwirtschaft gar nicht erwähnt. Im Parlament der Sowjetunion diskutiert man über Soziale Marktwirtschaft und bei den Sozialdemokraten über Marx. Das ist der Unterschied.

(Heiterkeit und Beifall)

Mehr noch: In der Frage der Einheit der Nation hat die SPD nicht nur die Grundsätze ihrer großen Persönlichkeiten – wie Kurt Schumacher und Ernst Reuter – preisgegeben, sondern sie war drauf und dran, unsere Landsleute in der DDR kläglich im Stich zu lassen.

(Beifall)

Was wäre eigentlich geschehen, wenn wir den Forderungen der SPD nachgegeben hätten? Was wäre aus den deutschen Landsleuten geworden, die vor einem Jahr in den Botschaften in Budapest, in Prag und in Warschau Zuflucht suchten, wenn wir eine DDR-Staatsbürgerschaft anerkannt hätten?

(Beifall)

Wir brauchen keine Reden umzuschreiben. **Wir** haben auch kein gemeinsames Grundwerte-Papier mit der SED, das wir jetzt verstecken müßten.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir haben, liebe Freunde, als sich die Mauer in Berlin öffnete, auch nicht gesagt, es gehe nicht um Wiedervereinigung, sondern ums Wiedersehen. Uns ging es ums Wiedersehen in der Wiedervereinigung. Das war unsere Forderung.

(Beifall)

Wir haben nie aufgehört, für die Einheit der Deutschen in Freiheit zu arbeiten. Wir melden deshalb heute unseren Anspruch an, als die CDU Deutschlands in einem vereinten Deutschland weiterhin die führende politische Kraft zu sein.

(Beifall)

Für das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, das soviel Elend, Leid und Tod sah, sehe ich vor allem drei große politische Gestaltungsaufgaben, denen wir uns im Geiste unserer christlich-demokratischen Ideale stellen werden:

- Erstens: den Wiederaufbau in der bisherigen DDR. Wir wollen erreichen, daß die neuen Bundesländer dort schon bald wieder blühende Landschaften sein werden.

(Beifall)

Deutschland muß auch wirtschaftlich und sozial möglichst bald eins werden.

- Zweitens nenne ich die Vollendung der Europäischen Union mit der Vision eines europäischen Bundesstaates: der Vereinigten Staaten von Europa. Wir bleiben auf diesem Weg der politischen Einigung Europas.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir würden in dieser geschichtlichen Stunde versagen, wenn wir die Chance nicht ergriffen, nach der Einheit Deutschlands die Einheit Europas zu vollenden. Deutsche Europäer und europäische Deutsche zu sein – das ist das Signal, das wir setzen wollen.

(Beifall)

- Drittens geht es um den Beitrag, den Deutschland zur Gestaltung der Welt von morgen zu leisten hat. Wir Deutsche müssen unserer gewachsenen Verantwortung gerecht werden angesichts immer größerer weltweiter Herausforderungen.

Das heißt auch: Mit dem 3. Oktober 1990, mit der Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands, haben wir zwar unser großes nationales Ziel erreicht. Aber die Arbeit, liebe Freunde, ist keineswegs getan. Im Gegenteil: In vielerlei Hinsicht ist die staatliche Vereinigung unseres Vaterlandes erst ein Anfang, auch wenn wir auf vielem Bewährten aufbauen können. Wir haben noch eine schwierige Wegstrecke vor uns. Für die gewaltigen Aufgaben, die vor uns liegen, werden wir auch Opfer bringen müssen. Wir sind dazu bereit.

(Beifall)

Aber ich sage auch: In einem vereinten deutschen Vaterland, in einem solidarischen Miteinander werden wir es schaffen.

Liebe Freunde, unzweifelhaft konzentriert sich in dieser historischen Situation die Aufmerksamkeit vieler Menschen zwischen Elbe und Oder auf Wirtschaft und Beschäftigung, genauer: auf die Frage, was Soziale Marktwirtschaft für sie konkret bedeutet, wie die neue freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ihr persönliches Leben verändert, welche Perspektiven sich damit verbinden.

Umgekehrt gibt es in der bisherigen Bundesrepublik die Sorge, ob wir uns all das auch leisten können, was jetzt an Aufgaben auf uns zukommt. Da ist viel von Kosten die Rede: nicht etwa von den Kosten, die die Teilung Deutschlands jahrzehntelang tagtäglich verursacht hat, sondern von dem Aufwand für die Überwindung der Folgen einer jahrzehntelangen sozialistisch-kommunistischen Mißwirtschaft. Nicht wenige Sozialdemokraten erfreuen sich darin, nahezu täglich unseren Bürgern neue Schreckensbilder darüber darzustellen, welche Belastungen das deutsche Volk heimsuchen würden.

Liebe Freunde, wo stünden wir eigentlich heute in Deutschland, wenn in historischen Situationen unserer Geschichte die Zauderer und die Kleinmütigen die Geschicke unseres Vaterlandes bestimmt hätten?

(Beifall)

Wo stünden wir eigentlich heute, wenn 1948 nicht Ludwig Erhard mit Mut, Entschlossenheit und einer zähen Überzeugungskraft die Währungs- und Wirtschaftsreform durchgesetzt, wenn er über schwierige Monate hinweg – übrigens auch in der eigenen Partei – nicht konsequent Kurs gehalten und dem damaligen Zeitgeist widerstanden hätte?

(Vereinzelt Beifall)

Wo stünden wir heute, wenn wir nicht seit acht Jahren, seit der Übernahme der Regierungsverantwortung, alles das durchgeführt hätten, was Zielsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in einer modernen Gesellschaft sein muß? Wo stünden wir, wenn

wir es damals nicht geschafft hätten, der um sich greifenden Lethargie, dem Zukunftspessimismus, der Verteufelung von Leistungsbereitschaft und Wagemut durch die Sozialisten hier ein Ende zu setzen?

(Beifall)

Und – auch das zu sagen sei mir gestattet, weil wir gemeinsam viel Ärger draußen und auch miteinander hatten – wo stünden wir heute, wenn wir vor den notwendigen großen Reformen im Gesundheitswesen, bei Renten, bei Steuern und im Postbereich zurückgewichen wären wie andere vor uns? Christian Schwarz-Schilling feiert jetzt Triumphe und hat sie auch verdient. Aber viele haben auf diesem Weg gezweifelt.

An den entscheidenden Wegmarken unseres Landes war es die Union, waren es Männer und Frauen aus CDU und CSU, die unter schwierigsten Bedingungen den Weg in die Zukunft gewiesen und neue Aufgaben entschlossen angepackt haben.

Auch und gerade in der Wirtschaftspolitik können wir heute ernten, was wir gegen viele Widerstände über Jahre hinweg durchgesetzt haben. Wir ernten die Früchte einer konsequenten und soliden Politik. Dafür habe ich allen zu danken, die uns und vor allem mir persönlich dabei geholfen haben. Es sind unsere Freunde im Bundesrat. Es ist die Bundestagsfraktion – ich nenne hier stellvertretend für alle Alfred Dregger. Es sind die vielen in der Partei, die mit uns gelitten und Ärger gekriegt haben.

(Beifall)

Die Wirtschaftsdaten in der Bundesrepublik sprechen heute eine deutliche Sprache. Investitionen und Einkommen entwickeln sich gut. Handel und Industrie eilen von Rekord zu Rekord. Die Lage der Bauwirtschaft nähert sich dem Bauboom der 60er Jahre. Vor allem aber schlägt sich die hervorragende wirtschaftliche Situation auf dem Arbeitsmarkt nieder, und das trotz der massiven Zuwanderung – über eine halbe Million Aussiedler im letzten Jahr –, die wir gleichzeitig zu bewältigen hatten. Es ist schon fast vergessen, daß allein zwischen November 1989 und April 1990 noch 385 000 Übersiedler zu uns kamen. Auch diese mußten wir in unseren Arbeitsprozeß aufnehmen.

Trotzdem wird die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt erstmals seit acht Jahren unter der Zwei-Millionen-Marke liegen. Auf die Gefahr hin, daß ich in Nürnberg gründlich mißverstanden werde: Jeder weiß, daß diese Zahl so nicht stimmt. Sie ist viel geringer.

(Beifall)

Wahr ist, daß die Beschäftigung heute so hoch ist wie nie zuvor seit Gründung der Bundesrepublik. Allein in den vergangenen zwölf Monaten wurden über 650 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Bundesanstalt für Arbeit spricht von einer Entwicklung wie zuletzt in den fünfziger Jahren. Am Rande sei bemerkt: Die Beschäftigung von Frauen steigt in diesem Aufschwung schneller als die von Männern.

Liebe Freunde, das sind Erfolge, die wir nicht verstecken sollten.

(Beifall)

In dieser dramatischen Zeit wird das alles zu leicht vergessen. Aber ohne unseren Weg in den letzten acht Jahren wäre das, was jetzt für uns gemeinsam möglich ist, so nicht möglich geworden.

(Vereinzelt Beifall)

Denn auch in die Aufbauarbeit, die wir gemeinsam in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen, in Sachsen-Anhalt, in Thüringen und in Brandenburg angehen, bringen wir

unsere positiven Erfahrungen aus vierzig Jahren Sozialer Marktwirtschaft ein. Wo stünden wir heute in Deutschland, wenn wir im Frühjahr dabei versagt hätten, unseren Landsleuten die Perspektive zu geben, die jetzt in Erfüllung geht? Was damals passiert wäre, läßt sich erahnen: Die DDR wäre ausgeblutet, die Menschen hätten weiter zu Hunderttausenden ihrer Heimat den Rücken gekehrt, sie wären in die Bundesrepublik übersiedelt und hätten hierzulande auch keinen leichten Stand gehabt.

Das scheinen alle jene zu verdrängen, die in diesen Tagen bei jeder Gelegenheit beklagen, alles sei doch viel zu schnell gegangen. In Wahrheit ging es gar nicht zu schnell, liebe Freunde. Wir haben so gehandelt, wie es unsere Verantwortung für das ganze Vaterland gebietet und wie es auch dem überwiegenden Votum der ersten freien Wahlen in der DDR seit vielen Jahrzehnten entsprach.

(Beifall)

Ein erstes herausragendes Ergebnis war die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, mit der wir versucht haben, die wirtschaftlichen und sozialen Belange in Einklang zu bringen. Die Menschen in der DDR gewannen damit wieder eine Perspektive. Sie spürten: Es lohnt sich zu bleiben. Sie konnten sicher sein: Der Weg zur Einheit war von diesem Tag an, dem 1. Juli dieses Jahres, unumkehrbar.

Wir sind auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen. Tausende Landsleute nehmen ihr Schicksal in die eigene Hand. Allein in den bisherigen Monaten dieses Jahres wurden rund 170 000 Gewerbebetriebe in der DDR gegründet. Die Preise liegen spürbar niedriger als vor einem Jahr. Die Kaufkraft von Arbeitnehmern und Rentnern hat nach Berechnungen der Bundesbank deutlich zugenommen. Auch die Treuhandanstalt arbeitet jetzt bei der Privatisierung und Sanierung der Betriebe mit wachsendem Erfolg.

Das morsche Gerüst der alten Kommandowirtschaft zerfällt mehr und mehr. Das ist für den Neubeginn notwendig und gut so. Denn das Befehlssystem der sozialistischen Herrschaft war Ausdruck von Willkür und Unfreiheit. Es wurde unbarmherzig und unmenschlich auf Kosten der Gesundheit vieler und ohne Rücksicht auf Umwelt und Natur betrieben. Nirgendwo sonst auf der Welt gab es einen so hohen Ausstoß an Schwefeldioxid und Kohlendioxid wie im SED-Staat. Das ist ein Beispiel für den verantwortungslosen Umgang des alten Regimes mit den natürlichen Lebensgrundlagen unseres Landes.

(Beifall)

Ein anderes Beispiel ist die unzureichende Sicherheit der Kernkraftwerke. Auch hieran wird deutlich, wie es um das Verantwortungsbewußtsein der ehemaligen Machthaber für die eigene Bevölkerung und für kommende Generationen stand. Die Planwirtschaft, liebe Freunde, führte nicht nur zum Ruin der Umwelt, sondern brachte die Menschen auch um die Früchte ihrer Arbeit. Es war der sichere Weg in die Sackgasse der Mangelwirtschaft.

Gleichzeitig wissen wir: Die erforderliche Neuorientierung ist für die Menschen mit schmerzlichen Erfahrungen verbunden. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nehmen zu. Die Sorge um die Bewältigung des Alltags wächst in vielen Familien. Doch jeder kann darauf vertrauen – ich sage das mit Bedacht –: In dieser schwierigen Phase stehen wir zusammen. Nationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind für uns nicht irgendeine Floskel, sie sind für uns Deutsche eine Verpflichtung.

(Beifall)

Ich habe keinen Zweifel, daß die große Mehrheit unserer Bürger diese Notwendigkeit erkennt und weiß, daß wir gemeinsam eine Durststrecke zu bewältigen haben, daß aber die Aufwärtsentwicklung kommen wird. Wer dabei mit bewußt verkürzter Perspektive nur über die Kosten des Neubeginns spricht, verbaut sich den Blick für das Wesentliche, nämlich die gemeinsame Zukunft.

(Beifall)

Es wäre für uns alle verhängnisvoll, ja vielleicht katastrophal, hier nur die Gebenden und dort nur die Nehmenden zu sehen.

(Zustimmung)

Richtig ist vielmehr: Der wirtschaftliche Wiederaufbau in der bisherigen DDR sichert und schafft Arbeitsplätze in ganz Deutschland, und das sollte niemand vergessen.

(Beifall)

Denn durch den Einigungsprozeß entsteht auf Jahre hinaus eine zusätzliche wirtschaftliche Dynamik. Diese kommt gerade in der Anfangsphase des Wiederaufbaus den westlichen Lieferanten von Maschinen, von Ausrüstungen und Konsumgütern zugute. In der EG-Kommission in Brüssel – Jacques Delors hat es erst am Freitag letzter Woche bestätigt – ist dies längst bekannt. Es ist erstaunlich, daß dies noch nicht alle bei uns zu Hause begriffen haben.

(Zustimmung)

Anders ausgedrückt: Neue Arbeitsplätze hierzulande stehen zunehmend in unmittelbarer Verbindung mit dem begonnenen Strukturwandel in der DDR. Ähnliches dürfte für steigende Unternehmenserträge und zusätzliche Steuereinnahmen gelten. Wer also gern und häufig von den Kosten der Einheit redet, sollte nicht vergessen, genauso offen über die materiellen und immateriellen Erträge der Einheit zu sprechen.

(Beifall)

Dazu gehören selbstverständlich auch die immateriellen Vorteile, das, was nicht in Mark und Pfennig zu messen ist. Ich nenne an erster Stelle die persönliche Freiheit.

(Beifall)

Dazu gehören auch die unübersehbaren Vorteile, die wir alle gemeinsam – auch in Europa – durch die weitreichenden Veränderungen in Deutschland gewonnen haben. Dazu zählt die Frage, welche ökonomischen Impulse sich in den kommenden Jahren aus der Tatsache ergeben, daß das ganze Deutschland in den Verbund der Europäischen Gemeinschaft und damit in den europäischen Binnenmarkt eingegliedert wird. Der Rückblick auf die dynamische Entwicklung am Beginn der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den 60er Jahren macht doch deutlich, mit welcher kräftigen Anstößen für Wachstum und Beschäftigung wir rechnen dürfen.

Dazu gehören die handfesten Chancen, die mit der Lage des vereinigten Deutschland in der Mitte eines beschleunigt zusammenwachsenden Europa verbunden sind.

Liebe Freunde, noch etwas gehört in diesen Zusammenhang: Es ist einfach unredlich, den Eindruck zu erwecken, als ob alles und jedes in der bisherigen DDR heute und auf absehbare Zeit allein mit dem Geld aus dem westlichen Teil Deutschlands finanziert werden müßte. Richtig ist doch vielmehr: Großzügige Hilfen am Beginn einer marktwirtschaftlichen Neuorientierung sind notwendig, zumal damit die sozialen Lasten der Menschen erträglicher werden. Wer wüßte dies besser als wir alle, die

Deutschen in der Bundesrepublik, denen der Neubeginn nach 1945 mit den Geldern des amerikanischen Marshall-Plans erleichtert wurde.

(Beifall)

Gerade die Erfahrungen der Bundesrepublik Deutschland nach 1948 zeigen doch, daß Starthilfe, so gegeben, immer Hilfe zur Selbsthilfe ist, denn nach Überwindung der Übergangsphase ist es auch damals möglich gewesen, notwendige Investitionen für die eigene Zukunft zunehmend aus eigener Kraft zu bezahlen.

Dies wird bei unseren Landsleuten von Mecklenburg-Vorpommern bis Sachsen nicht anders sein. Auch sie werden einen wachsenden Teil zur Finanzierung ihrer eigenen Zukunft selbst tragen.

Ich sage es noch einmal: Wir unterschätzen die Kostenfrage nicht. Aber wir sehen in gleicher Weise die ermutigende Perspektive, die sich dem vereinten Deutschland und Europa als Ganzem von Tag zu Tag mehr eröffnet. Das ist die Politik, die wir anstreben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wie wir mit dieser historischen Herausforderung fertig werden, wird die wirtschaftliche, die politische und letztlich auch die moralische Position Deutschlands in der Welt entscheidend beeinflussen. Dieser Aufgabe stellen wir uns selbstverständlich.

Ich bin sicher, daß wir die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Überganges lösen können, auch wenn jeder weiß: Dies ist nicht einfach. Aber vergessen wir nicht: Wirtschaftliche und soziale Probleme sind nicht die einzigen Probleme, die sich uns jetzt stellen, und, so glaube ich, nicht einmal die schwierigsten. Vier Jahrzehnte kommunistischer Diktatur haben gerade auch im geistigen und kulturellen Leben verheerende Schäden hinterlassen, die noch lange nachwirken werden.

Deshalb geht es bei der Frage nach der Einigung Deutschlands, nach dem Wiederaufbau in den neuen Bundesländern eben nicht allein um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Es ist auch und vor allem eine Frage nach der geistigen und moralischen Kraft unseres Volkes, und sie richtet sich an uns alle, an alle Deutschen.

Sind wir wirklich bereit, solidarisch zusammenzustehen – auch wenn wir Opfer bringen müssen? Das ist vor allem eine Frage an die Deutschen in der bisherigen Bundesrepublik Deutschland. Nehmen wir die Verantwortung an, liebe Freunde, die uns jetzt mit der Wiedervereinigung zuwächst? Geben wir ein Beispiel für den verantwortungsbewußten Umgang mit Freiheit? Das sind jene Fragen, die alle Deutschen beantworten müssen – übrigens auch bei den Wahlen, die jetzt vor uns liegen.

In der bisherigen DDR gilt es, überkommene sozialistische Strukturen aufzubrechen. Das heißt auch: Wir müssen im geistigen und kulturellen Leben die Trümmerstücke ideologischer Indoktrination beiseite räumen.

Ich denke an die Schulen, an die Hochschulen. Viele von denen, die dort der kommunistischen Partei und ihrer Ideologie dienen, sind auch heute noch in ihren Ämtern und auf ihren Posten – in Positionen, die sie in einer freiheitlichen Demokratie niemals erworben hätten.

Sollen wir wirklich glauben, daß alle willens sind, die heranwachsende Generation jetzt im Geist der Freiheit zu erziehen?

Ich nenne den Bereich der Medien, von Kunst und Literatur. Können die ehemaligen Sprachrohre der Willkürherrschaft mit ihren Denkschablonen und Zensurbehörden

wirklich glaubwürdige Botschafter von Meinungsvielfalt, von pluralistischer Vielfalt, von Freiheit und Toleranz sein?

Auf all diese Fragen – dies sage ich mit Bedacht – gibt es keine einfachen Antworten. Aber wir müssen die Dimension des Problems erkennen: Überall müssen noch alte Strukturen überwunden werden. Wir sind aufgerufen, diese geistige Auseinandersetzung zu führen.

Es wäre fatal, liebe Freunde – das ist ein Aufruf an die Christlichen Demokraten –, wenn der Zerfall der sozialistisch-kommunistischen Ideologie ein geistiges und moralisches Vakuum hinterließe, in das eines Tages andere radikale Heilslehren hineinstoßen könnten. Es gilt jetzt, geistigen Halt zu geben, Orientierung zu vermitteln. Wir müssen dies insbesondere tun, um den Sinn für den unauflöselichen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung zu schärfen.

(Beifall)

Hier liegt eine wichtige Aufgabe für alle, auch für alle gesellschaftlichen Kräfte und nicht zuletzt für die Kirchen. So gab es vor und während der friedlichen Revolution gerade in Kreisen der Kirchen Kristallisationspunkte des friedlichen Widerstandes. Aber auch alle anderen sind heute gefordert, natürlich auch wir, die demokratischen Parteien.

Und auch hier sage ich wieder: Wir, die Christlich Demokratische Union, bringen dafür alle Voraussetzungen mit. Wir verfügen über einen zuverlässigen Kompaß: unser christliches Verständnis von Mensch und Schöpfung. Es nimmt uns in einer besonderen Weise in die Pflicht, im vereinten Deutschland eine Gesellschaft des menschlichen Miteinander zu gestalten.

Liebe Freunde, das „C“ im Namen unserer Partei drückt aus, was uns verbindet. Es ist kein Ausschließlichkeitsanspruch, und jeder von uns weiß, daß auch Christen in anderen Parteien versuchen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Aber es beschreibt das sittliche Fundament, auf dem sich Menschen oft sehr unterschiedlicher Herkunft in dieser Volkspartei zusammenfinden können. Auf diesem Fundament treffen sich auch Christliche Demokraten aus Ost und West in gemeinsamen Überzeugungen.

Das Bekenntnis zum „C“ ist für unsere Partei eine Quelle der Kraft, die wir heute mehr denn je brauchen und nutzen müssen. Nicht zuletzt aus ihr kann uns die Fähigkeit erwachsen, zusammenzuführen, was allzu lange gewaltsam getrennt war.

(Beifall)

Dies ist ein Merkmal unserer Partei, liebe Freunde, das sich im Namen widerspiegelt. Union – das heißt doch vor allem: zusammenführen, ausgleichen. Wir haben unsere Partei stets ganz bewußt als Union der verschiedenen Landschaften, Konfessionen und Berufe verstanden, als Union aus allen Schichten unseres Volkes; eine politische Gemeinschaft mit der Aufgabe, Interessengegensätze zu überwinden und in gemeinsamen Standpunkten zusammenzubringen.

Das hat uns auch immer wieder in die Lage versetzt, zu wichtigen Streitfragen Lösungen zu finden, die dann auf breite Zustimmung stießen. Es ist wahr: Dies gibt nicht immer ein imponierendes Bild in der Öffentlichkeit ab. Aber wenn wir – oft nach mühsamen Diskussionen – eine Lösung gefunden haben, ist es eine Lösung, die dem ganzen Land dient.

Diese Kraft zur Integration – von vielen mißverstanden, für die Demokratie existentiell – ist jetzt vor allem gefragt.

(Beifall)

Dabei ist wichtig, liebe Freunde, daß wir uns ungeachtet verschiedener Erfahrungen und Lebenssituationen – jeder konnte das heute in diesen Stunden der Einigung spüren – als Gemeinschaft verstehen. Wir sind und bleiben die große deutsche Volkspartei der Mitte. Wir bieten allen Gruppen und Schichten unseres Volkes die Chance auf politische Heimat.

(Beifall)

Unser Standort ist und bleibt die Mitte, die breite Mitte unseres Volkes. Dies macht unsere Stärke aus. Deswegen stellt sich für mich nicht die Frage, ob sich die Partei nach links oder nach rechts bewegen müsse. Es gab immer Versuchungen, aus Gründen der Tagesopportunität und aus anderen Motiven inkonsequent zu werden. Wir sind gelegentlich diesen Versuchungen auch erlegen. Aber wir müssen ihnen widerstehen, wenn wir uns nicht untreu werden wollen.

(Beifall)

Volkspartei der Mitte zu sein – das ist eine Frage unseres Selbstverständnisses und unserer Glaubwürdigkeit. Wir machen nicht Politik für die einen und gegen andere. Und niemand – dies sage ich deutlich – hat in unserer Union einen Monopolanspruch auf Wirtschaftskompetenz oder auf soziales Gewissen. Wir alle wollen dem Wohl des Ganzen dienen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich wünsche mir, daß wir uns – innerhalb und außerhalb unserer Partei – in Zukunft nicht mehr als Ost- und Westdeutsche, als ehemalige DDR- und als Bundesbürger verstehen, sondern als Deutsche, als Landsleute, die zusammenstehen und in einem vereinten Europa den anderen gute Nachbarn und Partner sind.

(Beifall)

Liebe Freunde, unsere CDU ist und war die deutsche Europapartei. Zu unserem christlichen Selbstverständnis gehört eine klare Absage an jede Form von Nationalismus.

(Beifall)

Wir wissen wohl, daß es bei unseren Nachbarn und Freunden, überall in Europa, Menschen gibt, die Ängste vor einem vereinten Deutschland haben. Im Blick auf unsere Geschichte ist dies verständlich. Niemand kann sich der Verantwortung für unsere Geschichte entziehen. Manchmal – das ist auch wahr – sind Ängste nur vorgeschützt, um wirtschaftliche Motive zu verbergen. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen immer bedenken, daß dieses wiedervereinte Deutschland mit seiner Kraft und Dynamik in der Mitte Europas liegt und daß alles, was sich hier tut, eine unmittelbare Auswirkung auf die Statik des Hauses Europa hat. Deshalb dürfen wir eben nie in Provinzialismus verfallen, dürfen uns nie nur mit uns selbst beschäftigen. Wir müssen wissen, daß alles, was wir hier tun, auf andere wirkt.

(Beifall)

Wir verstehen uns als deutsche Patrioten und überzeugte Europäer. Wir haben in den vergangenen acht Jahren beim Bau des vereinten Europas gemeinsam mit unseren Partnern, allen voran mit Frankreich, große Fortschritte erzielt.

Die Politik der europäischen Integration war die entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Für uns Christliche Demo-

kraten ist es schon deshalb selbstverständlich, daß das vereinte Deutschland seine Kraft dem Bau der Vereinigten Staaten von Europa widmet. Europa ist unsere Zukunft, Deutschland unser Vaterland.

(Beifall)

Es sind zwei große historische Daten, die in die Geschichte Deutschlands und Europas eingehen werden: Der 3. Oktober 1990 – in zwei Tagen: der Tag der deutschen Einheit – und der 31. Dezember 1992, an dem wir den europäischen Binnenmarkt vollenden. Für mich, für uns ist dies eine Zwischenstation auf einem Weg, an dessen Ende die politische Einigung Europas steht. Wir wollen nicht eine gehobene Freihandelszone, womit vielleicht manche in der Europäischen Gemeinschaft zufrieden wären. Wir wollen, daß die politische Einigung Europas kommt. Das ist unser Ziel im vereinten Deutschland.

(Beifall)

In den kommenden Monaten werden wichtige Entscheidungen zu treffen sein. Im Dezember werden wir auf dem EG-Gipfel in Rom die Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion sowie über die Politische Union eröffnen. Unser Ziel ist es, diese Regierungskonferenzen rasch abzuschließen, damit ihre Ergebnisse bis Ende 1992 von den Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden können – und damit zugleich die Vollendung des Binnenmarktes einen weiteren entscheidenden Fortschritt bei der Schaffung der Europäischen Union markiert.

Nun hat es in den letzten Monaten, Wochen, Tagen Stimmen gegeben – auch bei unseren Freunden –, die meinten, wir Deutsche – auch ich selbst – seien viel zu sehr mit den Problemen der Vereinigung unseres Vaterlandes beschäftigt, und unser europäisches Engagement würde darunter leiden. Ich sage dazu ganz einfach: All jene, die so denken, sollen uns an unseren Taten messen. An unserer europäischen Berufung kann es keine Zweifel geben. Wir wollen Europa voranbringen, wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion, wir wollen, daß das Europäische Parlament bis zur nächsten Wahl im Jahre 1994 wirklich mehr Rechte und Kompetenzen erhält.

(Beifall)

Für uns – ich sage es noch einmal – sind europäische Einigung und deutsche Einheit zwei Seiten derselben Medaille. Wir haben allerdings auch nie vergessen, daß das Europa der Zwölf eben nicht das ganze Europa ist. Unser Ziel war vielmehr stets – um es in den Worten Konrad Adenauers zu sagen –, „daß Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit“.

So sahen es ja auch die Gründer der Gemeinschaft. Sie wollten keinen exklusiven Club, der sich etwa in einer Festung Europa nach außen abschottet. Sie wollten eine Gemeinschaft als Angebot an alle Europäer, als Hoffnung, als Chance für unseren alten Kontinent.

Für uns heißt das heute, daß die Europäische Gemeinschaft eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels in den Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zu spielen hat. Selbstverständlich werden wir uns auch künftig maßgeblich daran beteiligen; denn als ein Land im Herzen Europas haben wir alles Interesse daran, daß das wirtschaftliche West-Ost-Gefälle in Europa überwunden wird. Ein blühender Kontinent ist immer auch

ein stabiler Kontinent. Deshalb ist jede Investition in diese Richtung eine Investition in unsere eigene friedliche Zukunft.

(Beifall)

Aus dem gleichen Grund wollen wir unsere Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa in den Prozeß der europäischen Zusammenarbeit miteinbeziehen. Für den Aufbau eines in Freiheit vereinten Europas kommt den deutsch-polnischen Beziehungen eine besondere Rolle zu. Wir wissen es: Ohne deutsch-französische Freundschaft hätte das Werk der Einigung Europas nicht begonnen werden können. Und ich füge hinzu: Ohne deutsch-polnische Partnerschaft und – wie ich hoffe – dann auch Freundschaft wird es sich nicht vollenden lassen.

(Beifall)

Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war – unter schwierigen, aber zugegebenermaßen nicht ganz so schwierigen Umständen –, kann und muß jetzt endlich zwischen Deutschen und Polen möglich sein.

(Beifall)

Die jungen Leute in beiden Völkern müssen über eine offene Grenze zusammenkommen können, und diese Grenze darf – das sage ich mit Nachdruck – nicht eine neue Wohlstandsgrenze zwischen Deutschen und Polen sein; denn das würde keine friedliche Grenze sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, es war und ist im Interesse Europas und des Atlantischen Bündnisses, wenn wir jetzt zu einer neuen Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion kommen. Bei meinen Gesprächen mit Präsident Gorbatschow im Februar und dann im Juli dieses Jahres im Kaukasus konnten wir den entscheidenden Durchbruch erzielen: die Zustimmung der sowjetischen Führung zu einem vereinten Deutschland.

(Beifall)

Liebe Freunde, in der Fülle des Geschehens, aber auch in der Gedankenlosigkeit unserer Tage geht es leicht verloren: Jeder soll sich überlegen, was es heißt, wenn Ende 1994, 50 Jahre, nachdem sowjetische Panzer im Oktober 1944 das Reichsgebiet erreichten, die sowjetischen Truppen endgültig aus Deutschland abziehen.

(Beifall)

Das ist gut für uns, das ist gut für unsere Sicherheit, aber unsere Freunde und Partner im Westen sollten nicht vergessen: Diese Politik des Ausgleichs ist auch gut für ihre Sicherheit.

(Beifall)

Jahrzehnte des Ost-West-Konflikts haben viele vergessen lassen, daß die Sowjetunion nicht nur geographisch, sondern auch durch Geschichte und Kultur mit Europa verbunden ist. Wir wollen an diese friedliche Zeit des Zusammenseins anknüpfen – für uns und für kommende Generationen. Dies ist der Sinn und dies ist das Ziel des großen Vertrages, den Präsident Gorbatschow und ich noch in diesem Jahr unterzeichnen werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, der Gegensatz von Freiheit und Diktatur im geteilten Europa hat über viele Jahrzehnte hinweg viele Kräfte gebunden. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts werden diese Kräfte frei. Wir haben jetzt die Chance, diese Kräfte zu bündeln und auf neue Ziele zu richten, in Europa wie auch weltweit; denn auf der Tagesordnung der Zukunft stehen Herausforderungen, die wir nur in internationaler Solidarität, in engem Zusammenwirken über Grenzen und Kontinente hinweg bewältigen können.

Verantwortung, liebe Freunde, ist ein Schlüsselbegriff für uns Christliche Demokraten. Deshalb sagen wir auch: Wir Deutschen müssen jetzt bereit sein, gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern Verantwortung auch für die Welt von morgen zu übernehmen. Mit der Vereinigung Deutschlands gewinnen wir nicht nur unsere volle Souveränität; uns wachsen auch international neue Pflichten zu. Unser Grundgesetz, unsere Verfassung, beschreibt bereits jetzt den Auftrag, in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Aus gutem Grund bleibt diese Formulierung auch für immer in unserer Verfassung.

(Beifall)

Denn das bedeutet eine Absage an jede Form von nationalem Egoismus, und es bedeutet nicht zuletzt, daß wir bereit sind, unsere wiedergewonnene Souveränität, unsere weltweit anerkannte Wirtschaftskraft auch in den Dienst der Völkergemeinschaft zu stellen.

Niemand wird verkennen, daß uns mit der Vereinigung unseres Vaterlandes, mit dem Wiederaufbau auf dem Gebiet der bisherigen DDR, erhebliche Anstrengungen abverlangt werden. Doch kann und darf dies, liebe Freunde, für uns kein Grund sein, uns unserer internationalen Verantwortung zu entziehen. Wer dies versuchen würde, würde auf eine gefährliche Weise das Vertrauen erschüttern, das sich die Bundesrepublik in über 40 Jahren erworben hat und das wir als ein kostbares Gut für das vereinte Deutschland pflegen und ausbauen wollen.

(Beifall)

Jeder von uns muß wissen – und das hat Konsequenzen bis hin zur Etatpolitik –: Es gibt keinen Rückzug in eine bequeme Nische der Weltpolitik. Alle unsere Partner im Ausland erwarten von uns, daß wir Deutschen eben nicht nur über Solidarität reden, sondern sie auch beweisen. Viele von ihnen – ich nenne allen voran die Vereinigten Staaten von Amerika – haben uns immer in großartiger Weise unterstützt.

(Beifall)

Von Präsident Harry S. Truman und dem Marshall-Plan jener Tage sowie der Hilfe und Unterstützung während der Berliner Blockade bis zum heutigen Präsidenten George Bush haben die Amerikaner in der Frage der Selbstbestimmung zu den Deutschen gestanden. Das werden wir unseren amerikanischen Freunden nie vergessen! Dieser Tag ist ein Tag, den wir gerade auch ihnen zu verdanken haben.

(Lebhafter Beifall)

Es werden aber auch Fragen an uns gestellt: Seid Ihr Deutschen bereit, Euch außerhalb des eigenen Hauses globalen Herausforderungen – etwa bei der Sicherung des Weltfriedens – zu stellen? Es ist für mich selbstverständlich, daß sich das vereinte Deutschland, das stärkere Deutschland, stärker engagieren muß, mehr, als es vielleicht bisher möglich war, mehr, als wir bisher uns leisten zu können geglaubt haben; in Wahrheit waren die Anforderungen ja auch bisher schon so.

Die Golf-Krise beweist, daß immer wieder regionale Krisen ausbrechen können, daß diese Krisen auch uns in Deutschland unmittelbar berühren und daß wir auch in Zukunft wachsam sein müssen. Liebe Freunde, das heißt auch, daß es auch in Zukunft keine Freiheit zum Nulltarif gibt, daß wir auch in Zukunft die Soldaten unserer Bundeswehr brauchen, die ihren Dienst für unsere Freiheit leisten.

(Beifall)

Dabei kann es keine Arbeitsteilung in der Welt in der Form geben, daß sich die einen bequem zurücklehnen, während die anderen die Kastanien aus dem Feuer holen.

(Zustimmung)

Das heißt im Klartext: Deutschland muß auch daran mitwirken, Gefahren für den Weltfrieden rechtzeitig abzuwenden.

(Beifall)

Liebe Freunde, es wäre mit unserem moralischen Anspruch, auch und gerade mit dem des vereinten Deutschland, völlig unvereinbar, wenn rund um die Welt mit Berechtigung der Spruch zu hören wäre: Die Deutschen sind gut beim Handel und im Export, aber vor ihrer Verantwortung drücken sie sich. Das ist für mich eine indiskutable Vorstellung von deutscher Politik!

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, ist es für mich überfällig, daß wir nach den Bundestagswahlen die notwendigen verfassungsrechtlich eindeutigen Grundlagen schaffen, damit die Bundesrepublik Deutschland stärkere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens übernehmen kann.

(Beifall)

Liebe Freunde, vor acht Jahren, nach Übernahme der Regierungsverantwortung, habe ich meine Außen- und Sicherheitspolitik unter das Motto gestellt: Frieden schaffen mit weniger Waffen. Heute können wir ganz einfach sagen: Wir haben Wort gehalten.

(Beifall)

In Kürze werden alle nuklearen Mittelstreckenwaffen aus Deutschland verschwunden sein. Vor wenigen Tagen sind die letzten amerikanischen Chemiewaffen von deutschem Boden abgezogen worden. Wir freuen uns darüber, und wir danken nochmals Ronald Reagan und George Bush dafür, daß sie dies gemeinsam mit uns möglich gemacht haben.

(Beifall)

Bei den Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte haben wir uns verpflichtet, die Streitkräfte des vereinten Deutschland innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370 000 Mann zu reduzieren. Lassen Sie mich angesichts der parteipolitischen Diskussion dieser Tage hinzufügen: Wir waren und sind für die Wehrpflicht, weil diese Bundeswehr eine Armee unseres Volkes sein soll.

(Beifall)

Wir wollen nie wieder eine Situation wie in den Tagen der Weimarer Zeit erleben. Die Bundeswehr ist die Armee unserer Söhne, und sie soll es bleiben.

Wir hoffen, daß die Festlegung auf eine Personalstärke von 370 000 Mann bei den Verhandlungen in Wien über Abrüstung und Rüstungskontrolle neue Anstöße gibt. Zu unserer Verantwortung gehört selbstverständlich auch, daß wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jene wenden, die aus skrupelloser Gewinnsucht andere Länder in die Lage versetzen, Massenvernichtungswaffen herzustellen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sage in aller Klarheit: Wir werden alles tun, was man im Wege der Gesetzgebung tun kann, aber ich glaube nicht, daß dies genügt. In einer freiheitlichen Gesellschaft muß auch noch hinzutreten, daß jene der öffentlichen Verachtung und Ächtung anheim fallen, die in dieser Weise mit dem Schicksal der Menschen aus Gründen des billigen Tagesgewinns ihre Geschäfte machen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, wir wissen: Frieden ist letztlich immer das Werk der Gerechtigkeit. Nur dort, wo die Würde der Menschen geachtet wird, wo Freiheit sich entfalten kann, ist der Frieden wirklich sicher. Deshalb dürfen wir niemals in unserem Kampf für Menschenrechte und Selbstbestimmung nachlassen. Deshalb müssen wir auch in Zukunft eine Politik der Hilfe, eine Entwicklungspolitik fortsetzen, die den Ärmsten und Schwächsten tatkräftig zur Seite steht.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, zur Würde des Menschen gehört ein Leben „frei von Furcht und Not“. So ist es in der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen formuliert.

(Beifall)

Die Armut in den Ländern der Dritten Welt, Hunger, Katastrophen, Elend und Krankheit – sie können uns nicht gleichgültig lassen. Christliche Verantwortung ist Verantwortung für den Nächsten. Den Menschen zu helfen ist ein Teil unseres Selbstverständnisses als Christliche Demokraten. Deshalb werden auch die Entwicklungen in Deutschland und Europa – so sehr sie uns, auch in unserem Herzen, bewegen – unseren Blick auf keinen Fall von den dramatischen Entwicklungen in der Dritten Welt ablenken. Wir tragen ein hohes Maß an Verantwortung für diese Länder. Dies betrifft die Menschen übrigens ebenso wie den Schutz der Natur, etwa die Bewahrung des Weltklimas. Wir werden dieser Verantwortung nur gerecht werden können, wenn wir jene, die dort etwas tun können, solidarisch unterstützen. Dazu gehört auch – ich sage dies angesichts der großen Probleme, die wir bei der GATT-Runde Ende dieses Jahres lösen müssen mit Bedacht –, daß wir die Märkte der reichen Industrienationen für die Produkte aus der Dritten Welt offenhalten.

(Beifall)

Die Völker in Nord und Süd, in Ost und West sind heute mehr denn je aufeinander angewiesen. Das Ozonloch über der Antarktis, die Vernichtung der tropischen Regenwälder betreffen die Menschen in Amerika genauso wie die Menschen in Europa, betreffen Städte in den USA genauso wie uns heute hier in Hamburg.

Vor diesem Hintergrund haben wir auf dem vergangenen Weltwirtschaftsgipfel – zuerst beim Gipfel von Toronto – 1988 – auf meinen Antrag hin beschlossen, das Thema Umweltschutz mit der Schuldenfrage zu verknüpfen. Wir wollen z. B. Schuldenerlasse für Länder der Dritten Welt auch davon abhängig machen, daß frei werdende Mittel möglichst für konkrete Maßnahmen zum Schutz der Umwelt eingesetzt werden. Wir werden auf diesem Wege noch entschiedene Fortschritte machen müssen.

Die Schöpfung bewahren – auch das gehört zum Auftrag, ja auch zur Vision für die Zukunft. Wir Christlichen Demokraten wollen für eine Welt arbeiten, in der das Leben in allen seinen Formen geachtet wird. Aus diesem Geist heraus haben wir in den letzten Jahren eine Umweltpolitik zu gestalten versucht, die in vielen Bereichen Pilotfunktion in Europa hat. Wir setzen dabei – im Gegensatz zu anderen – auf die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Bei der Überwindung der ökologischen Katastrophe, die der Sozialismus hinterlassen hat, wird erneut deutlich, daß Umweltprobleme, auch bei uns in Deutschland, immer noch am besten in einer Sozialen Marktwirtschaft gelöst werden können.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir stehen vor großen Aufgaben, vor ungewöhnlichen Herausforderungen, auch vor Chancen, von denen vor kurzem noch niemand zu träumen gewagt hätte. Auf dem Weg in die Zukunft öffnen sich uns – und vor allem auch der jungen Generation – neue Horizonte. Dabei sind für uns – und auch dies ist eine Erfahrung nach über 40 Jahren im geteilten Deutschland – christliche Verantwortung und christliches Menschenbild unverzichtbare Wegweiser. Aus dieser Verantwortung arbeiten wir für das solidarische Miteinander von Menschen und von Völkern. Auf unserem Verständnis von Mensch und Schöpfung beruht unser Engagement für Umwelt, und im christlichen Menschenbild sind jene Ideale begründet, die Europa geistig vereinen – von Lissabon bis Leningrad, von Dublin bis Krakau, Prag und Kiew.

Auf uns, die Christlichen Demokraten, richten die Menschen in ganz Deutschland ihre Blicke. Dies gilt vor allem auch für die Menschen in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Wer wie ich Tag für Tag in dieser Zeit im Wahlkampf unterwegs ist, spürt ihre Hoffnungen. Ich will alles tun, was ich tun kann, um sie nicht zu enttäuschen. Ich bitte Sie aber: Wir müssen alles tun, damit wir sie nicht enttäuschen.

(Beifall)

Wir haben klare Vorstellungen von der Zukunft. Wir haben in Jahrzehnten und insbesondere wieder in den letzten acht Jahren bewiesen, was wir leisten können – bei allen Fehlern, zu denen wir stehen müssen. Wir wissen um die Schwierigkeiten, die vor uns liegen, ebenso um die Ängste, die Sorgen und die Hoffnungen so vieler Menschen. Liebe Freunde, ich sage es auf ganz einfache Weise: Wir können und wir werden es schaffen, denn wir setzen auf den Mut der Menschen – auf ihre Zuversicht, auf ihren Willen zur Leistung, auf die Kraft der Freiheit.

Lassen Sie uns gemeinsam ans Werk gehen an diesem historischen Tag, in dieser historischen Woche, als Deutsche in einem vereinten Vaterland, auf dem Weg in eine gemeinsame europäische Zukunft!

(Langanhaltender lebhafter Beifall –
Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Herr Bundeskanzler, wir danken Ihnen für diese Rede. Wir danken Ihnen für die Botschaften, die wir – das versichern wir Ihnen heute – in den nächsten Wochen noch intensiver als bisher in die Köpfe und Herzen der Menschen bringen wollen.

(Beifall)

Herr Bundeskanzler, Sie haben den Anspruch der CDU als führende Kraft auch für die Zukunft deutlich gemacht. Wir wollen es mit dem gleichen Realismus und Optimismus tun, der Ihre Rede auszeichnete.

Wir danken Ihnen, daß Sie uns alle auch an das Prinzip Verantwortung erinnert haben.

(Beifall)

Herr Bundeskanzler, Sie haben vielen in der Partei gedankt. Ich glaube, ich spreche im Namen des Parteitag, wenn ich Ihnen heute auf diesem historischen Parteitag für die Gradlinigkeit, für die Beharrlichkeit, für die geschichtliche Perspektive und die konsequente Politik ganz besonders danke, die Ihr Handeln immer ausgezeichnet haben.

(Beifall)

Herr Bundeskanzler, Sie haben in dieser Partei sicherlich Höhen und Tiefen erlebt. Ich sage es heute mit Bedacht: Wir sind stolz darauf, einen Mann wie Sie als unseren Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler zu haben.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, lassen Sie mich, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, eine geschäftsleitende Bemerkung machen: Die Landesgeschäftsführer und die Bezirksgeschäftsführer im Landesverband Baden-Württemberg werden gebeten, die Stimmzettel zur „Wahl der 10 weiteren Mitglieder des Präsidiums“ im Büro des Organisationsleiters abzuholen. Das Büro befindet sich auf der Bühne zu Saal 2.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

Rede des Vorsitzenden der CDU in der DDR, Ministerpräsident Lothar de Maizière MdVK

Ich erteile das Wort Lothar de Maizière.

Ministerpräsident Lothar de Maizière (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Im Dezember 1947 versammelten sich führende Persönlichkeiten der CDU/CSU aus allen Besatzungszonen in Berlin. Sie beschlossen – ich zitiere –, „daß als Ausdruck des Bekenntnisses zur deutschen Einheit und der Verantwortung als deutsche Partei eine festgefügte gesamtdeutsche Organisation der Union geschaffen und dazu ein gesamtdeutscher konstituierender Parteitag einberufen wird“.

Heute, 43 Jahre später, am 1. Oktober 1990, entsprechen wir diesem Beschluß.

(Beifall)

Wir erfüllen damit das Vermächtnis der Gründungsväter der Union.

Es ist für mich bewegend, die Vollendung der politischen Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit und zugleich auch die Vollendung der Einheit der Union miterleben und ein Stück mitgestalten zu können.

(Beifall)

Dies sind Tage großer Veränderungen. Diese Veränderungen in ihrem ganzen Ausmaß zu begreifen wird sicher länger dauern. Ich empfinde für diesen Wandel eine große Dankbarkeit und eine tiefe Freude.

(Beifall)

Der Traum von der Einheit wird Wirklichkeit. Nach mehr als 40 Jahren gehen unsere Hoffnungen und Wünsche nach Einheit in Freiheit in Erfüllung.

Einer hat dieses Ziel trotz vieler Anfeindungen und gegen den modernistischen Zeitgeist nie aus den Augen verloren. Dafür danke ich Ihnen, lieber Helmut Kohl.

(Beifall)

Ihr Weitblick, Ihre Standhaftigkeit, Ihr fester Glaube an die Einheit, Ihr deutscher und europäischer Patriotismus haben Sie zu Recht zum Kanzler der Einheit gemacht. Dabei muß es auch bleiben; dafür müssen wir kämpfen!

(Beifall)

Der Wille zur Einheit blieb in der Union stets lebendig. Das galt für die CDU in der Bundesrepublik Deutschland. Das war aber auch immer die große Hoffnung oder

Sehnsucht der meisten Mitglieder der CDU im Osten. Für sie ist der heutige Tag eine große Erfüllung.

Die CDU in der Bundesrepublik Deutschland hat über die 40 Jahre hinweg an der Einheit festgehalten und sich unbeirrt für sie eingesetzt. Wenn eine Partei den Namen „Partei der deutschen Einheit“ verdient, dann ist es die CDU.

(Beifall)

Aus dem Protokollen des Berliner Gründerkreises, die wir nach Hamburg mitgebracht haben, wird deutlich, mit welchem Ernst um nationale Einheit gestritten wurde. Sie zeigen auch, mit welchem Mut die Männer und Frauen der Gründergeneration den Anfängen der neuen Diktatur widerstanden.

Viele Positionen, die 1945 bis 1947 von der CDU im Osten Deutschlands zur Einheit und zur Freiheit, zur Gerechtigkeit und zur sozialen Verantwortung entwickelt wurden, sind ein Teil des Erbes, das wir heute in die neue, gemeinsame CDU mitbringen.

Die gewaltsame Verdrängung Jakob Kaisers vom Vorsitz der Ost-CDU signalisierte die Spaltung der CDU. Alle späteren Versuche, sie rückgängig zu machen, scheiterten zwischen den Fronten des Kalten Krieges. Die Abgrenzung, das Gegeneinander und, was wohl noch schwerer wiegt, die erzwungene Entfremdung gewannen leider die Oberhand.

Dazwischen liegen 40 Jahre. Wenn ich ehrlich bin, wenn wir ehrlich sind, müssen wir uns fragen, ob beide Seiten trotz allem nicht schon früher das Gespräch hätten suchen sollen.

Es gab solche Versuche. Aber sie waren nur privater Natur. Dennoch haben sie den Grundstein dafür gelegt, daß die Mitglieder der CDU in Ost und West seit dem Herbst vergangenen Jahres so schnell wieder zusammenfanden. Hier – als Berliner darf ich das vielleicht sagen – ein besonderer Dank den Berlinern, die schon im November die Hand ausstreckten.

(Beifall)

Diesem Zusammenfinden folgt nun das Zusammenwachsen. Die Aktion „Freunde helfen Freunden“, die sich im Wahlkampf zur Volkskammer im Frühjahr 1990 bewährt hat, muß auch in den nächsten Monaten dazu beitragen, daß wir die gesamtdeutschen Wahlen erfolgreich bestehen.

(Beifall)

Auch wenn die Umfragen für die Wahlen sehr gut aussehen, sind die Wahlen noch nicht gewonnen.

(Beifall)

Denn der Wähler entscheidet nicht heute, sondern am 14. Oktober und am 2. Dezember. Für uns muß klar sein: Wir wollen nicht nur die Umfragen gewinnen; wir wollen die Wahlen gewinnen!

(Lebhafter Beifall)

In den Anfängen der Zusammenarbeit unserer Parteien – damals Partei"en" – im Herbst 1989 wurden viele kritische Fragen gestellt, und es wurde auch aus Unkenntnis vorschnell manches Pauschalurteil gefällt. Die Ereignisse des vergangenen Herbstes haben dennoch viele Zeichen dafür gesetzt, in neuer Weise aufeinander zuzugehen. Die Erneuerung der CDU der DDR kam vor allem von der Basis. Ihr ist es zu verdanken, daß diese Erneuerung grundlegend und die Rückbesinnung auf die Wurzeln konsequent stattfand.

In der CDU der DDR wurde unter der äußeren Schale der Anpassung auch Gemeinschaft von Christen praktiziert und erlebt, die aus ihrem Glauben heraus zur Verantwortung in der Gesellschaft bereit waren. Wer die Politik in der DDR nicht nur der SED überlassen wollte, sondern sich vorgenommen hatte, auch andere politische Ansätze ins Spiel zu bringen, der konnte dies nur in der CDU oder in anderen Parteien tun.

(Beifall)

Die Mitarbeit dort war die einzige Alternative zur SED, wenn man sich aus Resignation nicht ganz aus dem öffentlichen Leben zurückziehen wollte.

(Beifall)

Die CDU der DDR war gespalten. Sie war geteilt in eine korrupte SED-hörige Führung und in eine an der Basis arbeitende, aber wenig wirksame Partei. Ich möchte dennoch daran erinnern, daß in dieser Zeit die Mitarbeit in der CDU immer unter der Gefahr stand, Repressionen, Verdächtigung oder gar Verfolgung ausgesetzt zu sein.

(Beifall)

Sicher kann niemand ausschließen, daß sich manche der CDU aus opportunistischer Erwägung angeschlossen haben. Andere wurden Mitglied, weil sie anders dem Druck der SED nicht standhalten konnten. Sie haben sich alle unter dem Dach des C zusammengefunden, das eine Nische der sozialistischen Gesellschaft bot. Viele Mitglieder haben diese Situation auch als Gewissensnot erlebt und erlitten.

Im Herbst 1989 waren es die Gedanken des konziliaren Prozesses, die auch die Neuorientierung der CDU in der DDR bestimmten und die mit den Worten Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung kurz umschrieben sind. Erst dieser konziliare Prozeß ermöglichte es, den Kirchen den Gedanken der Gewaltfreiheit als urchristlichen Gedanken nahezubringen. Dieser Gedanke war es, der die friedliche Revolution ermöglicht hat. Viele Menschen, die sich an dieser friedlichen Revolution beteiligt haben, hatten das Gefühl: Wir stehen in Gottes Hand; wir hätten es alleine nicht geschafft.

(Beifall)

Seit dem Herbst 1989 haben viele junge Menschen in der DDR den Weg zur CDU in der DDR gefunden, vor allem Menschen mit großer Bereitschaft zum Engagement. Vielleicht war es gerade der ethische Anspruch des C, der sie zu dieser Entscheidung veranlaßt hat. Das C in unserem Namen ist aber kein Werbesticke. Für uns ist das Christliche eine große Herausforderung. Das C muß unser gemeinsames Zukunftsprogramm sein.

(Beifall)

Ein gerechtes Urteil über die CDU in der DDR wird nur der fällen können, der die Zwänge einer Diktatur berücksichtigt und ihre Mittel und Möglichkeiten der Unterdrückung Andersdenkender richtig einzuschätzen weiß.

Jede Partei muß über ihre Vergangenheit nachdenken. Wenn die SPD von der „Blockflöte“ CDU spricht, dann ist das der hinterhältige und untaugliche Versuch, von den Schalmeienklängen abzulenken, mit denen führende SPD-Funktionäre über Jahre hinweg der SED-Spitze gehuldigt haben.

(Lebhafter Beifall)

Und wenn die SPD in der vergangenen Woche auf dem Vereinigungsparteitag in Berlin die CDU (Ost) abschätzig eine Blockpartei genannt hat, dann will sie damit ihre eigene

Vergangenheit verschleiern. Denn bei der Gründung der SED hat die SPD den Hauptteil des Parteivolks gestellt. Sie war der größte Block innerhalb der SED.

(Lebhafter Beifall)

Es empfiehlt sich eben nicht, selbst im Glashaus sitzend mit Steinen zu werfen.

(Beifall)

Für die CDU in Ost und West ist heute ein großer Tag. Wir beschließen die Vereinigung der beiden Parteien – es ist geschehen – zu der großen CDU, die auch in Zukunft die entscheidende politische Kraft in Deutschland bleiben muß.

(Beifall)

Die CDU der DDR bringt sich in diesem Vereinigungsprozeß nicht alleine ein. Sie kommt auch mit den Mitgliedern der Demokratischen Bauernpartei und des Demokratischen Aufbruchs, die wir hier herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Die vereinte Volkspartei CDU gewinnt durch dieses Zusammenwachsen die neuen Kräfte, die sie braucht, um die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aufgaben der Zukunft zu bewältigen.

Manche meinen, durch das Zusammenwachsen entstünde eine andere CDU. Ich glaube, ich kann diese Bedenken zerstreuen. Die Partei wird nicht anders. Sie wird stärker.

(Beifall)

Ich sehe außerdem einen Zugewinn darin, daß wir von der Ost-CDU nach 40 Jahren Diktaturerfahrung eine große Demokratiebegeisterung mitbringen.

(Beifall)

Die CDU wird nur dann die Probleme bewältigen und in der Zukunft erfolgreich sein können, wenn es ihr gelingt, die Fragen zu beantworten, die insbesondere die Jugend stellt.

(Beifall)

Wer in die Gesichter der Demonstranten des letzten Herbstes gesehen hat, dem wird aufgefallen sein, wie viele junge Leute darunter waren. Sie waren nicht mehr bereit, die erstarrten Strukturen, die ihnen keine Zukunftsperspektiven eröffneten, zu ertragen. Sie wollten den „Mief des Sozialismus“ abschütteln.

(Beifall)

Ihre Sehnsucht war stärker als die Angst vor den Nachstellungen des Systems. Diese jungen Leute sind auf die Straße gegangen, um für ihre Zukunft zu kämpfen. Es war ein Aufbruch mit großen Hoffnungen. Wenn es uns nicht gelingt, ihre Hoffnungen einzulösen, dann werden sie enttäuscht in andere Lager abwandern. Wir müssen bereit sein, uns ihren kritischen Fragen zu stellen, und wir müssen gleichzeitig der Versuchung widerstehen, auf jede Frage sofort eine Patentantwort bereitzuhalten.

(Beifall)

Morgen ist der letzte Tag der DDR.

(Beifall)

Damit vollendet sich die Entwicklung, die im Herbst 1989 ihren Anfang nahm. In den zwölf Monaten, die dazwischen lagen, hat sich mehr ereignet, als wir für denkbar hielten. Manche meinen immer noch, es sei alles viel zu schnell gegangen. Dabei wird bewußt übersehen, daß den Zeitraum bis zum Beitritt nicht nur die Politik bestimmt, sondern der drängende Wunsch der Menschen nach Einheit.

(Beifall)

Diejenigen, die ständig sagten, es ginge alles zu schnell, sind meistens jene, die noch vor kurzem die Einheit überhaupt nicht oder nicht wirklich wollten.

(Lebhafter Beifall)

Mein Konzept war immer klar: die Einheit so schnell wie möglich, aber auch so gut wie möglich und wie nötig.

Von den vielen Dingen, die es zu regeln galt, waren uns und mir fünf besonders wichtig: Erstens. Wir mußten den Kommunen Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten zurückgeben. Nur so konnten wir uns vom Diktat des Zentralismus befreien. Die zentralistischen und damit ortsfernen Entscheidungen waren eines der Grundübel der Vergangenheit.

(Beifall)

Es war wichtig, daß unsere Kommunalwahl am 6. Mai 1990 stattfand, ein Jahr nach den sogenannten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989, dem unverblümtesten Wahlbetrug, den es wohl je gegeben hat und der eigentlich der Beginn des Wandels und der Wende war.

(Beifall)

Zweitens. Mit der Wiedereinführung der Länder wird an die föderalen Strukturen angeknüpft, die 1952 unter vorsätzlicher Verneinung der historisch gewachsenen Eigenständigkeiten zerstört wurden. Wir haben damit die Geschichte der Länder wieder „in ihr Recht“ gesetzt.

(Beifall)

Doch für uns ist die Bildung der Länder mehr als die Einführung neuer Strukturen. Wir wollen damit den Menschen ihre landesbezogene Identität zurückgeben. Ihre Heimat soll auch wieder den alten Namen tragen, nämlich Thüringen oder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern; und dann nicht mehr West-Berlin oder Ost-Berlin, sondern – wie es im Einigungsvertrag heißt – Berlin, die deutsche Hauptstadt.

(Beifall)

Eine Quelle der Kraft der Bundesrepublik Deutschland ist der Föderalismus. Ihn gilt es zu stärken.

(Beifall)

Drittens. Am 1. Juli dieses Jahres wurde mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der erste große Schritt zur Einheit vollzogen. Es war ein mutiger Schritt, für den es in der Geschichte kein Beispiel gibt. Der abrupte Übergang von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft war risikoreich. Aber wir mußten ihn wählen, um die gewünschten Veränderungen zu erreichen. Die ersten Zeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs, die erkennbar sind, bestätigen die Richtigkeit dieses Weges.

(Beifall)

Viertens. Der Einigungsvertrag ist eines der wichtigsten Vertragswerke in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er schafft Sicherheit und Klarheit über die vielen Fragen, die sich beim Vollzug der Einheit stellen. Der Vertrag reicht weit über die Wirtschafts- und Sozialpolitik hinaus. Er wird dazu beitragen, im geeinten Deutschland Rechtssicherheit und Rechtsfrieden zu garantieren. Der Einigungsvertrag ist ein großer Erfolg für das geeinte Deutschland. Dadurch, daß er von den Regierungen und

Parteien gemeinsam erstritten und von den Parlamenten mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, ist er auch ein Erfolg für die Demokratie.

(Beifall)

Fünftens. Mit der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990 in Moskau haben wir, liebe Freunde, auch die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit einvernehmlich geregelt. Dieser Vertrag ist ein historisches Dokument.

(Beifall)

Er markiert das Ende der Nachkriegszeit. Er ist der Grundstein für ein Zeitalter des Friedens, der Freiheit und der Zusammenarbeit.

Es war die mutige Politik Michail Gorbatschows, der Perestroika und des neuen Denkens, die den friedlichen Wandel in Mittel- und Osteuropa erst ermöglichte.

(Beifall)

Das belegt erneut, daß Sicherheit und Stabilität in Europa auch die Sowjetunion mit einschließt. Die Vision von einem gemeinsamen europäischen Haus nähert sich ihrer Verwirklichung. Das europäische Bewußtsein überwindet die alte Spaltung, und das größere Europa vom Atlantik bis zum Ural nimmt wieder Gestalt an.

Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse wünschte dem deutschen Volk am Tag der Unterzeichnung des Vertrages in Moskau – wörtlich – Erfolg und Wohlergehen. Es war mehr als die Erfüllung einer diplomatischen Pflicht. Es war ein deutliches Zeichen dafür, daß auch für die Sowjetunion die Nachkriegsperiode beendet ist und sie im vereinten Deutschland einen vertrauenswürdigen und verlässlichen Partner für eine gesamteuropäische Zukunft sieht.

(Beifall)

Erfolg und Wohlergehen als Grundlage für politische Stabilität ist das, was wir den Menschen in der Sowjetunion und ihrer Regierung wie all unseren östlichen Nachbarn wünschen.

(Beifall)

Wenn ich gerade auf meinen Ministerpräsidentenkollegen Dr. Antall hier unten schaue – wir haben uns in den letzten Wochen oft gesehen –: Wir aus den fünfeinhalb Ländern, die ab übermorgen nicht mehr DDR heißen, wissen, was wir den Ungarn zu verdanken haben. Ich drücke unseren Dank noch einmal ausdrücklich aus.

(Lebhafter Beifall)

Diese Bilanz der Regierungstätigkeit der ersten frei gewählten DDR-Regierung ließe sich erheblich erweitern. Mit den genannten fünf Punkten und vielen anderen Entscheidungen mußten und wollten wir die Voraussetzungen dafür herstellen, daß zwei Staaten mit ganz unterschiedlichem Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtssystem wieder zu einem Land werden können. Dieser Prozeß kann auch im Einvernehmen mit den Nachbarn und Partnern vollzogen werden

Ich denke, diese Sechs-Monate-Bilanz kann sich sehen lassen.

(Beifall)

Gestatten Sie mir noch diese Anmerkung: Für eine „Laienspielerschar“ ist das eine beachtliche Leistung.

(Heiterkeit und Beifall)

Was in so kurzer Zeit unter so widrigen Umständen geleistet wurde, wird vor der Geschichte Bestand haben können.

(Beifall)

Hier möchte ich einen besonderen Dank an die Freunde der Union richten, die in diesen sechs Monaten als Ratgeber und Mitstreiter an unserer Seite standen. Sie haben sich ebenso wenig geschont wie wir. Es sind zu viele, als daß ich hier Namen nennen könnte. Aber der Dank muß ausgesprochen sein.

(Beifall)

Ein Thema hat in der öffentlichen Diskussion der letzten Tage eine besonders große Rolle gespielt: die Aufarbeitung der hinterhältigen Aktivitäten der sogenannten Staatssicherheit. Die Sitzung der Volkskammer am vergangenen Freitag, die sich mit dieser Problematik befaßt hat, war ein Ausdruck menschlicher Tragödie. Was in den 6 Millionen Akten der Staatssicherheit aufgezeichnet und abgeheftet wurde, dokumentiert die Menschenverachtung des alten SED-Staates.

(Beifall)

Hier bespitzelte der Nachbar den Nachbarn, der Bruder den Bruder, der Sohn den Vater, die eigene Frau ihren Mann, der Freund den Freund – so heißt es in dem Bericht der Kommission. Es gibt keinen Winkel des menschlichen Lebens, der nicht durchstöbert wurde. Es gab keinen Aspekt menschlicher Gedanken, der nicht durchleuchtet worden wäre.

Wer sich von Halbwahrheiten oder Lügen, von Verdächtigungen oder Indiskretionen Sensationen verspricht, der bedient sich der Methode der Staatssicherheit und macht sich nachträglich zu deren Werkzeug.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen Licht in dieses dunkle Kapitel der DDR-Geschichte bringen. Das heißt: Wir wollen dieses Kapitel ehrlich und umfassend aufklären. Aber es darf nicht dazu kommen, daß dieses Thema unsere gemeinsame Zukunft erschwert und uns auf neue Weise teilt.

(Beifall)

Am 3. Oktober 1990 ist der Auftrag des Grundgesetzes erfüllt, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Die Einheit Deutschlands bringt große Chancen mit sich. Wir dürfen uns diese große historische Aufgabe nicht kleinreden lassen.

(Beifall)

Wer ständig von den Kosten der Einheit redet und nicht von dem, was wir in erster Linie gewonnen haben, nämlich Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, offenbart eine kleinmütige Krämerseele.

(Beifall)

Er beweist, daß er die Prioritäten falsch setzt. Er hat keinen Begriff davon, was die Menschen in der DDR in den vergangenen Jahren erlebt und erlitten haben. Er beweist, daß er Freiheit als eine Art Luxusartikel ansieht, auf den, falls er zu teuer ist, zur Not auch verzichtet werden könnte.

(Beifall)

Wer Freiheit gegen Geld ausspielen will, der hat aus der Geschichte nicht viel gelernt.

(Beifall)

Wir freuen uns auf die Einheit. Wir haben lange darauf gewartet. Sie fordert von uns allen große Anstrengungen. Wir nehmen sie aber gern auf uns, in dem Geist des Berliner Gründungsaufrufs der CDU von 1945:

Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.

(Beifall)

Ich wünsche uns allen Freude auf Deutschland. Ich wünsche uns Kraft für unser einig Vaterland. Ich wünsche uns berechtigten Stolz auf die eine, unsere Christlich Demokratische Union Deutschlands.

(Langanhaltender lebhafter Beifall –
Die Delegierten erheben sich)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Mit Ihnen, lieber Freund Lothar de Maizière, empfinden wir heute Dankbarkeit und Freude. Ich wünschte mir, daß viele Deutsche heute abend über das Fernsehen Ihre Worte vernehmen können, jedenfalls diejenigen, die morgen abend und übermorgen als Miesmacher in der Ecke sitzen und nicht feiern wollen.

(Beifall)

Wenn wir heute den Beitritt der CDU-Landesverbände der fünf Bundesländer und Ost-Berlins feierlich vollzogen haben, so ist es auch Ihr Verdienst, Lothar de Maizière, daß wir diesen Tag erleben durften.

(Beifall)

Wenn die CDU die Partei der deutschen Einheit ist, dann haben Sie daran einen großen Anteil.

(Beifall)

Wir danken Ihnen für Ihre wirklich ungeheure Arbeitsleistung und auch für die Art und Weise, wie Sie zur Vergangenheit der CDU in der DDR immer wieder Stellung genommen haben, und vor allem für Ihre klaren Worte heute hinsichtlich der Geschichtsklitterung, die die SPD vorzunehmen versucht.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, es ist richtig, was Lothar de Maizière gesagt hat. Mit ihm, mit allen Freunden aus der DDR ist unsere Partei stärker geworden. Wir werden sicherlich auch die Dimension des Zuhören-Könnens und des Nicht-auf-alles-eine-fertige-Antwort-Habens neu verinnerlichen. Wir freuen uns, Lothar de Maizière, auf die programmatische Arbeit innerhalb der CDU Deutschlands mit Ihnen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Punkt der Tagesordnung aufrufe, möchte ich die Freunde aus dem Saarland und aus Thüringen bitten, die Stimmzettel abzuholen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 11 auf:

Aussprache

Mir liegen zahlreiche Wortmeldungen vor. Zunächst darf ich unseren Freund Professor Karl Carstens begrüßen.

(Beifall)

Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Karl Carstens (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Es ist das erste Mal seit elf Jahren, daß ich auf einem Parteitag der

CDU spreche. Die Gründe, warum ich so lange nicht gesprochen habe, habe ich hier nicht zu erörtern.

(Vereinzelt Beifall)

Ich begrüße diese Gelegenheit, um meiner Freude und meiner Dankbarkeit über die Vereinigung Deutschlands Ausdruck geben zu können. Wir haben die Hoffnung und den Willen zur Wiederherstellung der Einheit niemals aufgegeben.

(Beifall)

In Hunderten von Reden haben wir auch in einer Zeit davon gesprochen, als andere das mit spöttischen Bemerkungen abtaten. Wir standen dabei in der Nachfolge von Konrad Adenauer. Schon er hatte als unser Ziel die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit genannt. Bei seinem Besuch in Moskau 1955 setzte er eine entsprechende Passage in dem Gemeinsame Kommuniqué durch. Gleichzeitig setzte er durch, daß zehntausend deutsche Kriegsgefangene zurückkehren konnten.

(Beifall)

Adenauer schuf noch eine weitere Voraussetzung für die Vereinigung, nämlich die Westbindung Deutschlands, die Bindung an die freiheitlichen Demokratien in der Europäischen Gemeinschaft und im Nordatlantischen Bündnis.

(Vereinzelt Beifall)

Durch sie gewann unser Land Vertrauen und schließlich Unterstützung bei unseren westlichen Partnern. Durch die Aussöhnung und Freundschaft mit Frankreich gab Adenauer unserer Außenpolitik Stabilität. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Das ist Adenauers größtes und wichtigstes Vermächtnis für uns alle.

(Beifall)

In den letzten Jahren ist in Hunderten von Reden und Aufsätzen immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, deutsche Wiedervereinigung und europäische Einheit schlossen sich gegenseitig aus. Es hat sich gezeigt, daß sich diejenigen, die das sagten, irrten. Beide gehören nämlich untrennbar zusammen.

(Zustimmung)

Dabei soll nicht vergessen werden, daß der neue Führer der Sowjetunion diesen Wandel ermöglichte, daß Ungarn, Tschechen und Polen und vor allem die USA und unsere westlichen Verbündeten uns dabei halfen. Die Befreiung der DDR war Teil eines welthistorischen Prozesses.

Ich sage noch einmal: Der 3. Oktober ist ein Tag der Freude und des Dankes an alle, die dabei mitgeholfen haben. Das gilt, wenn auch manche Fragen und Probleme zu lösen sind.

Die Menschen in beiden Teilen unseres Landes müssen zueinander finden. Wir müssen uns mehr und häufiger besuchen als bisher. Meine lieben Freunde, wir alle brauchen auch etwas Nachhilfe in der deutschen Geographie, habe ich das Gefühl. Es wird höchste Zeit, daß wir uns diese Kenntnisse aneignen.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle vor allem den deutschen Politikern danken, die die Hauptlast getragen haben. Ich kann nicht alle Namen nennen; Lothar de Maizière hat auch darauf verzichtet. Aber ich möchte einen nennen, nämlich unseren Freund Helmut Kohl.

(Beifall)

Manchmal sah es so aus, als ob die Ereignisse ihn überrollen würden, aber er blieb Herr der Lage. Daß es ihm gelang, ein Vertrauensverhältnis gleichzeitig zu Präsident Bush und zu Präsident Gorbatschow herzustellen, ist ein großes historisches Verdienst Helmut Kohls.

(Beifall)

Jetzt beginnt ein neuer Abschnitt der deutschen Geschichte, und viele fragen: Wohin soll die Reise gehen? An welchen Vorbildern sollen wir uns orientieren? – Ich meine, die Antwort darauf ist ganz einfach. Wir sollten uns an den Grundwerten orientieren, die unsere Väter 1949 in Anknüpfung an die Verfassung von 1849, in unserem Grundgesetz niedergelegt haben und die weiterentwickelt worden sind und sich vielfach bewährt haben. Ich nenne die fünf wichtigsten:

Erstens. Die Würde des Menschen ist für uns unantastbar. Seine persönliche Freiheit und seine Menschenrechte werden garantiert.

Zweitens. Demokratie, und zwar repräsentative Demokratie und nicht plebiszitäre Demokratie,

(Beifall)

Rechtsstaat und Gewaltenteilung sowie Bundesstaat sind die Eckpfeiler unserer Ordnung. Das Bundesverfassungsgericht ist einer dieser Eckpfeiler. Wir können seiner Rechtsprechung über die Jahrzehnte hinweg Achtung und Dankbarkeit bezeugen.

(Zustimmung)

Drittens. Soziale Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit sind die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Auch sie sind Voraussetzung der Freiheit.

Viertens. Bewahrung der Schöpfung und Umweltschutz sehen wir als eine unserer höchsten Verpflichtungen an.

Fünftens. Bewahrung des Friedens, die Einigung Europas und die Solidarität mit der Dritten Welt sind unsere wichtigsten außenpolitischen Ziele.

Damit will ich nicht sagen, daß wir hier in der Bundesrepublik mit dem Erreichten uneingeschränkt zufrieden sein können. Wir leben nicht in einem vollkommenen Staat. Die Einsicht, daß Freiheit ihr Gegenstück in Verantwortung und in Pflichten hat, hat sich bisher nicht überall durchgesetzt.

(Zustimmung)

Die Tatsache, daß jährlich allein in der Bundesrepublik Deutschland über 200 000 ungeborene Menschen unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht getötet werden, ist dafür ein bedrückendes Beispiel.

(Beifall)

Die religiöse Bindung, die 1949 noch stark war und die in der Präambel des Grundgesetzes und mehrerer Landesverfassungen ihren Ausdruck fand, ist schwächer geworden. Aber jetzt, meine lieben Freunde, gibt es einen Anlaß, Gott zu danken. Wir sollten das aus vollem Herzen tun.

(Beifall)

Auch die internationale Solidarität der Deutschen läßt zu wünschen übrig. Helmut Kohl hat davon gesprochen; ich kann jeden seiner Sätze nur unterstreichen. Gewiß, wir leisten im Atlantischen Bündnis, in der Europäischen Gemeinschaft und für die Dritte Welt einen großen Beitrag, aber wenn es um unsere Mitwirkung bei der Abwehr von

Gefahren in anderen Teilen der Welt geht, heißt es plötzlich: Das können wir nicht; daran hindert uns unser Grundgesetz. – Das ist ein schwaches Argument. Dann muß eben das Grundgesetz geändert werden, meine ich.

(Vereinzelte Zustimmung)

Wir werden nicht darum herumkommen, deutlicher als bisher zu erkennen, daß Freiheit ihr Gegenstück in Verantwortung hat, im Inneren ebenso wie in internationalen Beziehungen.

Das ist der Kern meiner Botschaft, den ich Ihnen heute übermitteln möchte.

(Beifall)

In diesem Sinne wünsche ich unserer Partei, der CDU, eine glückliche und erfolgreiche Zukunft. Die Grundsätze, für die sie eintritt, haben die Zeit überdauert und werden auch in Zukunft eine verlässliche Grundlage für die deutsche Politik bilden.

Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Professor Carstens, daß Sie das Wort an den Parteitag gerichtet haben.

Ich rufe Hermann Gröhe auf.

Hermann Gröhe: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde der CDU! Lassen Sie mich einige Anmerkungen aus der Sicht der Jungen Union machen.

Ich will zunächst sagen: Wir freuen uns auf Deutschland. Andere mögen in diesen Tagen darüber diskutieren, wie man den lang ersehnten Tag der Einheit unseres Volkes begehen mag. Ich möchte dazu nur sagen: Wer jetzt etwas gegen Glockenläuten hat, bei dem hat es halt noch nicht geklingelt.

(Zustimmung)

Wir, die Jungen in der Union, wissen jedenfalls: Wir werden diesen Tag feiern. Unser Ziel – wenn Sie die Entscheidung gelesen haben, wissen Sie dies – für die übernächste Nacht ist: tausend Feten für Deutschland. Wir wollen deutlich machen: Wir identifizieren uns mit diesem Prozeß. Wir wissen um die Herausforderungen, die damit verbunden sind. Wir vertrauen aber auch darauf, daß wir es gemeinsam packen können. Wer wenn nicht wir sollte es anpacken? Junge Christdemokraten haben all die Jahre am 13. August, am 17. Juni demonstriert: Die Mauer muß weg! – Das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen ist belächelt worden, wir sind oft als Ewiggestrige beschimpft worden. Junge Christen standen in der bisherigen DDR in der ersten Reihe, wenn es darum ging, für jene Freiheit einzutreten, die jetzt die Einheit möglich macht.

Angsthasen, Neidern und Nörglern, aber auch der Angst, zu kurz zu kommen, treten wir mit Entschiedenheit entgegen. Um es deutlich zu sagen: Das kleinkarierte Fragen, ob wir uns die Freiheit überhaupt leisten können, ob uns dies alles nicht überfordert, ist schlicht schäbig.

(Zustimmung)

Wenn aber Egoismus und die Angst, zu kurz zu kommen, so häufig anzutreffen sind, muß sich auch unsere Gesellschaft fragen, ob wir – gerade im westlichen Teil – Gemeinsinn immer ausreichend vorgelebt haben.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt davon: Die wirtschaftlichen Herausforderungen werden wir meistern.

Ich will nur zwei Anmerkungen zu den immateriellen Dingen machen.

Ich komme zunächst zur Bildungspolitik. Die Gesinnungsauslese und Diskriminierung haben in den neuen Bundesländer ein Ende gefunden. Die ideologische Entrümpelung muß jetzt in Angriff genommen werden. Dazu zählt aber auch, daß wir bei uns in den bisherigen Ländern der Bundesrepublik einiges überprüfen. Wer die Wartburg oder die Thomaskirche, wer die Schloßkirche zu Wittenberg bisher im Ausland vermutete, macht auch deutlich, daß hier im Westen unseres Landes Bildungspolitik versagt hat.

(Zustimmung)

Ich möchte zum zweiten etwas zum Bereich der Jugendarbeit sagen, weil gerade viele junge Leute in den neu hinzukommenden Bundesländern die Zwangsorganisierung in der FDJ erlebt haben. Sie alle und die Junge Union wollen dazu einen Beitrag leisten, haben ein Recht darauf, in einer freien, in einer pluralistischen, in einer demokratischen Jugendarbeit Erfahrungen mit Demokratie zu sammeln.

Jugend will an dem, was vor uns liegt, an diesem Aufbau mitwirken. Es geht nicht um die Wiederherstellung irgendeines vergangenen Zustandes, es geht um etwas Neues, es geht darum, die Einheit Deutschlands als Motor für die Einigung Europas zu nutzen. Dafür sind wir zur Mitarbeit bereit.

Ich möchte aber auch eine Bitte äußern, gerade auch im Namen vieler junger Christdemokratinnen und Christdemokraten aus den neuen Bundesländern, aus den neuen Landesverbänden: Gerade – ich denke, wir haben damit heute schon begonnen – nach schweren Zeiten ist das offene Gespräch über das, was war, gerade auch zwischen den Generationen notwendig. Mit dieser Ehrlichkeit, mit Prinzipientreue und Offenheit für die Fragen der Zukunft werden wir diese Zukunft packen. Davon sind wir, die Junge Union, überzeugt. Danke.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hermann Gröhe. Das Wort hat jetzt Marion Walzmann.

Marion Walzmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Einigkeit und Recht und Freiheit“ – wir alle haben es heute gesungen; auch ich, eine junge Juristin aus Thüringen. Das Recht, das wir besungen haben, ist ein anderes Recht als das, mit dem die Bürger der DDR bisher umgehen mußten. Es ist das Recht einer freiheitlichen Demokratie, es ist die Garantie für die verantwortete Freiheit des einzelnen, einer Freiheit, derer die mittleren Generationen im Osten Deutschlands beraubt wurden.

Um so mehr muß es erklärtes Ziel meiner Generation sein, dafür Sorge zu tragen, daß sich die Bausteine der Rechtsstaatlichkeit in den fünf neuen Bundesländern zu einem festen Haus zusammenfügen.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist nicht einfach, und der Verfahrensweg ist kompliziert. Dieser Weg ist nur möglich, weil wir durch die schnelle Herstellung der Rechtseinheit im Lande die Grundlage dafür schaffen. Diese Chance müssen wir nutzen. Sie muß uns aber auch gegeben werden.

Hier unterscheiden wir uns von der SPD: Wir wollen nichts künstlich erhalten und bewahren, wir wollen nicht ausnahmslose Abhängigkeit von Milliardenprogrammen

des Staates, sondern wir wollen dafür Sorge tragen, daß die Menschen – hier spreche ich besonders für die junge Generation – die Möglichkeit haben, mit neuem Ziel neu zu beginnen. Das heißt für mich Fortbildungsmöglichkeiten, Aufbaustudien und Umschulung.

Das ist die Voraussetzung dafür, daß wir – egal ob Rostocker oder Hamburger, ob Mainzer oder Erfurter – in absehbarer Zeit gleichwertige und konkurrenzfähige Partner sind und keine sozialdemokratisch subventionierten Arbeitnehmer und Akademiker zweiter Klasse.

(Beifall)

Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe, und darin wird sich die CDU treu bleiben.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf das politische Credo des CDU-Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in Thüringen zurückkommen. Er betont: CDU-Politik ist Sozialpolitik durch gute Wirtschaftspolitik. – Das ist der Leitspruch von Josef Duchac.

(Beifall)

Nun möchte ich noch zwei Gedanken zur Freiheit äußern. Zunächst zu einer Freiheit, die für meine Generation zum Glück schon wieder zur Selbstverständlichkeit geworden ist, nämlich zu der Freiheit, sich frei und ungehindert durch Deutschland bewegen zu können – und sei es durch die ganze Welt. Das ist ein wesentlicher Bestandteil für die Freiheit des Geistes. Es ist Schluß mit der Bevormundung des Denkens vom Kindergarten bis zur Universität, Schluß mit Staatsbürgerkundeunterricht und Pflichtstudium der Klassiker des Marxismus-Leninismus.

(Beifall)

Glauben Sie mir: Es ist schön, aufatmen zu können, daß das vorbei ist.

(Beifall)

Es sind auch die leidvollen Erfahrungen mit Recht und Freiheit, die die Mitglieder der Ost-CDU in unsere gemeinsame Partei einbringen. Wir werden zu verhindern wissen, daß es irgendwann auch nur den Ansatz eines solchen Systems noch einmal geben wird.

(Beifall)

Aus dieser Vergangenheit heraus sind wir mißtrauisch gegen alle Parteien, die in ihrem Programm das Wort Sozialismus – egal in welchem Zusammenhang – verwenden.

(Beifall)

Besonders die Jugend in der vereinten CDU steht auf Einigkeit und Recht und Freiheit. Danke.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Marion Walzmann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Wir möchten die Aussprache kurz unterbrechen, weil unser Gast in „zeitlicher Verdrückung“ ist.

Wir begrüßen mit besonderer Herzlichkeit den Ministerpräsidenten Belgiens, Wilfried Martens.

(Beifall)

Wir begrüßen mit ihm auch den Vorsitzenden der EVP. – Wir bitten Sie, das Wort zu nehmen.

Wilfried Martens, Präsident der Europäischen Volkspartei: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Als Europäer bei diesem

Vereinigungskongreß bei Ihnen zu sein, das bedeutet für mich, Zeugnis abzulegen von dem unauf lö s l i c h e n Z u s a m m e n h a n g z w i s c h e n d e r V e r e i n i g u n g D e u t s c h l a n d s u n d d e r E i n i g u n g E u r o p a s .

(Beifall)

Mit der Einswerdung Deutschlands wird ein neues Kapitel der Geschichte aufgeschlagen; es markiert das definitive Ende der Nachkriegsepoche und damit des zweiten Weltkrieges.

Dieses neue deutsche und europäische Zeitalter bricht mit einer langen Ära des Status quo. Für das deutsche Volk endet der latente Bürgerkrieg. Die Völker der beiden Teile Europas werden vom Kalten Krieg erlöst, in dem hin und wieder eine gewisse Entspannung durchschien. Seit dem 9. November 1989 kehrt Deutschland heim zu sich selbst – zur gleichen Zeit, wie Europa als Ganzes seine Identität wiederfindet.

(Beifall)

Wenn sich heute entgegen der Ansicht von Skeptikern und Kleinmütigen das „normale Schicksal“ des deutschen Volkes schneller, als man es glaubte, erfüllt, so wird es auch mit der gemeinsamen Zukunft der Völker Europas schneller gehen, als manch einer anzunehmen bereit ist.

(Beifall)

So wie die Christlichen Demokraten in vorderster Linie bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten standen, so treten sie auch für die Errichtung eines föderalen Europas ein. Ich finde es gut und richtig, daß die Besiegelung der Einheit der beiden Schwesterparteien der am 3. Oktober erfolgenden Proklamierung der nationalen Einheit in Freiheit der beiden in der Vergangenheit widerstreitenden Staaten vorausgeht.

Dieser Vereinigungskongreß stellt vor allem die Veranschaulichung und die glanzvolle Bestätigung der Schlüsselrolle dar, die die CDU und die CSU auf dem Weg zur deutschen Einheit gespielt haben – von den Anfängen der Bundesrepublik an bis heute, von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl.

(Beifall)

Es war ein schwerer Weg. Harte Entscheidungen mußten getroffen werden. Adenauer entschied sich für Freiheit und Demokratie und verankerte seit dem 9. Mai 1950 die Bundesrepublik in der entstehenden Europäischen Gemeinschaft. Wenn die Bundesrepublik seitdem 40 Jahre hindurch ihre Identität auf einem Wege entwickelte, der scheinbar zur deutschen Einheit im Gegensatz stand, so hat sie in Wirklichkeit auf lange Sicht die Werte bewahrt, die das Fundament der nunmehr erreichten nationalen Einheit bilden.

(Beifall)

Konnte man sich zwischen den beiden deutschen Staaten eine noch radikalere Teilung vorstellen: mit der Mauer aus Beton, aber auch einer Mauer in den Köpfen? In jedermanns Vorstellung erschien die Vereinigung der zwei in jeder Hinsicht verschiedenen Staaten als eine geradezu unmögliche Aufgabe. So schrieb denn auch noch 1987 Gorbatschow in seinem Buch „Perestroika“, es komme der Geschichte zu, die Frage der endgültigen Staatsform für Deutschland zu entscheiden. Er fügte hinzu, er stelle sich die Regelung der deutschen Frage nach dem Ablauf von einhundert Jahren vor. Damit hatte er gleichermaßen recht und unrecht. Recht hatte er damit, daß er

erstmalig das Prinzip der deutschen Einigung in den Blick nahm; im Irrtum war er, als er als guter Marxist Spekulationen über den Sinn der Geschichte anstellte.

(Beifall)

Ganz Europa, die ganze Welt erinnert sich an die stille Revolution in der DDR im Herbst 1989, vor noch nicht einmal einem Jahr. Mir liegt sehr daran, in Erinnerung zu rufen, daß die Christlich Demokratische Union der DDR von ihrer Gründung im Jahre 1945 bis zu ihrer Gleichschaltung 1949 ein aktiver Hort der Opposition gegen den Kommunismus war, so wie die Christlichen Demokraten in Opposition gegen das Hitler-Regime gestanden hatten. Ich spreche ihrem Vorsitzenden Lothar de Maizière meine hohe Anerkennung dafür aus, daß er die CDU der DDR wiederaufgebaut und ihr die Glaubwürdigkeit verschafft hat, die sie zur stärksten politischen Kraft des Landes machte.

(Beifall)

Endlich waren die Deutschen in der DDR der „tragischen Utopie“ des Marxismus – das ist ein Wort Johannes Pauls II. – entkommen. Da war es klar, daß in ihren Augen die CDU überzeugender dastand als die anderen politischen Formationen; schließlich ging es darum, die Wende vom real existierenden Sozialismus zur Sozialen Marktwirtschaft zu vollziehen und im östlichen Teil Deutschlands den Traum von einem zweiten Wirtschaftswunder zu verwirklichen.

(Beifall)

Der große Trick der Marxisten bestand darin, den Menschen vorzugaukeln, er kämpfe gegen den Kapitalismus. Das von der CDU/CSU vertretene Modell ist jedoch die Soziale Marktwirtschaft. Sozial ist sie nicht nur deshalb, weil sie Mechanismen der Solidarität vorsieht, sondern auch und vor allem deswegen, weil sie eine echte Marktwirtschaft, nicht eine Mangelwirtschaft ist. Eben darum können wir mit völliger Gewißheit dem vereinigten Deutschland viel Glück wünschen.

(Beifall)

Der Fall der Berliner Mauer und das darauf folgende Auseinanderbrechen des sowjetischen Imperiums haben zu einer tiefgreifenden Veränderung des Ordnungsrahmens nicht allein auf unserem Kontinent, sondern in der ganzen Welt geführt. In der Tat hat der Moskauer Vertrag vom 12. September über die definitive Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit die deutsche Frage vollkommen klar gelöst. Wir schulden dem vereinten Deutschland, an erster Stelle Bundeskanzler Helmut Kohl und der CDU/CSU, Dank dafür, daß sie für Ungewißheit und für Befürchtungen und Besorgnisse draußen in der Welt keinen Raum gelassen haben.

(Beifall)

Wir begrüßen es, daß die Sowjetunion schließlich der Zugehörigkeit ganz Deutschlands zur NATO zugestimmt hat. Heute kann allein der Sicherheitsrahmen, den das Atlantische Bündnis bietet, die Stabilität in Europa auch für die Zukunft garantieren.

Der Moskauer Vertrag vom 12. September hat die Position Deutschlands beschrieben. In seinem Art. 1 bekräftigt er, daß „der definitive Charakter der Grenzen ein wesentliches Element der europäischen Friedensordnung darstellt“. Sie selbst, Herr Bundeskanzler, hatten schon am 8. März vor dem Bundestag Ihre „Entschlossenheit, die Unverletzlichkeit der Grenzen mit Polen als unwiderrufliche Grundlage für das gemeinsame Leben in Europa anzuerkennen“, erklärt.

Manche westeuropäischen Partner Deutschlands hatten befürchtet, der Prozeß der deutschen Einigung könne wegen der Geschwindigkeit, mit der er abließ, zur

Abkoppelung von der europäischen Integration führen. Ich ziehe es vor, zu hoffen, daß der eine Prozeß den anderen vorantreiben wird, wobei die deutsche Einigung, wie ich eingangs schon sagte, als kräftiger Katalysator auf die europäische Einigung einwirken wird.

Trotz der hier und dort entstandenen Beunruhigung haben seine Partner in der Europäischen Gemeinschaft letztlich volles Vertrauen, daß sich das vereinte Deutschland voll und ganz in die demokratische und europäische Tradition der Bundesrepublik einfügen wird. Das geeinte Deutschland wird die Zukunft meistern, wie es die Vergangenheit mit der Befreiung vom Nationalsozialismus und vom Kommunismus bestanden hat.

Die Vereinigung der Deutschen hat sich vollzogen, ohne daß ein Tropfen Blut vergossen wurde.

(Beifall)

Es war die erste friedliche Revolution der deutschen Geschichte, ein Privileg, das nur wenige Nationen mit Ihnen teilen.

(Beifall)

Jetzt, meine Damen und Herren, liebe Freunde, erlebt die deutsche Nation den Abschluß der Vollendung ihrer Einheit in Freiheit. In diesen Tagen der Freude möchte ich mit Ihnen in Ihre Nationalhymne einstimmen: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.

(Beifall)

Da ich als Europäer und als Repräsentant der Europäischen Volkspartei bei Ihnen bin, möchte ich vor allem meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß mit Ihrer Vereinigung für Europa ein neues Zeitalter begonnen hat. Es steht unter dem Zeichen der Einheit: das vereinigte Deutschland im Rahmen der Europäischen Union. Gemeinsam werden wir sie vollenden!

Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Vorsitzender und Premierminister, lieber Freund Martens! Ich möchte Ihnen auch im Namen der Delegierten dieses Parteitages und im Namen des Tagungspräsidiums sehr herzlich danken. Sie haben die Schrittmacherrolle der Vereinigung Deutschlands für die Einheit Europas unterstrichen. Für unsere christlich-demokratischen Freunde in Europa möchte ich Ihnen eine Botschaft mit auf den Weg geben: Das vereinte souveräne Deutschland braucht niemand zu fürchten, und niemand soll jetzt oder in Zukunft einen Anlaß haben, darüber besorgt zu sein.

Die CDU wird alles daransetzen, daß Deutschland die Erwartungen im Hinblick auf eine größere internationale Verantwortung partnerschaftlich und solidarisch erfüllen wird. Die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion und insbesondere einer politischen Union für Europa sind dabei unsere vorrangigen Ziele, für deren Verwirklichung wir uns mit allen Kräften gemeinsam mit der EVP einsetzen werden. Herzlichen Dank, Wilfried Martens!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam, daß die Antragskommission um 19.30 Uhr zu einer Sitzung zusammenkommt. Die Sitzung findet im Saal 17 statt. Sie finden diesen Saal im dritten Stock des Verwaltungstraktes.

Nunmehr hat Frau Aenne Brauksiepe das Wort.

Aenne Brauksiepe (mit Beifall begrüßt): Herr Bundeskanzler! Herr Ministerpräsident de Maizière! Meine Freunde hier im ganzen Haus! Sie werden begreifen, daß jemand, der 1949 in Bonn mit anfangen durfte, diese Stunde mit einer inneren Bewegung, um nicht zu sagen: Erregung durchsteht. Ich möchte, um meine Gedanken, meinen Dank und meine innere Bereitschaft zu kennzeichnen, diese Stunde ganz zu genießen, einen Vers vortragen, der mich durch 40 Jahre begleitet und mir Mut gegeben hat: Brot ist wichtig, Freiheit ist wichtiger, am wichtigsten aber ist die unverratene und ungebrochene Treue zu sich selbst.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Erkenntnis verdanke ich einem Menschen, dessen Leben ein Abbild dessen ist, was viele von Ihnen und all die, die vorhin vom Kanzler erwähnt wurden, durchgestanden haben. Ich habe dieses Wort, welches ich mit mir getragen habe, von niemand anderem als von Pater Delp entliehen: Brot ist wichtig, Freiheit ist wichtiger, am wichtigsten aber ist die unverratene und ungebrochene Treue zu sich selbst.

In diesem Bewußtsein möchte ich in dieser Stunde an Sie appellieren, daß wir den beiden Männern, die heute so hochverehrt sind und von allen anerkannt werden, auf dem Weg, der noch vor uns liegt, ungebrochene Treue schenken.

(Beifall)

Wer politisch unterwegs ist und wer durch Jahrzehnte Erfolge und Rückschläge erlebt hat, bedarf einer Schutzmauer von Freunden. Ich hoffe, daß sich in dieser Stunde, die wir erleben durften, die Menschen und Freunde, die uns Verstärkung gebracht haben, ganz dicht um diese beiden großen Männer scharen, damit sie den Weg nach Europa durchstehen können. Der Erfolg hängt von uns allen ab.

(Beifall)

Ich möchte noch über etwas anderes sprechen, was mich innerlich sehr stark anrührt. Ich beziehe mich dabei auf die Präambel unseres Grundgesetzes. Liebe Freunde, die Sie 40 Jahre zusammen mit uns unterwegs waren, ich weiß nicht, wie viele Male wir die Präambel vor großen Zuhörerkreisen angesprochen haben. In der Präambel des Grundgesetzes heißt es:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...

Wir haben diese Worte unzählige Male – ich weiß nicht, wie oft – zitiert. Nun wird das, was in der Präambel steht, an diesem Tage und am 3. Oktober von uns erfüllt.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch eines sagen. Ich weiß nicht, ob Sie es mir abnehmen können, wenn ich sage, daß sich nach so viel Wahlkämpfen im Augenblick Freude und Dank in meinem Herzen die Waage halten. Freund Katzer und ich gehören zu denen, die mit dem von uns verehrten Adenauer den ersten Wahlkampf durchgestanden haben. Etwas, was wir beide und Sie alle – Adenauer wird ja immer wieder erwähnt – nicht vergessen sollten, ist folgendes: Adenauer trat gegen Angriffe und gegen Verdächtigungen auf. Er ließ sich nicht kleinkriegen. Ich erinnere mich noch, daß wir einmal in einem Saal auf Luftschutzbänken saßen. Die Männer trugen gefärbte alte Uniformen.

Die Kölschen kamen und wollten Adenauer hören. Ich weiß noch: Sie hatten ihren Wahlkreis auf dieser Rheinseite, ich auf der anderen. Ich höre noch heute einen Kölner sagen: Die sollen doch den Mund halten. Die betuppen uns ja doch. Alle Politiker sagen dies und jenes, tun hinterher aber nichts! Das meinten die Menschen damals, weil sie den Glauben an die Ernsthaftigkeit eines politisch tätigen Menschen verloren hatten. Wir haben heute aber erlebt, daß wir den beiden Politikern, die wir hier haben sprechen hören, Wort für Wort abnehmen können, weil sie sich beide so unerhört eingesetzt haben.

(Beifall)

Gegenüber den neu hinzugewonnenen CDU-Damen aus dem bald nicht mehr DDR genannten Teil unseres Landes habe ich ein Vermächtnis einzulösen. Ich bitte aber auch die Frauen, die auf dieser Seite mit mir tätig sind, zuzuhören. Auf dem Karlsruher Parteitag im Jahre 1951 sagte Frau Dr. Weber, eine Frau, die schon in Weimar mit dabei war, die unter den Nazis ihre Stelle verlor, die in ihrem Optimismus aber nicht kleinzukriegen war, zu den CDU-Frauen folgendes: Wir müssen daran denken und dürfen nicht vergessen, daß wir den Frauen in der DDR noch einen Dank abzustatten haben. Sie sagte – dies berührt mich im Augenblick –: Aenne, sollten Sie mich überleben – nach menschlichem Ermessen mußte man davon ausgehen, denn Frau Dr. Weber war damals schon über 70 –, dann sagen Sie an dem Tag, an dem wir wiedervereintigt sind, Dank für das, was die Frauen drüben für uns alle durchgestanden haben. Das tue ich nun heute.

(Beifall)

Nun noch ein Wort des Trostes. Wer mich kennt, weiß, daß ich von Natur aus ein Optimist bin. Ich glaube an das Gute. Ich kann mir denken, daß die Menschen, die nicht das Gute wollen, entweder das falsche Elternhaus oder die falschen Freunde hatten. Ich wurde als Optimist groß. Ich werde nachdenklich, wenn ich jetzt von vielen immer wieder Aussagen wie diese höre – Herr Ministerpräsident Martens hat es vorhin bereits erwähnt –: Das wird aber noch viel kosten. Der Kohl wird aber noch gucken. Denen werden die Augen noch aufgehen. Wir sollen das alles bezahlen? Wenn ich das höre, kann ich nur fragen: Wo sind wir eigentlich?

Und wenn der „alte Herr“, der unseren ersten Wahlkampf mitgemacht hat, hier dabei wäre: Es stünde hier keiner auf und würde das wiederholen. Hat der Wohlstand uns verdorben?

(Beifall)

Ich meine, wir sollten uns erinnern, daß wir im 1. Bundestag nach einem unendlich schweren Wahlkampf mit Männern und Frauen zusammenkamen, die noch Narben auf ihren Seelen hatten. Sie hatten Gefängnis und Folterung durchgemacht. Sie hatten Verfolgung und Emigrantentum erlitten. Sie hatten schreckliche Dinge mitgemacht. Sie hatten ihre Söhne verloren; die Heimkehrer waren noch nicht da. Wenn sie aus Großstädten kamen, mußten sie feststellen: Kein Haus stand mehr. Sie kamen aus Trümmern und furchtbarem Leid. Das zwang uns – trotz unterschiedlicher parteibezogener innerer Einstellung – zu Respekt für den, der so gelitten hatte.

Im Verlaufe der Zeit ist mir klar geworden: Alle Freiheit, alle innere Freiheit legt dem Menschen ein Lachen in den Mund. Bei allem waren wir heiter. Wir haben im 1. Bundestag mit elf Parteien auch geschimpft, aber das Lachen war noch da. Wir

haben noch nie so viel gelacht wie damals. Ich meine manchmal, wir sind heute so schrecklich ernst.

(Beifall)

Wir lachten hier – verzeihen Sie – doch nur noch, wenn man uns vom „Honny“ drüben einen Witz erzählte. Sonst war das hier alles Kampf, todernst.

Aber ich bleibe dabei: Der Anfang damals war auch schwer. Menschen standen unbehaut, ohne Zuhause auf der Straße. Die Heimatlosen standen auch draußen; Geld hatten wir auch nicht. Aber die uns begleitet haben, können in dieser Stunde sagen: Wir haben es geschafft, und darüber bin ich glücklich.

Am Anfang meines Beitrags habe ich gesagt: Dank und innere Bewegung, Dank und Anerkennung halten einander die Waage. Und ganz leise sage ich: Manch einer von den Gefährten seit 1945 hätte sich diesen Tag gewünscht. Sie alle sind vor uns heimgegangen. Die großen Wegbereiter sind nicht mehr.

Aber ich will eines Mannes Wort, der auch meinen Weg mitgeprägt hat – es war ja so wunderbar, daß die katholische Kirche, die evangelische Kirche, die katholischen Freunde und auch die evangelischen zusammenstanden –, hier in Erinnerung rufen, ein Wort Eugen Gerstenmaiers. Viele von uns wissen, was er geleistet hat.

Er erzählte mir in einem tiefschürfenden Abendgespräch, wie es ihn bewegt hat, als er in der Zelle, in der er festgesessen hat, in die rauhe Mauer eingeritzt fand: „Ich habe vor dir eine Tür aufgemacht, die nichts und niemand mehr schließen kann.“ Das hatte ein Gefangener auf die Wand geschrieben. Ich nehme dieses Schlüsselwort, das eine Lawine auslösen sollte, zu uns in diese Stunde.

Die Tür ist uns aufgemacht. Der Weg ist ausgeleuchtet. Die Vorgänger haben Spuren gezogen. Wir sollten aufhören, zu lamentieren, und die Wanderung beginnen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken Frau Aenne Brauksiepe, einer Frau der ersten Stunde, dafür, daß sie uns heute Anteil an der Freude und Dankbarkeit gegeben hat, die sie über den heutigen Tag empfindet. Wir danken ihr aber auch für die Lebensleistung, die sie vollbracht hat, und für die Worte, die sie uns auf dem Weg zur Einheit mitgegeben hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ihre Aufmerksamkeit für den Spitzenkandidaten der CDU in Sachsen, unseren Freund Professor Kurt Biedenkopf.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Da ich morgen, wie Sie alle verstehen werden, im Wahlkampf in Sachsen sein muß, bin ich dankbar dafür, daß ich schon heute zu Ihnen sprechen darf. Dieser Tag, den wir heute erleben, ist ein Tag der Hoffnung und ein Tag des Aufbruchs. Er führt uns zurück zu den Wurzeln unserer politischen Gemeinschaft, und er gibt uns Kraft für die großen Herausforderungen von morgen.

Wir haben heute die Einheit unserer Partei und morgen die Einheit ganz Deutschlands errungen. Aber, meine Freunde, wir konnten noch nicht ganz Deutschland erneuern,

wie es jetzt entstanden ist. Das Werk der Einheit ist noch nicht vollendet. Das an einem Tag wie heute zu sagen ist mir wichtig. Das Werk ist erst dann vollendet, wenn wir nicht mehr von „hüben und drüben“ sprechen, wenn wir nicht mehr von „uns und denen“ sprechen. Es ist vollendet, wenn wir uns alle als Deutsche in Deutschland erleben.

(Beifall)

Ja zu sagen, ja zu Deutschland, wie es das Motto unseres heutigen Tages ist, das heißt auch: Wohlstand und soziale Sicherheit in Hamburg und Dresden, in Görlitz und Wiesbaden, in Leipzig und Hannover, in Düsseldorf und in Chemnitz; das heißt, den Aufbau der durch den Sozialismus verwüsteten Wirtschaft als Aufgabe aller Deutscher zu begreifen. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, es heißt vor allem, gemeinsam die Wunden zu heilen, die in den Herzen und im Denken der Menschen von einem Regime geschlagen wurden, das die Würde des Menschen mit Füßen trat, die Ordnung des Rechts verhöhnte und Mensch und Natur in unvorstellbarer Weise ausgebeutet hat.

Dieses Heilen der Wunden in den Herzen und Köpfen der Menschen, das wird die eigentliche Bewährung auf dem Weg zur Einheit werden.

(Beifall)

Wir können mit Geld viel aufbauen. Wir können schnell investieren. Wir können moderne Technik bringen. Aber wir können nicht ohne ein Verständnis für den anderen, ohne das Teilen der gemeinsamen Erfahrungen das abbauen, was uns nach 40 Jahren ungewollter Trennung getrennt hat.

Wir haben heute viel von Solidarität gesprochen, und das ist gut so. Aber vergessen wir nicht: Die Solidarität muß sich im Alltag der Einheit bewähren. Sie muß sich dann bewähren, wenn es Diskussionen über die Frage gibt: Was darf der da drüben verdienen, und was verdiene ich? Sie muß sich bewähren, wenn es darum geht: Was sind wir bereit, zu leisten, damit der Mann in Dresden für seine Arbeit einen angemessenen Lohn bekommt? Sie bewährt sich dann, wenn es um die Schulen und Universitäten und deren Erhaltung und Sicherung geht, in der Zeit des Übergangs und der Neuordnung mit der Hilfe der Deutschen aus dem Westen. Und sie wird sich bewähren – das wird uns sicher beschäftigen –, wenn es darum geht, die Kultur in unserem östlichen Deutschland zunächst mit der Wirtschaftskraft unseres westlichen Deutschlands zu erhalten und zu sichern.

(Beifall)

Liebe Freunde, in einer kürzlich erstellten Umfrage sagten die Deutschen im Westen unseres Vaterlandes zu fast 80 %, sie seien in allen wesentlichen Erfahrungen und Kenntnissen des Lebens den Deutschen im östlichen Teil unseres Vaterlandes überlegen. Die Menschen in diesem östlichen Teil sind in ihren Gefühlen fast ein Spiegelbild dieser Haltung; sie fühlen sich vielfach unterlegen. Das ist nicht gerechtfertigt. Die Deutschen im Westen haben mit dem Aufbau des Landes viel geleistet. Die Deutschen im Osten haben viel geleistet, sich und ihre Würde in einem System des Unrechts zu behaupten.

(Beifall)

Meine herzliche Bitte auch in der Aufgabe, die mir übertragen wurde, ist, daß wir beim Bilanzziehen, daß wir beim Abrechnen hier in diesem Teil Deutschlands nicht nur von

Geld und Kapital, von Produkten und Wohlstand sprechen, sondern auch von der großen politischen Leistung, die darin liegt, daß die Menschen im anderen Teil Deutschlands ermöglicht haben, daß wir diesen Tag heute erleben.

(Beifall)

Denn sie haben die Freiheit wiedererrungen.

Meine Freunde, die Arbeit, die vor uns liegt, ist groß. Die wenigsten von uns aus dem westlichen Teil Deutschlands können sich vorstellen, wie groß sie ist. Stellen Sie sich vor, das Bundesland Nordrhein-Westfalen oder das Bundesland Rheinland-Pfalz entsteht neu und hat weder eine Verfassung noch eine Regierung, noch eine Landesverwaltung, noch ein gewähltes Parlament. Wir müssen alles zugleich aufbauen, Arbeitslosigkeit muß verkraftet werden, eine große Bereitschaft zu lernen muß gezeigt werden. Vor allem – vergessen wir das nicht –: Das Werk der Einheit kann nur gelingen, wenn die Menschen, die heute im östlichen Teil Deutschlands leben, dort weiterarbeiten und nicht jeder für sich den einfachen Weg in den Westen sucht.

(Beifall)

Diese Leistung ist eine große Gegenleistung für die Leistung, die wir erbringen.

Ich wünsche mir, daß viele Deutsche, junge und ältere, uns bei dieser Aufgabe im östlichen Teil Deutschlands helfen, denn diese Aufgabe birgt eine große Chance, die Chance, zur Modernisierung und Weiterentwicklung ganz Deutschlands beizutragen.

Zum Schluß, meine Freunde: Lothar de Maizière hat vor Monaten den Satz geprägt – ich war ihm für diesen Satz immer sehr dankbar –, daß wir die Teilung letztlich nur durch Teilen überwinden können. Viele im Westen waren der Meinung, Lothar de Maizière meine in erster Linie den materiellen Wohlstand. Er hat in erster Linie anderes gemeint. Er hat das Teilen unserer Erfahrung und das Teilen unserer Vergangenheit gemeint. Er hat auch – das möchte ich Ihnen gerade hier in Hamburg und uns allen besonders sagen – die Bereitschaft gemeint, die Last der Einheit gemeinsam zu tragen.

(Beifall)

Es gibt viele Menschen im anderen, im östlichen Teil Deutschlands, die sich mit uns freuen und trotzdem Sorge haben, Sorge vor dem Unbekannten, Sorge vor einer Zeit, die sie ohne jede Erfahrung bewältigen müssen. Wir müssen mit ihnen teilen. Die Deutschen müssen miteinander teilen. Dies gilt für unseren Reichtum, unsere Nachbarschaften in Ost und West ebenso wie für unsere Arbeit.

Mit der Verwirklichung der politischen Einheit haben wir ja zu Deutschland gesagt. Indem wir das große Werk der Einheit fortführen und vollenden, sagen wir ja zur deutschen Zukunft. Dabei wollen wir uns, meine Freunde, durch die Achtung voreinander, durch die Toleranz untereinander, durch den solidarischen Einsatz füreinander und durch die Arbeit miteinander leiten lassen. Wir wollen uns auch durch Klarheit und Entschiedenheit gegenüber denjenigen leiten lassen, die für das Unrechtssystem der Vergangenheit Verantwortung tragen und sich jetzt im Schutz der Freiheit einrichten wollen, die das Volk nicht für sie, sondern für sich selbst erkämpft hat.

(Beifall)

Wir wissen spätestens seit diesem Parteitag, seit der Rede Helmut Kohls, in allen Teilen Deutschlands, daß wir diese Aufgabe als eine gemeinsame Aufgabe empfinden. Trotzdem sage ich Ihnen: Unterstützen Sie diese Aufgabe mit Ihrer ganzen Kraft!

Die Zukunft Deutschlands, das Gelingen der Einheit hängt davon ab, daß wir uns verstehen, daß wir uns kennen und achten lernen und daß wir die Einheit und die Überwindung der Vergangenheit wirklich als gemeinsames Werk aller Deutschen begreifen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken Kurt Biedenkopf für seinen Beitrag. Vor Ort in Sachsen habe ich zwei Dinge festgestellt; zum einen, mit welcher Kompetenz und mit welchem Einfühlungsvermögen er auf die Probleme der Menschen in Sachsen eingeht, und zum zweiten, welches Vertrauen ihm heute schon entgegengebracht wird.

(Beifall)

Wir wollen Ihnen, lieber Herr Biedenkopf, und allen Freunden heute Rückenwind für Ihre großartige und schwere Aufgabe geben.

(Beifall)

Ehe ich das Wort an Frau Cordula Schubert weitergebe, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir nach unserer Geschäftsordnung von der Möglichkeit Gebrauch machen, das Rederecht für die weitere Aussprache auf fünf Minuten zu begrenzen. Ich bitte um Ihr Verständnis.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Schubert.

Cordula Schubert: Herr Bundeskanzler! Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Der Vereinigungsparteitag der CDU ist für mich ein großes Ereignis, nicht nur weil es der allererste Parteitag ist, den ich mitmachen darf. Ich möchte vor allen Dingen der CDU und den Jungen in der Union dafür danken, daß sie jahrelang ganz konsequent die Einheit Deutschlands gefordert haben.

(Beifall)

Lassen Sie mich auf das vergangene Jahr zurückschauen. Es herrschte Aufbruchstimmung. Aber nun können wir diese Aufbruchstimmung eigentlich wieder vermissen. Alte Strukturen beginnen sich wieder zu verfestigen, und neue, junge Leute, auch Frauen, haben kaum Chancen. Die Altersstruktur derer, die Verantwortung tragen, kann uns einfach nicht befriedigen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Jugend ist die Zukunft. Wenn das eine Partei vergißt, dann wird sie bei den kommenden Wahlen diese Generation nicht vertreten. Aber da die CDU die Wahl gewinnen will, habe ich dafür ganz große Hoffnungen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir, die Jungen in der Union, brauchen nicht mehr Chancen, aber wir brauchen die gleichen Chancen wie alle anderen. Nach unserer Vereinigung müssen manche Themen neu diskutiert werden. Eine neue Grundwertediskussion ist unabdingbar: Welche Dimensionen entstehen beim Zusammenwachsen in Europa? Wie gehen wir mit unseren Nachbarn um? Eine besondere Bedeutung hat unsere Beziehung zu Polen: Bauen wir neue Mauern auf, oder treten wir zur Versöhnung an? Zur Aussöhnung ist es notwendig, analog der Aussöhnung mit Frankreich ein deutsch-polnisches Jugendwerk zu schaffen. Kennenlernen ist die Voraussetzung für das Verstehen.

(Vereinzelt Beifall)

Vergessen wir nicht, wenn Menschen aus dem Osten uns um Hilfe bitten, daß erst vor einer kurzen Zeit ein großer Teil unseres Volkes auf der Flucht war und Hilfe woanders suchte.

Der SED-Staat hat Verwüstungen hinterlassen – nicht nur die der Gebäude, sondern auch die in den Hirnen der Menschen durch ein dirigistisches Bildungssystem, dessen Folgen immer noch erkennbar sind, durch die Erziehung zum Kollektivismus ohne individuelle Entfaltungsmöglichkeiten. Wir haben es deshalb zum großen Teil mit Menschen zu tun, die immer noch keinen Mut zur Eigeninitiative haben und die den Staat für alles verantwortlich machen. Wir brauchen für uns weniger Staat und für die kommende Zeit mehr Eigeninitiative. In der Regierungsverantwortung auch nach dem 2. Oktober gibt es hier überall noch viel zu tun.

Wir können es nur gemeinsam schaffen. Wir hoffen, daß wir es gemeinsam schaffen werden. Auch die Menschen in der Noch-DDR können ihre Erfahrungen, ihre Solidarität untereinander einbringen. Wir hoffen, daß wir einbezogen werden.

Freuen wir uns auf Deutschland so, wie wir es jahrelang gefordert haben. – Danke schön.

(Beifall)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schubert.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen folgenden Vorschlag zur Geschäftsordnung machen. Wir berücksichtigen jetzt noch drei Wortmeldungen, und zwar die von Herrn Kaufmann, Frau Angela Merkel und Hans Katzer. Die weiteren Wortmeldungen werden im Rahmen der Diskussion des morgigen Tages berücksichtigt. Im Anschluß an diese drei Wortmeldungen führen wir die Wahlen durch. Darf ich mit Ihrer Zustimmung rechnen?

(Beifall)

Das Wort hat Herr Kaufmann.

Marcel Kaufmann: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als vor 45 Jahren, im Oktober 1945, an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena der Vorlesungsbetrieb eröffnet wurde, waren es Christdemokraten, christlich-demokratische Studenten, die sich in Hochschulgruppen konstituierten, um für Pluralismus in Hochschule und Gesellschaft, für eine demokratische Studentenvertretung, für Freiheit und Demokratie an den Hochschulen in ganz Deutschland einzutreten.

Schon bald gerieten diese Studenten in Konflikt mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Der Verfolgung und den Verhaftungen folgte die Zerschlagung der demokratischen Studentenverbände in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Strukturen in Jena, in Halle, in Leipzig, an der Humboldt-Universität in Berlin wurden gleichgeschaltet, aber die freiheitlichen Ideen blieben lebendig.

Sie beeinflussten, oftmals quasi mitgebracht von geflüchteten Kommilitonen, die Gründung christlich-demokratischer Hochschulgruppen in West-Berlin und an anderen Hochschulen in Westdeutschland. Diese Gruppen schlossen sich im Bewußtsein ihrer historischen Wurzeln 1951 in Bonn zum Ring Christlich Demokratischer Studenten zusammen.

Die Hochschulen im Osten, meine Damen und Herren, wurden gleichgeschaltet, wurden zu Kaderschmieden des Sozialismus. Für Studenten wurde die Hochschule vielfach zur machtgeschützten Idylle, in der Eigeninitiative, Kreativität, Opposition

systematisch unterdrückt wurden. Die Hochschulen im Westen wurden zu Brennpunkten gesellschaftlicher Entwicklung. Hier werden und wurden gesellschaftliche und politische Entwicklungen vorweggenommen, strahlen und wirken die Verhältnisse an unseren Hochschulen in die Gesellschaft hinein, wird an den Hochschulen die Zukunft dieses Landes mitgestaltet.

Gleichzeitig steht der RCDS hier in der Konfrontation mit den Gegnern unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Aber wer an den Hochschulen glaubte uns, wenn wir nachwiesen, der Marxistische Studentenbund Spartakus, die Studentenorganisation der kommunistischen DKP, wird von der SED aus dem Osten bezahlt? Wer glaubte uns, wenn wir nachwiesen, daß diese Studenten gerade von Schulungen der SED aus dem Osten an die Hochschulen im Westen dieses Landes zurückkehren? Wer glaubte uns, wenn wir sagten, daß sie notfalls auch nicht vor Diensten für die DKP, für die SED oder für andere Institutionen zurückschrecken würden?

Es bestätigte sich für uns der Satz, daß nichts so sehr für Übertreibung gehalten wird wie die Schilderung der nackten Wahrheit. Und so waren und so sind für jeden RCDSler diese Tage und Stunden der Freude auf Deutschland auch Tage und Stunden der Freude auf die Wahrheit.

(Beifall)

Wahr, meine Damen und Herren, ist auch dies: Der MSB-Spartakus, die DKP-Studentenorganisation, wurde 1969 gegründet. 1988 hatte sie noch 5000 Mitglieder. Am 23. Juni dieses Jahres löste sich der MSB-Spartakus auf. Der MSB-Spartakus ist tot, der RCDS lebt.

(Beifall)

Er lebt, weil sich christlich-demokratische Werte und Ideen als stärker erwiesen haben als kommunistische Ideologien.

(Beifall)

Zur Wahrheit gehört auch: Es waren die Jungsozialisten in der SPD, die den Kommunisten des MSB-Spartakus als Mehrheitsbeschaffer an den Hochschulen dienten. Es sind dieselben Jungsozialisten in der SPD, die heute mit Einladungen an PDS-Chef Gregor Gysi wiederum Kommunisten den Weg an die Hochschulen bahnen. Diese Menschen haben aus der Geschichte nichts gelernt. Die Aufforderung an die SPD kann nur lauten: Setzen Sie diesem unwürdigen Treiben Ihrer Jugendorganisation ein Ende.

(Beifall)

Wir gestalten Zukunft. Das galt es zu beweisen in der Freude über das Zusammenkommen mit unseren Kommilitonen aus dem Osten im Herbst 1989. Unsere Kommilitonen dort kippten in diesen Tagen die Alleinherrschaft der FDJ, lehnten sich gegen das Pflichtstudium des Marxismus-Leninismus auf, gründeten unabhängige Studentenräte. Mit der Befreiung kehrte christlich-demokratisches Gedankengut an die Hochschulen in der DDR zurück.

Spontan entstand der Wunsch, RCDS-Gruppen an den Ursprungsuniversitäten unseres Verbandes zu gründen. Im März wurden die neuen Gruppen in den Bundesverband aufgenommen: der erste gesamtdeutsche christlich-demokratische Verband. Wenn wir heute den ersten Parteitag der einen, gemeinsamen Christlich Demokratischen Union Deutschlands erleben, dann erfüllt es uns im RCDS mit Freude

und ein wenig Stolz, daß wir bereits seit März dieses Stück Zukunft gemeinsam in Ost und West, gemeinsam mit einem RCDS gestalten können.

(Beifall)

Wir gestalten Zukunft – das wird für uns auch an den Hochschulen im geeinten Deutschland Leitwort sein. Im Engagement für eine offene und solidarische Gesellschaft, für einen gemeinsamen Aufbruch in eine pluralistische Gesellschaft der Freiheit, Solidariät, Toleranz und Humanität. Leitwort auch im Engagement dafür, daß diese Partei offen und sensibel ist für die Anliegen der Hochschulen, daß sie ein offenes Ohr für Kritik und Anregungen der studentischen Generation hat.

Herr Bundeskanzler Kohl, für dieses offene Ohr für die junge Generation und für die Studenten möchte ich Ihnen im Namen des RCDS an dieser Stelle ganz herzlich danken, verbunden mit der Gewißheit und auch mit der Ermunterung – dies zu sagen werden Sie mir als RCDSler gestatten –, daß das im geeinten Deutschland seine Fortsetzung findet.

(Beifall)

Die Christdemokratie an den Hochschulen ist zu ihren Wurzeln an unseren Ursprungsuniversitäten zurückgekehrt. Nun gilt es, im einigen Deutschland gemeinsam zu arbeiten für ein erneuertes demokratisches Hochschulwesen, für eine offene und solidarische Gesellschaft.

Wir freuen uns auf Deutschland. Wir freuen uns darauf, mitzuarbeiten, mitzugestalten, Mitverantwortung zu übernehmen im einigen Deutschland auf dem Weg in die Europäische Gemeinschaft. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kaufmann.

Das Wort hat Frau Dr. Merkel.

Dr. Angela Merkel: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Ich bin Physikerin und habe vom Januar bis zum März dieses Jahres als Pressesprecherin des Demokratischen Aufbruchs gearbeitet. Seit April arbeite ich als stellvertretende Regierungssprecherin in der Regierung von Lothar de Maizière.

Im letzten Jahr hat sich zumindest für uns aus dem östlichen Teil Deutschlands unendlich viel geändert. Ich habe mir heute vor einem Jahr nicht vorstellen können, Mitglied der CDU (Ost) zu sein.

Das war deshalb so, weil ich keinen Spielraum für eigene aktive politische Tätigkeit sah. Ich konnte mir aber ebensowenig vorstellen, Mitglied der CDU West zu sein, weil ich in meiner Verzagttheit dachte, daß die Mauer unüberwindlich hoch ist.

Im Herbst vorigen Jahres haben sich die Mitglieder des Demokratischen Aufbruchs zu einer eigenen Partei zusammengeschlossen, weil sie dachten, daß eine neue Gesellschaft neue politische Strukturen erfordert. Wir haben in der Anfangsphase unserer politischen Arbeit große Hilfe aus der bundesdeutschen CDU erfahren. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle für diese Hilfe noch einmal herzlich danken.

(Beifall)

Wir haben aber auch schnell gelernt, daß es dann, wenn man politisch erfolgreich arbeiten will, notwendig ist, daß Gleichgesonnene über die politischen Ziele und die

Wege dahin zusammen streiten. Uns war es wichtig, eine sozial und ökologisch orientierte Marktwirtschaft zu schaffen und die staatliche Einheit Deutschlands so schnell wie möglich zu realisieren. Auf diesem Wege haben wir Freunde in der Allianz für Deutschland gefunden und bei der Volkskammerwahl auch erfolgreich abgeschnitten. Wir haben das auch durch unseren Zusammenschluß, den Zusammenschluß des Demokratischen Aufbruchs mit der CDU, bekundet.

Trotzdem wollen wir, daß der Gedanke des Aufbruchs in unserer weiteren politischen Arbeit nicht verlorengeht. Deshalb möchten wir in einem Arbeitskreis Demokratischer Aufbruch in der CDU Deutschlands weiterarbeiten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen uns damit aber nicht abkapseln, sondern wir laden Sie alle ein, in diesem Arbeitskreis mit uns zusammenzuarbeiten. Ich möchte zwei Dinge nennen, die uns für unsere Arbeit wichtig sein werden.

Das ist erstens die Aufarbeitung unserer eigenen Geschichte. Denn nur so können wir lernen, Demokratie aktiv zu gestalten.

Zum zweiten wollen wir uns um Kontakte zu unseren politischen Freunde in Osteuropa bemühen. Von ihnen haben wir in den vergangenen Jahren viel gelernt. Sie haben uns viel geholfen. Wir dürfen auch in einem geeinten Deutschland nicht vergessen, daß Europa nicht an der Ostgrenze Deutschlands endet. Wir dürfen den Blick für die Probleme anderer Völker nicht verlieren.

(Beifall)

Liebe Freunde, heute haben wir die gesamtdeutsche CDU gegründet. Ich glaube trotzdem, daß der Prozeß der Einigung noch nicht beendet ist. Wir müssen uns gegenseitig von unseren Erfahrungen und von unserem Leben berichten. Nur so werden wir lernen, daß es mehr Gemeinsamkeiten in unserer gemeinsamen Geschichte gibt, als wir vielleicht auf den ersten Blick vermuten.

Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit, und ich bin auf den gemeinsamen Weg gespannt.

(Beifall)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Merkel. Das Wort hat Hans Katzer.

Hans Katzer (vereinzelt mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe außer dem Goslarer Parteitag an allen Bundesparteitagen teilgenommen, meistens als Delegierter, die letzten drei Mal als Gast. Als Delegierter habe ich hin und wieder auch gesprochen, wenn ich mich recht erinnere auch in diesem Saale hier. Damals war es nicht so friedlich und so fröhlich und so feierlich wie heute. Da ging es um harte Auseinandersetzungen. Ich bin der Meinung, die Union kann glücklich sein, beides zu haben: Parteitage der Auseinandersetzungen und Parteitage der Freude, wie wir einen solchen heute miteinander erleben können.

(Beifall)

Ich möchte drei kurze Bemerkungen machen. Ich weiß, Sie wollen wählen, andere wollen noch woanders hingehen.

Erstens. Ich komme aus einer Generation, die am Ende des Ersten Weltkriegs geboren wurde, vierzehn Jahre Weimar, zwölf Jahre das Tausendjährige Reich mit allen Schrecken und Greueln der systematischen Vernichtung von Millionen von Juden erlebt hat. Diese Generation weiß, was Frieden und Freiheit ist. Ich erinnere mich, wie wir alle im November vorigen Jahres vor den Fernsehern saßen und gesehen haben, wie sich drüben die friedliche Revolution vollzog. Ich schäme mich meiner Tränen von damals nicht, Sie auch nicht.

(Beifall)

Wir haben damals nicht geglaubt, was daraus für eine Kraft werden wird.

(Beifall)

Lothar de Maizière hat recht, wenn er sagt: Wir sind stärker geworden. Ich füge als zweiten Satz hinzu: Wir werden vielleicht noch einiges lernen können. Wenn ich dann die kleinkarierten Diskussionen über Geld und über die Kosten der Einheiten und weiß der Kuckuck was höre, die dem Frieden und Freiheit für 16 Millionen Menschen gegenüberstehen, kann ich nur sagen: kleinkariert und tiefer hängen.

(Beifall)

Meine Freunde, wie sagte Jakob Kaiser und wie steht es auf seinem Grabstein in Berlin geschrieben: Was seid ihr verzagt, ihr Kleingläubigen! Nein, dies ist nicht die Stunde der Kleingläubigen, nicht die Stunde der Verzagtheit, auch nicht die Stunde des Übermuts, wohl aber die Stunde der Freude, der Genugtuung und der Hoffnung. Friede und Freiheit für unsere junge Generation sind für die Zukunft nähergerückt.

Eine zweite Bemerkung. Jetzt ist die Chance für eine Neubesinnung, zu der ich uns alle aufrufe. 1945 war die Antwort auf das zutiefst Unsittliche des nationalsozialistischen Systems die Hinwendung zu christlich-demokratischen Grundsätzen: die Postulate der katholischen und evangelischen Soziallehre und Sozialethik, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Die Solidarität und die Subsidiarität, sie haben der Marktwirtschaft das Fundament gegeben und sich zur Sozialen Marktwirtschaft entwickeln lassen, die ohne Ludwig Erhard niemals hätte entwickelt werden können.

(Beifall)

Ich möchte noch einen Satz zu der Diskussion sagen, die wir gestern in NRW hatten. Wir haben dem Klassenkampfdenken der SPD die Idee der Partnerschaft entgegengestellt. Wenn ich heute auf das Erreichte zurückblicke, dann sage ich mit allem Freimut: Das war nicht zuletzt auch deshalb möglich, weil die Sozialpartner Arbeitgeber und Gewerkschaften in sinnvoller Weise miteinander gearbeitet haben. Alle anderen Völker Europas beneiden uns darum.

(Beifall)

Man mag mir nachsehen, daß ich ausnahmsweise noch ein persönliches Wort an Norbert Blüm als denjenigen richte, der für die Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes Verantwortung trägt, das aus vielen Gründen mein Herzblut war. Ich kann nur sagen – ich hoffe, unsere Freunde drüben sehen es ähnlich; Biedenkopf wird es empfinden, wenn er in den Wahlkampf geht –: Ohne das Arbeitsförderungsgesetz

wäre die Situation für unsere Freunde in den fünf Ländern drüben sehr viel schwieriger. Ich habe das damals nur gehaut. Heute weiß ich es Gott sei Dank.

(Beifall)

Eine dritte Bemerkung. In dieser bewegenden Stunde möchte ich ein Wort des Dankes an de Maizière richten. Wenn ich in diesem Zusammenhang das Wort von der Laienspielschar höre – Sie haben das vorhin sehr schön gebracht –, kann ich nur sagen: Mir ist eine solide Laienspielschar dreimal lieber als vermeintliche Staatsschauspieler, die hin- und herrücken und nur über Geld reden. Das muß ich hier ganz deutlich sagen.

(Beifall)

Ich will hinzufügen, meine Freunde: Ich möchte Helmut Kohl Dank sagen. Ich habe das bereits persönlich getan. Wir haben manchen Streit ausgefochten; das muß wohl so sein. Wenn man jedoch etwas für richtig hält, dann muß man auch den Mut haben, dies deutlich anzuerkennen, und dies tue ich. Mit dem Zehn-Punkte-Programm hat Helmut Kohl unbeirrbar seinen Weg beschritten. Ich habe ihm sofort gratuliert. Er ist seinen Weg gegangen, und er hat den Zipfel erreicht, der uns heute zu dem Tag geführt hat, an dem wir eine Christlich Demokratische Union Deutschlands haben, und der dazu geführt hat, daß wir übermorgen ein vereinigtes Deutschland haben werden.

Ich habe zusammen mit Aenne Brauksiepe all meine Reden noch einmal nachgelesen. Es sind ein paar hundert. Beginnend 1945 in Köln endeten alle meine Reden mit Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland und – das füge ich heute hinzu – für die Vereinigten Staaten von Europa von morgen.

Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hans Katzer, für diesen aufrüttelnden kämpferischen Beitrag.

Meine lieben Parteifreunde, wir kämen jetzt zeitlich in eine gewisse Schwierigkeit, wenn wir nicht mit den Wahlen beginnen würden. Deshalb schlagen wir Ihnen, obwohl noch einige Wortmeldungen vorliegen, vor, jetzt zu unterbrechen und in die Wahlen einzutreten. Ich darf fragen, ob Sie damit einverstanden sind. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Das ist offenbar einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ich bitte den Vorsitzenden der Kommission, Herrn Wulf Rüdiger Brocke, den Bericht zu erstatten.

Wulf Rüdiger Brocke, Mandatsprüfungskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt rechtmäßig im Amt sind. Die entsprechenden Wahlprotokolle der Landesparteitage einschließlich der Erklärungen der jeweils zuständigen Parteigerichte für die Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin (Ost) liegen vollständig bei den Akten der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands in der heute vormittag verabschiedeten Fassung besteht der Parteitag aus 1000 voll stimmberechtigten Delegierten. Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 17 Uhr von den 1000 voll stimmberechtigten Delegierten des ersten Parteitages 991 anwesend. Von den 30 Delegierten der Exil-CDU sind 30 anwesend. Der erste gesamtdeutsche Parteitag der CDU ist damit beschlußfähig.

(Zustimmung)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dabei behilflich zu sein, daß wir die Wahlen jetzt in einer vernünftigen Form durchführen können. Das bedeutet zunächst, daß ich bitte, daß die Delegierten, die noch draußen sind, darauf hingewiesen werden, daß die Wahlen jetzt beginnen und daß sie aus dem Foyer hereinkommen mögen.

Ich bitte zweitens darum, daß die Kameraleute mit den beweglichen Kameras die Gänge nunmehr freigeben, damit wirklich eine ungehinderte Wahl erfolgen kann. Bitte nehmen Sie die beweglichen Kameras aus den Gängen heraus, damit die Gänge für die Durchführung der Wahl wirklich frei sind.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

Wahl des Bundesvorstandes

Meine Parteifreunde, wir haben nach § 29 des Statuts jetzt die Wahl des Bundesvorstandes in sechs getrennten Wahlgängen vorzunehmen. Wir wählen erstens den Vorsitzenden, zweitens auf Vorschlag des Vorsitzenden den Generalsekretär, drittens den Stellvertretenden Vorsitzenden, viertens den Bundesschatzmeister, fünftens weitere zehn Mitglieder des Präsidiums und sechstens weitere 26 Mitglieder des Bundesvorstandes.

Nach § 43 des Statuts müssen die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes geheim und durch Stimmzettel erfolgen. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Dabei zählen Stimmenthaltungen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit.

Unsere Geschäftsordnung sagt in § 12: „Bei allen Wahlen und Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.“

Nach den Feststellungen der Mandatsprüfungskommission, die wir soeben gehört haben, sind 991 Delegierte wahlberechtigt. Das ist eine hervorragende Präsenz, wenn man bedenkt, daß die Soll-Zahl bei 1000 liegt. Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 des Statuts nicht wahlberechtigt.

Meine Damen und Herren, das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, Ihre Stimme in den Wahlkabinen abzugeben, die an der Seite und in den Zwischengängen aufgestellt sind. Es sind insgesamt 30 Wahlkabinen aufgestellt. Bitte benutzen Sie die Wahlkabine, die von Ihrem Platz aus am nächsten zu erreichen ist.

Nach der Stimmabgabe werfen Sie Ihre Stimmzettel in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen. Ich mache alle Delegierten ausdrücklich darauf aufmerk-

sam, daß Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie Ihren Stimmzettel in die dort aufgestellten Wahlurnen werfen können.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 13.1 auf:

Wahl des Bundesvorsitzenden

Vorgeschlagen ist Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir nehmen die Wahl des Vorsitzenden mit dem Stimmzettel Nr. 1 aus dem Stimmblock vor, der Ihnen mit Ihrer Stimmkarte im Tagungsbüro überreicht wurde. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen entweder der Name Kohl, Ja oder Nein oder Enthaltung stehen. Leere Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des vorgeschlagenen Kandidaten tragen, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, Ihre Stimme in der Wahlkabine abzugeben. –

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Delegierten die Chance hatten, ihre Stimme abzugeben.

(Zurufe: Nein, nein!)

– Noch nicht; okay.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt noch einmal fragen: Hatten alle Delegierten die Möglichkeit, ihr Stimmrecht auszuüben? Gibt es noch jemanden, der seine Stimme noch nicht abgeben konnte? – Ich sehe keine Reaktion. Dann schließen wir damit die Wahlhandlung. Ich unterbreche die Sitzung bis zum Vorliegen des Ergebnisses.

(Widerspruch)

– Meine Damen und Herren, bei der Bedeutung dieses Ergebnisses ist es doch vernünftig, jetzt zunächst die Stimmen auszuzählen. Bei den weiteren Wahlgängen werden wir die Zeit der Auszählung für den Fortgang der Beratungen nutzen. Aber jetzt – so meine ich – sollten wir die Auszählung abwarten.

Meine Damen und Herren, auch selbst wenn wir wollten, könnten wir jetzt nicht in den nächsten Wahlgang eintreten; denn die Wahl des Generalsekretärs wird auf Vorschlag des neugewählten Vorsitzenden vorgenommen. Insofern müssen wir tatsächlich die Auszählung der Stimmen für die Wahl des Vorsitzenden abwarten, bevor der nächste Wahlgang eröffnet werden kann.

Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen, damit ich das Ergebnis der Wahl des Bundesvorsitzenden bekanntgeben kann. Abgegebene Stimmen: 964. Enthaltungen: 7. Ungültige Stimmen: keine. Demnach gültige Stimmen: 957. Die erforderliche Mehrheit beträgt 479 Stimmen. Es wurden für Dr. Helmut Kohl abgegeben: 943 Stimmen.

(Langanhaltender starker Beifall –

Die Delegierten erheben sich. –

Rhythmisches Klatschen –

Sprechchöre: Helmut, Helmut!)

Dr. Helmut Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde, ich danke Ihnen für diese so freundschaftliche Ovation, aber ich danke Ihnen vor allem für dieses Wahlergebnis. Es begegnet einem im politischen Leben nicht häufig.

(Heiterkeit und Beifall)

Im Moment, bevor das Ergebnis verkündet wurde, habe ich gerade daran gedacht: Zum erstenmal in meinem Leben habe ich am 1. Mai 1948 bei der Jungen Union in der Pfalz bei einer Wahl kandidiert. Da bin ich mit 37 zu 38 Stimmen durchgefallen.

(Heiterkeit)

Deswegen ist es ein weiter Weg, und es waren viele Wahlergebnisse, sehr gute und weniger gute. Aber ich weiß sehr wohl – und Sie werden verstehen, daß ich das sehr persönlich und sehr bewegt sage –, was es bedeutet, daß Sie mich heute, an diesem Tag, mit diesem Wahlergebnis unterstützen. Dafür danke ich Ihnen von Herzen.

(Beifall)

Ich will versuchen, mit meinen Kräften und meinen Möglichkeiten unserer gemeinsamen Sache zu dienen – dieser großartigen Partei, die seit über 40 Jahren im besten Sinne des Wortes – deswegen formuliere ich es so – meine politische Heimat ist, und unserem Vaterland. Vielen Dank!

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich muß das Wahlergebnis noch vervollständigen. Es sind 14 Nein-Stimmen abgegeben worden.

(Zuruf: Pfui! – Heiterkeit)

Daraus ergibt sich, daß Dr. Helmut Kohl von 98,5 % der Stimmberechtigten zum Parteivorsitzenden gewählt worden ist.

(Beifall)

Lieber Herr Dr. Kohl, der Parteitag hat Ihnen schon mit einer Standing ovation gratuliert. In diesem Wahlergebnis drückt sich unser Dank für Ihre so erfolgreiche Arbeit als Regierungschef aus.

(Beifall)

In diesem Wahlergebnis kommt aber genauso der Dank für Ihre ganz spezielle Arbeit als Parteivorsitzender zum Ausdruck. Sie haben 1973 in unserer schwersten Stunde den Vorsitz der Union übernommen, und Sie haben diese Partei so geprägt, daß unsere Mitglieder, wie ich glaube, zu noch keiner Zeit so stolz wie heute darauf waren, Mitglieder der CDU zu sein.

(Beifall)

Nicht zuletzt ist das Wahlergebnis aber auch Ausdruck unseres Willens und unserer Zuversicht, mit Ihnen am 2. Dezember zu siegen und auch in den nächsten vier Jahren unter Ihrer Regierungsverantwortung Verantwortung für das nunmehr wiedervereinigte Deutschland zu tragen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr den TAGESORDNUNGSPUNKT 13.2 auf:

Wahl des Generalsekretärs

Hierzu erteile ich dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen die Vorschläge für die jetzt anstehenden Wahlen zum Parteipräsidium geschlossen vortrage. Als Generalsekretär schlage ich Volker Rühle vor.

(Beifall)

Er hat sich in diesem Jahr in einer besonderen Weise engagiert, gerade auch auf dem Weg zur deutschen Einheit. Ich danke ihm sehr herzlich dafür, daß er sein Amt mit ganz ungewöhnlichem persönlichen Einsatz und mit sehr viel Inspiration bei der Vorbereitung der Wahl zur Volkskammer am 18. März, im Zusammenhang mit unseren Wahlhilfen, aber auch jetzt wahrgenommen hat.

Ich darf Sie sehr, sehr herzlich um Ihr Vertrauen für unseren Freund Lothar de Maizière als stellvertretenden Vorsitzenden bitten.

(Beifall)

Sie haben heute nachmittag zu meiner großen Freude mit großer Geschlossenheit dem von mir ausgehenden Vorschlag für eine Satzungsänderung und Schaffung der Position des stellvertretenden Parteivorsitzenden zugestimmt. Jeder spürt, daß dies eine Entscheidung ist, die in der jetzigen Situation und für die Zukunft sehr wichtig ist, wenn wir nicht mehr von hüben und drüben, sondern von unserer gemeinsamen Partei sprechen.

Für das Amt des Bundesschatzmeisters darf ich Ihnen Walther Leisler Kiep vorschlagen, der ein besonders schwieriges Amt innehat

(Beifall)

und der gerade jetzt im Moment des Zusammenschlusses unserer Partei viele Probleme zu lösen hat und der Ihr Vertrauen verdient und braucht.

Es liegt Ihnen eine Liste mit Vorschlägen für zehn weitere Mitglieder des Präsidiums vor. Ich bin froh darüber, daß es in vielen Gesprächen – obwohl mancher das für einen Mangel der Demokratie hält – gelungen ist, für die Wahl des Präsidiums eine Gesamtliste vorzulegen, die in sich ausgeglichen ist und die die landschaftlichen Aspekte im Rahmen der jetzt vereinten Christlich Demokratischen Union Deutschlands sowie die beruflichen Strukturen und die Begabungen in unserer Partei wiedergibt. Deswegen bitte ich Sie sehr, sehr herzlich, dieser ganzen Mannschaft heute mit einem überzeugenden Votum Ihr Vertrauen zu schenken und uns damit auf den richtigen Weg zu bringen. Wir haben zwei schwierige, aber – wenn wir zusammenstehen – gute Jahre vor uns, dessen bin ich sicher.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag des Parteivorsitzenden gehört.

Wir nehmen die Wahl des Generalsekretärs mit dem Stimmzettel Nr. 2 vor. Gültig sind alle Stimmzettel, die entweder den Namen des vorgeschlagenen Kandidaten oder aber „Ja“, „Nein“ bzw. „Enthaltung“ enthalten. Leere Stimmzettel werden als „Enthaltung“ gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen als den des vorgeschlagenen Kandidaten, sind ungültig.

Ich eröffne jetzt den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme in der Wahlkabine abzugeben. –

Meine Damen und Herren, darf ich fragen – ich kann es von hier oben nicht klar erkennen –, ob jemand noch nicht die Chance gehabt hat, seine Stimme abzugeben. – Da vorne besteht noch der Wunsch, die Stimme abzugeben. –

Meine Damen und Herren, haben jetzt alle Delegierten die Chance gehabt, abzustimmen? – Gibt es noch irgendwo Delegierte, die ihre Stimme nicht abgegeben haben? – Ich sehe nirgendwo solche Reaktionen.

Dann schlieÙe ich damit den Wahlgang zur Wahl des Generalsekretärs und gebe die Leitung weiter an Bernd Neumann.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen, damit wir die Wahlen zügig fortsetzen können.

Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir zum nächsten Wahlgang, der Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden, übergehen.

Das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs ist formal unabhängig von diesem Wahlgang. Wer also mit diesem Verfahren einverstanden ist, daß wir jetzt den Stellvertretenden Vorsitzenden wählen, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist also beschlossen, daß wir jetzt zum nächsten Wahlgang kommen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13.3 auf:

Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden

Von Helmut Kohl ist vorgeschlagen: Lothar de Maizière.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden mit dem Stimmzettel Nr. 3 vor. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name de Maizière, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Leere Stimmzettel werden als „Enthaltung“ gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen als den des vorgeschlagenen Kandidaten, sind ungültig.

Meine Damen und Herren, wir stellen hier fest, daß eine Reihe von Delegierten im Augenblick nicht im Saal ist. Deswegen wäre es angebracht, daß insbesondere die Landesgeschäftsführer beim Blick auf leere Bänke dafür Sorge tragen, daß ihre Delegierten in den Saal kommen. Denn es wäre schade, wenn wir ein Ergebnis bekommen, das nicht der normalen Meinungsäußerung des Parteitags entspricht.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme – Stimmzettel Nr. 3 – zur Wahl des Stellvertretenden Parteivorsitzenden in der Wahlkabine abzugeben.

Meine Damen und Herren, darf ich fragen: Haben alle Delegierten ihre Stimme abgegeben? –

(Zurufe: Nein!)

Haben jetzt alle Delegierten ihre Stimme abgegeben? – Das scheint der Fall zu sein.

Damit schlieÙe ich den Wahlgang zur Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden.

Ich schlage Ihnen vor, daß wir nun auch Tagesordnungspunkt 13.5 aufrufen und die Wahl des Bundesschatzmeisters vornehmen. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich Sie, Ihre Stimmkarte zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das bedeutet, daß wir jetzt zu Tagesordnungspunkt 13.5 kommen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13.5 auf:

Wahl des Bundesschatzmeisters

Vorgeschlagen ist zur Wiederwahl Walther Leisler Kiep.

Wir nehmen die Wahl des Bundesschatzmeisters mit dem Stimmzettel Nr. 4 aus Ihrem Stimmblock vor. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name Kiep, Ja, Nein oder Enthaltung steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des vorgeschlagenen Delegierten tragen, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Kandidaten wiederum, ihre Stimme in der Wahlkabine abzugeben. –

Ich darf fragen, ob alle Delegierten ihre Stimme zur Wahl des Schatzmeisters abgegeben haben. – Das Präsidium geht davon aus, daß das der Fall ist. Damit schließe ich diesen Wahlgang.

Inzwischen liegt das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs vor. Abgegeben wurden 961 Stimmen. Ungültige Stimmen 3, Enthaltungen 52. Damit 906 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 454 Stimmen.

Für Volker Rühle wurden 743 Stimmen abgegeben. Es wurden 163 Nein-Stimmen abgegeben. Damit ist Volker Rühle mit großer Mehrheit erneut zum Generalsekretär gewählt worden.

(Beifall)

Volker Rühle, Generalsekretär der CDU: Ich möchte mich für die Unterstützung bedanken. Auf gute Zusammenarbeit mit der ganzen, erweiterten Partei. Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Damit hat Volker Rühle die nicht gestellte Frage, ob er das Amt annimmt, beantwortet.

Ich finde, nach so kurzer Amtszeit sind 82 % der Stimmen ein hervorragendes Ergebnis. Volker Rühle, herzlichen Glückwunsch des Parteitages. Mach' bitte weiter so.

(Beifall)

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13.4 auf:

Wahl der 10 weiteren Mitglieder des Präsidiums

Ich gehe davon aus, daß Sie durch Ihre Geschäftsführer den Stimmzettel erhalten haben, auf dem alle Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt sind. – Das scheint der Fall zu sein.

Bevor ich den Wahlgang eröffne, weise ich darauf hin, daß nach § 43 Abs. 2 des Statuts mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten, also fünf Namen angekreuzt werden müssen. Es können natürlich mehr angekreuzt werden, maximal zehn Kandidaten.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben.

Ist jemand im Saal, der seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Damit schließe ich den Wahlgang zur Wahl der 10 weiteren Mitglieder des Präsidiums.

Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit wir das Ergebnis der Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden bekanntgeben können. Ich übergebe das Wort an Jürgen Echternach.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden bekannt. 944 Stimmen sind abgegeben worden. 2 Stimmen waren ungültig. 10 Delegierte haben sich der Stimme enthalten. Gültige Stimmen: 932. Die erforderliche Mehrheit beträgt 467 Stimmen. Für Lothar de Maizière wurden 908 Stimmen abgegeben.

(Langanhaltender lebhafter Beifall –
Die Delegierten erheben sich)

Ministerpräsident Lothar de Maizière: Liebe Freunde, ich nehme die Wahl an und hoffe, mit Gottes Hilfe den Vorschuß, den Sie mir erteilt haben, einlösen zu können.

(Beifall)

Wir aus den fünfeinhalb Ländern – wir wollen inzwischen ein bestimmtes Wort vermeiden – haben zwar mit Ergebnissen, die deutlich über 90 % liegen, unsere besonderen Schwierigkeiten.

(Heiterkeit)

Aber ich habe zusehen dürfen. Insofern bin ich sehr dankbar. Ich glaube, es ist auch ohne diese Schwierigkeiten ein Ergebnis, mit dem ich sehr gut leben kann. – Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich muß der Vollständigkeit halber noch hinzufügen: Neben den 908 Ja-Stimmen hat es 24 Nein-Stimmen gegeben. Mit anderen Worten: Herr de Maizière ist mit 97,4 % der Stimmen zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, Sie haben Herrn de Maizière bereits mit einer Standing Ovation gratuliert, genauso wie unserem Vorsitzenden. In diesem Wahlergebnis drückt sich unser Dank dafür aus, daß Sie, Herr de Maizière, vor einem halben Jahr ein Haus ohne Fenster und Dach, ohne Fundamente und ohne Wände übernehmen mußten und in einer unglaublich kurzen Zeit unglaublich viel geleistet haben. Deswegen freuen wir uns darauf, daß Sie in dieser Woche im wiedervereinigten Deutschland für unser ganzes Land Regierungsverantwortung übernehmen werden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Meine verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 13.6:

Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes

Ich kann sicherlich davon ausgehen, daß Sie die Stimmzettel schon erhalten haben und daß wir deswegen darauf verzichten können, die Namen der Bewerber vorzulesen. Wir wissen aus der Vergangenheit, daß es üblich ist, daß sich die Kandidaten vorstellen. Das schlägt Ihnen das Präsidium auch vor.

(Vereinzelt Beifall)

Wir legen aber Wert darauf – ich sage das in die Richtung der Bewerber –, daß die Vorstellung höchstens eine Minute dauert und daß es heißen muß: In der Kürze liegt die Würze. Die Delegierten werden es Ihnen danken, wenn Sie sich daran halten. Wir wollen jetzt so vorgehen, daß sich die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge vorstellen. Ich bitte die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber, sich schon jetzt in Richtung Rednerpult zu begeben.

Sind Sie, meine verehrten Damen und Herren, mit dieser Regelung einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall.

Ich bitte also Herrn Prof. Dr. Biedenkopf, sich vorzustellen.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich folge der Einladung sehr gerne. Wir sind heute eine erweiterte, eine größere Partei. Jeder hat ein Anrecht darauf, zu erfahren, wer Kurt Biedenkopf ist.

Ich bin 60 Jahre alt. Meine politische Arbeit habe ich 1973 als Generalsekretär in der Christlich Demokratischen Union in Bonn begonnen. Vorher war ich in der Wirtschaft, davor an der Universität. Ich war vier Jahre Generalsekretär, dann zehn Jahre Vorsitzender des Landesverbandes Westfalen-Lippe. Ich war von 1976 bis 1980 Mitglied des Bundestages, von 1980 bis 1987 im Landtag von Nordrhein-Westfalen und bin seitdem wieder im Bundestag. Ich kandidiere jetzt für die Christlich Demokratische Union, Landesverband Sachsen, in Sachsen für das Amt des Ministerpräsidenten.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Der nächste Bewerber ist Willibald Böck.

Willibald Böck: Ich heiße Willi Böck und bin Thüringer aus dem Eichsfeld. Ich bin 1946 geboren, bin verheiratet und habe fünf Kinder – bis jetzt.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich bin katholisch. Ich bin gelernter Lehrer und seit 1985 Bürgermeister im Eichsfeld-dorf Bernterode, auch jetzt noch ehrenamtlich. Seit dem 2. Februar dieses Jahres bin ich stellvertretender Landrat im Kreis Worbis im Eichsfeld. Ich bin seit Dezember des Jahres 1989 im Parteivorstand und war auch würdig, in den Kreisvorstand des Kreises Worbis kooptiert zu werden. Ich kandidiere jetzt für den Bundesvorstand der CDU und bitte darum, daß Sie mir Ihre Stimme geben. – Danke schön.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Meine verehrten Damen und Herren, Frau Birgit Breuel kann nicht hier sein und sich vorstellen. Sie werden Verständnis dafür haben. Heute hat die Beerdigung ihres Vaters Alwin Münchmeyer stattgefunden.

Nun stellt sich Eberhard Dieppen vor.

Eberhard Dieppen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Eberhard Dieppen. Ich bin 48 Jahre alt. Ich bin Landes- und Fraktionsvorsitzender in Berlin.

Ich bin seit 1971 Mitglied des Abgeordnetenhauses und bin vor allem in den Dingen engagiert, die sich mit den Traditionen Jakob Kaisers verbinden: in der deutschen Einheit, die in der nächsten Zeit auch nach der staatlichen Einheit inhaltlich erarbeitet werden muß, und in den Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Das Wichtigste, was ich in diesem Jahr vorhabe, ist: Bei den Wahlen am 2. Dezember, bei denen nicht nur der Deutsche Bundestag erstmalig in ganz Berlin direkt gewählt wird, sondern bei denen es auch um ein neues Abgeordnetenhaus geht, muß der rot-grüne Spuk in Berlin endlich beendet werden.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Leni Fischer.

Leni Fischer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich heiße Leni Fischer, bin verheiratet und habe drei erwachsene Kinder. Ich bin Landesvorsitzende der Frauen-Union in Nordrhein-Westfalen und Stellvertretende Bundesvorsitzende.

Ich bin seit 1976 Mitglied des Bundestages. Ich bin Mitglied des Verteidigungsausschusses sowie Stellvertretende Sprecherin für Entwicklungspolitik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihre Stimme geben würden, damit diese beiden Themenbereiche auch weiterhin in der Partei und im Bundesvorstand ihren Niederschlag finden. Gerade die Fragen der Entwicklungspolitik sind mir sehr wichtig.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Herr Fink.

Ulf Fink: Mein Name ist Ulf Fink. Ich bin 47 Jahre alt, evangelisch. Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder. Ich stamme aus Freiberg in Sachsen und habe im Ruhrgebiet die Schule besucht.

Ich bin Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft und seit einem halben Jahr Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beide Wahlen haben hier in Hamburg in der Kongreßhalle stattgefunden. Ich hoffe, das ist ein gutes Omen.

60 % der Arbeiter haben bei den Wahlen in Sachsen und in Thüringen die CDU gewählt.

(Zustimmung)

Das ist eine große Chance, die wir nutzen sollten und die zeigt, daß es kein Naturgesetz ist, daß wir auch in den Gewerkschaften in der Minderheit sind, sondern daß es möglich ist, auch in der Mehrheit zu sein. Dafür will ich mich einsetzen.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Dr. Hans Geisler bitte.

Dr. Hans Geisler: Ich bin 50 Jahre alt, verheiratet, evangelisch. Wir haben vier Kinder. Ich habe nach der Oberschule zuerst eine Färberlehre absolviert und anschließend Chemie an der TU in Dresden studiert. Nach der Promotion war ich im Gesundheitswesen beschäftigt, zuletzt im Diakonissenkrankenhaus in Dresden.

Meine Aktivitäten in den Jahren der DDR konzentrierten sich im wesentlichen auf den kirchlichen Bereich. Ich war zwölf Jahre Präsidiumsmitglied des Evangelischen Kirchentages; ich war eine Wahlperiode in der Synode der Sächsischen Landeskirche; ich war zwei Wahlperioden als Stellvertreter in der Bundessynode.

Meine inhaltlichen Schwerpunkte sah ich vor allen Dingen darin, Menschen in unserer Situation Mut zu machen, angstfrei aus dem Glauben heraus zu leben, und die Macht des alten Apparats dadurch, daß man keine Angst mehr hat, zu brechen.

(Beifall)

Ich bin im Herbst vergangenen Jahres zum Demokratischen Aufbruch gestoßen und habe den Demokratischen Aufbruch in Dresden und in der Umgebung mitgestaltet.

(Beifall)

Ich bin als Vertreter des Demokratischen Aufbruchs in die Volkskammer gekommen. Ich bin gefragt worden, ob ich bereit bin, als Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Familie und Frauen zu arbeiten. Dieses Angebot habe ich angenommen.

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit wird die Familien- und Frauenpolitik sein. Ich denke, daß im gemeinsamen Deutschland in diesem Bereich noch manches zu gestalten ist.

Ich bitte, mich als jemanden, der den Herbst mitgestaltet hat und der diese Erfahrung in die gesamtdeutsche CDU einbringen möchte, zu unterstützen.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Herr Dr. Gies hat das Wort. Ihm folgt Hermann Gröhe.

Dr. Gerd Gies: Mein Name ist Gerd Gies. Ich bin 47 Jahre alt, verheiratet, evangelisch und habe zwei Töchter. Ich bin geboren und wohnhaft in Stendal in der Altmark. Ich bin von Beruf Tierarzt.

Ich habe seit 1987 bewußt am Wandel in der CDU der ehemaligen DDR mitgewirkt. Ich wurde auf dem Sonderparteitag 1989 Mitglied des Parteivorstandes und im Februar 1990 Landesvorsitzender des wiedergegründeten Landesverbandes Sachsen-Anhalt.

Ich bin Abgeordneter der Volkskammer. Ich bin jetzt Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt und habe nur ein Ziel: gemeinsam mit meinen Freunden den Wahlsieg zu erringen, um aus Sachsen-Anhalt ein blühendes Land in der Mitte Deutschlands zu machen, und mitzuhelfen, den Bundesrat wieder zu einem ordentlichen Gremium umzugestalten.

(Heiterkeit und Beifall)

Hermann Gröhe: Ich bin 29 Jahre alt und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität zu Köln.

Ich bin am 3. November letzten Jahres zum Vorsitzenden der Jungen Union in den alten Bundesländern gewählt worden. Ich bin am 14. Dezember diesen Jahres im freien Leipzig zum Vorsitzenden der gesamtdeutschen Jungen Union gewählt worden. Ich möchte daran mitwirken, junge Leute für unsere Aufgabe zu gewinnen.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Jetzt hat Renate Hellwig das Wort.

Dr. Renate Hellwig: Meine lieben Freunde! Mein Name ist Renate Hellwig. Ich bin Bundestagsabgeordnete und seit 1970 aktiv in der Partei. Erst war ich hochschulpolitische Sprecherin im Landtag Baden-Württemberg, sodann war ich unter Heiner Geißler fünf Jahre lang Staatssekretärin, und mittlerweile bin ich seit zehn Jahren im Bundestag. Dort bin ich im Finanzausschuß tätig. Ferner bin ich europapolitische Sprecherin im Europa-Unterausschuß; leider haben wir noch keinen eigenständigen Ausschuß.

Ich habe in dieser Partei schon so manchen Strauß ausgefochten, einen der größten mit meinem Freund Norbert Blüm. Er hat mir gesagt, ich soll Euch sagen, daß ich ihn damals Ajatollah genannt habe. Ich sage es lieber nicht.

Es ging um die Frage eines modernen Frauen- oder Familienbildes. Wir haben uns auf dem Essener Parteitag auf ein modernes Frauenbild geeinigt. Die CDU kann damit prima Wahlen gewinnen.

Meine wirkliche Leidenschaft gilt jedoch der Europapolitik. Ich bin engagierte Europäerin und davon überzeugt, daß wir diesen ganzen Sozialismus-Schrott in Mittel- und Osteuropa nur in einer Europäischen Union beheben können, in der Stärke, Kraft und eine gute Nachbarschaft, wie sie in der Europäischen Gemeinschaft vorbildlich sind, von Bedeutung sind.

Bitte, meine Freunde, macht mit in der DDR. Ihr werdet jetzt, da Ihr voll zu uns gehört, merken, wie toll es ist, der EG anzugehören.

Danke schön.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Ottfried Hennig.

Dr. Ottfried Hennig: Liebe Freunde! Mein Name ist Ottfried Hennig. Ich bin 53 Jahre alt, verheiratet mit einer Ärztin. Wir haben einen knapp sechsjährigen Jungen.

In den letzten acht Jahren habe ich in einer dienenden Funktion für die Deutschlandpolitik bei Helmut Kohl arbeiten dürfen. Sie können sich vorstellen, was dieser Tag für mich – wie für Sie alle – bedeutet.

Seit 18 Monaten bin ich Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein. Wir haben uns dort etwas vorgenommen. Wir werden es nicht zulassen, daß der Norden Deutschlands rot bleibt. Wir wollen 1992 die Landtagswahl in Schleswig-Holstein gewinnen, liebe Freunde.

(Beifall)

Auf diesem Wege wäre es für uns hilfreich, wenn der Landesvorsitzende, der der einzige Kandidat aus unserem Lande für die Wahl der 26 Beisitzer ist, Ihr Vertrauen gewinnen könnte. Darum möchte ich Sie bitten.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Peter Hintze.

Peter Hintze: Mein Name ist Peter Hintze. Ich bin Zivildienstbeauftragter des Bundes und ab übermorgen für den Zivildienst im gesamten Deutschland verantwortlich. Am 2. Dezember möchte ich der SPD den Wahlkreis streitig machen, den das sonst so zurückhaltende „Allgemeine Sonntagsblatt“ das „rote Wuppertal“ nennt. Etwas Unterstützung vom Hamburger Parteitag würde mich sehr freuen.

Als evangelischer Theologe und Vorsitzender unseres Evangelischen Arbeitskreises beschäftigt mich der Themenkreis Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung – Grundsatzfragen, zu denen wir auch die katholischen Christen in der CDU zu unseren Foren herzlich einladen. In der CDU in Nordrhein-Westfalen, in meinem Heimatland, bin ich zuständig für Frauenpolitik und Jugend. Deswegen zum Schluß noch ein guter Vorsatz: Jugendliche und Frauen noch neugieriger auf die CDU zu machen. Schönen Dank.

(Beifall)

Ulrich Junghanns: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Ulrich Junghanns. Ich bin 34 Jahre alt, verheiratet mit einer Krippenerzieherin. Ich habe zwei Söhne im Alter von 9 und 12 Jahren. Ich bin gelernter Pferdezüchter und diplomierter Staatswissenschaftler.

Mein politischer Werdegang ist mit der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands verbunden. Ich bin sehr jung zu ihr gestoßen und habe für sie auf den Gebieten des Umweltschutzes, der Wasserwirtschaft und des Erholungswesens gearbeitet, dann in ihr als Geschäftsführer und im Parteivorstand gewirkt, war Vorsitzender des Bezirksverbandes Berlin.

Nach dem Ergebnis des Sonderparteitages unserer Partei wurde ich nach der Wende im vergangenen Herbst mit den Aufgaben des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden betraut. Zu dem Zeitpunkt, als die Demokratische Bauernpartei aufgebrochen ist, um mit der CDU zusammen eine neue Zukunft zu gestalten, wurde ich Vorsitzender dieser Partei.

Ich stehe hier vor Ihnen und werbe um Ihr Vertrauen bei meinem Anliegen, für den ländlichen Raum, für das schöne Land Deutschland tätig zu sein. Die Klientel des ländlichen Raumes verdient unsere Zuwendung. Ich möchte dafür tätig sein. Deshalb kandidiere ich auch im Wahlkreis 279 für den Bundestag. Danke schön.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Frau Laurien, bitte.

Dr. Hanna-Renate Laurien: Hanna-Renate Laurien,

(Beifall)

Jahrgang 1928, in Danzig geboren, in Spremberg (Lausitz) zur Schule gegangen, in Berlin studiert; berufliche Tätigkeit in Nordrhein-Westfalen, politisch aktiv in Rheinland-Pfalz und in Berlin: gesamtdeutscher Lebenslauf.

Ich habe als politische Leitlinie sehr ernsthaft gegen sozialistische Gleichmacherei, für das Recht auf Unterschiedlichkeit und für die Gleichrangigkeit des Unterschiedlichen – der Hauptschüler und der Abiturient, die Familienfrau und die Erwerbsfrau und Mann und Frau sogar in der CDU – gekämpft.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich kandidiere zur Zeit in unserem Landtagswahlkampf für das Berliner Abgeordnetenhaus. Und weil hier jeder die Zahl seiner Kinder genannt hat, sage ich als jemand, der unverheiratet ist, der mit der Partei verheiratet ist, daß mich nur das Bibelwort tröstet: Die Kinder derer im Geiste sind zahlreicher als die derer im Fleische.

(Heiterkeit und Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor wir die Vorstellungen fortsetzen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß sich um 19.30 Uhr die Antragskommission im Saal 17, 3. Etage, trifft.

Als nächster stellt sich Dr. Helmut Linssen vor, und dann wird Herr de Maizière für Herrn Prof. Dr. Meyer das Wort ergreifen.

Dr. Helmut Linssen: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Mein Name ist Helmut Linssen, ich bin 48 Jahre alt, verheiratet. Trotz der Bemerkung von Frau Laurien sage ich: eine siebzehnjährige Tochter. Ich bin katholisch, von Hause aus mittelständischer Unternehmer. Ich arbeite seit 1980 im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Seit Mai 1987 bin ich Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen, und ich habe im Mai diesen Jahres von Bernhard Worms den Fraktionsvorsitz übernommen.

Wir brauchen viel Rückenwind für Nordrhein-Westfalen, damit wir die Verhältnisse spätestens 1995 wenden. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Lothar de Maizière: Liebe Freunde! Mit mir hat keine Metamorphose stattgefunden, sondern ich stelle Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer vor. Er ist in New York, um vor der KSZE-Außenministerkonferenz einen letzten wichtigen Akt für die Noch-DDR zu tun, nämlich dort den Zwei-plus-Vier-Vertrag vorzustellen und zu vertreten.

(Beifall)

Wie sehr er es bedauert, nicht hier sein zu können, soll ich ausrichten.

Er gehört dem Landesverband Brandenburg an; er wohnt in Potsdam; er ist verheiratet. Über die Zahl der Kinder kann ich leider keine Aussage treffen,

(Heiterkeit)

weil sie mir einfach nicht bekannt ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Prof. Dr. Meyer hat schon lange vor der Wende angefangen, die katholische Laienbewegung in der DDR aufzubauen, die im konziliaren Prozeß eine bedeutende Rolle gespielt hat. Er ist Professor an der Humboldt-Universität. Er hat vor Jahren zunächst ein Jurastudium aufgenommen; wurde dort wegen politischer Mißliebigkeit gefeuert. Er konnte später ein Anglistikstudium absolvieren und promovieren und sich habilitieren.

Wir haben ihn zunächst als Parteilosen zum Minister für Volksbildung in unser Kabinett berufen. Er gehörte zu den Aktivposten unseres Kabinetts. Und ich bin selber ein wenig stolz darauf, ihn für die CDU geworben zu haben.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es folgen Elmar Pieroth, Barbara Schäfer und Wolfgang Schäuble.

Elmar Pieroth: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Mein Name ist Elmar Pieroth. Ich bin 55 Jahre alt, bin verheiratet und habe sechs Kinder. In der CDU bin ich seit 25 Jahren aktiv. Ich bin Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, von der Tausende von Mitgliedern aus Ost und West seit Monaten in den fünfzehn Bundesländern einen vollen Einsatz für Selbständigkeit, Soziale Marktwirtschaft und viele Selbständige bringen. Dieser Einsatz muß noch verstärkt werden.

Ich bin zur Zeit Stadtrat für Wirtschaft in Ostberlin – bis zu den Wahlen am 2. Dezember. Nach dem Wahlsieg möchte ich wie früher wieder Wirtschaftssenator sein – für ganz Berlin. Auch dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Barbara Schäfer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Barbara Schäfer. Ich bin verwitwet. Frau Laurien, es gibt noch eine Alternative: Ich habe keine eigenen Kinder, aber ich habe 13 Nichten und Neffen, die sich alle freuen, eine Tante zu haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin 1975 in die CDU eingetreten und habe damals erste Wahlkämpfe unter dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ mitgemacht. Seit zehn Jahren bin ich Landtagsabgeordnete im Landtag von Baden-Württemberg. 1984 hat mich Lothar Späth als Sozialministerin in sein Kabinett berufen.

Ich bin Landesvorsitzende der baden-württembergischen Frauen-Union und arbeite seit drei Jahren im Bundesvorstand mit. Meine besondere Vorliebe gilt der Familien- und Frauenpolitik. Aber ich denke, wir haben auch noch so manche Nuß in der Sozialpolitik zu knacken – sowohl in Deutschland wie in Europa. An der Lösung solcher Probleme wirke ich sehr gern mit. Vielen Dank.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Wolfgang Schäuble,

(Starker Beifall)

dann Christian Schwarz-Schilling und danach Alexander von Schwerin!

Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich bedanke mich herzlich. Ich möchte dennoch sagen, daß mein Name Wolfgang Schäuble ist,

(Heiterkeit)

daß ich 48 Jahre alt bin, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Offenburg in Baden-Württemberg bin, daß ich zur Zeit Bundesinnenminister bin, daß ich in dieser Zeit und davor ein wenig an der deutschen Einheit mit bauen durfte und daß ich gern noch ein bißchen weiterbauen würde. Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Liebe Parteifreunde! Ich bin der Christian von der Post. Ich habe mich in den letzten Jahren darum bemüht, bei der Bundespost moderne Technologien einzuführen, darunter im übrigen auch – gegen viele Wider-

stände – das Kabelfernsehen, damit wir bei uns etwas mehr Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt haben

(Beifall)

und damit manches Monopol ein wenig begrenzt wird.

Zum zweiten habe ich mit meinen politischen Freunden die Chance gehabt, eine Postreform in Gang zu setzen, damit die Bundespost mit drei modernen Unternehmen den Aufgaben in Deutschland und in Europa gewachsen ist und in einer Umgebung der Sozialen Marktwirtschaft ihre Aufgaben erfüllen kann.

(Zustimmung)

Zum dritten habe ich – das möchte ich hier deutlich sagen – jetzt die große Aufgabe, in den fünf neuen Bundesländern diejenigen Kommunikationsmöglichkeiten und Telefonverbindungen zu schaffen, auf die die Menschen schon seit 25 Jahren Anspruch gehabt hätten,

(Beifall)

die Listen schnell abzubauen, damit auch dort in Freiheit und vertrauensvoll miteinander gesprochen und telefoniert werden kann. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen, damit ich weiter ins Horn stoßen kann, und ab geht die Post! – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Alexander von Schwerin: Liebe Parteifreunde! Ich habe mich wenig geändert, bin nach wie vor 46 Jahre schwer und unverzagt. Ich heiße Alexander von Schwerin, und auch wenn manche Leute sagen „Das macht der ja so ein bißchen aus der Lameng; Arbeiter, Straßenbahnfahrer, Graf, all das geht doch gar nicht“, sage ich: Es geht, das ist harte Arbeit. Und ich bin stolz darauf, nach wie vor den Status „Arbeiter“ zu haben. Ich bin stolz darauf, in diesen Monaten zum vierten Male von meinen Kolleginnen und Kollegen im Ruhrgebiet mit großer Mehrheit zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt zu werden,

(Beifall)

zum Ärger der Genossen, denn die verstehen nicht, daß man dafür Vertrauen schaffen muß, daß man dafür arbeiten muß. Deswegen glaube ich, daß ich das lebende Beispiel dafür bin: Die Zukunft der Arbeitnehmer liegt in der CDU, insbesondere drüben bei unseren Freunden. Ich kann Euch nur zurufen: Dampf drauf, wir, die Arbeitnehmer, schaffen die 90er Jahre mit der Union!

(Beifall)

Josef Stock: Liebe Parteifreunde, mein Name ist Josef Stock. Ich bin seit dem 23. Juni dieses Jahres Landesvorsitzender der Union in Niedersachsen.

(Beifall)

Nach der verlorenen Wahl hat in der Union in Niedersachsen ein Generationswechsel stattgefunden, aber ich denke, daß wir in der Lage sind, gemeinschaftlich mit denjenigen, die jetzt in Niedersachsen ein bißchen aus dem Rampenlicht getreten sind, diese Partei mit 100 000 Mitgliedern in die nächsten Jahre hinein zu führen.

Ich bin verheiratet, habe zwei Kinder im Alter von zehn und zwölf Jahren, bin von Haus aus Mittelständler mit einem eigenen Betrieb, der dank meiner Frau auch gut funktioniert.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin seit 1964 in der Union, habe Kommunalpolitik gemacht, bin 1974 in den Landtag gewählt worden, war dann finanzpolitischer und wirtschaftspolitischer Sprecher, Fraktionsvorsitzender der Union im niedersächsischen Landtag und bis zur Wahl Innenminister im Kabinett Albrecht.

Wir haben die Wahl verloren. Wir akzeptieren die Oppositionsrolle. Wir machen Volldampf, damit wir 1994 wieder Regierungspartei sind. Da werde ich mich mit voller Kraft einbringen. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall)

Erwin Teufel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich heiße Erwin Teufel, bin 51 Jahre alt, verheiratet, habe vier Kinder und komme aus Baden-Württemberg. Dort bin ich seit zwölf Jahren Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion; auch bin ich Sprecher der Vorsitzendenkonferenz von CDU und CSU in den deutschen Landtagen. In unserem Land bin ich stellvertretender Vorsitzender der CDU.

Ich bin in ganz jungen Jahren, aus der kirchlichen Jugendarbeit kommend, in die Arbeit der Jungen Union und der CDU hineingewachsen. Ich begrüße es außerordentlich, wenn wir morgen eine Programmkommission beschließen, weil ich glaube, daß wir auf die großen Herausforderungen des wiedervereinigten Deutschland neue Antworten geben und damit die Bürger überzeugen müssen. Wenn ich Ihr Vertrauen finde, will ich an dieser Aufgabe gerne weiterhin im Bundesvorstand mitarbeiten.

(Beifall)

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Mein Name ist Klaus Töpfer. Ich bin 1938 in Waldenburg in Schlesien geboren. Wenn ich das erwähne, werden Sie Verständnis dafür haben, daß gerade der heutige Tag für mich von ganz besonderer Nachdenklichkeit und von ganz besonderer Bedeutung ist. Ich glaube, daß gerade diejenigen, die in Schlesien oder in anderen Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Grenze geboren sind, dafür Sorge tragen müssen, daß wir über die Aussöhnung mit Polen und über die Aussöhnung in Europa Grenzen durchlässig machen und sie überwinden, damit auch dort Freiheit und Entwicklung möglich werden.

(Beifall)

Ich halte es nicht nur für einen Zufall, daß mich meine Parteifreunde im Saarland zum Landesvorsitzenden gewählt haben; denn dieses Land ist das Land, das vor 35 Jahren in freier Selbstbestimmung als erstes eine kleine Wiedervereinigung mit Deutschland möglich gemacht hat, auch wiederum auf der Grundlage des Ausgleichs zwischen Nachbarn, damals des Ausgleichs zwischen Frankreich und Deutschland. So ist diese Aufgabe im Saarland für mich mehr als nur eine Fortsetzung an anderer Stelle. Es ist die Aufgabe, das zurückzuzahlen, was man an anderer Stelle nicht mehr möglich machen kann.

Seit dreieinhalb Jahren bin ich Bundesumweltminister. Wir haben eine große Aufgabe vor uns, die wir, wie ich glaube, gut bewältigen können, weil wir Erfahrung darin gesammelt haben, eine wirtschaftlich, industriell und technologisch führende Nation auch umweltpolitisch gut in die Zukunft zu führen. Das soll uns auch ein Stück Maßstab für das sein, was jetzt in den fünf neuen Bundesländern zu tun ist. Das möchte ich gerne auch im Bundesvorstand weiter tun.

Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Beifall)

Roswitha Verhülsdonk: Liebe Freunde, ich bin Roswitha Verhülsdonk. Ich komme aus einer politischen Familie. Mein Schwiegervater war Reichstagsabgeordneter in der Weimarer Zeit. Das hat ihn sein Leben gekostet. Meine Elterngeneration zählt zu den Mitbegründern der Union. Da war es, nachdem mein Mann als Journalist auf der anderen Bank sitzt, geradezu zwangsläufig, daß ich in die Politik gegangen bin.

Seit 1972 gehöre ich dem Bundestag an. Ich habe mich dort von Anfang an dem Feld der Sozial- und Familienpolitik gewidmet. Zur Zeit, das heißt seit sechs Jahren, bin ich die einzige weibliche stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn, und natürlich bin ich – wir Frauen tragen ja immer auf zwei Schultern – in der Frauenunion aktiv, und zwar als Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz und als stellvertretende Bundesvorsitzende. Ich möchte Sie bitten, daß Sie noch ein paar Kreuzchen für mich und die anderen vom Alphabet Geschädigten, die noch nach mir kommen, aufheben.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Bernhard Vogel. Ich komme wie Frau Verhülsdonk aus einer politischen Familie.

(Heiterkeit)

Ich bin 1932 geboren und während meines Studiums in Heidelberg in die CDU eingetreten. Ich war dort im Stadtrat und später Kreisvorsitzender. 1965 bin ich für den Wahlkreis Neustadt-Speyer, den heute Theo Magin innehat, in den Bundestag gewählt worden. Ich bin ein paar Jahre später Kultusminister und dann, als Helmut Kohl nach Bonn ging, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz gewesen.

(Beifall)

Heute bin ich für die Konrad-Adenauer-Stiftung verantwortlich. Mein Ziel und meine Aufgabe ist es jetzt, sie zur Stiftung der christlich-demokratischen Idee in ganz Deutschland zu machen und unseren christlich-demokratischen Freunden vor allem in Osteuropa zu helfen. Ich möchte das gerne in Verbindung mit der Arbeit, die im Vorstand der Partei geleistet wird, tun. Deswegen kandidiere ich für den Vorstand.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt: Meine lieben Freunde! Mein Name ist Horst Waffenschmidt. Ich bin 57 Jahre alt, verheiratet und habe vier Kinder. Ich komme aus Waldbröl im Rheinland und bin Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung.

Ich möchte gerne auch in dem neuen Bundesvorstand schwerpunktmäßig die Anliegen aus der Kommunalpolitik vertreten, denn ich meine, für den Gesamterfolg unserer Union – gerade auch im vereinten Deutschland – ist auch der Erfolg unserer Arbeit für die Bürger in den Städten, Gemeinden und Kreisen vor Ort ganz entscheidend. Ich finde, wir haben jetzt eine ganz besondere Aufgabe, der auch ich mich zuwende, nämlich unseren Freunden zu helfen, die in den neuen Ländern kommunale Verantwortung übernommen haben.

Gestatten Sie mir, auf Grund meiner Kenntnis vieler Einzelheiten von dort hier einmal folgendes zu sagen. Ich möchte den Parteifreunden aus den neuen Ländern, die dort als Bürgermeister oder Landrat eine schwierige Aufgabe übernommen haben, ein ganz herzliches Wort des Dankes dafür sagen, daß sie sich dieser Aufgabe so mutig gestellt haben.

(Beifall)

Ich denke, es wird jetzt darauf ankommen, daß wir für das vereinte Deutschland und mit dieser starken Union dafür sorgen, daß wir auch künftig die stärkste und erfolgreichste Kommunalpartei sind – mit Helmut Kohl, mit einer guten Bundes- und Landespolitik, aber eben auch einer starken Kommunalpolitik. Dafür will ich mich einsetzen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Es folgt Marion Walzmann. Matthias Wissmann schließt dann den Reigen.

Marion Walzmann: Ich komme aus Thüringen zu Ihnen, heiße Marion Walzmann und bin 27 Jahre, verheiratet, evangelisch. Von Hause aus bin ich Diplom-Juristin. Ich bin als Amtsleiterin des Rechtsamtes beim Magistrat der Stadt Erfurt tätig. Ich bin Mitglied des Landesvorstandes der CDU Thüringen, Mitglied der Jungen Union und die Begründerin und Vorsitzende des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen in Thüringen, den es seit 23. Juni gibt.

(Beifall)

Besondere Kennzeichen: stets und ständig in Sachen Politik unterwegs und wenig Zeit. Eigentlich habe ich mir vorgenommen, meinen Humor auch im nächsten Jahr nicht zu verlieren. – Danke schön.

(Beifall)

Matthias Wissmann: Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Matthias Wissmann. Ich bin 41 Jahre alt und von Beruf Anwalt. Ich bin Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg und wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ich bewerbe mich für den gesamtdeutschen CDU-Vorstand, weil ich einen Beitrag zu unserer gemeinsamen Wirtschaftspolitik leisten möchte. Ich glaube, daß wir alles daransetzen müssen, die großen Herausforderungen, die wir in der gesamtdeutschen Entwicklung in den nächsten Jahren vor uns haben, wirtschaftspolitisch mit dem Konzept Ludwig Erhards zu bewältigen. Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft dürfen wir nicht den Freien Demokraten überlassen, sondern wir müssen diese Idee selbst überzeugend vertreten. Wir müssen der Linken klarmachen, daß die große Umweltherausforderung am besten mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu lösen ist. Dazu brauchen wir, wie ich glaube, die Gesamtanstrengung der CDU in Deutschland. Ich hoffe, daß ich dazu einen kleinen Beitrag leisten kann.

(Beifall)

Manfred Carstens, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die 29 Bewerberinnen und Bewerber haben die Zeitvorgabe im großen und ganzen recht gut eingehalten.

Wir kommen nun zur Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes. Nach den Statuten ist es erforderlich, daß mindestens 20 Namen angekreuzt werden. Es dürfen aber höchstens 26 Namen angekreuzt werden. Alle anderen Stimmzettel wären ungültig, auch solche, auf die z. B. andere Namen geschrieben würden.

Ich eröffne nun den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimmen in den Wahlkabinen abzugeben. –

Meine Damen und Herren, ich will eine kurze Zwischenbemerkung machen. Unmittelbar nach Schluß der Wahlhandlung wird der ungarische Ministerpräsident Anteil zu uns sprechen. Ich bitte also, nicht etwa nach Abgabe der Stimmzettel den Saal zu verlassen, sondern in jedem Fall an den Platz zurückzukehren. –

Haben zwischenzeitlich alle Delegierten ihre Stimmzettel abgeben können?

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß inzwischen alle Stimmzettel abgegeben werden konnten, und darf damit den Wahlgang schließen.

Ich übergebe nun den Vorsitz im Tagungspräsidium an Frau Roitzsch.

Ingrid Roitzsch, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, da die Auszählung des Ergebnisses der „Wahl der 10 weiteren Mitglieder des Präsidiums“ wohl noch ein wenig Zeit braucht, möchte ich das Wort jetzt dem Stellvertretenden EDU-Vorsitzenden, unserem Freund Antall, geben. Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind.

(Beifall)

Ich erteile das Wort dem Stellvertretenden EDU-Vorsitzenden und Vorsitzenden des Ungarischen Demokratischen Forums, Herrn Ministerpräsidenten Professor Jozsef Antall. Ich wäre den Delegierten sehr dankbar, wenn sie sich jetzt hinsetzen würden. – Danke schön.

Prof. Jozsef Antall, Stellvertretender EDU-Vorsitzender und Vorsitzender des Ungarischen Demokratischen Forums (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal entschuldigen Sie bitte, wenn ich gegen Ihre schöne, vereinigte deutsche Sprache eine Aggression begehe.

(Heiterkeit und Beifall)

Es ist für mich eine große Ehre und Freude zugleich, Sie, meine Damen und Herren, anlässlich der vollzogenen Vereinigung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands im Namen der Europäischen Demokratischen Union und im Namen der ungarischen Regierung begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Ich darf den ersten Vorsitzenden der vereinigten Christlich Demokratischen Union Deutschlands, unseren Freund Helmut Kohl, recht herzlich beglückwünschen.

(Beifall)

Tief gerührt stehe ich jetzt in diesem historischen Moment vor Ihnen, in dem die langersehnte Vereinigung Ihrer Partei Wirklichkeit geworden ist. Es trennen uns nur noch zwei Tage – und es wird die Vereinigung Deutschlands ebenfalls vollzogen sein. Diese Tatsache erfüllt uns Ungarn ebenfalls mit großer Freude.

(Beifall)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang Baron Eötvös, einen ungarischen Staatsmann und Staatsphilosophen aus dem vorigen Jahrhundert zitieren: „Die ungarische Unabhängigkeit hängt von der deutschen Einheit ab.“ Heute sind wir Ungarn stolz darauf, daß wir ein klein wenig behaupten dürfen: Die deutsche Einheit hing von der ungarischen Unabhängigkeit ab.

(Lebhafter Beifall)

Die Gelegenheit wahrnehmend möchte ich an dieser prominenten Stätte betonen: Die Lösung der Problematik der Flüchtlinge aus der früheren DDR im vorigen Jahr durch die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze ist auf Initiative der damaligen Opposition – der heutigen Koalitionsregierung – ein gemeinsames Werk der damaligen ungarischen Regierung und der damaligen Opposition gewesen.

(Beifall)

Diese Entscheidung der damaligen ungarischen Regierung war nur durchzuführen, weil das ganze ungarische Volk dahinterstand.

(Beifall)

Wir christlichen Demokraten haben unseren Glauben an diesen Tag der Vereinigung Deutschlands in den vergangenen mehr als vier Jahrzehnten nie verloren. Dieser

Glaube soll uns Kraft verleihen, daß wir nun auch den vor uns stehenden neuen Herausforderungen entsprechen werden. Denn wir sollen gemeinsam die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa nach vier verschwendeten Jahrzehnten in die große Familie der europäischen Demokratien zurückführen. Wir dürfen es nicht erlauben, daß nach dem Zusammenbruch der Mauer neue Hindernisse in Europa entstehen.

(Beifall)

Die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa müssen die ungeheuer große Aufgabe lösen, ihre Gesellschaften aus der politischen, moralischen, wirtschaftlichen Krise herauszuführen und zugleich aus einem zusammengebrochenen totalitären System pluralistische, die Menschenrechte achtende Demokratien zu schaffen. Die schwere, aber zugleich großartige historische Aufgabe läßt sich nur im gemeinsamen Handeln lösen. Deshalb müssen wir zusammenhalten. Dann können wir auch die schwierigsten Probleme der Zukunft lösen.

Es ist meine aufrichtige Überzeugung, daß die christliche Demokratie – wie in den Lebenswerken von de Gasperi, Robert Schuman und Konrad Adenauer dargestellt –, so wie sie für eine dauerhafte Einigung Europas, eine zutiefst demokratische Rechtsstaatlichkeit und ein System der Sozialen Marktwirtschaft die Richtschnur gewesen ist, auch der Grundsatz für die Vereinigung Deutschlands sein wird.

(Beifall)

Das vereinigte Deutschland, wenn auch in einem engeren Rahmen auf den Platz des im Jahre 1356 aufgeteilten mittelalterlichen Deutschen Reiches zurückgekehrt, wird in seinem Bündnissystem, in seiner in der Bundesrepublik Deutschland geformten Verfassungsordnung nicht nur den europäischen Ländern, sondern auch den jahrtausendalten deutschen geschichtlichen Traditionen, der historischen und rechtlichen Kontinuität vielleicht näherstehen als dem kaiserlichen Deutschland von 1871.

(Beifall)

Ihnen, Herr Vorsitzender, wünsche ich bei Ihrer historischen Mission, nach deren Erfüllung Sie nach Otto von Bismarck und Konrad Adenauer mit Gewißheit als große Persönlichkeit in die deutsche Geschichte eingehen werden,

(Beifall)

und bei den zu bewältigenden zukünftigen Aufgaben viel Erfolg und Schaffenskraft.

An dieser Stelle ist auch die Mission von Herrn Lothar de Maizière zu würdigen. Winston Churchill sagte einmal, er habe das Amt des Ministerpräsidenten deswegen nicht noch einmal übernommen, um das Commonwealth aufzulösen. Ministerpräsident Lothar de Maizière hat zwar sein Amt angenommen, um die in die Gußform der sowjetischen Zone gebrachte DDR aufzulösen, aber auch um auf diese Weise zur Vereinigung Deutschlands beizutragen.

(Beifall)

Das sollte hier auch gewürdigt werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall)

Ingrid Roitzsch, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Lieber Freund Antall! Im Namen der Delegierten des Vereinigungsparteitags der CDU danke ich Ihnen für Ihre Worte, aber auch für Ihren so sympathischen ungarischen Akzent. Sie haben die Bedeutung der friedlichen Revolution in Mitteleuropa für die Vereinigung

Deutschlands hervorgehoben. Als Stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Demokratischen Union und als Vorsitzender des Ungarischen Demokratischen Forums haben Sie die Politik der CDU auf dem Weg zur Einheit Deutschlands immer nachhaltig mit vorangetrieben. Wir wissen, Herr Ministerpräsident, daß gerade Ungarn durch die Öffnung seiner Grenzen nach Westen Entscheidendes dazu beigetragen hat, daß wir heute hier unseren Vereinigungsparteitag begehen können.

(Beifall)

Dafür sind wir Ihnen und dem ungarischen Volk dankbar.

Deutsche Einheit und Einheit Europas bedingen einander. Das Voranschreiten des europäischen Einigungswerks hat die bevorstehende Einheit Deutschlands in Freiheit entscheidend gefördert. Im europäischen Rahmen wird sich die Einheit unseres Vaterlandes auch zum Wohle der Ungarn und all ihrer Nachbarn vollenden.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, ich gebe jetzt das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters bekannt. Abgegebene Stimmen: 901; ungültige Stimmen: keine; Enthaltungen: 32; gültige Stimmen: 869. Die erforderliche Mehrheit beträgt 435 Stimmen. Es wurden für Walther Leisler Kiep 805 Stimmen abgegeben;

(Beifall)

Nein-Stimmen: 64. Lieber Herr Kiep, das ist ein Ergebnis von 92,6 %. Ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen. –

(Walther Leisler Kiep: Ich nehme die Wahl an! – Beifall)

Herr Kiep, man weiß gar nicht genau, wozu man Ihnen gratulieren soll. Zu dem Ergebnis kann man Ihnen auf jeden Fall gratulieren. Ob man Ihnen zu dem schweren Amt gratulieren kann, ist manchmal wahrscheinlich auch für Sie etwas fraglich. Aber herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Nun haben wir das Ergebnis der 10 weiteren Mitglieder des Präsidiums. Da werde ich ein bißchen langsamer machen; ich nehme an, einige wollen mitschreiben. Abgegebene Stimmen: 965; ungültige Stimmen: 9; gültige Stimmen: 956. Die erforderliche Mehrheit beträgt 479 Stimmen. Es entfielen auf Dr. Günther Krause 868 Stimmen.

(Beifall)

Das entspricht einem Prozentsatz von 90,79 %. Herr Krause, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen. –

(Dr. Günther Krause: Ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

In der Reihenfolge dann: Dr. Norbert Blüm 832 Stimmen.

(Beifall)

Lieber Norbert Blüm, nehmen Sie die Wahl an? –

(Dr. Norbert Blüm: Ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Lothar Späth 819 Stimmen.

(Beifall)

Auch Sie, Herr Späth, muß ich fragen: Nehmen Sie die Wahl an? –

(Lothar Späth: Ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler 749 Stimmen.

(Beifall)

Wo ist er? – Herr Geißler, nehmen Sie die Wahl an? – Ist er da? – Er nimmt bestimmt an.

(Heiterkeit)

Dr. Walter Wallmann 704 Stimmen.

(Beifall)

Herr Wallmann, herzlichen Glückwunsch. Er nimmt an.

Rita Süßmuth 697 Stimmen. Frau Süßmuth, herzlichen Glückwunsch. Nehmen Sie die Wahl an? –

(Dr. Rita Süßmuth: Ja! – Beifall)

Christa Thoben 654 Stimmen.

(Beifall)

Frau Thoben, darf ich Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen?

(Christa Thoben: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

Gerhard Stoltenberg – das sage ich als Schleswig-Holsteinerin mit besonderer Freude – 649 Stimmen.

(Beifall)

Herr Dr. Stoltenberg, nehmen Sie die Wahl an? – Herzlichen Glückwunsch.

Klaus Reichenbach 638 Stimmen. Herr Reichenbach, herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl 586 Stimmen.

(Dr. Sabine Bergmann-Pohl: Ich nehme die Wahl an!)

Frau Dr. Bergmann-Pohl, auch Ihnen herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Auszählung der Stimmen für die Beisitzer im Bundesvorstand wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Deswegen schlage ich Ihnen vor, daß wir jetzt noch die Tagesordnungspunkte 14 und 15, d. h. „Wahl der 3 Rechnungsprüfer“ und „Zuwahl eines ordentlichen und eines stellvertretenden Mitglieds des Bundesparteigerichts für dessen restliche Amtszeit bis 6. November 1992“ vornehmen und das Wahlergebnis der 26 weiteren Mitglieder des Vorstands zu Beginn der morgigen 2. Plenarsitzung bekanntgeben. Sollte sich nach der Auszählung herausstellen, daß eine Stichwahl erforderlich wird, werden wir diese ebenfalls zu Beginn der 2. Plenarsitzung morgen früh durchführen. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, dann bitte ich um Erheben der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Das erste war wohl ein geschlossenes Votum.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

Wahl der 3 Rechnungsprüfer

Vorgeschlagen sind Herr Dreyer aus Cottbus, Herr Dr. Möller aus Sankt Augustin und Herr Tillmann aus Sundern. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich sehe keine Gegenstimmen. Ich stelle fest, daß die drei Vorgeschlagenen auch gewählt sind.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

Zuwahl eines Ordentlichen und eines Stellvertretenden Mitglieds des Bundesparteigerichts für dessen restliche Amtszeit bis 6. November 1992

Vorgeschlagen sind als ordentliches Mitglieds Herr Manfred Walther aus Berlin, amtierender Justizminister der DDR und Rechtsanwalt. Als stellvertretendes Mitglied ist Herr Frank Strohscher aus Gera, Richter am dortigen Kreisgericht. Wer diesen Vorschlägen zustimmt, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Auch diese Vorschläge sind, wenn ich es richtig sehe, einstimmig akzeptiert.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Plenarsitzung.

Ich danke für die vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit und lade Sie jetzt zum Hamburger Abend im Hamburger Rathaus ein. Wir haben einen Tag lang intensiv gearbeitet. Ich meine, wir sollten diesen freudigen Tag jetzt auch angemessen feiern.

Wir haben im Hamburger Rathaus und in der Börse, die damit verbunden ist, alles für ein Fest der Begegnung, der Wiedersehensfreude und des neuen Miteinander vorbereitet. Für die Fahrt stehen Busse zur Verfügung. Sie stehen auf der Ebene der Garageneinfahrt, also an der Vorfahrt zum Kongreßzentrum. Die Busse dürften mit Sicherheit ausreichen.

Ich schließe damit diese Plenarsitzung und berufe den 1. Parteitag der CDU Deutschlands zur 2. Plenarsitzung für morgen früh ein und bitte Sie herzlich, pünktlich um 9 Uhr im Plenarsaal zu sein und heute alle Ihre Tagungsunterlagen mitzunehmen.

Der Parteitag heute ist geschlossen.

(Schluß: 20.15 Uhr)

Dienstag, 2. Oktober 1990

2. Plenarsitzung

Beginn: 9.18 Uhr

✓ **Dr. Alfred Gomolka**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Sehr geehrte Gäste! Ich eröffne die 2. Plenarsitzung.

Zu Beginn dieser Sitzung möchte ich dem Landesverband Hamburg für den gelungenen gestrigen Abend sehr herzlich Dank sagen.

(Beifall)

Es hat den Anschein, als ob das zögerliche Erscheinen mit der Qualität des Festes gestern abend zu tun hat. Ich bin überzeugt, daß die gehobene Stimmung des gestrigen Tages auf eine sehr glückliche Weise weitergeführt und zu einem guten Abschluß gebracht wurde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gebe ich zunächst das Ergebnis der Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes bekannt. Ich trage Ihnen das Ergebnis in der Reihenfolge der Stimmenanzahl vor, die von den einzelnen Kandidaten erreicht wurde:

1. Dr. Wolfgang Schäuble 890 Stimmen gleich 96,32 %.

(Beifall)

2. Professor Dr. Klaus Töpfer 878 Stimmen gleich 95,02 %.

(Beifall)

3. Dr. Hans Geisler 859 Stimmen gleich 92,96 %.

(Beifall)

4. Dr. Bernhard Vogel 832 Stimmen gleich 90,04 %.

(Beifall)

5. Professor Dr. Hans-Joachim Meyer 827 Stimmen gleich 89,5 %.

(Beifall)

6. Dr. Gerd Gies 826 Stimmen gleich 89,39 %.

(Beifall)

7. Willibald Böck 812 Stimmen gleich 87,87 %.

(Beifall)

8. Professor Dr. Kurt Biedenkopf 807 Stimmen gleich 87,33 %.

(Beifall)

9. Marion Walzmann 796 Stimmen gleich 86,14 %.

(Beifall)

10. Eberhard Dieppen 782 Stimmen gleich 84,63 %.

(Beifall)

11. Erwin Teufel 746 Stimmen gleich 80,73 %.

(Beifall)

12. Hanna-Renate Laurien 735 Stimmen gleich 79,54 %.

(Beifall)

13. Birgit Breuel 727 Stimmen gleich 78,67 %.
(Beifall)
14. Hermann Gröhe 711 Stimmen gleich 76,94 %.
(Beifall)
15. Barbara Schäfer 706 Stimmen gleich 76,4 %.
(Beifall)
16. Josef Stock 701 Stimmen gleich 75,86 %.
(Beifall)
17. Dr. Christian Schwarz-Schilling 696 Stimmen gleich 75,32 %.
(Beifall)
18. Dr. Ottfried Hennig 693 Stimmen gleich 75 %.
(Beifall)
19. Ulrich Junghanns 690 Stimmen gleich 74,67 %.
(Beifall)
20. Dr. Renate Hellwig 680 Stimmen gleich 73,59 %.
(Beifall)
21. Alexander von Schwerin 667 Stimmen gleich 72,18 %.
(Beifall)
22. Dr. Horst Waffenschmidt 664 Stimmen gleich 71,86 %.
(Beifall)
23. Peter Hintze 649 Stimmen gleich 70,23 %.
(Beifall)
24. Matthias Wissmann 642 Stimmen gleich 69,48 %.
(Beifall)
25. Ulf Fink 638 Stimmen gleich 69,04 %.
(Beifall)
26. Dr. Helmut Linssen 630 Stimmen gleich 68,18 %.
(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

Beratung und Beschlußfassung des Vereinigungsmanifestes der CDU Deutschlands

Ich schlage vor, daß wir die Fortsetzung der Aussprache von gestern mit der Aussprache zu diesem Manifest verbinden.

Ich erteile das Wort zur Einführung unserem Generalsekretär Volker Rühle.

Volker Rühle, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde!

Der gestrige Tag war der Tag der Wiedervereinigung unserer Partei. Heute wollen wir Grundsätze und Leitlinien, auf deren Grundlage wir Christliche Demokraten die Politik im geeinten Deutschland gestalten wollen, verabschieden.

In einer gemeinsamen Kommission der bis gestern getrennten Parteien ist der vorliegende Antrag C 1 erarbeitet worden. Dieser Antrag ist sozusagen die politische Urkunde unserer gemeinsamen Grundüberzeugungen und Ziele. In ihr ist der Kern der Identität der CDU Deutschlands beschrieben.

Unser Vereinigungsmanifest knüpft an die politischen Dokumente aus der Gründungszeit der CDU an, z. B. an den Berliner und den Kölner Aufruf. Das Manifest orientiert sich auch am Grundsatzprogramm der CDU, das wir 1978 in Ludwigshafen beschlossen haben – zu einer Zeit, als es unseren Parteifreunden in der damaligen DDR noch versagt war, sich frei zu entfalten.

Das Grundsatzprogramm von 1978 ist in seinen Grundsätzen eine auch heute noch unverändert gültige Standortbestimmung christlich-demokratischer Politik. Auch die wiedervereinigte CDU Deutschlands wird die große Volkspartei der Mitte in Deutschland sein und bleiben.

(Beifall)

Mit dem Grundsatzprogramm hatten wir 1978 neue Antworten auf neue Herausforderungen und Problemstellungen einer sich wandelnden Gesellschaft gegeben. Das war eine entscheidende Voraussetzung für die Rückkehr in die Regierungsverantwortung 1982.

Unsere Regierungsfähigkeit in der Zukunft wird auch davon abhängen, ob wir auf die Fragen der 90er Jahre die Antworten der 90er Jahre geben können.

Deshalb hat Ihnen der Bundesvorstand neben dem Vereinigungsmanifest den Antrag C 3 vorgelegt, in dem Ihnen vorgeschlagen wird, eine Kommission zur Fortschreibung des Grundsatzprogramms einzusetzen.

In einem der frühesten Dokumente der CDU, dem Neheim-Hüstener Programm vom 1. März 1946, heißt es:

Wir betrachten die Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen, als Grundlage und Richtschnur unserer Arbeit.

Diese Aussage hat 45 Jahre der Trennung unserer Partei überdauert. Diese Aussage beschreibt das Fundament, auf dem wir gestern die Vereinigung vollzogen haben und auf dem wir gemeinsam die Zukunft Deutschlands gestalten wollen. Im Grundsatzprogramm wie im Vereinigungsmanifest bringen wir zum Ausdruck, was seit Gründung unserer Partei Richtschnur unserer Politik ist:

Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

Wir wären heute in Deutschland nicht so erfolgreich, wenn nicht die CDU ihre Politik am christlichen Menschenbild orientiert hätte.

(Beifall)

Im Verständnis vom Menschen unterscheiden sich politische Richtungen. Die Ergebnisse von Politik sind nicht losgelöst von politischen Grundüberzeugungen.

Es war unsere Orientierung am christlichen Menschenbild, von der her wesentliche Weichenstellungen unserer Politik vorgenommen wurden:

Wir haben gegen die Sozialdemokraten die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt. Sie hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit. Es war eine bewußte Entscheidung gegen wertneutralen Kapitalismus und dirigistischen Sozialismus.

Heute ist die Soziale Marktwirtschaft nicht nur in Osteuropa, sondern weltweit als Modell für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit anerkannt.

Wir haben gegen die Sozialdemokraten Deutschland in das Bündnis der westlichen Demokratien geführt. Christliche Demokraten haben die Europäische Gemeinschaft geschaffen.

Dies waren Entscheidungen für die Wertegemeinschaft des Westens, für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Damit haben wir die Grundlage gelegt, daß wir 40 Jahre lang in Frieden und Freiheit leben konnten. Diese Werte entfalten heute ihre ansteckende Kraft in ganz Europa und darüber hinaus.

(Beifall)

Die Europäische Gemeinschaft ist zum Modell dafür geworden, wie Völker Krieg, Feindschaft und Haß überwinden und friedlich zusammenleben können.

Die Orientierung am christlichen Menschenbild hat uns – anders als die Sozialdemokraten – davor bewahrt, die Freiheitsfrage zu unterschätzen. Für uns war die Frage der deutschen Einheit immer vor allem eine Freiheitsfrage. Deshalb haben wir uns vom Sozialismus nicht täuschen lassen. Der Sozialismus ist freiheitsfeindlich und deswegen auch menschenfeindlich.

(Beifall)

Die Orientierung am christlichen Verständnis vom Menschen hat in der Vergangenheit zu Weichenstellungen geführt, die unserem Land Freiheit, Frieden, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit gebracht haben. Wir brauchen eine solche Orientierung auch als ethische Grundlage für eine menschengerechte Gestaltung der Zukunft.

– Zu diesen Zukunftsaufgaben gehört es, daß Familien mit Kindern im Mittelpunkt stehen und nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Das geeinte Deutschland muß kinderfreundlich sein.

(Beifall)

– Wir müssen die richtigen Antworten auf die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung, auf den Strukturwandel in der Wirtschaft und im Arbeitsleben, auf neue Anforderungen in Bildung und Kultur finden.

– Die 90er Jahre müssen ein Jahrzehnt des weltweiten ökologischen Aufbruchs werden. Gerade die deutsche Einheit bietet hier zusätzliche und neue Chancen.

– Schließlich: Die CDU ist auf dem Parteitag in Essen 1984 mit dem Ziel angetreten, die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau in Familie und Beruf, in Politik und Gesellschaft bis Ende der 90er Jahre zu verwirklichen. Liebe Freunde, uns bleiben nur noch zehn Jahre.

(Zustimmung)

In wenigen Stunden wird Deutschland wiedervereinigt sein. 40 Jahre der Trennung liegen dann hinter uns, und unsere gemeinsame Zukunft beginnt – eine Zukunft mit großen Chancen, aber auch mit großen Aufgaben.

Wir wollen Deutschland und Europa nach christlich-demokratischen Grundsätzen gestalten. Dafür brauchen wir das Vertrauen der Bürger bei den Wahlen am 14. Oktober und am 2. Dezember.

Beide Wahlen zusammen sind von noch größerer Bedeutung als die ersten Wahlen, die am Beginn der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland standen.

Heute geht es um grundlegende Weichenstellungen, die das Schicksal unseres Landes über einen langen Zeitraum hinweg bestimmen werden und auch erhebliche Auswirkungen auf Europa haben werden.

Die CDU hat immer wieder bewiesen, daß sie eine Partei für schwierige Zeiten und für historische Weichenstellungen ist.

Wir haben die ersten 20 Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gestaltet, und als es uns dann – 1969 – sehr gut ging, meinten unsere Landsleute: Jetzt geht es uns so gut, jetzt können sogar die Sozialdemokraten einmal regieren. Das haben sie dann auch gemacht. Aber in der nächsten Krise 1982 sind wir wiedergewählt worden – als die Partei für schwierige Zeiten, für historische Weichenstellungen.

(Beifall)

Die ehemalige DDR-CDU hat im März dieses Jahres von den Wählern am Beginn der Demokratie in der DDR das Mandat bekommen, um die schwierigste Anfangsphase zu gestalten. Auch sie war eine Partei für schwierige Zeiten, für historische Weichenstellungen.

(Beifall)

Wir wollen jetzt gemeinsam das ganze Deutschland in eine gute Zukunft führen. Mit Helmut Kohl an unserer Spitze werden wir es schaffen. Wir haben den richtigen Kanzler für Deutschland und die richtige Politik für Deutschland – und bei den Sozialdemokraten zweimal Fehlanzeige.

(Beifall)

Wo wären wir heute, wenn wir 1982/83 in der Nachrüstungsdebatte dem Druck der Sozialdemokraten nachgegeben hätten? Dann wäre Deutschland heute nicht chemiewaffenfrei; dann würden die Mittelstreckenraketen nicht vollständig abgeschafft werden; dann würden wir nicht statt 610 000 Soldaten bald nur noch 370 000 Soldaten haben; dann würden die sowjetischen Streitkräfte nicht aus Deutschland abziehen.

Hier zeigt sich eben, daß das, was wir verwirklichen, weit über die kühnsten Vorstellungen aller Rüstungskontrollexperten hinausgeht, und es hat sich gezeigt, daß Waffen immer Ausdruck politischer Spannungen gewesen sind. In dem Moment, in dem wir den entscheidenden politischen Konflikt in Deutschland, in Europa lösen können, können wir auch abrüsten.

Die deutsche Einheit ist eben auch das größte Friedens- und Abrüstungsprogramm, was man sich vorstellen kann.

(Beifall)

Unvergessen bleibt das historische Versagen der Sozialdemokraten in schwieriger Stunde Anfang der 80er Jahre. Nirgendwo ist das Scheitern der Sozialdemokraten so deutlich wie in der Deutschland- und Außenpolitik geworden.

Die Anbiederung der SPD an die SED und an die kommunistischen Herrscher in Osteuropa, die Forderung führender SPD-Mitglieder nach Ausstieg aus dem Bündnis sind nur einige Fehlleistungen. Alle diese Fehlentwicklungen der SPD gehen im Kern auf einen historischen Irrtum zurück:

Die Sozialdemokraten haben die Bedeutung der Freiheitsfrage nicht erkannt. Sie wollten aus einem falschen Sicherheitsverständnis heraus eine ungerechte und unmenschliche Ordnung stabilisieren und haben dabei die Kräfte der Freiheit in Deutschland und Europa sträflich unterschätzt.

(Beifall)

Auf ihrem Parteitag in Berlin haben die Sozialdemokraten manches behauptet: Wenn ich Herrn Lafontaine so zuhöre, was die SPD alles in der Außenpolitik bewirkt habe, dann würde ich mich nicht wundern, wenn wir in 14 Tagen hören, daß Lafontaine im Kaukasus war und daß Helmut Kohl in Wirklichkeit zu Hause war und Däumchen gedreht hat. Aber niemand wird auf diese Politik hereinfallen.

Die SPD hat in Berlin gesagt, sie sei die Partei des aufrechten Ganges. Wenn ich mir anschau – Lothar de Maizière hat gestern schon darauf hingewiesen –, wie eng das Verhältnis zwischen SPD und SED war – vor genau einem Jahr hatten nicht die Sozialdemokraten die Reise nach Ost-Berlin zur SED abgesagt, sondern die SED hatte die Sozialdemokraten eingeladen –, dann muß ich sagen: Die SPD war die Partei des Wandels durch Anbiederung.

(Beifall)

Wir haben uns immer für den Wandel durch freie Wahlen eingesetzt, und wir haben uns durchgesetzt – in Deutschland und in Europa.

Ausgerechnet der Mann, der sich am ehesten und am gründlichsten mit der deutschen Teilung abgefunden hatte und es mit der Anbiederung an die SED am schlimmsten getrieben hat, haben die Sozialdemokraten im Wahlkampf an ihre Spitze gestellt.

Lafontaine ist in dieser historischen Situation der falsche Mann zur falschen Zeit am falschen Platz.

(Beifall)

Ich finde, es wird Zeit, daß Lafontaine sich endlich bei unseren Landsleuten für die Herzlosigkeit entschuldigt, mit der er sie in der Vergangenheit behandelt hat.

(Beifall)

Wir können den schwierigen Weg zur deutschen Einheit nur gehen, wir können die Schwierigkeiten nur beseitigen, wenn wir uns auch auf Deutschland freuen. Ich muß Ihnen sagen: Wenn sich Lafontaine nur halb so stark auf die Einheit freuen würde, wie er sich damals an der Seite Honeckers wohlfühlt hat, dann wäre uns allen schon viel geholfen.

(Beifall)

Liebe Freunde, übermorgen, am 4. Oktober, am Tag nach dem Tag der deutschen Einheit, wird es zur ersten Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages in Berlin kommen. Nach meiner Kenntnis ist als Hauptredner der SPD Herr Lafontaine vorgesehen. Ist er sich eigentlich klar darüber, daß, wenn es nach ihm gegangen wäre, es diese Versammlung nie gegeben hätte? Ist er sich eigentlich klar darüber, daß, wenn es nach ihm gegangen wäre, die Mitglieder dieser Versammlung unterschiedliche Pässe und unterschiedliche Staatsangehörigkeit gehabt hätten? Vielleicht sollte er noch einmal überlegen, ob er wirklich am 4. Oktober sprechen sollte.

(Beifall)

Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind nicht einfach. Aber mit Pessimismus, Krisengerede und roter Schwarzmalerei kann man sie jedenfalls nicht lösen. Wer sich

nicht auf Deutschland freut, der kann auch die Zuversicht und die Tatkraft nicht aufbringen, die nötig sind, um Deutschland aufzubauen.

Wer soziale Gerechtigkeit will, muß die Einheit wollen. Es gibt keinen Gegensatz von nationaler und sozialer Frage. Die Einheit ist die Voraussetzung für die Lösung der sozialen Probleme in Deutschland.

(Vereinzelter Beifall)

Die Strategie Lafontaines ist klar: Je schlechter es unseren Landsleuten in den neuen Bundesländern geht, um so besser soll es ihm bei den Wahlen gehen. Diese zynische Rechnung darf und wird nicht aufgehen.

Die Wähler werden Helmut Kohl wählen, der alles tut, damit es allen Deutschen besser geht.

(Beifall)

40 Jahre hat die Mehrzahl der Deutschen auf die Möglichkeit, in einem Staat zu leben, gewartet, und heute, wo dies endlich erreicht wird, spricht Lafontaine vom „Provisorium Deutschland“. Ich meine, wer so etwas sagt, hat ein gestörtes Verhältnis zu seinem Vaterland. Und wer ein gestörtes Verhältnis zu seinem Vaterland hat, kann auch kein guter Europäer sein.

(Beifall)

Können Sie sich vorstellen, daß ein französischer Politiker vom „Provisorium Frankreich“ spricht? – Ich nicht. Ich glaube, wir lassen es lieber dabei, daß Lafontaine ein Provisorium oder ein Transitorium bleibt.

(Beifall)

Es gibt in Wirklichkeit keinen Gegensatz zwischen deutscher Einheit und europäischer Einheit. Unsere Politik für Deutschland war immer europäisch orientiert. Dabei wird es bleiben. Die deutsche Frage gehörte nie den Deutschen allein.

Heute, am Vorabend der deutschen Einheit, können wir sagen: Die Zukunft des einzigen Deutschlands bleibt aufs engste mit der Zukunft Europas verbunden. So wenig uns die Vergangenheit allein gehört hat, so wenig wird uns auch unsere Zukunft allein gehören.

Wir sagen ja zu Deutschland, weil Deutschland unsere Heimat ist und unser Vaterland. Und wir sagen ja zu Europa, weil Europa unsere Zukunft ist.

(Beifall)

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, das Deutschland von morgen zu schaffen. Dabei sollten wir den Zweiflern, die es immer noch gibt, in den nächsten Wochen vor allem zwei Fragen stellen:

Erstens: Wann, wenn nicht jetzt, sollen wir denn mit den Schwierigkeiten der deutschen Einheit fertig werden? Auf der Grundlage unserer hervorragenden wirtschaftlichen Situation können und werden wir es schaffen. Wer daran zweifelt, der zweifelt im Grundsatz daran, daß wir es schaffen. Wann, wenn nicht jetzt? Das müssen wir unseren Mitbürgern sagen!

(Beifall)

Zweitens: Wer – und das ist vielleicht noch wichtiger –, wenn nicht wir, soll denn mit der Erblast des Sozialismus fertig werden? Wer, wenn nicht wir Deutschen?

Polen ist keine Bundesrepublik Deutschland, mit einer harten Währung, mit der Bereitschaft, Hunderte von Milliarden an Unterstützung zu geben, mit den Möglichkeiten, mit Zehntausenden von Fachleuten Hilfe zu leisten. Da gibt es nur dieses eine Polen, das auch mit der Erblast des Sozialismus zu kämpfen hat. Deswegen sage ich Ihnen:

Wir in Deutschland haben ungleich bessere Voraussetzungen als die Freunde in Polen und in Ungarn und in der Tschechoslowakei. Und die schauen genau auf uns. Auch in ihrem Interesse: Unsere Verantwortung geht weit über die Deutschen hinaus. Auch im Interesse unserer östlichen Nachbarn müssen wir den Erfolg anstreben und müssen wir Erfolg haben. Wer soll es schaffen, wenn nicht wir in Deutschland?

(Beifall)

Überall in Europa sind die Stacheldrahtgrenzen verschwunden. Aber das wird wenig nützen, wenn die Wohlstandsgräben tiefer werden. Es ist nicht richtig, davon zu sprechen, daß man den Aufbau einer Wohlstandsgrenze verhindern muß; es gibt sie bereits. Weil wir davon ausgehen können, daß sich in den nächsten Jahren die wirtschaftliche Dynamik in den neuen Bundesländern entfalten wird, wird diese Wohlstandsgrenze zu Polen fester werden. Deswegen muß die deutsche Politik von Anfang an im Auge haben, wie wir die moderne, offene europäische Grenze an der Oder schaffen. Und das schaffen wir nur, wenn es uns gelingt, Wohlstand und Demokratie auch zusammen mit unseren Nachbarn im Osten aufzubauen und zu sichern.

(Beifall)

Wer heute im Interesse Deutschlands handeln will, darf sich nicht um Deutschland allein kümmern.

Die Aufgaben, vor denen wir stehen, können nicht auf der Grundlage überholter Gesellschaftsmodelle gelöst werden. Der Sozialismus ist eben nicht nur real gescheitert, er ist auch als Idee gescheitert. Wer jedoch wie die Sozialdemokraten den demokratischen Sozialismus noch ins Grundsatzprogramm schreibt, der hat den Sozialismus noch im Kopf und der kann keine zeitgemäßen Antworten geben.

(Beifall)

Herr Thierse, der ehemalige Vorsitzende der ehemaligen DDR-SPD, hat vor wenigen Tagen in Berlin die deutschen Sozialdemokraten davor gewarnt, das Scheitern des Sozialismus mit der falschen These zu verharmlosen, nicht der Sozialismus sei gescheitert, sondern diejenigen, die ihn praktiziert hätten. – Wo der Mann recht hat, da hat er recht.

(Vereinzelter Beifall)

Die 90er Jahre werden das Jahrzehnt der weltweiten Veränderungen sein. Der Fähigkeit, an der Lösung der globalen Probleme mitzuwirken, kommt daher eine entscheidende Bedeutung für unsere eigene Zukunft zu. Das betrifft die Lösung der globalen Umweltfragen wie auch die Bekämpfung von Hunger und Elend in der Dritten Welt.

Der Golf-Konflikt zeigt auch, daß wir bereit sein müssen, bei der Regelung von Krisen und Konflikten in der Welt mehr Verantwortung zu tragen. Eine Welthandelsnation wie Deutschland muß auch eine Verantwortungsnation für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte weltweit sein. Deutsche Einheit und verstärkte Verantwortung in der Welt gehören zusammen.

(Zustimmung)

Richtig ist also auch: Durch die Überwindung der Teilung gewinnen wir neue Kraft für die Beseitigung der globalen Probleme der Menschheit, Kraft, die bisher gegen unseren Willen und unfruchtbar in einer Situation der Ost-West-Konfrontation in Europa gebunden war.

Im bevorstehenden Wahlkampf werden wir unseren Mitbürgern folgende Frage vorlegen: Wem traut Ihr es am ehesten zu, die Erblast des Sozialismus zu beseitigen und das ganze Deutschland in eine gute Zukunft zu führen?

Wir treten mit den Sozialdemokraten nicht in einen Wettbewerb darüber ein, wer die Zukunft am schwärzesten malen kann. Wir wollen einen Wettbewerb um die besseren Ideen, die besseren Konzepte und das bessere Programm für Deutschland.

(Beifall)

Ich zweifle nicht, wie die Wähler entscheiden werden. Wir haben gute Chancen für einen Wahlerfolg, aber noch ist keine einzige Stimme für uns abgegeben. Lassen Sie uns deswegen miteinander alle Kräfte mobilisieren, damit wir am 14. Oktober und am 2. Dezember erfolgreich sind. Beide Termine gehören zusammen.

Manche in den neuen Bundesländern sprechen von Wahlmüdigkeit und sagen: Wir müssen in diesem Jahr viermal wählen gehen. Diese Menschen muß ich daran erinnern: 40 Jahre lang konntet Ihr nicht wählen, und wenn Ihr jetzt viermal wählt, ist das einmal alle zehn Jahre, und das kann doch keine Wahlmüdigkeit hervorrufen!

(Beifall)

Wir wollen eine Mehrheit für die Union und wollen mit Helmut Kohl den Kanzler in einem wiedervereinigten Deutschland stellen.

(Beifall)

Wie bei den ersten freien Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland geht es darum, daß wir Christliche Demokraten in einer historischen Stunde erneut die Weichen richtig stellen, damit niemand diesen Zug wieder zum Entgleisen bringen kann.

Es geht um Deutschland, es geht um unsere gemeinsame Zukunft.

Ich fordere Sie alle auf, zusammenzustehen und mit uns dafür zu kämpfen, daß wir unser gemeinsames Ziel erreichen, denn gemeinsam werden wir es schaffen!

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Alfred Gomolka, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, ich kann auch in Ihrem Namen unserem Generalsekretär sehr herzlich danken. Unser Generalsekretär hat uns mit diesen Worten sowohl einen soliden Rückblick als auch einen hoffnungsvollen Ausblick geboten. Ich denke, daß seine Rede und das vorliegende Manifest eine wesentliche Hilfe für die laufenden und für die bevorstehenden Wahlkämpfe sind. Insbesondere meine ich im Interesse und im Sinne der Bürger der fünf neuen Bundesländer zu sprechen, wenn ich die Feststellung unterstreiche, daß die CDU eine Partei auch für schlechte, für schwierige Zeiten ist; sie ist uns eine Hilfe, sie ist die Voraussetzung dafür, daß wir es schaffen, unseren Weg zu gehen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Aussprache über das Wahlmanifest der CDU Deutschlands. Zu Beginn dieser Aussprache möchte ich Sie darauf hinweisen, daß Wortmeldungen auf vollständig ausgefüllten Wortmeldezetteln beim Tagungspräsidium abgegeben werden müssen. Die Wortmeldezettel sind bei der charmanten Dame, die – von Ihnen aus gesehen – rechts vom Präsidium sitzt, abzugeben. Von dort werden die Wortmeldungen dem amtierenden Tagungspräsidenten zugeleitet.

Als ersten Redner rufe ich nun Herrn Josef Duchac vom Landesverband Thüringen auf.

*Ja zu Deutschland
Ja zur Zukunft*

CDU

CDU





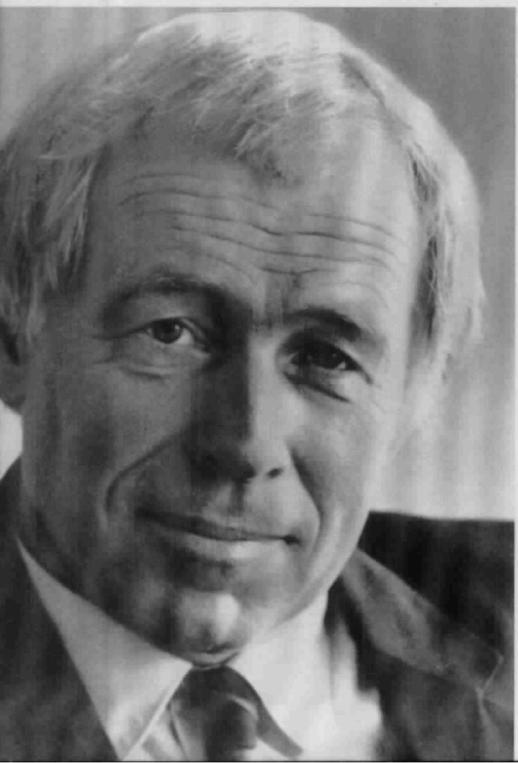
Kohl





Congress Centrum Hamburg
CDU

CDU









Josef Duchac (mit Beifall begrüßt): Verehrtes Präsidium! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Morgen wird es die DDR nicht mehr geben, und ich weiß, die Thüringer werden darüber nicht traurig sein.

(Beifall)

Dann werden wir für eine kurze Zeit in Thüringen relativ rechtlos – wir sind ja noch kein Land – miteinander leben müssen. Aber wir wissen, daß wir gut eingebettet sind in ein Deutschland, das mit uns, mit den Thüringern, kann und will, und wir wissen uns verbunden mit Freunden, die uns jetzt schon ständig helfen. Wir wissen uns besonders verbunden mit den Freunden aus den Landesverbänden Hessen und Rheinland-Pfalz, und ich sage an dieser Stelle diesen beiden Landesverbänden der CDU von uns Thüringern ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Wir wollen uns bemühen, nach dem 14. Oktober gleichberechtigte Mitglieder eines föderalen geeinten Deutschland zu sein. Das ist für uns eine großartige Lösung, denn dadurch verbindet sich regionale Identität mit der Zugehörigkeit zu einer freiheitlichen Staatsordnung in einem geeinten Europa.

Nach dem 14. Oktober, so hoffen wir, wird es eine CDU-geführte Regierung in Thüringen geben.

(Beifall)

Alles, was in meiner Kraft und in der Kraft des Landesverbandes steht, und alles, was durch die Unterstützung der Freunde aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern geschieht, soll dazu dienen, daß es wahr wird, daß wir eine CDU-geführte Regierung in Thüringen haben und damit die Zeiten des selbtherrlichen Zentralismus vorbei sind.

Liebe Freunde, wir wissen, daß uns dabei nichts geschenkt wird. Wir wissen, daß wir schweren Zeiten entgegengehen. Wir Thüringer haben uns aber versprochen, daß wir die Ärmel hochkrepeln und die Dinge anpacken wollen.

(Beifall)

Als eine wichtige Grundlage erscheint uns dabei das, was wir heute miteinander besprechen. Das Manifest, das wir heute miteinander beschließen wollen, könnte die Grundlage für uns sein. Der wesentliche Ausgangspunkt ist die Freiheit. Wir in Thüringen wissen: Der Mensch braucht Freiheit, um produktiv zu werden.

(Beifall)

Wir sind uns sicher, daß wir mit dieser neu gewonnenen Freiheit die Produktivität entwickeln, die das Land braucht, um ein blühendes, reiches Land zu werden, und daß wir dann nicht nur die Teilung durch Teilen miteinander beseitigen, sondern auch unseren eigenen Beitrag leisten. Ich weiß, daß das eine Vision ist, die kompliziert ist. Wenn man heute durch das Land geht und mit den Leuten spricht, stellt man fest, daß viele ängstlich sind. Die Zukunft ist für viele ungewiß. Man fragt die Leute manchmal, ob sie die Geschichte denn zurückdrehen wollen, meinetwegen in den August 1989. In den vielen Gesprächen – ich komme jetzt im Wahlkampf mit Tausenden von Leuten zusammen – habe ich aber nicht einen einzigen gefunden, der gesagt hätte: Ich will zurück. – Im Gegenteil, die Menschen haben gesagt: Nie wieder Sozialismus, nie wieder eine Mauer!

(Beifall)

Es gibt für uns eben nur ein Konzept. Das ist die Soziale Marktwirtschaft. Das ist es, was wir in den Tagen vor der Wahl miteinander besprechen und worauf die Menschen

hoffen. Was im Zuge der Wende viele zusammengeführt hat, nämlich die ökumenische Bewegung um Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, also ein christliches Welt- und Menschenbild als Grundlage für uns, könnte für Thüringen ein tragfähiges Konzept sein. Die Menschen wissen: Die CDU ist eine Partei der Sozialen Marktwirtschaft auf der Grundlage dieses Weltbildes. Sie vertrauen darauf, daß wir damit eine Kraft für das Land Thüringen sein können, die den Aufbau schafft. Die SPD in Thüringen tut heute unter Herrn Farthmann so, als hätte sie lauter Ludwig Erhard's im Gepäck. Die Bürger in Thüringen wissen aber sehr gut, daß die SPD bekannterweise eine Partei des Geldausgebens, des Schuldenmachens und der Steuererhöhungen ist. Wenn es aber darum geht, Marktwirtschaft in Gang zu bringen und Geld in die Kasse zu bekommen, dann geht das eben nur mit der CDU.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Thüringen wird mit dem morgigen Tag aus einer Randlage, aus einer Grenzlage in ein Zentrum gerückt. Wir wollen diese Chance nutzen. Das vereinigte Deutschland wird, so glauben wir, seinen Blick dann auch konzentrierter und stärker nach Osten richten. Dazu wollen wir in Thüringen einen Beitrag leisten. Wir wissen, daß unsere Landsleute in den anderen elf Bundesländern sehr genau über ihre Nachbarn in Westeuropa Bescheid wissen. Wir hoffen, daß wir sehr gut über unsere Nachbarn in Osteuropa Bescheid wissen. Wenn diese beiden Kräfte miteinander gutnachbarliche Beziehungen nach Osten entwickeln, könnte das ein Faktor sein, für den wir, meine ich, auch eine große Verantwortung haben.

(Beifall)

Wenn jetzt das Wissen und die Erfahrung, die Sprachkenntnisse, die Kontakte, die Beziehungen der Deutschen in Ost und West zusammenkommen, wird das vereinigte Deutschland einen qualitativ neuen Beitrag für das Zusammenwachsen in Europa leisten können. Ich bin sicher, daß dies geht.

(Vereinzelt Beifall)

Wir Thüringer wollen bei dieser faszinierenden Aufgabe gern mitmachen. Wir wollen uns einbringen. Wir denken, daß dies nicht nur für die Freunde unmittelbar in unserer Nachbarschaft gilt, sondern über die Länder hinaus bis in die Sowjetunion. Wir meinen, daß wir damit denen ein Dankeschön sagen können, die die Wende in Bewegung gebracht haben. Wir sagen den Freunden in der Sowjetunion um Gorbatschow und den Freunden in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Polen und in den anderen Ländern ein Dankeschön.

(Beifall)

Wir haben ihnen viel zu danken. So ganz am Rande denke ich: Gorbatschow drückt vielleicht heimlich der CDU in Deutschland die Daumen, daß sie den Wahlkampf gewinnt, weil er in seiner Klugheit sicher weiß, daß er bei den Freunden eines CDU-geführten Landes besser aufgehoben ist als bei der SPD.

(Beifall)

Wenn Gorbatschow wirklich Marktwirtschaft will, kann er sich ja nur auf die CDU und nicht auf die SPD in Deutschland verlassen.

(Beifall)

Wir Christdemokraten wollen, daß alle Europäer in gemeinsamer Freiheit zusammenfinden. So steht es im Manifest, das wir heute verabschieden wollen. Unsere Vision

von Europa schließt alle europäischen Völker ein. Auch wenn Thüringen nur ein ganz kleines Land ist: Wir wollen, daß wir in Thüringen gut eingebettet sind. Wir wünschen uns, daß dies gutgeht und daß wir dazu einen Beitrag zusammen mit unseren Freunden aus den anderen Bundesländern erbringen können. Wir wünschen uns eine gute Zukunft in Deutschland.

(Beifall)

Ingrid Roitzsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Duchac. Jetzt hat Peter-Michael Diestel das Wort.

Dr. Peter-Michael Diestel: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Und ganz besonders möchte ich meine Brandenburger Kollegen begrüßen, die hier etwas rechts von mir sitzen.

(Beifall)

Gestatten Sie mir, meinen persönlichen Eindruck von diesem Parteitag wiederzugeben. Ich bin erst seit einigen Wochen in der CDU. Einigen von meinen Freunden – aus der Bauernpartei, aus dem Demokratischen Aufbruch – geht es ähnlich. Ich persönlich fühle mich hier sehr wohl und freue mich über das hohe Maß an Solidarität und über die beeindruckenden Ergebnisse bei der Wahl, die mich nicht an schlechte Zeiten erinnern.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit nutzen, als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Brandenburg meinen Eindruck zu dem Erlebten darzustellen, was uns in den letzten Wochen bewegt hat.

Brandenburg ist ein Land, das bisher fest in den Händen der Sozialdemokratie vermutet wurde. Durch die Unterstützung der CDU – aus Nordrhein-Westfalen, aus Baden-Württemberg und anderen Ländern – haben wir hier einen Strich durch die Rechnung gemacht. Ich glaube schon, daß man erst am Ende abrechnen soll. Aber die Umfragen besagen doch, daß sich die CDU in Brandenburg wiederbelebt hat und daß wir, wenn wir mit geeinter Kraft arbeiten, am 14. Oktober einem guten Ergebnis entgegensehen dürfen.

(Beifall)

Ich möchte sehr für meine Kollegen sprechen, die spät zur CDU gefunden haben. Ich freue mich, daß mein Kollege Minister Eppelmann mit in der Runde sitzt, daß Herr Ebeling mit in der Runde sitzt. Wir haben vor etlichen Monaten ein Konkurrenzunternehmen gegen die CDU entwickelt: die Deutsche Soziale Union. Ich muß Ihnen sagen, daß wir – in Zusammenarbeit mit Christdemokraten wie Lothar de Maizière, Günther Krause und Klaus Reichenbach, die alle hinter mir sitzen – doch Vertrauen zu dieser Partei gefunden haben und glauben, daß wir für die fünf Länder im Osten unseres Vaterlandes vereint, gemeinsam die erforderliche politische Kraft organisieren können.

Wir haben ein halbes Jahr sehr schwieriger Regierungsarbeit hinter uns gebracht. Ich möchte Ihnen sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir sind Laien im wahrsten Sinne des Wortes gewesen. Aber wir haben 40 Jahre Mißwirtschaft der SED geordnet und versucht, diese Phase der Ordnung bis zum 3. Oktober friedlich zu gestalten. Ich glaube, dieses „Laienkabinett“ hat diese Aufgabe erfüllt, hat in den 150 Tagen das gemacht, was sich machen ließ.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es mußte auch einer für das Grobe und für das Schmutzige zuständig sein. Ich habe in der Phase der Regierungsarbeit zu Beginn etwas blauäugig zugesagt, die Aufgabe des Innenministers zu übernehmen, und in der Folgezeit Erkenntnisse gewonnen, die bei Ihnen hinsichtlich der Schläge und des Widerstandes vielleicht zehn oder zwölf Politiker in 20jähriger politischer Laufbahn gewinnen.

Ich war mir darüber im klaren, daß mit der Auflösung der Staatssicherheit und mit der Führung einer Polizei, die aus ca. 150 000 ehemaligen Genossen der SED bestand, im Prinzip kein Blumentopf zu gewinnen ist. Ich bin aber sehr stolz – das möchte ich hier an dieser Stelle sagen –, daß es uns in der Regierung de Maizière – und ich hatte hierfür die Kompetenz – gelungen ist, den Übergang friedlich zu gestalten. Es ist uns gelungen, diesen ehemaligen Sicherheitsapparat so zu befrieden, daß das, wovor wir alle Angst hatten, nämlich daß sich die Verhältnisse umkehren, nicht eingetreten ist.

(Beifall)

Es ist in der Amtszeit unseres Ministerpräsidenten nicht ein Mensch aus politischen Gründen umgebracht worden; das sah am Anfang anders aus. Es ist auch kein Schuß aus einer politischen Motivation heraus abgegeben worden.

Gestatten Sie mir bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Wort zu unserem Ministerpräsidenten und zum stellvertretenden Vorsitzenden unserer Partei: Er ist in unserer Runde der Kleinste gewesen. Er hatte große, kräftige Männer um sich herum. Aber wir haben uns alle hinter ihm versteckt. Er hat uns die Kraft gegeben, den Widerstand, der sich uns allen entgegengestellt hat, auszuhalten.

(Anhaltender Beifall)

Ich persönlich habe am allermeisten Grund, Ihnen die „Seilschaft“ de Maizière–Diestel bekanntzugeben, die einfach in der Absicht bestand, diese Etappe friedlich zu gestalten und unsere Aufgabe bis zum 3. Oktober friedlich zu erfüllen. Ich freue mich sehr, daß die Persönlichkeit Lothar de Maizières, an der Seite des von uns allen geschätzten Dr. Helmut Kohl, durch das Ergebnis unserer Wahl Bestätigung gefunden hat.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in diesem halben Jahr nicht geschlafen. Wir haben Ergebnisse vorweisen können, die sicherlich Beachtung gefunden haben. Der internationale Terrorismus hat in der Amtszeit de Maizière–Diestel–Krause und anderer schwere Schläge erlitten. Wir haben feststellen müssen, daß sich in der ehemaligen DDR das Nest, die Brutstätte für den deutschen Terrorismus, für Teile des arabischen und sonstigen Terrorismus befunden hat. Wir haben dem vorgebeugt und Voraussetzungen geschaffen, daß sich derartige Kräfte in unseren deutschen Ländern nie wieder etablieren können.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch eine persönliche Bemerkung loswerden: Ich habe am Rande dieses Parteitages mit vielen älteren Delegierten gesprochen. Die Älteren haben gesagt: Diestel, was Sie drüben im Osten politisch gemacht haben, das haben wir nach 1949 auch nicht anders gemacht. Wir haben versucht, das Gemeinsame zu finden, die Menschen zu vereinen, den Menschen Hoffnung zu geben – bei aller Notwendigkeit, individuelle Schuld aufzudecken und auch strafrechtlich zu ahnden. Aber wir haben zwischen den Menschen nicht

Gräben aufgerissen, sondern die Menschen zum Aufbau hin orientiert und ihnen damit den inneren Frieden geben.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei diesen erfahrenen Delegierten sehr. Es war für jemanden, der sich zum Prügelknaben der Nation entwickelt hat, eine Bestätigung der eigenen – wenn auch sehr kurzzeitigen – Politik, eine Bestätigung, die ihn mit Wärme und großer Freude erfüllt hat.

Ich möchte abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, meinen Parteifreunden in Nordrhein-Westfalen ganz herzlich danken, an ihrer Spitze Elmar Brok, Hans-Dieter Lehnen und anderen, die uns – ich möchte das ganz deutlich so sagen – schwacher Brandenburger CDU mit auf die Beine helfen. Ich möchte Ihnen sagen: Ich will mit der CDU in Brandenburg dieses Land für die CDU Deutschlands gewinnen.

Ich bedanke mich für Ihre Solidarität, ich bedanke mich für Ihre Unterstützung. Ich bitte um Verständnis, daß wir als neue Parteimitglieder, Parteifreunde in der CDU aus dem Osten doch etwas anders sind: vielleicht etwas spontaner, vielleicht nicht ganz so geschult. Ich möchte Ihnen aber sagen, daß wir voller guter Absichten sind und daß wir in gleichem Maße wie Sie hinter der Programmatik unserer Partei stehen.

Ganz herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Ingrid Roitzsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Diestel.

Das Wort hat Matthias Stern.

Matthias Stern: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich will nur eine ganz kurze Anmerkung machen. Wir reden über die Vereinigung. Sie ist gerade für mich als jüngerer Delegierter ein großes Erlebnis. Es hat mich so weit bewegt, daß einem die Tränen kommen. Doch vergessen Sie bitte eines nicht: Wir haben am 2. Dezember auch die Wahl in der Bundesrepublik zu gewinnen, und nicht jeder Bundesbürger ist so bewegt, wie wir es hier sind. Es gibt auch in diesem Teil, dem Westteil unseres Deutschlands Probleme, die wir lösen müssen, über die wir reden können und müssen und auf die wir Antworten finden müssen. Junge Leute finden heute keinen Wohnraum mehr. Dazu müssen wir Antworten finden. Junge Leute machen sich Sorgen um eine zunehmend zerstörte Umwelt. Dazu brauchen wir Antworten. Die Vereinigung allein, so erfreulich, wie sie sein mag, ist kein Garant für einen Wahlsieg. Kämpfen Sie auch mit anderen Themen!

(Beifall)

Ingrid Roitzsch, Tagungspräsidium: Jetzt hat Norbert Blüm das Wort.

Dr. Norbert Blüm: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Sozialstaat Deutschland, ich habe das nie so verstanden, als wäre das in einem Fahrplan unterzubringen: Erst sanieren wir die ehemalige DDR, und dann entwickeln wir unsere Gesellschaft weiter. Der Prozeß der Weiterentwicklung des Sozialstaats Deutschland bleibt unsere gemeinsame Aufgabe; ein Sozialstaat Deutschland, ein Sozialstaat ohne Keller, ein Sozialstaat, in dem nicht die einen im Vorderhaus und die anderen im Hinterhaus wohnen. Der Sozialstaat ist das gemeinsame Dach.

Meine lieben Freunde, sicherlich, die Wiedervereinigung ist eine große Herausforderung. Aber vielleicht braucht jede Gesellschaft Erschütterungen. Gott sei Dank ist die durch Kriege uns erspart. Aber wir brauchen Herausforderungen, um auch aus Routine, bornierter Selbstverständlichkeit und Gewohnheiten herauszutreten. Mit der Wiedervereinigung ist die friedlichste Erschütterung verbunden.

Es ist eine deutsche Einheit ohne Krieg. 1870, der Versuch der deutschen Einheit und die damalige deutsche Einheit waren Folge dreier Kriege, gegen Dänemark, Österreich und Frankreich. Jede geschichtliche Konstellation hat ihr Bild. Das Bild, das mir zu 1870 einfällt, ist die Kaiserproklamation in Versailles. Auf diesem Bild sehe ich viele Säbel, Generalsbrüste und Fürstenhüte. Ich sehe 1990 das Bild: Ein Volk, das ganze Volk umarmt sich. Das ist das freundlichste und friedlichste Bild, das sich mit Deutschland je verbunden hat.

(Beifall)

Sozialstaat für alle beginnt für mich mit der Forderung: Arbeit für alle, und zwar in allen Teilen Deutschlands; nicht nur für die Jungen, Gesunden, Ausgebildeten. Keine Unterstützung der Welt macht vergessen, daß der Mensch ein Recht darauf hat, im Rahmen seiner Möglichkeiten mitzuarbeiten. Mitarbeit durch Solidarität. Man kann es auch umgekehrt formulieren: Solidarität durch Mitarbeit. Arbeit ist die Quelle des Wohlstandes. Wer arbeiten kann und nicht will, der verweigert Solidarität. Wir können ja nicht nach den Helden der Arbeit jetzt Helden der Arbeitsverweigerung feiern.

Dennoch, ich bleibe dabei: Für ein christliches Verständnis hat der Mensch seine Würde und ist er Mensch nicht erst durch Arbeit. Seine Würde ist davon ganz unabhängig. Wenn er noch gar nicht arbeiten kann, selbst als Ungeborener, seine Würde ist nicht von seiner Leistung abhängig. Wenn er als Behinderter nie arbeiten kann, seine Würde ist nicht von seiner Schaffenskraft abhängig. Dies gilt auch für alte Menschen. Ich halte es für eine marxistische Selbstüberschätzung, den Mensch auf die Funktion seines Arbeitswertes zu reduzieren.

(Beifall)

Aber es bleibt unsere Aufgabe, die Wirtschaft auch in den fünf neuen Bundesländern flottzumachen. Verteilen Sie einmal null. Wir brauchen wirtschaftlichen Aufschwung auch in diesen fünf Bundesländern. Denn bei wirtschaftlichem Niedergang kommt der Sozialstaat in Schwierigkeiten; da kann regieren, wer will. Wenn ein Aufzug nach unten fährt, können Sie in dem Aufzug eine Leiter aufstellen; Sie fahren trotzdem nach unten, Sie kommen nicht hoch. Deshalb: Wir brauchen die wirtschaftliche Sanierung. Dabei ist Geld ganz wichtig. Aber nur Geld reicht auch nicht. Der im Sozialismus unterschätzte Faktor, der in der Rechnung gar nicht vorkommt, ist der Faktor pi. Ich nenne ihn „persönliche Initiative“. Das ist der wichtigste Faktor der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Ein System, das die Menschen trainiert hat, immer nur Bittsteller und Kopfnicker zu sein, hat es schwer, diesen Faktor zu neuem Leben zu erwecken und eine Renaissance der persönlichen Initiative herbeizuführen.

Ich sehe Bildung als wichtige Aufgabe, Bildung nicht nur als sogenannte höhere Bildung, sondern als lebenslange Aufgabe auch für den Arbeitnehmer. Der Elektriker des Jahres 1990 wird im Jahre 2000 ohne Kenntnisse sein, wenn er nicht weiterlernt. Ich war Werkzeugmacher. Ich könnte heute nicht mehr als Werkzeugmacher arbeiten. Ich müßte wieder umgeschult werden. Manche wünschen sich das.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe heute morgen mit Rainer Eppelmann einen Nutzungsvertrag unterschrieben bzw. zustande gebracht. Es handelt sich um ein Berufsförderungswerk Hamburg, eine Rehabilitationsstätte mit 500 Plätzen in einer

ehemaligen Schule der NVA. Das ist wirklich Umrüstung, das ist die Verwirklichung des Grundsatzes „Schwerter zu Pflugscharen“.

(Beifall)

Ich wende mich an die Rentner in der ehemaligen DDR. Auch die sind 40 Jahre betrogen worden. Deshalb haben sie einen besonderen Anspruch, daß ihre Sorgen ernst genommen werden. Schon die Umstellung der Renten 1 : 1 war ein wichtiger sozialstaatlicher Beitrag, denn an Stelle der maroden Ost-Mark wird Rente jetzt in ordentlicher Währung ausgezahlt. Bereits das ist ein Fortschritt.

(Beifall)

Zu wenige sprechen darüber, daß mit der Sozialunion die durchschnittliche Rente bereits um 30 % gestiegen ist. Liebe Freunde der Union, die SPD wird dies nicht weitererzählen. Wir müssen dies weitererzählen.

(Beifall)

Manche suhlen sich in den schlechten Nachrichten. Also, die guten Nachrichten stehen nicht unter Datenschutz.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich sage auch: Die Rentner in der DDR werden höhere Rentensteigerungen haben müssen als die Rentner hier in der alten Bundesrepublik. Die Löhne steigen dort auch schneller, und sie müssen auch aufholen. Die Rentenanpassung hier im alten Teil der Bundesrepublik wird 5,1 % betragen. Sie ist übrigens auch durch die Gesundheitsreform in die Höhe geschneit, weil die Krankenversicherungsbeiträge der Rentner sinken. Dankbezeugungen nehme ich noch entgegen.

(Heiterkeit und Beifall)

In der DDR werden sie mindestens doppelt so schnell steigen.

(Beifall)

Ich finde, das sind gute Nachrichten für die Mitbürger in der alten DDR. Sie können am wirtschaftlichen Wohlstand teilnehmen, sie werden nicht abgehängt. Jung und Alt sitzen in einem Boot. Sie müssen nicht Jahr für Jahr betteln, ob für sie etwas übrig ist.

Wenn die Löhne steigen, steigen die Renten. Alt und jung sitzen in einem Boot. Das war einer der besten Einfälle der deutschen Sozialpolitik.

(Beifall)

Kriegsopfer: 310 000 Kriegsopfer leben im Gebiet der ehemaligen DDR. Die sind vergessen worden, ja mancherorts wurden sie in die Ecke der Kriegsverbrecher gestellt. Ab 1. Januar 1991 wird es auch im anderen Teil Deutschlands eine Kriegsopferversorgung mit Heilfürsorge, mit Pflegezulage geben. Das ist doch eine gute Nachricht. Diese Mitbürger haben das auch verdient. Sie können nicht auf ein Zukunftsprogramm verwiesen werden, sie stehen nicht am Anfang ihres Lebens. Jetzt muß ihnen geholfen werden, und jetzt helfen wir ihnen.

(Beifall)

Herr Lafontaine redet darüber, wir handeln. Aber laßt uns auch darüber reden, daß wir handeln.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich stehe hier aber nicht mit Selbstzufriedenheit. Auch unsere Gesellschaft muß weiterentwickelt werden. Wir haben uns im westlichen Teil Gesamtdeutschlands einen Sozialstaat von imponierender Größe geschaffen. Dennoch kann niemand sagen, es gebe keine sozialen Probleme. In unserem hoch

entwickelten Sozialstaat mit den großen Solidareinrichtungen – die Rentenversicherung ist eine Säule, die Krankenversicherung die zweite Säule, die Arbeitslosenversicherung die dritte Säule, die Unfallversicherung die vierte Säule, die Sozialhilfe die fünfte Säule – fehlt eine Säule, nämlich die Absicherung des Pflegebedürfnisses. Da sind wir, wie ich glaube, ein Land, das zurückgeblieben ist.

Deshalb halte ich es für unsere gemeinsame Aufgabe, in der nächsten Legislaturperiode eine ordentliche Absicherung des Pflegerisikos zu schaffen.

(Beifall)

200 000 Mitbürger im Westen werden in Pflegeeinrichtungen stationär versorgt. 70 % von ihnen finanzieren diesen Aufenthalt in der stationären Pflege mit Sozialhilfe. Das kann kein Normalfall sein. Die Sozialhilfe war als Lückenbüßerin gedacht. Sie wird hinsichtlich des Pflegerisikos zur Regelsicherung. Damit wird das Verhältnis von Ausnahme und Regel vertauscht.

Viele ältere Mitbürger sinken im Alter auf den Status eines Taschengeldbeziehers. Sie sinken auf den Stand zurück, auf dem sie sich 60 Jahre früher als 15jährige befunden hatten. Damals haben sie ein Sonntagsgeld erhalten, und als 75jährige erhalten sie ein Taschengeld. Das ist der Menschen unwürdig, die ihr Leben lang gearbeitet und sich geplagt haben.

(Beifall)

Wir werden die ambulante Pflege ausbauen müssen. Wir müssen auch heraus aus dieser einfallslosen Alternative: entweder zu Hause – vergessen und verlassen – oder ins Heim. Wir brauchen eine Infrastruktur der Nachbarschaftshilfe, der ambulanten Pflege. Wir brauchen Tagespflegeplätze.

Viele ältere Mitbürger fühlen sich unsicher und flüchten deshalb ins Heim. Wenn ihnen zu Hause geholfen würde, blieben sie gerne in ihren vertrauten vier Wänden.

Die großen Kollektivistinnen haben immer nur Einheitslösungen. Das ist immer der sozialpolitische Parademarsch. Laßt uns eine Sozialpolitik nach den Maßen des Menschen machen.

Übrigens: Die Gesundheitsreform bringt für Ost und West ab 1. Januar 400 DM Pflegegeld oder 750 DM Sachleistungen. Ich hoffe, daß die Infrastrukturen vorhanden sind. Allein 20 000 Pfleger werden dafür benötigt.

Ich schließe mich auch der Forderung an, daß der Pflegeberuf materiell verbessert werden muß. Ich füge allerdings hinzu: nicht nur materiell, sondern auch ideell. Das Dienen hat kein hohes Prestige in unserer Gesellschaft. Uns geht es leicht von den Lippen zu sagen: Menschen bedienen Maschinen. Aber wir haben schon Schwierigkeiten, vom Dienst am Menschen zu sprechen. Unsere Sprache verrät Voreingenommenheit.

Ich fände es viel schöner, wenn wir sagten: Menschen beherrschen Maschinen und bedienen Menschen. Der Dienst am Menschen ist eine der schönsten Tätigkeiten, die ein Sozialstaat zur Verfügung stellt.

(Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren, laßt uns als Christdemokraten doch auch die Botschaft sichtbar machen: Das Ende des Sozialismus heißt nicht der Beginn des Egoismus. Ich habe unsere Politik – die Politik der Sozialen Marktwirtschaft, das christliche Menschenbild – immer so verstanden: gleich weiten Abstand zu den Irrtümern des Individualismus wie des Kollektivismus, gleich weiten Abstand zu den

Irrtümern des Uraltliberalismus wie zu den Irrtümern des Sozialismus halten. Unsere Position ist in der Mitte, und das ist keine Position der Bequemlichkeit.

Wir brauchen einen neuen Aufbruch einer nachbarschaftlichen Kultur. Nur mit Apparaten, nur mit Geld werden wir keine Mitmenschlichkeit schaffen. Die Gefahr wird groß, daß wir Suchmeldungen nach dem Menschen aufgeben. Für eine familiäre Kultur zu werben ist unsere große Aufgabe.

Wir sind in allen Teilen Deutschlands die Partei des Gemeinwohls, des allgemeinen Wohls. Das allgemeine Wohl ist aber mehr als die Summe der Gruppeninteressen. Ich kenne keine andere Partei, die so systematisch den Versuch unternommen hat, den Ausgleich der Interessen herzustellen. Klientelparteien haben es leichter. Sie spannen sich vor den Wagen eines Gruppeninteresses. Da kriegst du immer 5 % oder etwas mehr. Es ist schwerer, alle Interessen zum Ausgleich zu bringen.

In den entwickelten Wohlstandsgesellschaften besteht die Gefahr, daß das Gemeinwohl ein Stiefkind wird. Ich halte es von Wegelagerern bedroht, die nur im Rahmen ihrer Gruppeninteressen denken. Deshalb: Wer ein Gruppeninteresse vertritt – das ist eine anständige Sache –, sollte in eine neue Beweislast gebracht werden. Er sollte öffentlich nicht nur erklären, was die Erfüllung seiner Forderungen seiner Gruppe bringt, sondern er sollte auch in die Notwendigkeit versetzt werden zu erklären, in welchem Umfang die Erfüllung seiner Forderungen dem allgemeinen Wohle dient.

(Beifall)

Laßt uns zusammen diese Wegstrecke gehen. Es ist eine ganz schwere Wegstrecke. Manche werden gestützt werden müssen, andere sogar getragen. Nur, wenn alle getragen werden wollen, bleiben wir stehen. Deshalb mahne ich uns auch, der alten christlichen Sozialpolitik treu zu bleiben. Hilfe zur Selbsthilfe – das ist der emanzipatorische Gedanke unserer Sozialpolitik und nicht Rundumbetreuung, die Verantwortung verschwinden läßt.

Als Sozialpolitiker sage ich aber auch: Laßt uns den Sinn, den Nerv für die Not in der Welt behalten. Die deutsche Einheit darf nicht zu einer neuen sozialen und nationalen Verkrampfung führen. Wir haben Verantwortung für eine Welt in Not. Wir leben, gemessen am Elend der Welt, in allen Teilen Deutschlands geradezu auf einer Insel des Wohlstandes. Deshalb kann Solidarität nicht an nationalen Grenzen haltmachen.

Ich freue mich nicht nur über diesen Parteitag, sondern auch über diesen Tag, über die Nacht, die uns bevorsteht. Wer diese Nacht verschläft, ist ein historischer Penner.

(Heiterkeit und Beifall)

Ingrid Roitzsch, Tagungspräsidium: Danke, Norbert Blüm.

Jetzt hat das Wort Dr. Gerd Gies, Sachsen-Anhalt.

Dr. Gerd Gies: Verehrtes Präsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Christlich Demokratische Union – das steht für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, das steht für Rechtsstaatlichkeit. In zwei Wahlen haben uns die Bürger in diesem Jahr bereits ein sehr eindeutiges Votum erteilt, diese Politik in die Realität umzusetzen. Wir stehen jetzt vor der dritten Wahl. Ich bin sicher, daß wir auch diese Wahl mit Zuversicht und Tatkraft angehen werden und daß uns die Bürger in unserer richtigen Politik erneut bestätigen werden.

In unseren Wahlkämpfen erhielten und erhalten wir von unseren Freunden in Niedersachsen und Nordbaden umfangreiche und wertvolle Hilfe und Unterstützung.

Dafür möchte ich auch an dieser Stelle herzlich danken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir lassen uns immer von Gerechtigkeit, sozialer Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit leiten. Als der Einigungsvertrag in der Volkskammer beraten wurde, hallte von allen Seiten der Ruf: Sicherung der Bodenreform – mal laut und schrill, mal verhalten. Auch wir Christdemokraten haben gesagt: Wir sind für die Sicherung der Bodenreform. Ich glaube nur: Die verschiedenen politischen Lager haben darunter etwas anderes verstanden.

Was meinen wir, wenn wir die Sicherung der Bodenreform verlangen? Wir meinen, daß die gewachsenen Ansprüche derjenigen kleinen Bauern, Heimatvertriebenen, Siedler usw., die nach dem Kriege kleine Landflächen aus dem Bodenreformfonds erhalten haben – insgesamt sind es ca. 20 % –, die in Treu und Glauben dort unter großer Mühe eine neue Existenz gegründet haben, die Heimatrecht erworben haben, unumstößlich gesichert werden müssen. So steht das auch im Einigungsvertrag. Damit ist es erstmals gelungen, diese Rechte tatsächlich zu sichern. Denn bisher war diesen Leuten das Land nur zur Nutzung übergeben worden.

Wenn wir aber von Rechtsstaatlichkeit sprechen, dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, unter welchen Bedingungen diese sogenannte Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone abließ.

(Vereinzelt Beifall)

Es wird sich immer auf das alliierte Recht berufen. Alliiertes Recht kann das, was dort vorging, in keiner Weise abdecken. Die Willkür der Sowjets und ihrer Helfershelfer aus Kommunisten, Sozialdemokraten und SED hat alles andere getan, als alliiertes Recht gewahrt, sondern sie hat alliiertes Recht gebeugt und gegen jegliche Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Sie haben jeden, der über hundert Hektar Besitz hatte, automatisch zum Nazi und Kriegsverbrecher erklärt. Sie haben sein Vermögen nicht nur beschlagnahmt, wie es die alliierten Regelungen für Nazis und Kriegsverbrecher vorsahen, sondern sie haben es enteignet. Sie haben die Menschen ihrer gesamten persönlichen Habe beraubt. Sie haben sie von ihrem Wohnsitz vertrieben und viele für lange Zeit eingekerkert. Ja, sie haben nicht einmal vor den Familien der Männer des 20. Juli haltgemacht.

Meine Damen und Herren, im Einigungsvertrag ist auch dem Rechnung getragen. Er räumt nämlich die Möglichkeit ein, daß sich das gesamtdeutsche Parlament, der Bundestag, mit diesen Vorgängen befaßt. Ich meine, wenn wir Christdemokraten Recht und Rechtsstaatlichkeit wollen, müssen wir an dieser Stelle initiativ werden und das Recht wiederherstellen.

(Beifall)

Das kann einerseits durch Rückgabe der – so noch vorhandenen – Flächen erfolgen. Das kann zum anderen durch eine sicher sehr langfristig anzulegende Entschädigung erfolgen. Aber erst einmal muß das Recht wiederhergestellt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Das muß aber auch die eingangs erwähnten Interessen der neu gegründeten Existenzen berücksichtigen. Hier kann sicherlich allein eine Entschädigung wirksam werden.

Wenn die Genossen der SPD nun immer rufen: Die CDU will alles zurückgeben, wir wollen das nicht, es ist ein für allemal Schluß – so ist das nur ein Ausdruck für ihr gespaltenes Rechtsverständnis. Denn sie machen sich für die Erhaltung alten Unrechts stark. Wenn in der ehemaligen DDR Bauern jetzt neue Existenzen gründen und die Betriebe unter hundert Hektar kaum wirtschaftlich sein werden, so müßten die Genossen der SPD, wenn sie konsequent sind, diese Bauern als Nazis und Kriegsverbrecher sofort wieder enteignen.

Meine Damen und Herren, weshalb hat die SPD eine solche Scheu vor diesem Thema? Schließlich waren es eine große Zahl der alten Genossen der SPD, die ihre Unterschrift unter solche Enteignungsurkunden gesetzt haben. Herr Lafontaine hat neulich gemeint, die CDU würde eine investitionshemmende und verunsichernde Politik betreiben und damit den Wirtschaftsaufschwung in den alten DDR-Ländern verhindern, weil die Besitzverhältnisse ungeklärt wären und weil jeder Investor Gefahr laufen würde, daß sein Boden von anderen beansprucht würde. Ich glaube, es ist ein Beispiel für die mangelnde Kompetenz der SPD, wenn ihr Spitzenkandidat noch nicht einmal den Einigungsvertrag gelesen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Denn dort sind durch die Aufnahme der Erklärung der beiden Regierungen zu Vermögensfragen eindeutige Regelungen getroffen, aus denen hervorgeht, daß jede Kommune solches Gelände mit ungeklärten Besitzverhältnissen als Gewerbegebiet vergeben kann und daß dann bei berechtigten Ansprüchen eine Staatshaftung eintritt. Hier sieht man also, daß die SPD selbst die aktuelle Politik nicht versteht.

Meine Damen und Herren, wir Christdemokraten dulden kein Unrecht. Wir schützen das Eigentum als Grundlage jeder erfolgreichen Wirtschaft. Ich meine, das unterscheidet uns von den Genossen der SPD und der PDS. Ich denke, es wäre eine dringende und wichtige Aufgabe der CDU-Bundestagsfraktion, sich sehr bald dieses Themas anzunehmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Alfred Gomolka, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Gies. Wir wünschen Ihnen Glück und Erfolg bei der anstehenden Wahl in Sachsen-Anhalt, wo Sie sich als Spitzenkandidat der Union um das Amt des Ministerpräsidenten bewerben. Sie haben bei dieser schwierigen Aufgabe unsere volle Unterstützung.

Das Wort hat jetzt Herr Konrad Krampitz. Herr Krampitz kommt aus Bitterfeld in Sachsen-Anhalt.

Konrad Krampitz: Sehr verehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren! Ich bin stolz darauf, hier heute auf diesem Parteitag sprechen zu dürfen, spreche ich doch für eine Region, die in den vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft besonders gebeutelt worden ist. Ohne Rücksicht auf die Menschen wurde eine Industrie entwickelt, und ohne Rücksicht auf Umweltschutz wurde produziert. Die Anlagen der Chemie im Kreis Bitterfeld sind verrottet, die Flüsse sind verdorben, und die Menschen sind krank. Auch der Boden hat nicht die Qualität wie anderswo.

Liebe Freunde, wieso komme ich dazu, aus einem Kreisverband wie Bitterfeld vor diesem großen Gremium anzufragen bzw. eine Bitte zu äußern? Ich äußere die Bitte deshalb, weil Bitterfeld den Anspruch erhebt, wie bisher durch die Regierungskommission und den bisherigen Ministerpräsidenten gefördert zu werden.

(Beifall von Prof. Dr. Klaus Töpfer)

In Bitterfeld war bisher eine Kommission der DDR-Regierung tätig, die ihre Arbeit eingestellt hat. Das Fazit dieser Regierungskommission war positiv. Ich möchte mich hier ganz besonders bei unserem Ministerpräsidenten, Herrn Lothar de Maizière, und den beiden Ministern für Umweltschutz, Herrn Professor Steinberg und Herrn Professor Töpfer, bedanken.

(Beifall)

Ich bitte diese beiden Herren, sich auch zukünftig um unser Gebiet zu kümmern. Ich freue mich, daß mir Herr Professor Töpfer in einem kurzen Gespräch gestern abend zugesagt hat, er werde etwas mehr Zeit mitbringen, wenn er uns in Bitterfeld zum Wahlkampf wieder besuchen wird. Er will mit uns die Probleme, die in Bitterfeld anstehen, auch weiterhin besprechen.

Liebe Freunde, es geht heute aber auch darum – deswegen habe ich mich auch gemeldet –, den Kreis Bitterfeld aus den Negativ-Schlagzeilen des Fernsehens und der Presse herauszubringen und diese Negativ-Schlagzeilen in Positiv-Schlagzeilen umzuwandeln. Wir brauchen diese Unterstützung durch die Öffentlichkeit, um Bitterfeld als attraktives Industriegebiet wieder salonfähig zu machen.

Wir erschließen gegenwärtig das sogenannte Industriegebiet West und haben im Kreistag unter der Führung der CDU ein Förderungsprogramm entwickelt. Wir suchen Leute, die für uns werben und die uns bei der Werbung für die Industrie unterstützen. Ich möchte hier ganz bewußt betonen, daß wir Bitterfeld-West für dieses Industriegebiet ausgesucht haben, weil die Bodenverhältnisse dort in Ordnung sind und weil die Umwelt dort nicht in der Weise von der Chemie belastet ist, wie das bei dem übrigen Gebiet der Fall ist.

Liebe Freunde, ich danke nochmals ganz herzlich für die Aufmerksamkeit, die Sie mir gewidmet haben. Lassen Sie mich aber zum Schluß – obwohl die beiden Herren, die ich ansprechen möchte, nicht hier sind – noch etwas Persönliches sagen, und zwar zu unserem Bundeskanzler und zum Herrn Ministerpräsidenten.

Ich betone das Wort „Herr Ministerpräsident“ heute noch einmal, weil heute der letzte Tag ist, an dem wir „Herr Ministerpräsident“ sagen können. Es ist sicherlich so, daß der Herr Ministerpräsident nach dem gestrigen Wahlergebnis hier auf dem Parteitag nicht ungerne aus seinem Amt scheidet, hat er doch eine größere Aufgabe zugewiesen bekommen. Aber ich betone, daß der Titel „Ministerpräsident“ durch diesen Ministerpräsidenten überhaupt erst zu Ehren gekommen ist. Dieser Titel war seit 1949 befleckt, als ein Herr Grotewohl (SED) – vorher SPD – das Amt des Ministerpräsidenten in der DDR übernommen hat.

(Zustimmung)

Herr Ministerpräsident, wir danken Ihnen, daß Sie diesem Titel zum Ende der Deutschen Demokratischen Republik noch einen ehrenvollen Klang gegeben haben.

(Beifall)

Ich erinnere mich an meine Schulzeit. Damals haben wir Schuljungen uns immer erzählt: Spitzbauch, Bart und Brille ist nicht des Volkes Wille. – 40 Jahre hindurch mußten wir aber Spitzbauch, Bart und Brille und seine Nachfolger ertragen. Das ist jetzt Gott sei dank zu Ende.

(Beifall)

Ich möchte auch noch ein kurzes Wort an unseren Bundeskanzler richten. Ich muß mich eigentlich bei ihm entschuldigen. Ich habe ihm nämlich zwei Briefe geschrieben, als ich vor drei Jahren das erste Mal meine alte Tante hier in der Bundesrepublik

besuchen durfte. Die Briefe waren natürlich freundlicher Natur, aber ich muß mich trotzdem bei ihm entschuldigen, weil ich ihm zwei anonyme Briefe geschrieben habe. Ich hoffe, daß diese Zeiten vorbei sind. Herr Bundeskanzler, Sie werden dafür sorgen, daß es nie wieder dazu kommt, daß, wenn Ihnen ein Deutscher einen Brief schreiben will, er es nicht wagen kann, seine Unterschrift unter den Brief zu setzen.

(Beifall)

Herr Bundeskanzler, all das, was ich damals geschrieben habe, hat sich erfüllt. Sie werden von den Briefen womöglich nichts wissen, aber für mich war es eine große Genugtuung, daß ich an diesen Kanzler zweimal geschrieben habe.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Alfred Gomolka, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Als nächsten Redner rufe ich Minister Schwarz-Schilling auf.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Wann immer ich in die fünf neuen Bundesländer komme, werde ich gefragt: Wie viele tausend Telefone haben Sie bei sich? Sie alle wissen, das ist kein Gebrauchsgut, das man einfach im Laden kaufen kann und irgendwo in die Wand steckt, sondern es ist ein Gerät, das einer großen Infrastruktur bedarf, damit es funktioniert. Deswegen möchte ich gerade den Delegierten aus den fünf neuen Bundesländern einige Fakten und Zahlen nennen, damit sie wissen, worauf sie sich einrichten können.

Wir wissen, daß gerade die neuen Gewerbebetriebe, die sich jetzt gründen, meistens überhaupt nicht arbeiten können, weil sie kein Telefon haben. Zu mir kam ein Taxiunternehmer und sagte: Ich habe seit drei Wochen ein Taxiunternehmen, aber ich habe kein Telefon. – Ich konnte ihn nur damit trösten, daß ich ihm sagte: Ihre Kunden haben aber auch kein Telefon. – Aber das geht natürlich auf Dauer nicht.

Hinzu kommen erschütternde Briefe von älteren Menschen, die vor 10, 15, 20 bis zu 25 Jahren Anträge gestellt haben und jedes Jahr genau die gleiche unverschämte, törichte Antwort bekommen haben: Sie brauchen sich nicht darum zu kümmern, Sie sind im Moment nicht im Plan. Aber wir werden uns rechtzeitig melden.

Sie sind heute meistens schon Großmütter, Großväter, zumeist auch noch bettlägerig und können noch nicht einmal ein Zeichen geben, wenn ihnen etwas zustößt, um ihre Kinder in entsprechender Weise zu alarmieren.

Was können wir tun? Wir haben bereits seit Anfang dieses Jahres Arbeitsgruppen der Deutschen Bundespost und der Deutschen Post mit Hochdruck an die Lösungsmöglichkeiten herangeführt. Dabei handelt es sich um kurzfristige Sofortlösungen, mittelfristige Lösungen und natürlich um den langfristigen Aufbau des Netzes, bei dem dann alles reibungslos funktionieren soll.

Dazu jetzt einige Fakten. Die Deutsche Bundespost wird zwischen 1991 und 1997 für den Aufbau einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur 55 Milliarden DM in den neuen fünf Bundesländern investieren. Allein in den nächsten 18 Monaten – also bis Frühjahr 1992 – werden es 7,2 Milliarden DM sein. Damit wird die Deutsche Bundespost bereits jetzt der größte Investor auf dem ehemaligen Gebiet der DDR sein. Alle sind aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen.

(Beifall)

Wir werden im Jahre 1992 6,5 Milliarden DM, im Jahre 1993 8,5 Milliarden DM und in den Jahren von 1994 bis 1996 9 Milliarden DM und im Jahre 1997 noch einmal

8 Milliarden DM dort investieren. Wir werden noch in den letzten Monaten des Jahres 1990 dafür sorgen, daß statt der bisher üblichen 30 000 Neuanschlüsse pro Jahr rund 100 000 Anschlüsse dazukommen. Im Jahre 1991 werden es über 300 000 Neuanschlüsse sein, im Jahre 1992 über 500 000 und ab 1993 jedes Jahr über 1 Million neue Anschlüsse, so daß wir bis 1997 allein 7,2 Millionen zusätzliche Anschlüsse in diesen fünf Bundesländer installiert haben werden. Dann kann man dort auch telefonieren. Das möchte ich hier deutlich sagen.

(Beifall)

Wir werden als Sofortmaßnahmen noch bis Ende 1990, also in den nächsten drei Monaten, entlang der Autobahn die Städte Magdeburg, Potsdam, natürlich Ost-Berlin, den gesamten Großraum Berlin, Leipzig, Erfurt, Chemnitz, Dresden, Schwerin und Rostock mit dem Mobilfunk, mit dem C-Netz, erreichen. Alle diese Städte entlang der Autobahn werden an das Mobilfunknetz, das C-Netz, angeschlossen sein, so daß jeder, der ein Mobilfunkgerät hat – das werden auch manche Verwaltungen oder Wirtschaftsunternehmen sein –, in der Lage ist, sich sofort in das allgemeine Netz der Deutschen Bundespost einwählen zu können und dann mit den entsprechenden Nummern auch untereinander telefonieren zu können.

(Beifall)

Bis Ende 1991 kommen dann natürlich die anderen Gebiete hinzu: Neubrandenburg, Frankfurt/Oder, Cottbus und so fort. Bis dahin wird eine Flächendeckung von etwa 70 % erreicht sein. Wir werden dann weiter im D-Netz in den Jahren 1992/93 entsprechendes tun.

Auch beim City-Ruf – in den einzelnen Städten können Gewerbeunternehmen über Funkruf mit ihren Fahrern und Monteuren in Kontakt treten – ist schon allerhand in Gang gekommen; so in Berlin, in Leipzig. Im nächsten Jahr wird das in allen großen Städten mit über 30 000 Einwohnern in Gang gekommen sein.

Wir werden für die Unternehmen Datenleitungen über unseren Satelliten „Kopernikus“ und über INMARSAT schalten. Datex-P-Knotenpunkte werden bis zum Frühjahr 1991 in Ostberlin, in Leipzig, in Dresden, in Chemnitz aufgebaut sein, so daß bereits 4000 Teilnehmer – das sind gerade die mittleren und größeren Unternehmen – in der Lage sein werden, weltweit Datenkommunikation zu betreiben.

Bei Telefax – einem jener Dinge, die sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik geradezu phantastisch entwickelt haben – wird es in den Jahren 1990/91 10 000 Anschlüsse geben, 1992/93 90 000 Anschlüsse, und in den Jahren 1994 bis 1997 260 000 zusätzliche Anschlüsse.

Bis 1997 werden wir in den fünf neuen Bundesländern etwa den Standard des Telekommunikations- und insbesondere des Telefonnetzes der Bundesrepublik Deutschland von heute erreicht haben. So schnell wird nirgendwo auf der Welt ein solches Netz aufgebaut. Ich bin sicher, daß gerade auch die Postler, die der ehemaligen DDR-Post angehört haben, mit Leidenschaft daran mitwirken werden; denn endlich können sie das tun, was sie eigentlich immer tun wollten.

(Beifall)

Von den insgesamt 55 Milliarden DM werden etwa 20 Milliarden DM in die mittelständischen und kleineren Unternehmen der DDR fließen. Das heißt, das werden Aufträge für den Tiefbau, für das Elektrowerk, für kleinere und mittlere Unterneh-

men, die sich in den nächsten Jahren aufgrund der permanenten Auftragslage seitens der Post ihre Existenz aufbauen können. Sie werden sich dann natürlich auch andere Kunden verschaffen müssen, um nicht ausschließlich von der Post abhängig zu sein. Aber wichtig ist es, daß sie durch die Post erst einmal ihre Existenz aufbauen können.

Wenn jetzt ab 4. Oktober die Deutsche Bundespost die Verantwortung trägt, werden in allen Fernmeldeämtern die regionalen Ausschreibungen beginnen, damit nicht die alten Verbindungen und Loyalitäten, sondern die neuen Leute Chancen haben, Aufträge zu bekommen.

(Beifall – Glocke des Tagungspräsidiums)

Zum Abschluß möchte ich hier sagen: Wir werden von den 130 000 Postmitarbeitern 125 000 übernehmen; das sind 96 %. Wir werden nicht Teile übernehmen, die mit der Aufgabenstellung unserer Post nichts zu tun haben; ich denke zum Beispiel an Studioteknik für Rundfunk und Fernsehen oder an ähnliches mehr.

Meine lieben Damen und Herren, meine Parteifreunde, ich möchte Sie nur um folgendes bitten. Wir können nicht zaubern, aber wir werden alles machen. Und wenn Sie einen dringenden Fall kennen, bei dem eine Existenz oder ein Leben auf dem Spiel steht, machen Sie bitte sofort persönlichen Gebrauch davon: Sagen Sie mir sofort Bescheid. Wir werden so schnell wie möglich das Menschenmögliche tun. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Schwarz-Schilling, für diese gute Botschaft, die – so glaube ich – für uns in den nächsten Wochen besonders hilfreich sein wird.

Wir begrüßen jetzt mit besonderer Herzlichkeit in unserer Mitte den Vorsitzenden der CSU und Bundesfinanzminister, unseren Freund Dr. Theo Waigel.

(Beifall)

Lieber Dr. Waigel, wir wissen, Sie stehen wenige Tage vor einer wichtigen Wahl in Bayern, einer Wahl, die auch für uns alle von großer Bedeutung ist. Um so mehr freuen wir uns, daß Sie zu diesem Bundesparteitag nach Hamburg gekommen sind. Sie haben jetzt das Wort.

Grußwort des Vorsitzenden der CSU, Bundesminister Dr. Theodor Waigel MdB

Dr. Theodor Waigel, Vorsitzender der CSU: Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Herr neugewählter, stellvertretender Vorsitzender! Meine lieben Freunde! Mein sehr verehrten Damen und Herren! Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zur Konstituierung der CDU als gesamtdeutsche Partei. Der kleine Schritt vom 38. CDU-Bundesparteitag zum 1. Parteitag der CDU Deutschlands ist ein historisches Ereignis für die CDU und unser Vaterland.

Ich überbringe Ihnen die herzlichen Glückwünsche der Christlich Sozialen Union und versichere Ihnen, daß wir weiter miteinander die Aufgaben in ganz Deutschland angehen werden.

(Beifall)

Diese deutsche Einheit, diese Tage, diese Wochen und Monate sind Anlaß, sich in Deutschland zu freuen. Sie sind Anlaß, stolz zu sein, und sie sind auch Anlaß, dankbar für das Schicksal zu sein, das wir eigentlich vor einem Jahr so nicht erhoffen konnten. Wir haben allen Anlaß, auch in diesen Tagen denen Dank zu sagen, die vor uns unbeirrbar an diesen Prinzipien festgehalten haben. Ich nenne bei Ihnen Konrad Adenauer und bei uns Franz Josef Strauß. Ohne diese beiden wäre das nicht möglich gewesen, was sich heute vollzieht.

(Beifall)

Vor einem Jahr hat mich ein Reporter gefragt, was ich zur deutschen Frage sagte. Ich habe damals kurz vor dem Abflug nach Amerika zu einem Gespräch mit George Bush gesagt, die deutsche Frage stehe auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Damals bin ich kritisiert, verspottet und verhöhnt worden. Die SPD hat von unverantwortlichem Gerede gesprochen.

Wenige Stunden danach hat mich George Bush gefragt, was ich als Parteivorsitzender und als Finanzminister einem jungen Deutschen auf die Frage antworten würde, wie er sich Deutschland vorstellen und was er sich von der Zukunft erwarten solle. Hätte ich da sagen sollen – wie uns das manche empfohlen haben –, darüber redeten wir nicht, wir legten das auf Wiedervorlage, bis irgendwann die Stunde schlage? Oder war es wohl richtig – wie CDU und CSU es immer getan haben – zu sagen, dem deutschen Volk und den Deutschen muß auch das zustehen, was jedem anderen Volk und jedem anderen in der Welt zusteht, nämlich das Selbstbestimmungsrecht und das Recht, die Einheit in Freiheit herbeizuführen?

(Beifall)

Heute ist der Wettlauf der Systeme, heute ist der Wettlauf der Ideen entschieden. Es ist der Sieg der Freiheit über die Diktatur, der Sieg von Ludwig Erhard über Karl Marx, und es ist der Sieg des christlichen Menschenbildes über den kommunistischen Materialismus.

(Beifall)

Wenn man die letzten Sätze des Kommunistischen Manifestes aus dem Jahre 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels nachliest, dann ist wohl selten eine Prophezeiung für ihre Propheten auf so makabre Weise in Erfüllung gegangen. Dort heißt es:

In dieser Revolution haben die Proletarier nichts zu verlieren. Sie werden ihre Ketten abwerfen, um eine Welt für sich zu gewinnen.

Ja, meine Damen und Herren, in den achtziger Jahren und im Jahre 1990 haben die Menschen in Deutschland, haben die Menschen zuvor in Ungarn, in Polen und in der Tschechoslowakei ihre Ketten abgeworfen. Es waren kommunistische Ketten, die sie abgeworfen haben, um eine Welt für sich zu gewinnen, eine Welt der Freiheit, der Menschenwürde und der Demokratie.

(Beifall)

Es sind schicksalhafte Stunden, wenn Länder wie Polen, wie Ungarn, wie die Tschechoslowakei nach Europa zurückkehren, in die Mitte Europas, und wenn sogar in Rußland diese Stimmen immer hörbarer werden. Darum hat es sich gelohnt, daß wir an Europa nicht verzweifelt sind und daß Bundeskanzler Helmut Kohl in den 80er Jahren die entscheidenden Signale für Europa gestellt hat.

(Zustimmung)

Nur dadurch war Europa attraktiv, nur dadurch wurden diese Völker nach Europa zurückgeholt!

(Beifall)

Ich darf Ihnen, Herr Bundesvorsitzender und Bundeskanzler, lieber Freund Helmut Kohl, ganz herzlich zu dem großartigen Ergebnis gratulieren, das noch besser ist als das, das Sie voriges Jahr in Bremen bekommen haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Lieber Helmut Kohl, wir sind ja manchmal vielleicht schwierige Partner. Sie empfinden das jedenfalls so; wir empfinden es nicht so.

(Heiterkeit)

Aber wenn es darauf ankommt, kann man sich auf uns und auf mich stärker verlassen als auf den einen oder anderen mitunter sogar in den eigenen Reihen. Wir sind im letzten Jahr eingestiegen, nicht ausgestiegen. Das hat die CSU von manchen anderen in der FDP oder da und dort unterschieden.

(Beifall)

Vor eineinhalb Jahren, als mir der Bundeskanzler anbot, Finanzminister zu werden, habe ich mich mit einigen guten Freunden beraten, und einer meiner besten Freunde hat mir damals geraten: Ich täte es nicht, denn die Aktien stehen bei der CDU/CSU mit 33 % ganz schlecht; da steigt nur ein kaltblütiger Börsianer ein, aber kein vernünftiger Mensch. Diese 33 % waren das Tiefste, was wir seit 15 oder 20 Jahren an der Börse verzeichnen mußten.

Er hat mir weiter gesagt: „Also, da passiert nicht mehr sehr viel, vielleicht noch ein Haushalt. Die Steuerpolitik ist abgeschlossen, die Finanzpolitik ist abgeschlossen. Wenn man keinen Fehler macht, ist dadurch vielleicht 1 % zu gewinnen, mehr nicht, und es wäre für Dich besser, Du hältst Dich aus der Geschichte heraus; mach bei dem Verschleißprozeß nicht mit und trage anschließend gesund und unversehrt an der Spitze der Opposition mit dazu bei, daß man die Macht wiedergewinnt.“

Sie wissen, das dauert dann so 12 oder 15 Jahre, jedenfalls beim letztenmal. Herbert Wehner hat das ja auch für die SPD solche Zeiträume vorausgesagt, und zwar, wie ich meine, mit Recht; er hat eher noch etwas zu kurz gegriffen, denn wir wollen ja etwas länger regieren.

(Beifall)

Das, was der Kamerad mir geraten hatte, habe ich mir gut überlegt, und dann habe ich mir folgendes gedacht: Ich habe nicht die Zeit von 1972 bis 1982 in der Opposition verbracht, um anschließend aufzugeben; – und, ich habe mich nicht von 1982 bis 1989 von morgens bis nachts abgeschunden, ich habe dazu, aus diesem Land ein blühendes, großartiges Land zu machen, nicht beigetragen, um dieses blühende Land denen zu übergeben, die uns 1982 den Bankrott hinterlassen haben.

(Beifall)

Ich glaube, die Anstrengung hat sich gelohnt. Meine lieben Freunde, Sie sollten – das gilt für Sie und auch für die Führungsspitze – das nicht vergessen. Man muß immer wissen, wer an guten und an schlechten Tagen zu einem steht. Es gibt Parteitage, die laufen nicht so optimal, da ist man für den Zuspruch von Freunden dankbar. Dann gibt es große Parteitage, da hat man das Gefühl, die kleine Schwester sei jetzt kleiner geworden. Dem ist nicht so! Die kleine Schwester ist nicht kleiner geworden. Sie

können sich darauf verlassen: Sie ist kräftig geblieben. Sie wird es auch künftig sein und sie wird das Notwendige zum richtigen Zeitpunkt sagen. Das gilt für die guten und für die weniger guten Nachrichten. Die werden wir auch künftig nicht verschweigen. Auf uns hat man sich da immer verlassen können!

(Beifall)

Ich habe übers Wochenende nochmals nachgelesen, was Ludwig Erhard 1953 zur Wiedervereinigung gesagt hat. Faszinierend! Eine unglaublich zeitnahe Anleitung für das, was man heute tun müßte! Eines war bei der Anleitung nicht dabei: Steuererhöhungen. Sie waren nicht dabei! Glauben Sie mir, die CDU ist gut damit gefahren, daß sie nach dem Krieg sehr schnell auf die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik von Ludwig Erhard eingeschwenkt ist. Steuererhöhungen sind bei seinem Rezept, wie man es machen sollte, nicht dabei.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie haben gestern sicher darüber diskutiert, und unsere Freunde aus der bisherigen DDR haben es gesagt: Das, was drüben in der DDR, in den neuen Ländern, jetzt geschieht, ist nicht einfach. Wir wissen, daß die Anpassungsprozesse für die Menschen und für die Institutionen schmerzlich sind. Nur, meine lieben Freunde, tragen für das, was dort jetzt geschieht und geschehen muß, nicht 80 Tage Soziale Marktwirtschaft die Verantwortung, sondern 15 000 Tage Sozialismus und Kommunismus und die Verbrecher, die das den Menschen und dem Land angetan haben. Sie, nicht wir tragen die Verantwortung für den schmerzlichen Anpassungsprozeß, der heute erfolgt.

(Beifall)

Wenn gefragt wird „Wie finanziert Ihr die Einheit?“, dann ist das eine verständliche und berechtigte Frage. Aber auch hier halte ich es mit Karl Schiller, der in beachtlichen Beiträgen, für die ich ihm ausdrücklich danken möchte, in den letzten Wochen und Monaten dazu etwas gesagt hat. In einem bemerkenswerten Interview hat er zum Ausdruck gebracht: Wenn wir 1948 zunächst hätten ausrechnen müssen, was der Straßenbau kostet, was der Wohnungsbau kostet, was die Errichtung von Betrieben kostet, was die Infrastruktur kostet, was die Wiedergutmachung kostet und was der Lastenausgleich kostet, hätten wir am Schluß sofort eine negative Bilanz gezogen, wären wieder in unsere zerstörten Häuser, in unsere Höhlen und Bunker gegangen und hätten uns der Resignation hingegeben.

(Beifall)

Wenn eine so geprügelte Nation damals nicht verzweifelt ist, wenn sie aus dieser Situation heraus die riesigen Nachkriegsaufgaben gemeistert und finanziert hat, dann, meine Damen und Herren, werden doch wir bei der besten Ausgangslage, die die Bundesrepublik Deutschland je hatte, dieses Problem auch packen und meistern können, nicht in einem Jahr, aber in einer Generation.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich lasse mir ja als Politiker viel gefallen, und in der Nachfolge von Franz Josef Strauß darf man auch bei dem, was einem vorgeworfen wird, nicht pingelig sein. Aber eines lasse ich mir nicht gefallen: Die Partei, die die deutsche Einheit zur „Lebenslüge“ erklärt hat, soll mit dem Vorwurf der Lüge für den Rest dieses Jahrhunderts sparsam umgehen.

(Beifall)

Wer in den ganzen 70er und 80er Jahren nur einmal in der Lage war, einen Etat rechtzeitig zum Ende des vorausgehenden Jahres vorzulegen, wer 1972, 1976 und 1980 jeweils vor den Wahlen die Menschen so schamlos angelogen hat, von dem lasse ich mich weder als „Schuldenlügner“ noch als „Steuerlügner“ bezeichnen.

(Zustimmung)

Die sollen eine Zeitlang ihren Mund halten, diese Bankrotteure der Finanzpolitik von gestern!

(Beifall)

Es ist allerdings notwendig, daß wir den Mut haben, für den Abbau teilungsbedingter Kosten, für Einsparungen und Umschichtungen ein ganz konkretes mehrjähriges, nicht einfaches Programm noch vor den Wahlen auf den Tisch zu legen.

Das sind wir uns, der Wahrheit und der Glaubwürdigkeit in der Finanzpolitik schuldig. Dann haben wir auch das Recht, ja sogar die Pflicht, im Jahre 1990 und im Jahre 1991 den glänzenden Kapitalmarkt der Bundesrepublik Deutschland etwas stärker in Anspruch zu nehmen, als das bis zum letzten Jahr passiert ist. Im Jahre 1989 haben wir einen Überschuß der öffentlichen Hände gehabt. Das hat es seit langem nicht mehr gegeben. Wenn die Einheit nicht gekommen wäre, könnte ich heuer den besten Haushalt seit 1969 vorlegen. Ich bin dafür, mit den Investitionen die Einheit, die Freiheit und den Aufbau eines sozialen, marktwirtschaftlichen Europas zu finanzieren. Dieser Mitteleinsatz ist sinnvoller und produktiver, als auf Dauer Kosten für Teilung und Milliarden für Diktatoren hingeben zu müssen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden auch darauf achten, daß eine Verschiebung der Wertekordinaten der Union nicht stattfindet. Man hört manchmal Formeln wie die, etwas werde nördlicher, protestantischer oder was auch immer. Ich halte von diesen Formeln nichts. Ich meine, wir bleiben Parteien der Mitte. Aus der Mitte heraus kann man Politik machen. Von einer Verschiebung der Koordinaten oder davon, dem Zeitgeist nachzulaufen, halten wir doch sicherlich gemeinsam nichts.

(Beifall)

In einigen Punkten gilt es klare Standpunkte zu beziehen. Was die FDP in den letzten Tagen z. B. zum § 218 vorgeschlagen hat, läuft auf die reine Fristenregelung hinaus. Diese aber ist mit CDU und CSU und nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nicht zu machen.

(Beifall)

Ich sage aber auch denen aus unseren eigenen Reihen, die meinen, wir hätten beim Einigungsvertrag unsere Grundsätze verlassen, dies: Ich halte diesen Vorwurf für falsch. Überlegen wir einmal: Was hat sich geändert? Bei uns hat sich nichts geändert. Drüben hat sich im Recht auch nichts geändert, aber es gibt dort immerhin eine Verbesserung der Beratung und eine Verbesserung der Hilfe. Nach Abwägung dieser Gesichtspunkte komme ich zu dem Schluß: Es ist besser für den Schutz des ungeborenen Lebens geworden. Darum können wir, wie ich glaube, der Lösung, die gefunden wurde, auch zustimmen, ohne daß damit unser Gewissen oder unsere Grundsätze negativ tangiert worden wären.

Wir werden als CDU und CSU auch alles daransetzen müssen, bei ganz entscheidenden Punkten unser Profil zu bewahren. Meine Damen und Herren, wir können die SPD

und auch die FDP nicht aus dem Anspruch entlassen, daß z. B. die grundgesetzliche Regelung des Asylrechts in der jetzigen Form auf die Dauer nicht handhabbar ist.

(Beifall)

Wir brauchen eine Regelung wie andere europäische Länder auch.

Meine Damen und Herren, es ist schlimm, in dieser Zeit das deutschlandpolitische Versagen der SPD mit ansehen zu müssen. Ich überlege mir manchmal, was die Väter des Grundgesetzes, die Männer der ersten Stunde zu bestimmten Dingen gesagt hätten. Als Finanzminister hat man es im Gegensatz zu den Staatsmännern der Luxusklasse ja nicht ganz leicht, im Gegensatz also zum Präsidenten, Kanzler, Außenminister und anderen,

(Heiterkeit)

die dann mehr oder weniger doch auch segnend und predigend durchs Land gehen. Sie meine ich jetzt nicht, Herr Bundeskanzler, aber die anderen schon.

(Heiterkeit)

Diese alle laden ihre Probleme beim Finanzminister ab. Das ist nicht so ganz einfach für den Finanzminister. Die deutsche Einigung muß solide finanziert werden. Die D-Mark muß stabil bleiben. Dafür sorgen wir gemeinsam, die Finanzpolitik und die Deutsche Bundesbank. Ich überlege mir manchmal: Was hätten wir damals im Jahre 1946, als der damalige bayerische Ministerpräsident Hans Ehard zum letztenmal die Ministerpräsidenten der deutschen Länder nach München eingeladen hat, was hätten damals Fritz Schäffer, Konrad Adenauer, aber auch Kurt Schumacher, Reuter, Carlo Schmid, Fritz Erler, Hoegner gegeben, wenn wir das hätten erreichen können, was heute zu erreichen ist? Was hätten die Väter des Grundgesetzes – ich nenne nochmals Theodor Heuss, Carlo Schmid, Kurt Schumacher, Adenauer, Strauß und andere – gegeben, wenn wir 1949 eine Chance wie heute gehabt hätten? Was hätte man 1955 für diese Chance gegeben, als Konrad Adenauer in Moskau war und 10 000 Kriegsgefangene endlich heimholte, wenn ihm damals Bulganin und Chruschtschow gesagt hätten: Wir geben dir jetzt auch die Einheit Deutschlands, die Souveränität Deutschlands, die Möglichkeit, der NATO beizutreten, die Möglichkeit, daß nach drei Jahren deutsche NATO-Verbände in ganz Deutschland stationiert sind; was bietest du dafür? – Ich bin ganz sicher, die SPD von damals hätte sich nicht so kleinkariert und schäbig verhalten wie Lafontaine heute.

(Lebhafter Beifall)

Ich will hier nicht verschweigen, daß noch vor zwei Jahren von der Lebenslüge der zweiten deutschen Republik die Rede war. Meine Damen und Herren, wer einsieht, daß er damals dummes Zeug geredet hat, und jetzt für die Einheit einsteht – wie Willy Brandt –, ist mir hundertmal lieber als derjenige, der die Menschen in Ost und West mit den Kosten der Einheit aufhetzt.

(Beifall)

Es besteht aber natürlich schon eine ganz schöne Diskrepanz, wenn zum einen von der Lebenslüge der zweiten deutschen Republik gesprochen wird und kurz danach, nachdem Helmut Kohl, die CDU, die CSU und diese Koalition einen anderen Weg herbeigeführt haben, gesagt wird: Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir müssen in der CSU mit allen Modulationen arbeiten, um uns immer wieder das notwendige Gehör zu verschaffen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir tun das nicht nur mit Jodeln,

(Heiterkeit)

wie Sie schon bei den feinsinnigen Grußworten von Franz Josef Strauß bemerkt haben. Helmut Kohl war jedesmal froh, wenn ein solches Grußwort beendet war,

(Heiterkeit und Beifall)

weil er nicht wußte, was alles kam. Das war auch gut so. Man soll Freunde immer in einer gewissen Unruhe halten.

(Heiterkeit)

Wir werden als CSU auch künftig dafür sorgen, daß produktive Unruhe in Bonn und in Berlin herrscht. Es muß eine selbständige bayerische Partei mit bundesweitem Anspruch und bundesweiter Verantwortung geben. Das sind wir. Das, was als SPD und FDP in Bayern auftritt, sind ja nur Agenturen und Filialen.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine lieben Freunde, wir sind – an dieser Stelle möchte ich meinem Vorgänger Gerhard Stoltenberg ein großes Dankeschön sagen und ihm großen Respekt bezeugen – auf die Einheit finanzpolitisch hervorragend vorbereitet.

(Beifall)

Wenn man sich die Stellungnahmen des IWF, der Weltbank, der OECD, der EG-Kommission und anderer Institutionen im internationalen Bereich ansieht und liest, was über die Finanzpolitik der letzten Jahre und über die Chancen dieses Jahres gesagt wird, dann könnte das aus dem „Bayernkurier“ oder aus „Löwe und Raute“ sein. Es ist, wie der Generaldirektor des IWF es mir gesagt hat: Man meint geradezu – so die Meinung dieses Franzosen –, wir hätten uns seit dem Jahre 1982 auf diesen Tag systematisch vorbereitet. Das ist eigentlich das höchste Lob, das wir für unsere Politik bekommen können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dann schadet es ja nicht, wenn man auch einmal einen Fehler – zuviele dürfen es nicht sein – eingesteht. Aber daß wir die Quellensteuer im letzten Jahr abgeschafft haben, war für den deutschen Kapitalmarkt und die jetzige Herausforderung gut; gar keine Frage.

(Beifall)

Daß die Sparquote im Jahr 1990 mit 13,7 % gegenüber dem Jahr 1989 nochmals gestiegen ist, verleiht uns die Chance, sehr vieles aus eigener Kraft tun zu können.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, wir müssen das sozialpolitische Gewissen der Koalition sein.

(Zustimmung)

Die FDP sieht nur eine Klientel, nur eine bestimmte Gruppierung. Wir müssen für alle in der Gesellschaft dasein.

(Beifall)

Das betrifft die Familienpolitik, das betrifft den Wohnungsbau, und das betrifft auch die Verbesserung des Mieterschutzes. Meine Damen und Herren, natürlich ist der beste Mieterschutz der Bau von mehr Wohnungen. Nur, man kann nicht in einem Jahr

oder in zwei Jahren das ausgleichen, was durch den Zuzug von 500 000 bis 700 000 Menschen in einem Jahr geschehen ist. Wenn aber dann in bestimmten Ballungsräumen die Mieten explodieren, die mit einer normalen Kalkulation nichts mehr zu tun haben, dann muß eine Koalition, dann muß die Union auch bereit sein, an die zu denken, die dorthin ziehen und die das nicht mehr bezahlen können: mit Wohngeld nicht, aber auch nicht mit Hilfe bestimmter Kompromisse. Es ist schlimm, daß die FDP bei diesen Dingen nicht mehr mitmachen möchte. Hier müssen wir stärker werden, so daß wir unsere Vorstellungen in der nächsten Legislaturperiode dann auch verwirklichen können.

(Beifall)

Parteien wie die CDU und CSU haben es da schwerer. Wir sind keine „Rosinenpicker-Partei“ wie die FDP, die sich nur das eine oder andere herausholt, sondern wir müssen allen verantwortlich sein, für alle dasein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir, die CSU, bekennen uns klar zur Fortsetzung der Koalition mit dem erfolgreichen Kanzler Helmut Kohl. Wir wünschen Ihnen, Herr Bundeskanzler und Herr Bundesvorsitzender, und dem neu gewählten Vorstand alles Gute für die Zukunft, eine glückliche Hand und Gottes Segen.

(Beifall)

Wir haben in diesem Jahr vieles geleistet; vieles steht noch vor uns. Jeder Tag beginnt mit neuen Überraschungen – jetzt bereits sogar die Samstage, mit Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Wir müssen uns darauf einstellen und auch hier wieder schnell reagieren, darauf achten, daß keine Verunsicherung aufkommt, und gemeinsam alles dafür tun, daß auf dem Gebiet der DDR faire Wahlchancen für die bestehen, die aus der demokratischen Revolution hervorgegangen sind und ohne die es für Helmut Kohl und für die CDU nicht einfach gewesen wäre, am 18. März anzutreten. Ich bitte hier um Fairneß, meine lieben Freunde. Wir brauchen am 2. Dezember jede Stimme – jede Stimme! Es ist nicht so, daß das alles schon eingefahren sei und die Dinge schon gelaufen wären. Aus den Situationen der 50er und 60er Jahre müssen wir auch wissen, wie wichtig verlässliche Koalitionspartner sind. Wir wissen nicht, wie sich die Dinge sonst entwickeln.

Meine Damen und Herren, das Jahr 1990 ist ein Jahr der historischen Entscheidungen. Wir werden es gemeinsam schaffen, wenn die Union an die Probleme geschlossen, kampfkraftig und mit Offensivgeist herangeht. Nur mit einer starken CDU und einer starken CSU kann Helmut Kohl die Koalition der Mitte in Gesamtdeutschland fortsetzen.

Lassen Sie mich, meine lieben Freunde, mit zwei Zitaten schließen, die mich in den letzten Wochen und Monaten sehr nachdenklich gemacht haben.

Franz Josef Strauß verdanke ich ein Zitat von Edward Grey, dem englischen Außenminister, aus dem Jahre 1914 beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges am 3. August. Damals sagte Grey: „Die Lichter gehen aus in Europa. Wir werden sie in diesem Jahrhundert nicht mehr anzünden.“ Wenn man die Zeiten von 1914 bis 1918, die schlimmen Zeiten danach, die braunen, dunklen Schatten über Deutschland, den schlimmsten aller Kriege, die Zerstörung Europas und Deutschlands, die Teilung unseres Vaterlandes, Millionen von Toten, Millionen von Vertriebenen – die Städte alle zerstört – vor sich Revue passieren ließ, dann hätte man unsere Mütter und Väter

verstehen können, wenn sie gesagt hätten: Ja, die Lichter sind ausgegangen, und wir werden sie in diesem Jahrhundert in Deutschland nicht mehr leuchten sehen.

Ernst Wichert hat 1945 seine letzte „Rede an die deutsche Jugend“ gehalten. Noch 1929 hatte er seinen Abiturienten in Königsberg zugerufen: „Ich weiß nicht, ob ich euch etwas gegeben habe. Aber ich hoffe, euch etwas genommen zu haben: die Angst, die Angst vor dem Leben, die Angst vor dem Schicksal, die Angst vor der Politik.“

Meine Damen und Herren, wenn uns in den letzten Monaten und Jahren etwas gelungen ist, dann doch, daß wir den Menschen in Deutschland und in Europa die Angst genommen haben, so daß diese und die nächsten Generationen ruhiger, optimistischer und ohne Ängste in die Zukunft sehen können.

(Beifall)

1945 hielt Ernst Wichert seine letzte Rede im zerstörten München. Seine „Rede an die deutsche Jugend“ im Jahre 1945 begann mit dem Satz: „Wir hatten einmal ein Vaterland, und das hieß Deutschland.“ Er hielt eine bittere, verzweifelte Rede, dieser gebrochene Mann – aus dem KZ kommend, den „Totenwald“ geschrieben –, der Mahner, der alles vergebens gesagt hatte. Enttäuscht glaubte er, daß dieses Deutschland nie mehr ein Vaterland für uns sein könne.

Vor über einem Jahr haben Menschen in den Kirchen der DDR Kerzen angezündet. Sie sind mit diesen Kerzen nach draußen gegangen – zunächst waren es wenige –: vorbei an den Stasi-Schergen, an denen, die sie gefilmt haben, nicht wissend, ob sie am Abend wieder zu Hause sein würden. Aus den Hunderten wurden Tausende, aus den Tausenden Hunderttausende und aus den Hunderttausenden Millionen. Sie haben mit ihren Kerzen diesem Vaterland Deutschland und darüber hinaus wieder Lichter angezündet, die heute leuchten.

Gemeinsam mit unserer Politik hat das dazu geführt, daß wir wieder ein Vaterland haben, ein gemeinsames Vaterland, auf das wir stolz sein können, ein gemeinsames Vaterland, das von CDU und CSU maßgeblich mit herbeigeführt wurde. Darum dürfen wir uns an diesem Tag auch ganz besonders freuen.

Vielen Dank.

(Die Delegierten erheben sich –
Langanhaltender lebhafter Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Lieber Dr. Waigel, der Parteitag hat Ihnen für Ihre aufrüttelnde Rede mit einer Standing-ovation gedankt. Der Parteitag hat mit besonderer Freude auch Ihr Bekenntnis zur Gemeinsamkeit der beiden Unionsparteien gehört, auf die angesichts der großen Aufgaben, vor denen wir im wiedervereinigten Deutschland stehen, besonders angewiesen sind. Gerade für diese Gemeinsamkeit haben Sie sich auch persönlich in der Vergangenheit immer wieder besonders stark gemacht. Auch dafür dankt Ihnen der Parteitag sehr herzlich.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Wir setzen jetzt die Aussprache zum Wahlmanifest fort und bitten die Redner, sich bei ihren Beiträgen auf fünf Minuten zu konzentrieren. Als nächster hat das Wort der Spitzenkandidat in Mecklenburg-Vorpommern, Alfred Gomolka.

(Beifall)

Dr. Alfred Gomolka: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Viele Menschen in unserem Land werden erleichtert sein. Wir haben es nun endlich geschafft, die Einheit der Christlich Demokratischen Union ist vollzogen, und von der staatlichen Einheit trennen uns nur Stunden. Dennoch, bei aller Freude über das Erreichte, bei aller Zustimmung zu dem von uns zielstrebig gegangenen Weg zur deutschen Einheit empfinden die Menschen in den fünf neuen Bundesländern nicht nur Freude und Begeisterung. Bei vielen schwingen Gefühle der Beklommenheit, auch der Angst, der Sorge und der Ungewißheit mit. Ich weiß wohl, daß ich mit diesen Worten etwas Wasser der Realität in den weingefüllten Freudenbecher gieße. Aber angesichts der Schreckensbilanz, mit der wir das Kapitel DDR nach 40 Jahren abschließen, fragen sich die Menschen – sie fragen vor allem uns – Wie wird es weitergehen?

In meinem Land, Mecklenburg-Vorpommern, begegne ich täglich Menschen, die mich fragen: Was wird aus meinem Arbeitsplatz? Werde ich wieder eine Arbeit bekommen, wenn mein Betrieb schließen muß? Weshalb hat sich bisher so wenig an den innerbetrieblichen Strukturen geändert? Weshalb sitzen immer noch alte Bonzen, die uns drangsaliert haben, an den Schalthebeln? Wie werden unsere Kinder und Enkelkinder angesichts der Umweltzerstörung auch in unserem Land leben?

Diese konkreten Fragen der Bürgerinnen und Bürger klingen mir auch in diesen großen historischen Stunden im Ohr. Antworten können wir nur geben, wenn wir die uns übertragene Macht im Interesse der Menschen gebrauchen, die sie uns anvertraut haben und die uns weiter vertrauen. 82 % der Landräte und Oberbürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern gehören der CDU an.

(Beifall)

Unterstützen wir sie in ihrem schweren Amt, besonders dann, wenn sie unfähige und unwillige Leiter von Betrieben und Arbeitsämtern ablösen, wenn sie ihre Verwaltungen bürgernah gestalten. Helfen wir den Arbeitnehmern, Betriebs- und Personalräte zu wählen, die wirklich das Vertrauen der Belegschaft genießen.

(Vereinzelt Beifall)

Auf unserem ersten gemeinsamen Parteitag wurden sehr klare Vorstellungen von der Zukunft unseres Vaterlandes deutlich. Wir müssen nun jedem Bürger helfen, aus der großen Perspektive, die wir aufzeigten, auch eine klare, ganz persönliche, wenn auch begrenzte Aussicht in die nächste Zukunft zu gewinnen.

Unser Landesverband Mecklenburg-Vorpommern hat klare Konzepte für die Wiedergeburt des Landes. Die CDU hat nachgewiesenermaßen die wirtschaftliche Kompetenz, die dazu notwendig ist. Wir wissen, was wir wollen und wie wir es wollen. Das Programm der Christlich Demokratischen Union in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht auf teurem Hochglanzpapier gedruckt wie das inhaltlich etwas dürftigere der SPD. Der Glanz unseres Programms sind die Inhalte, auch wenn das Papier schlecht und die Vervielfältigungstechnik einfach ist.

(Vereinzelt Beifall)

40 Jahre sozialistische Kommandowirtschaft haben eine Menge materiellen Schutt hinterlassen. Diese Schäden zu beheben ist nur ein Teil, und vielleicht der kleinere Teil der Aufgaben, die in den fünf neuen Ländern vor uns stehen.

Aber ich gestehe Ihnen hier: Schlimmer als die sichtbaren Schäden sind für mich die Verheerungen in den Köpfen und in den Gefühlen der Menschen.

(Beifall)

40 Jahre Bevormundung haben zu Abwarten, zu Desinteresse, zu Mangel an persönlichem Mut und Risikobereitschaft, zu einer Lethargie geführt, die letztlich geradezu selbstzerstörerisch wirken kann. Das Nachdenken über dieses für mich schwerwiegendste Problem hat mich zu einem Schluß geführt: Die insgesamt große und verlässliche Politik der Christlich Demokratischen Union muß auch im kleinen und für jeden persönlich nachweisbar gemacht und gestaltet werden.

(Beifall)

Nur so wird ein Wahlsieg möglich sein, der auch über den Moment hinaus trägt.

In meinem Zivilberuf hatte ich sehr viel mit Landkarten zu tun. Wir wollen, daß Mecklenburg-Vorpommern ein störender großer Fleck auf der sozialdemokratischen Landkarte Norddeutschlands wird.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Gomolka. Als nächster Klaus Töpfer.

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Noch zwölf Stunden, dann ist die deutsche Einheit Realität. Wir stehen im Aufbruch in eine gemeinsame friedliche Zukunft eines geeinten Deutschlands in einem sich einigenden Europa, und dieses Deutschland ist mit der Zustimmung aller seiner Nachbarn diesen Weg gegangen. Es ist eine wirklich historische Stunde, aber auch eine Stunde, in der man sich fragen muß: Wie gehen wir in dieses vereinte Deutschland hinein? Da haben wir auf der einen Seite das Erbe des real existierenden Sozialismus. Lassen Sie mich ganz deutlich sagen: Dieser real existierende Sozialismus hat die Wirtschaft ruiniert. Er hat aber auch menschliche Gesundheit unglaublich ausgebeutet und hat Ruinen in der Umwelt hinterlassen. Wir stehen vor einem ökologischen Offenbarungseid mit traurigen Weltrekorden bei der Luftreinhaltung, bei Kohlendioxid und Schwefeldioxid, bei den Belastungen der Gewässer; ein Offenbarungseid, der den Menschen ganz sicherlich schmerzlich bewußt ist, wie gerade eben zum Ausdruck gebracht worden ist. Wer zum Beispiel aus Bitterfeld kommt, weiß, daß die durchschnittliche Lebenserwartung dort deutlich niedriger ist.

Ich will den Menschen in Bitterfeld, in Merseburg, in Espenhain, in Pirna, in Mansfeld deutlich machen: Wir werden diesen ökologischen Offenbarungseid nicht als Resignation, sondern als Ansporn zum gemeinsamen Handeln aufnehmen.

(Beifall)

Derjenige, der für die Sozialdemokraten nach dem 2. Dezember 1990 Deutschland regieren soll, hat vor wenigen Wochen im „Spiegel“ folgenden bemerkenswerten Satz formuliert – ich darf zitieren –: „Die DDR war, bis die Mauer fiel, ein führendes

Industrieland.“ Meine Damen und Herren, wer das sagt, ist entweder ein großartiger Ignorant oder ein menschenverachtender Zyniker. Anders kann man es nicht nennen.

(Beifall)

Denn diese wirtschaftliche Leistung ist unglaublich teuer bezahlt worden: mit gesundheitlichen Schäden und Belastungen der Umwelt. Wer heute bei uns die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft zu seinem Thema macht und gleichzeitig die DDR als ein führendes Industrieland bezeichnet, der ist wirklich ein Zyniker.

(Beifall)

Wer die Altlasten des Sozialismus als Kosten der deutschen Einheit und gleichzeitig die DDR als ein führendes Industrieland bezeichnet, hat ebenfalls nichts anderes verdient als die Bezeichnung Zyniker. Er kann doch nicht in Espenhain an den Schwelöfen gestanden haben, er kann doch nicht mit einem gesprochen haben, der an den Kupolöfen, an den Öfen in Buna arbeitet. Er kann auch nicht mit jemandem gesprochen haben, der woanders, etwa in Bitterfeld oder in Wolfen, gearbeitet und mit unzureichenden Arbeitsmitteln wirklich großartige Leistungen erzielt hat, wenn er diese Qualifizierung vornimmt.

Dies ist es, was uns beseelt: der Respekt vor den arbeitenden Menschen in der DDR, die wirklich aus nichts noch Leistung erbracht und jetzt einen Anspruch darauf haben, ihre Leistung in ein neues System einbringen zu dürfen, das diese Leistung auch belohnt.

(Beifall)

Die Sätze von den Kosten der Einheit sind aus demselben Geist geboren. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ganz deutlich sagen: Auch unter ökologischen Gesichtspunkten, auch mit Blick auf die Umweltbelastungen wird es im geeinten Deutschland niemandem schlechter, sondern allen besser gehen. Alle werden in der Zukunft bessere Umweltbedingungen haben. Das ist das, worauf wir unsere Politik ausrichten haben.

(Beifall)

Es sind eben nicht Kosten der Einheit, sondern Erträge der Einheit, etwa bei der Verwendung der Braunkohle: weniger Schadstoffe in der Luft mit der Verwirklichung der Einheit. Bei der Kernenergie: mehr Sicherheit für die Menschen mit der Verwirklichung der Einheit. In der Chemieindustrie: weniger Schwermetalle, weniger chlorierte Kohlenwasserstoffe in der Umwelt mit der Verwirklichung der Einheit. Beim Gewässerschutz: mehr Entlastung der Oder und der Elbe und damit mehr Schutz von Nordsee und Ostsee mit der Verwirklichung der Einheit.

Das sind Erträge der Einheit, das sind Zukunftsinvestitionen, die jetzt möglich werden. Wir sollten sie nicht als Kosten, sondern auch als Chance, als Zukunftsinvestitionen bezeichnen.

(Beifall)

Dies ist die eine Seite der deutschen Einheit.

Auf der anderen Seite steht ein Wohlstandsstaat, der wirtschaftlich eine hohe Leistungskraft mit technologischen Spitzenleistungen besitzt. Aber deswegen sind wir kein Land – ich bin dem Vertreter der JU, der vorhin kurz sprach, dankbar, daß er darauf hinwies –, das nicht auch noch weiter seine Umweltprobleme zu bewältigen hat. Wir wollen keine Atempause der Umweltpolitik in den elf Bundesländern, die jetzt

vorhanden sind, mit dem Hinweis darauf, daß wir die deutsche Einheit an anderer Stelle mit noch größeren Umweltbelastungen abzarbeiten haben. Das kann nicht sein.

Ich möchte nicht die dramatischen Belastungen der Umwelt in den fünf neuen Bundesländern als Alibi dafür mißbrauchen, daß wir bei uns Umweltpolitik nicht gezielt weiterentwickeln.

(Beifall)

Durch die Wiedervereinigung sind unsere Abfallberge nicht kleiner geworden. Ganz im Gegenteil: Wir müssen uns der Herausforderung stellen und in den fünf neuen Bundesländern ein Serosystem so weiterentwickeln, daß auch wir etwas davon haben und von der Wegwerfgesellschaft wegkommen.

(Beifall)

Durch die deutsche Einheit ist die Belastung von Natur bei uns hinsichtlich der länger werdenden Roten Liste aussterbender Tiere und Pflanzen nicht geringer geworden. Wir müssen für kommende Generationen Natur gemeinsam erhalten. Wir dürfen nicht wegtauchen, weil wir jetzt diese Belastungen in den fünf neuen Bundesländern haben.

Wir müssen sehen, daß wir bei CO₂, bei Kohlendioxid mit 30 Millionen Autos und 60 Millionen Einwohnern bei uns eine gewaltige Hypothek abzutragen haben. Wir müssen erreichen, daß unsere Autos am Ende dieses Jahrzehnts nicht mehr 9 Liter pro 100 km verbrauchen, sondern maximal 5 Liter, damit wir die Mobilität erhalten und gleichzeitig die Umwelt entlasten. Mehr Technologie also auch bei uns, d. h. keine Atempause der Umweltpolitik.

(Beifall)

Das ist die Befindlichkeit, mit der wir in wenigen Stunden gemeinsam Deutschland gestalten, ein Deutschland, das aufbaut in dem Respekt vor der einzelnen Persönlichkeit, das darauf vertraut, daß der einzelne mit besseren und überzeugenderen Lösungen die Probleme in Angriff nimmt, die bei uns und weltweit existieren. Wir wissen, daß wir nicht nur unter dem Gesichtspunkt Deutschland, sondern auch und gerade für ganz Europa und weltweit Umweltpolitik zu betreiben und die Schöpfung zu erhalten haben. Lassen Sie uns nicht den Eindruck erwecken, als beschäftigten wir uns nur noch mit uns selbst.

Wir müssen unsere Lösungen in einer sozial orientierten und verpflichteten Marktwirtschaft gültig und nutzbar für Europa und die ganze Welt machen. – Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Klaus Töpfer, für deine Rede und für deine glaubwürdige Umweltpolitik. – Als nächste hat das Wort Ricarda Vulpius.

Ricarda Vulpius: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! „Wir freuen uns auf Deutschland“ – dieser Leitsatz steht über dem Parteitag und gerade auch heute über dem ganzen Land. Das gilt selbstverständlich auch – ich möchte das betonen – für uns in der jungen Generation.

Für mich als Vorsitzende der Hochschulgruppe Freiburg des Ringes Christlich Demokratischer Studenten bedeutet das ganz persönlich Freude auf das gemeinsame Studieren, Austausch der unterschiedlichen Erfahrungen, endlich freie und ehrliche Diskussionen.

(Beifall)

Auf dem ersten deutsch-deutschen Studentenforum im Dezember 1989 in Berlin stand eine junge Kommilitonin aus Leipzig auf – Journalistikstudium – und sagte: Ich fühle mich leer, ausgebrannt und weiß nicht mehr, woran ich glauben soll. Da ist mir erst in aller Klarheit deutlich geworden, was es heißt, wenn sich eine Ideologie zum alleinigen Sinn des Denkens und Handelns erhebt. Nichts ist schlimmer als ein System, das in dieser Weise versucht, die Freiheit des Geistes zu vernichten, und selbst noch in seinem Sturz die Menschen in die Orientierungslosigkeit hinabreißt.

Deshalb muß das Bildungswesen in ganz Deutschland wieder eine Orientierung für unser freiheitliches Gemeinwesen bieten können. Für meine Arbeit an der Hochschule bedeutet das: Zur dauerhaften Sicherung des Wesenskerns der Freiheit ist lange noch nicht genug im deutschen Bildungswesen getan. Damit meine ich ausdrücklich nicht nur die Hochschulen in den fünf neuen Bundesländern. Beispiele für uns Studenten gibt es genug. Ich erwähne sie gerade deshalb, weil uns schon heute klar sein muß, daß wir mit dem Hinweis auf die Einheit nicht alle Fragen – nicht nur die der jungen Leute – zufriedenstellend beantworten können.

Für viele, die keinen unmittelbaren Bezug zum Thema deutsche Einheit haben, ist das, was sich nun endlich vollzieht, oftmals leider zu abstrakt. Es muß gelingen, dieses Abstrakte ins Konkrete umzusetzen, konkret: Entrümpelung der Studienpläne und Verkürzung der Studienzeiten. Politik darf sich nicht länger hinter der Hochschul- und Professorenbürokratie verstecken.

(Beifall)

Weiterhin: freier Zugang zu den Hochschulen. Dann darf Leistung auch verlangt werden. Aber freier Zugang ohne soziale Absicherung – ich erwähne nur das Wohnungsproblem – reicht nicht.

(Beifall)

Das sage ich vor allem deshalb, weil es außer dem RCDS keine deutschlandweite Studentenvertretung gibt. Für uns heißt dazu die Anforderung: an der Hochschule gegen ideologische Angriffe auf die politischen Leitlinien unseres freiheitlichen Gemeinwesens standzuhalten. Es gilt, die Diskussion anzunehmen und, wo immer möglich, zu gewinnen.

(Beifall)

Denn, meine Damen und Herren, täuschen wir uns nicht. Die Versuche, unsere Grundwerte zu diskreditieren, werden weiter bestehen. Die ersten Angriffspunkte werden weiterhin die deutschen Hochschulen sein. Im Einigungsmanifest ist unsere Anregung in aller Klarheit formuliert. Ein freiheitliches Bildungswesen ist die Grundbedingung für die Wahrnehmung der persönlichen Freiheit.

(Beifall)

Das bleibt unsere zentrale Überzeugung.

Zum Schluß eine ganz persönliche Bitte an alle Delegierten: Wann immer die Zukunft der Bildung in die Debatte Ihrer politischen Arbeit gerät, nehmen Sie die Diskussion an, engagieren Sie sich mit Nachdruck, damit die Hochschulen nie wieder Ort der Indoktrination werden. Streiten Sie mit uns für die Freiheit an den Hochschulen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ricarda Vulpius. Das war ein Beitrag aus der Mitte des RCDS. Wenn der Parteitag zu Ende ist und Sie es nicht ganz so eilig haben, besuchen Sie vielleicht noch den Stand des Rings Christlich Demokratischer Studenten. Es lohnt sich, wie Sie eben gesehen und gehört haben.

Als nächster spricht Klaus-Martin Kuntze.

Klaus-Martin Kuntze: Liebe Freunde der CDU! Wes des Herz voll ist, des geht der Mund über. Mit diesen Worten habe ich meinen ersten Beitrag in einer Sitzung des Parteivorstandes der ehemaligen Ost-CDU begonnen. So möchte ich auch hier anfangen.

Ja, ich bin lange Mitglied der CDU: seit meiner Jugend. Ich habe mich zu Beginn sehr engagiert und habe mich später enttäuscht von der durch die Führung der Ost-CDU eingeleiteten Politik zurückgezogen. Aber dann kam die Wende, die Umkehr unserer Partei. Seitdem bin ich wieder begeistert dabei. Es ist für mich die Erfüllung eines politischen Traums, auf dem Parteitag hier sprechen zu können.

Wir waren begeistert. Der Sonderparteitag in Berlin leitete eine Partei ein, wie sie sich die übergroße Mehrheit unserer Mitglieder seit jeher gewünscht hat. Diese Partei nahm Form und Gestalt an. Es war für uns ein Signal, als Herr Diepgen und Herr Huber diesen Parteitag besuchten und auf diese Weise zeigten: Es ist der Beginn einer Partnerschaft. Es begann der Traum von einer einigen CDU in damals noch zwei Ländern.

Dann kam eine gewisse Enttäuschung, die ich hier nicht verhehlen möchte. Sehr laut wurde plötzlich darüber nachgedacht, ob die Altlast CDU der richtige Partner sei. Aber die Hoffnung war die Basis. Die Basis der Partei in beiden Staaten fühlte sich zueinander hingezogen. Ich möchte an dieser Stelle als Hallenser unserer Partnerstadt Karlsruhe danken. Die dortige CDU-Fraktion kam mit ausgestreckter Hand zu uns und gab uns damals moralisch Auftrieb und Hilfe. Dafür sind wir sehr dankbar.

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine, das Wahlergebnis vom 18. März hat gezeigt, daß CDU und CDU nicht nur wegen des gemeinsamen Namens natürliche Partner waren.

Sachsen-Anhalt – ich bin der dritte im Bunde, der hier in der Diskussion für Sachsen-Anhalt spricht – wurde als rühriges Land bezeichnet. Die Wahlergebnisse vom 18. März und 6. Mai zeigten uns: Unser Engagement zahlte sich aus. Unsere Begeisterung für die frisch gewonnene Demokratie und ihre Möglichkeiten hat sich ausgezahlt. Als Hallenser darf ich hier anfügen: Von den drei Großstädten in Sachsen-Anhalt ist Halle die einzige, die jetzt von der CDU regiert wird.

(Beifall)

Hinter uns liegen vierzig Jahre politischen Drucks und einer bedrückenden Grenze. Das ist eine Erfahrung, die wir in unsere nun gemeinsame CDU einbringen. Ich meine versichern zu können: Die bittere Erfahrung, die wir machen mußten, ist der Garant dafür, daß wir uns für Demokratie und Freiheit leidenschaftlich einsetzen. Die bittere Erfahrung dieser Grenze lehrt uns: Die Vereinigung unserer Länder – heute sind wir eine Partei, morgen sind wir auch politisch ein Volk – ist für uns ein erster Schritt hin zu

Europa, hin zu noch mehr Durchlässigkeit, weg auch mit den letzten Grenzen. Es ist eine Chance, die wir haben. Wir beweisen mit der Vereinigung Deutschlands: Es ist möglich – entgegen der immer wieder von Ideologen aufgestellten Behauptung –, systemübergreifend zueinanderzufinden. Damit darf meiner Meinung nach Europa nicht ein Mini-Europa werden, das an der Elbe oder an Oder und Neiße aufhört, sondern nun haben wir die Chance, daß Europa zum wirklichen Europa wird.

(Beifall)

Es ist mir persönlich ein Bedürfnis, all denen zu danken – ob es Verwandte, Bekannte oder politische Freunde sind –, die über all die Jahre hinweg den Traum von Deutschland wachgehalten haben. Für sie ist der morgige Tag genauso wie für mich ein ergreifendes Erlebnis.

(Beifall)

Ja, meine lieben politischen Freunde, wir freuen uns auf Deutschland. Wir freuen uns alle gemeinsam auf Europa. Beziehen wir unsere Nachbarn in diese Freude über Deutschland und die Freude auf die Zukunft ein.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Kuntze. – Als nächster hat Heiner Geißler das Wort.

Dr. Heiner Geißler (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir verabschieden heute ein Manifest zur Einheit Deutschlands. Dieses Manifest weist über die Überschrift hinaus, Gott sei Dank. Es bezieht die europäische Verantwortung genauso wie die Verantwortung für die globalen Probleme ein.

Wenn wir die nun wirklich geschichtlichen Ereignisse Revue passieren lassen, wenn wir morgen abend die Vereinigung Deutschlands feiern, sollten wir einen Moment innehalten und überlegen: Was ist eigentlich passiert? Man kann die Frage auch so stellen: *Wer hat gesiegt?, oder so: Wer hat verloren?* Viele sagen: *Der Kommunismus* hat die weltweite geistig-politische Auseinandersetzung verloren. Das ist richtig. *Der Sozialismus* hat verloren. Manche sagen: *Der Kapitalismus* hat gesiegt. Das ist nicht richtig. *Nicht der Kapitalismus* hat gesiegt. Was ist denn nun passiert?

Gestern hat der ungarische Ministerpräsident eine bewegende Rede gehalten. Es ist richtig gewesen, daß wir diesem kleinen, tapferen Volk gedankt haben. Aber wir sollten ein anderes Volk bei unserem Dank und bei allem Stolz, den wir über das empfinden, was die Deutschen in der DDR – nicht wir in der Bundesrepublik Deutschland, sondern die Deutschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, in Brandenburg, in Ost-Berlin, in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen – bei dieser friedlichen Revolution gemacht haben, nicht vergessen, ein Volk, das leider immer mehr Leute in Deutschland wieder schräg links nach hinten über die Schulter anzusehen beginnen. Wir sollten die Polen nicht vergessen.

(Beifall)

Denn die Polen haben bereits vor 20 Jahren den Aufstand gegen die Diktatur gewagt, nicht unter der milden Regie von Gorbatschow, sondern in der harten Breschnew-Ära. Damals wurde nicht mit Platzpatronen geschossen, damals floß Blut. Viele Arbeiter der Danziger Lenin-Werft, der Solidarnosc sind damals ums Leben gekommen. Zehn Jahre später wurde diesen Arbeitern ein Denkmal errichtet. Bei der Einweihung hat

Lech Walesa gesagt, diese Arbeiter seien für die höchsten Güter der Menschheit gestorben. Er hat damals die Ziele dieser Revolution markiert. Diese Arbeiter sind für die höchsten Güter der Menschheit gestorben, nämlich für die Freiheit, für die Gleichheit und für die Brüderlichkeit. Das waren die Ziele der Revolution.

Wenn ich die Transparente und die Aussagen vor einem Jahr richtig verstanden habe, dann sind die Leipziger und die Dresdener und die Ost-Berliner und wo sie alle demonstriert haben, auch für diese Ziele dieser friedlichen Revolution auf die Straße gegangen.

Wir feiern die deutsche Einheit, und wir freuen uns darauf. Aber die Deutschen sind auf die Straße gegangen, um freie Bürgerinnen und Bürger sein zu können, um gerecht leben zu können. Wir in diesem gesamten Deutschland helfen, daß die Verwirklichung dieser Grundrechte möglich wird.

Meine lieben Parteifreunde, es wird ja immer wieder die Frage gestellt: Ist dieser Prozeß umkehrbar? Kommt in der Sowjetunion irgendein Marschall und reißt die Macht wieder an sich? Ich glaube dies nicht. Hitler und Stalin konnten ihre Imperien gegen die Einflüsse von außen abschotten. Heute im Zeitalter des Satellitenfernsehens und des weltweiten Medienverbundes ist dies nicht mehr möglich. Schiller läßt den Marquis Posa an die Adresse des Königs Philipp in Don Carlos sagen: „Geben Sie Gedankenfreiheit.“ Diese Gedankenfreiheit ist über Jahrhunderte nicht möglich gewesen. Heute sind die Gedanken, die Ideen, die Ideale fast zum erstenmal in der Weltgeschichte wirklich frei geworden. Unsere Ideale der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit, die Postulate der Französischen Revolution, konnten ihre ansteckende Kraft voll entfalten. Diese Ideale sind in den Köpfen und in den Herzen von Hunderten von Millionen von Menschen in Osteuropa. Diese ansteckende Krankheit kann kein Marschall, kein neuer Diktator wieder aus den Menschen herausnehmen. Deswegen ist dieser Prozeß unumkehrbar.

(Beifall)

Die Freiheit und die Gleichheit und die Brüderlichkeit haben ihren Siegeszug endgültig angetreten.

Die friedliche Revolution, liebe Freunde aus der DDR, die Sie gemacht haben und für die wir dankbar sein müssen, denn wir haben ja das Glück gehabt, in der französischen, in der britischen, in der amerikanischen Besatzungszone groß werden zu dürfen, muß noch etwas vollenden. Es war eine großartige Revolution; nur, ich habe den Eindruck, die Revolution ist noch nicht konsequent genug zu Ende geführt worden, denn die alten Machthaber sitzen noch in zu vielen Positionen

(Beifall)

und verhindern, daß der Sieg unserer Ideale rasch zum Erfolg führen und zur Wirklichkeit werden kann.

Mit dem Sieg dieser Postulate haben wir – davon bin ich auch überzeugt – den Schlüssel zum Tor für eine Weltfriedensordnung, in der endlich – dies war schon immer die Sehnsucht der Menschheit – alle Menschen frei und friedlich und glücklich zusammenleben können.

Der Siegeszug dieser Postulate ist ja nicht nur auf Osteuropa beschränkt. Die Amerikaner mußten es in Mittelamerika, in Lateinamerika merken. In den Gebieten, die sich – wie damals die Imperien Hitlers und Stalins – noch abschotten können, zu

einem Teil in der islamischen Welt oder in China, ist diese ansteckende Kraft noch nicht zur Entfaltung gekommen. Deswegen müssen wir uns bei aller Freude über die deutsche Einheit natürlich auf die Zukunft hin orientieren.

Ich finde die Diskussion in Deutschland, vor allem in Westdeutschland angesichts dessen, was sich geschichtlich ereignet hat, nahezu erbärmlich, denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden ja nicht nur die Aufgaben der deutschen Einheit zu bewältigen haben, sondern es kommen noch ganz andere Herausforderungen auf uns zu, denen gegenüber uns das, was wir jetzt zu leisten haben, später vielleicht leicht vorkommen wird. Es sind mindestens drei große Herausforderungen:

Eine Herausforderung geht von der arabischen Welt aus; ich nenne ferner die weltweite Armut, das weltweite ökologische Desaster.

Aber sollen wir jetzt eine Diskussion um die Kosten in den Vordergrund stellen? Erich Kästner hat einmal gesagt: „Wer das Schöne im Leben vergißt, wird böse. Wer das Schlechte im Leben vergißt, wird dumm.“ – Wir haben zur Zeit eine zum Teil böse, aber auch dumme Diskussion.

(Beifall)

Wir sollten nicht böse werden. Was war denn vor 45 Jahren? Vor 45 Jahren war ganz Deutschland zerstört. Kein Stein stand mehr auf dem anderen. Die Fabriken waren kaputt, die Verkehrswege waren zerstört. Wir hatten keine Freunde, wir hatten nur Gegner. Später kamen die Amerikaner, die uns als erste geholfen haben. Das ist wahr. Aber die Deutschen haben damals mit einer richtigen Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft diesen Neuanfang schaffen können.

Heute ist die Situation doch ganz anders. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land mit einem Bruttosozialprodukt von 2,6 Billionen DM. Wir haben Freunde. Wir sind nicht allein. Wir haben die europäischen Freunde, wir haben die Europäische Gemeinschaft, die Ja zur deutschen Einheit sagen, die uns mithelfen. Wir müssen die Sozialdemokraten doch fragen: Wollen wir uns von unseren Vätern und Großvätern und von unseren Müttern und Großmüttern, die Deutschland im Westen damals aus dem Nichts aufgebaut haben, beschämen lassen – in einem Land wie dem unseren, das reich und eines der stärksten Industriestaaten der Welt, eine wirtschaftliche Macht ist? Sollten wir nicht in der Lage sein, diese Aufgaben der deutschen Einheit und der europäischen Einigung zu erfüllen? Was für kleinmütige Leute diese Sozialdemokraten in dieser historischen Zeit doch sind.

(Beifall)

Lassen Sie mich jedoch noch wenige Sätze zu den Herausforderungen der Zukunft sagen. Wir brauchen den Dialog mit dem Islam, mit der arabischen Welt, anknüpfend an das, was vor über 400, 500 Jahren in Europa Geschichte gewesen ist. Wir müssen uns den weltweiten Herausforderungen stellen, die sich auf Grund der beginnenden Völkerwanderung entwickeln. Hunderte von Millionen Menschen sind inzwischen in Bewegung gekommen, weil sie dort, wo sie wohnen, nichts mehr zu essen haben. Sie gehen dorthin, wo es etwas zu essen gibt. Das ist in der Weltgeschichte schon immer so gewesen.

Wir nennen diese Leute „Wirtschaftsasylanten“. Wir können nicht alle sozialen Probleme der Welt bei uns in den Sozialämtern lösen; das weiß ich auch. Aber wir müssen heute diese neue internationale Frage zu lösen bereit sein, wenn wir nicht dieselben Fehler machen wollen, die unsere Vorfahren vor 150 Jahren gemacht

haben, als sie die alte soziale Frage schlecht oder gar nicht beantwortet haben mit der Folge, daß das Kommunistische Manifest entstand mit allen verheerenden Konsequenzen, die für die kommenden Jahrzehnte über Europa und die ganze Welt hereingebrochen sind. Machen wir nicht dieselben Fehler wie unsere Vorfahren. Heute sind wir die Reichen, diejenigen, die wirtschaftliche Verantwortung tragen. Wir dürfen bei dieser Neuen Sozialen Frage nicht wieder versagen.

UNICEF sagt, daß in den nächsten fünf Jahren 100 Millionen Kinder auf der Welt verhungern werden, weil sie nicht genügend zu essen haben, und zum Teil auch deswegen, weil die Klimakatastrophen die Ursachen für die Dürre und für den Hunger und für das Elend sind. Die Klimakatastrophen werden zu 90 % von den Industrieländern verursacht. Eine weitere Verantwortung für uns.

Klaus Töpfer hat gerade geredet, Ernst von Weizsäcker hat ein gutes Buch geschrieben – „Erdpolitik“ –, und in diesem Buch beschreibt er die Fakten. Ich will nur zwei nennen: Jedes Jahr wird eine Fläche von der Größe der Bundesrepublik Deutschland brandgerodet, und jede Sekunde jagen wir vor allem in den Industrieländern tausend Tonnen Treibgase in die Luft.

Wir sind heute in der Lage, unsere eigene Existenz zu gefährden und aufs Spiel zu setzen – das ist wahr; zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte –, und wie alle Parasiten – wir benehmen uns zur Zeit wie Parasiten – können wir den Wirt, von dem wir leben, nämlich unsere Erde, töten und zerstören. Aber im Gegensatz zu anderen Parasiten können wir unsere Kinder nicht auf einen anderen Wirt schicken, wenn der jetzige stirbt.

(Beifall)

Das ist die Situation.

Die Leipziger haben auf der Straße gerufen: „Wir sind das Volk!“ Und es war eine gute Aussage. Wir haben weiter formuliert: „Wir sind ein Volk!“ Und das ist auch eine gute Aussage. Aber mindestens genauso wichtig ist eine andere Erkenntnis, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir verhindern wollen, daß uns eines Tages möglicherweise unsere eigenen Kinder verfluchen, weil wir heute falsche Entscheidungen getroffen haben. „Wir sind das Volk!“, „Wir sind ein Volk!“, aber wir sollten uns immer daran erinnern, daß in der Zukunft noch wichtiger die Erkenntnis sein wird, nach der wir zu handeln haben: Wir sind eine Menschheit!

Ich bedanke mich, daß Sie mir zugehört haben.

(Starker Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Heiner Geißler. – Zu der allgemeinen Aussprache liegen jetzt noch drei Wortmeldungen vor, und ich darf die drei Redner bitten, schon einmal hier nach vorn in die erste Reihe zu kommen. Als erster wird Bernd Beck sprechen, dann Dr. Heinrich Steinbrink und Dr. Gunter Bechstein.

Bernd Beck: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Erlauben Sie mir, daß ich das Wort ergreife, weil ich es einfach als notwendig betrachte, daß hier auf unserem ersten gemeinsamen Parteitag auch einmal ein Bürgermeister zu Wort kommt; denn wie wir alle wissen, wird die Wahl in der heute noch zu Ende gehenden DDR an der Basis entschieden werden, an der Basis in den Ländern, an der Basis in den Gemeinden und den Städten. Das, was wir brauchen, ist die Zuversicht, die unsere Partei den Bürgermeistern und den Landräten und all denen vermitteln muß, die sich der kommunalen Verantwortung gestellt haben.

Ich bin seit neun Monaten Bürgermeister einer Kreisstadt, Bürgermeister von Heiligenstadt. Ich bin am 6. Dezember nach der Demonstration, die im Eichsfeld vorangegangen ist, gewählt worden, und ich habe festgestellt, daß das Amt auf den Schultern der Menschen, die Verantwortung übernommen haben, sehr drückt und daß die Last sehr schwer ist.

Wir haben erkannt, daß diese 40 Jahre Sozialismus ein zerbrochenes Leben, eine zerbrochene Kommune hinterlassen haben. Wir stehen vor Problemen, von denen wir im Moment nicht wissen, wie wir sie lösen. Die Städte und Gemeinden sind verschuldet. Wir haben die kommunalen Wohnungen übernommen, die mit Schulden in Millionenhöhe belastet sind. Hierzu brauchen die Menschen, die Bürgermeister, ein klares Wort. Wir brauchen Gelder und wir brauchen Mittel, um unseren Menschen Ziele und Wege aufzuzeigen, wie es vorwärts geht.

Ich will hier gar nicht lamentieren; nein, ich bin mit Mut dort in dieses Amt gegangen, mit Mut haben sich die Menschen der Kommunalwahl gestellt. Wir können auch mit Zuversicht nach vorn gehen, weil wir viele Freunde haben. Wir haben Freunde in den Städten, in den Gemeinden, in den Ländern.

Wir in Heiligenstadt haben auf Niedersachsen bauen können; das ganze Eichsfeld hat auf Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen bauen können. Ganz früh schon, zu einer Zeit, als noch nicht klar war, ob manche, die politische Verantwortung übernommen haben, wiedergewählt würden, haben wir gewußt, wir müssen bereits jetzt im Dezember und im Januar darangehen, die Menschen zu unterstützen. Das ist das, was wir brauchen, und das, was uns allen hilft, ist die Freundschaft, ist die Partnerschaft zwischen Städten.

Ich habe einmal das Wort geprägt: Städtefreundschaften sind das wichtigste für das Leben der Kommunen. Städtefreundschaften können aber nur dann wirken, wenn sie von den Herzen der Menschen getragen werden. Und daß sie von den Menschen getragen werden, das ist unser Ziel.

Ich möchte an dieser Stelle den Spitzenverbänden in der Bundesrepublik danken, ich möchte auch der Konrad-Adenauer-Stiftung danken, weil sie es gewesen ist, die den Kommunen Ziele aufgezeigt hat, wie es nach vorn geht. Aber wir werden nur vor der Zukunft Bestand haben, Bestand vor den Menschen bei uns haben, wenn wir, die Partei, klare Wege aufzeigen.

Dies ist heute nicht immer deutlich geworden, aber es ist wichtig, daß die Menschen dort draußen Vertrauen in uns setzen können. Es ist wichtig, daß die Kommunalpolitiker wissen, wie ihre Zukunft aussieht. Alle, die Verantwortung übernommen haben, haben auch 18-Stunden-Tage; keiner weiß, wie einmal in der Zukunft ihre Absicherung sein wird. Es gibt keine Länder, es gibt keine Gesetze. Das, was in den Kommunen geschieht, das machen die Verantwortlichen mit ihrem logischen Menschenverstand.

Eines, was mich traurig stimmt – ich sage das einmal so –, ist, daß wir in der CDU zuwenig zusammenrücken. Wenn wir die letzten Tage verfolgt haben, dann stellen wir fest, daß gerade bestimmte Stellen gegen CDU-Mitglieder nach vorn gehen, indem man ihnen das Mäntelchen der Staatssicherheit anhängt. Und wie viele Freunde, die sich vor Monaten auf den Weg gemacht haben, unsere Demokratie, unser einheitliches Deutschland zu schmieden, sind auf der Strecke geblieben, weil man ihnen etwas angehängt hat, wovor sich kein Mensch schützen kann! Wir alle wissen, wie die

Staatssicherheit mit Menschenleben und auch mit Menschengut und Gedanken umgegangen ist. Deshalb wissen wir auch, daß vieles von dem, was man unseren Freunden anhängt, einfach unwahr ist. Und da haben wir zuwenig Rückgrat gezeigt. Ich hoffe, daß wir alle gemeinsam zusammenrücken und daß wir dann, wenn dieser Satz fällt, er ist ein Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen, zu ihm stehen. Nicht der Beschuldigte muß sich verteidigen, sondern die Schuld muß nachgewiesen werden. Daran sollten wir uns ganz klar erinnern.

(Beifall)

Ich bitte an dieser Stelle nochmals, daß wir, das Präsidium und auch der Bundesvorstand in den nächsten Wochen klare Aussagen treffen, wie die Kommunen unterstützt werden sollen. Es gibt klare Wege, es gibt Gelder, es gibt Fördermittel, aber diese sind oftmals hängengeblieben, haben die Kommunen nicht erreicht. Deshalb ist vieles nicht getan worden.

Ich freue mich auf den Tag der Einheit. Wir werden bei uns in Heiligenstadt heute abend um null Uhr die Fahne der alten DDR einziehen, und wir werden die Fahne unseres Landes, die deutsche Fahne, hissen, und wir werden damit nach vorn gehen. Ich glaube, wir gemeinsam schaffen es. Und es ist nur die CDU, die den Weg schafft. Das Eichsfeld, das das beste Ergebnis für die CDU hatte, steht sicher. Das Eichsfeld steht zur CDU, und das Eichsfeld steht zu Deutschland. Danke schön.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, auch für die Ermunterung am Schluß!

Wir haben noch zwei Redner, Herrn Dr. Steinbrink und Herrn Dr. Bechstein. Ich darf Sie bitten, die Redezeit zu beachten, damit wir auch noch in die Antragsberatung eintreten können. Vielleicht können Sie uns sogar noch ein Minütchen schenken. Bitte!

Dr. Heinrich Steinbrink: Meine Damen und Herren! Wir freuen uns auf Deutschland, ich freue mich auf Deutschland, das ist oft gesagt worden, und das mit vollem Recht. Ich kann mich auch ganz persönlich auf Deutschland freuen, denn zwar komme ich jetzt aus Mecklenburg-Vorpommern, aber meine Eltern – sie zogen kurz vor meiner Geburt nach Mecklenburg – stammen aus Westfalen. Deswegen möchte ich die westfälischen Landsleute in westfälischem Dialekt begrüßen: *Wi got ole tosamen no Duitsland.*

(Beifall)

Genauso herzlich möchte ich alle aber auch auffordern und bitten: Kiek mol in! Unsere Mecklenburger verstehen das. Es heißt: Schau mal herein. Und hinterher möchte ich gleich sagen: Un bliev ok do! Warum? Wir in Mecklenburg-Vorpommern brauchen eine leistungsfähige Industrie, brauchen eine Umprofilierung der Industrie. Wir können soziale Probleme nicht lösen, wenn nur Handelsketten versuchen, dort seßhaft zu werden. Nein, es müssen sich dort produzierende Betriebe ansiedeln.

(Zustimmung)

Nur wenn produziert wird, wird etwas verdient, wofür man hinterher etwas kaufen kann.

(Zustimmung)

Wer nur verkaufen will und nichts produzieren will, findet später keine Käufer mehr vor. Wer nicht produziert, kann auch keine sozialen Probleme lösen.

Über manche von uns ist sehr unvorbereitet Arbeitslosigkeit hereingebrochen, unvorbereitet sicher deswegen, weil sie in der Vergangenheit als Beschäftigungslosigkeit verschleiert wurde. Es gab Arbeitslosigkeit; nur wurde sie „Beschäftigungslosigkeit“ genannt.

Wir brauchen neue Technologien. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es Standorte, die sich für High Tech anbieten. Ich denke an die Elektronik. Wir haben relativ gute, saubere Luft.

Ein weiterer Gedanke: Gestern war der ungarische Ministerpräsident Professor Antall hier. Da ich mich sehr oft in Ungarn aufgehalten habe, sind die ungarischen Freunde mir besonders ans Herz gewachsen. Wäre Professor Antall noch hier, würde ich ihm jetzt sagen: Herzlichen Dank für das, was Ungarn für uns Deutsche getan hat!

(Beifall)

Ich meine, daß daraus – das ist wiederholt gesagt worden – für uns eine Verpflichtung erwächst. Ich stehe dafür ein und werde das, was möglich ist, dafür tun, daß wir unsere östlichen Nachbarn nicht vergessen, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn; aber es gehören genauso Rumänien und der gesamte Balkan dazu.

Wenn wir unser Land wieder hergerichtet haben – und sicher auch schon vorher –, ist, so glaube ich, jeder bereit, unseren Nachbarn zu helfen. Das klang hier wiederholt an. Wir haben uns auf einen gemeinsamen Weg gemacht. Wir sind eine Partei, die für Sonnenschein und für Regen gut ist. Vielleicht können wir, die wir aus dem Norden kommen, sagen: Die CDU ist eine Allwetterpartei. Ich denke, die CDU faßt die Probleme sowohl im Lande als auch in Europa richtig an.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Steinbrink. Nun spricht zu uns Herr Dr. Bechstein.

Dr. Gunter Bechstein: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir haben in der DDR 40 Jahre lang schweigen müssen, und deshalb freue ich mich besonders über die Freiheit und über das demokratische Recht, hier heute zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Es stimmt mich als Sprecher der Arbeitnehmergruppe der CDU-Fraktion in der Volkskammer optimistisch, daß sich ein großer Teil der sogenannten Werktätigen seit dem 1. Juli, seit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, von „Werktätigen“ in Arbeitnehmer verwandelt haben, in Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von ihren neuen Rechten in den Betriebsräten Besitz ergreifen.

(Beifall)

Sie erkennen in den unabhängigen neuen Gewerkschaften mehr als nur bloße Verteiler von Beitragsmarken und Ferienplätzen. Sie beginnen langsam zu verstehen, daß es jetzt darauf ankommt, aus den Nischen herauszutreten und sich mit Haut und Haaren in die neue Gesellschaft einzubringen. Solidarität und Zivilcourage des Einzelnen sind jetzt gefordert, um das unproduktive sozialistische Bestechungs- und Beziehungssystem zu überwinden und durch Rechtsstaatlichkeit zu ersetzen.

Die Einheit Deutschlands liefert uns das Netz der sozialen Sicherheit. Es muß von Menschen aufgespannt werden, um für Menschen tragfähig zu sein. Das soziale Eintreten und die Übernahme von Verantwortung für andere bieten uns ein völlig neues Feld ideeller Betätigung, deren Ergebnisse uns nicht als materieller Gewinn

zufließen, sondern uns die Freude am Geben-Können spürbar werden lassen. Aus diesem Blickwinkel kann die Mitarbeit im Betriebsrat, kann die Mitarbeit auch in den neuen Gewerkschaften zu einem Stück christlichen Selbstverständnisses werden.

Die Menschen in unserem Lande befinden sich in einem Prozeß des Lernens und des Begreifens dieser Zusammenhänge. Auch der neu entstandene Verband der christlich-demokratischen Arbeitnehmer in der DDR legt dafür Zeugnis ab.

Liebe Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den fünf neuen Bundesländern, wenn man Ihnen weismachen will, die CDU sei eine Unternehmerpartei, dann glauben Sie das nicht! Wahr ist: Die CDU versteht etwas von Wirtschaft, und weil sie davon etwas versteht, weiß sie auch, daß Wirtschaft auf zwei Säulen ruht, auf dem Kapital und der Arbeit, und das sind Unternehmer und Arbeitnehmer.

(Beifall)

Weil das so ist, ist und bleibt die CDU in erster Linie und vorrangig auch eine Partei für die Arbeitnehmer.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich bitte Sie ganz herzlich: Wir alle müssen dafür sorgen, daß diese Wahrheit allen Menschen in den neuen Bundesländern begreiflich wird. Wir haben dafür ein Stück Verantwortung. Danke schön.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Bechstein.

Wir kommen nun zur Abstimmung über unser Vereinigungsmanifest, das Ihnen als Antrag C 1 des Bundesvorstandes der früheren CDU (West) und des Präsidiums der früheren CDU (Ost) vorliegt. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag C 1 anzunehmen. Wir treten in die Abstimmung ein. Wer diesem politischen Dokument der wiedervereinigten CDU Deutschlands zustimmen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich stelle fest, daß unser Manifest zur Vereinigung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands einstimmig angenommen worden ist.

(Beifall)

Ich rufe nun den neu eingefügten PUNKT 17 DER TAGESORDNUNG auf:

Sonstige Anträge

Sie finden diese Anträge in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 17 bis 23.

Ich rufe zuerst die Anträge C 3, C 4 und C 6 auf. Thematisch sind damit die Initiativanträge D 1 und D 4 verbunden. Wir haben hierzu zwei Wortmeldungen. Zuerst Gräfin von Westphalen, bitte.

Johanna Gräfin von Westphalen: Danke schön, Herr Tagungspräsident. – Wir haben soeben das Vereinigungsmanifest verabschiedet. Dieses Manifest bestätigt unsere Grundsätze. Es weist in die Zukunft. Es schließt sogar die durch die Vereinigung veränderte Situation ein. Sollte das denn nur eine unverbindliche Deklamation sein? Was soll denn im Antrag C 3 auf Seite 18 die Forderung, angesichts eines tiefgreifenden Wandels solle das Grundsatzprogramm der CDU überprüft und fortgeschrieben werden? Noch entwaffnender kommt das dann in den Anträgen C 4 und C 6, die ja zusammen mit diesem Antrag behandelt werden sollen, zum Ausdruck. Es werden Konsequenzen aus der deutschen Einheit für die Programmatik der CDU verlangt.

Wenn gestern die fünf neuen CDU-Landesverbände auf so eindrucksvolle Weise – und es hat mich tief beeindruckt – der CDU Deutschlands beigetreten sind, dann hatten sie doch wahrscheinlich – das nehme ich an – im Sinne, die Grundsätze der CDU als etwas Positives zu akzeptieren, als etwas Erprobtes, als etwas, was eigentlich das Rückenmark unserer freiheitlichen Politik ist. Das haben wir ja auch in allen Reden heute und gestern so vernommen.

Ich meine, Probleme löst man nicht, indem man Grundsätze, d. h. Prinzipien verändert.

(Beifall)

Es ist ein Alarmzeichen, vielleicht sogar auch ein Armutszeugnis, wenn der Beschäftigung mit uns selber allzu großer Raum gegeben wird. Lassen wir doch bitte das Basteln an Grundsätzen, und wenden wir uns lieber mit aller Kraft auf der Basis unserer bewährten Grundsätze den aktuellen Problemen zu. Probleme solcher Art haben wir ja nun wirklich genug.

Lassen Sie mich an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang bitte nur mit wenigen Sätzen das sagen – steinigen Sie mich jetzt bitte nicht –, was ich gestern nicht sagen konnte. Die Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, zu denen wir uns heute so eindrucksvoll bekannt haben, sind zur Zeit für die schwächsten und wehrlosesten Menschenkinder außer Kraft gesetzt. Sie wissen es: Den ungeborenen Kindern bis zur 13. Lebenswoche hat die deutsche Einigung nicht die tödliche Fremdbestimmung genommen. Sie sind nach wie vor vogelfrei. Darüber können auch die Bemerkungen von Herrn Waigel vorhin nicht hinwegtäuschen. Unsere Pflicht und das Gebot der Stunde ist es, alle Kraft aufzuwenden, um schnellstmöglich auch hier Gerechtigkeit zu erreichen. Sparen wir uns energieverschleißende Grundsatzverhandlungen. Wir haben schließlich trotz der historischen Stunden, die die ganze Zeit über beschworen werden, nur wenig Zeit. Im übrigen freue ich mich wie Sie alle über die deutsche Einigung und über den morgigen Tag.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Als nächste hat Rita Süßmuth das Wort.

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Herr Präsident! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Ich möchte – nicht nur in Verbindung mit den Anträgen – hier noch einmal zum Ausdruck bringen: Das, was im Herbst des vergangenen Jahres begonnen hat – Theo Waigel ist heute morgen darauf eingegangen, als er von den Lichtern gesprochen hat – und zu dem Ergebnis dieses Jahres geführt hat, war die Leistung von Frauen und Männern. Sie sind für Grundsätze auf die Straße gegangen, für den Grundsatz der Freiheit in Solidarität, in Hoffnung auf eine neue Freiheit und Gerechtigkeit. Am Ende dieses wirklich erfolgreichen und beeindruckenden Parteitages möchte ich eine Bitte an Sie richten. Zu den Aufgaben unserer Partei gehört auch, daß wir bei aller Freude nicht vergessen, daß es um Frauen und Männer, um Kinder, Erwachsene und Ältere in unserer Partei geht. Wir werden die Zukunft nur meistern, wenn wir alle einbeziehen. Es darf nicht so sein, daß jemand auf dem Weg verlorenght.

Zu der Frage, ob wir unser Grundsatzprogramm jetzt weiterentwickeln sollten, möchte ich folgendes sagen. Gerade die CDU hat bewiesen, daß sie wegen der Beibehaltung ihrer Grundsätze keine Schwierigkeiten auf dem Weg in die deutsche Einheit hatte. Wir hatten keine Argumentationsprobleme. Die Partei, die Politik und die Menschen leben

aber davon, ob die Grundsätze auch jeweils in der Wirklichkeit umgesetzt werden. Jede Partei ist dann gefordert, immer wieder genau zu überprüfen, wo sie steht und welche der Grundsätze sie wie verwirklicht hat. Ich glaube, gerade angesichts der zu Ende gehenden Phase nach dem Zweiten Weltkrieg hängt es von uns ab, wie wir den Menschen und – dazu gehört das, was Gräfin von Westphalen gerade angesprochen hat – wie wir in der Zukunft dem Schutz des Lebens gerecht werden. Wir haben die Chance erhalten, dies gemeinsam in neuer Weise zu tun. Ich glaube nicht, daß es in der CDU einen Konflikt um den Grundsatz gibt. Es ist unser gemeinsames Anliegen, Leben besser zu schützen, als wir das bisher getan haben.

(Beifall)

Nach all dem, was im Dritten Reich geschehen ist, und im Wissen darum, was Diktaturen an Menschenrechtsverletzungen gegenüber dem behinderten Leben, dem ungeborenen Leben, dem kranken Leben tun, sind wir hier besonders gefordert.

Ich möchte uns miteinander Mut machen, gut zu diskutieren, nach Wegen zu suchen, Konflikte zu lösen, die wir lösen können, und gerade in dem Bereich, der uns auch in Zukunft immens beschäftigen wird, Lösungen zu finden, mit denen wir glaubwürdig vor die Menschen – vor die Frauen, vor die Kinder und die Männer – treten können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Rita Süßmuth.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, die Anträge C 3, C 4 und C 6 in der Fassung des Antrags C 3 anzunehmen. Weitere Wortmeldungen liegen uns im Moment nicht vor.

Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist es so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Antrag C 5 der Jungen Union. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit wird der Antrag an den Bundesvorstand überwiesen.

Wir kommen zum Antrag C 7. Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen schriftlich vor. Wortmeldungen zu dem Antrag liegen uns nicht vor.

Wer dem Antrag C 7 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ist der Antrag so, wie von der Antragskommission vorgeschlagen, angenommen.

Wir kommen zu Antrag C 8 des Kreisverbandes Höxter. Herr Jäger hat sich zu Wort gemeldet.

Claus Jäger: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Liebe Delegierte! Es ist klar, daß man einen so umfassenden Antrag ohne gründliche Vorbereitung in der letzten halben Stunde eines Parteitages nicht verabschieden kann. Deswegen wird man wahrscheinlich der Überweisung an die Kommission, wie sie vorgeschlagen wird, nicht widersprechen können. Ich habe mir gestern aber sagen lassen – das ist keine gute Ausgangsbasis für eine Diskussion –, daß die Kommission, obwohl sie bereits für

Anträge, die noch vom letzten Bundesparteitag stammen, eingesetzt war, bis zum heutigen Tag überhaupt noch nicht gebildet worden ist. Ich hoffe, daß dies nur die Folge der turbulenten Ereignisse der letzten Wochen ist, die es nicht dazu kommen ließen, eine solche Kommission jetzt schon einzusetzen. Ich hoffe also, daß die Führung der Bundespartei diese Kommission bald einsetzt.

Wir dürfen uns darüber keiner Illusion hingeben: Die CDU mußte im Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag jetzt wahrscheinlich erhebliche Konzessionen machen. Sie darf aber ihr eigenes unverwechselbares Ziel, wenn es um den Schutz der ungeborenen Kinder geht, nicht durch ein Verschieben der Behandlung von Sachfragen auf dem Sankt-Nimmerleins-Tag selber verwischen.

(Beifall)

Wir sind als Christdemokraten nur glaubhaft, wenn wir eigene Aussagen zu diesem Punkt machen.

Deswegen muß diese Kommission so rasch wie möglich gebildet werden. Sie muß so rasch wie möglich an die Arbeit gehen. Sie sollte nicht erst dem nächsten Parteitag, sondern vielleicht schon vorher dem Parteiausschuß oder dem Bundesvorstand eine Sachaussage vorlegen, die als Willenserklärung der Christlich Demokratischen Union in dieser Frage verstanden wird.

Ich glaube nicht, daß wir viel davon haben, wenn wir sagen: In den Grundsätzen sind wir uns alle einig; es geht nur noch um wenige Detailfragen. Nein, meine Damen und Herren: In dieser Frage sind von uns Grundsatzaussagen und weittragende Entscheidungen gefordert. Denn da geht es nicht um eine Bagatelle, nicht um eine Randerscheinung, sondern da geht es um die zentrale Frage, wie die Christlich Demokratische Union ihre Aussagen zum wichtigsten Menschenrecht, zum Menschenrecht auf Leben, formuliert. Und da ist die Partei mindestens genauso herausgefordert, wie sie durch die ganzen großen Fragen herausgefordert ist, die in den letzten beiden Tagen auf diesem Parteitag behandelt worden sind.

Erweisen wir uns dieser Herausforderung würdig! Ich appelliere an den Bundesvorstand, diese Kommission so rasch wie möglich einzusetzen und sie wirklich zur Arbeit kommen zu lassen.

Ich danke Ihnen schön.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Jäger. – Der Generalsekretär hat uns mitgeteilt, daß diesem Verlangen entsprochen wird. Es ist die Vereinigung unserer CDU Deutschlands bewußt abgewartet worden, damit wir diese ernste und wichtige Frage gut auf den Weg bringen und gemeinsam beraten können. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir sind uns hier im Verfahren einig. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Drei Gegenstimmen. Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen so angenommen. – Herzlichen Dank.

Wir kommen zum Antrag C 9. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer dem Vorschlag der Antragskommission in der ausgedruckten Fassung zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so angenommen.

Wir haben damit die eigentlichen Anträge behandelt und kommen jetzt zu den Initiativanträgen.

Ich rufe zunächst den Initiativantrag D1 auf. Der Vorschlag der Antragskommission liegt Ihnen vor. Gibt es zu dem Initiativantrag D1 Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer dem Vorschlag der Antragskommission in der ausgedruckten Fassung zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so angenommen.

Wir kommen nun zum Initiativantrag D2. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D2 an die Fraktion zu überweisen. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Wer diesem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zum Initiativantrag D3. Die Antragskommission empfiehlt, auch diesen Antrag zu überweisen, und zwar an den Bundesvorstand. Wortmeldungen zu dem Antrag D3 liegen uns nicht vor.

Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zum Initiativantrag D4. Hier liegt eine Wortmeldung vor. Herr Hüppe, bitte.

Hubert Hüppe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir hatten in Wiesbaden einen interessanten Parteitag, auf dem wir über das Lebensrecht nicht nur der Ungeborenen, sondern auch über das der Behinderten und der Sterbenden gesprochen haben. Wir haben dort, wie wir es oft getan haben, gesagt, Bewußtseinsbildung sei der optimale Schutz.

Wir haben dort nur einen Minimalkonsens gefunden, den nicht alle gut fanden und der einigen wirklich einiges abverlangte. Um so bedauerlicher ist es, daß sich selbst aus dem Bundesvorstand einige nicht einmal an diese Beschlüsse gehalten haben, sondern im Sommer einige Stichworte gegeben haben, die sicherlich nicht der CDU förderlich waren, sondern der Argumentation, die wir sonst von anderen Parteien kennen.

Dort, in Wiesbaden, hatten wir beschlossen, daß wir eine Aufklärungskampagne zum Schutze des Lebens wollten und wollen. Das einzige, was wir haben, ist die Kampagne „Kinder machen Spaß“. Meine Damen und Herren, Kinder machen aber eben nicht nur Spaß, sondern auch Mühe und Sorge. Und wenn wir das ungeborene Kind wirklich schützen wollen, dann müssen wir auch zeigen, daß das ungeborene Kind ein Mensch ist. Dann müssen wir Bilder von ungeborenen Kindern und nicht nur von spielenden Kindern zeigen, von denen man sagen muß, sie passen besser zur Reklame von Pampers.

Wenn wir hier sagen, uns ist kein Geld zu schade – und wir sagen ja auch, wir sollten nicht so viel vom Geld reden, wenn es um Freiheit und Menschenrechte geht –, dann dürfte es uns auch nicht bei der Wahrung des Menschenrechts der Ungeborenen zu schade sein. Deswegen wünschte ich mir, daß nicht nur der Bund und die Länder jetzt endlich anfangen, eine Kampagne zu starten, sondern daß auch wir als CDU endlich einmal Flugblätter oder Aufkleber herausbringen mit dem Inhalt: Ja zur Zukunft, ja zum Leben, ja zu Kindern – zu geborenen und ungeborenen. Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Weitere Wortmeldungen zum Antrag D4 liegen nicht vor.

Wer dem Antrag in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um seine Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu Initiativantrag D5. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich komme nun zum Initiativantrag D6. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer dem Antrag in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der Antragsberatung. Ich danke Ihnen herzlich und übergebe an Herrn Echternach.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine lieben Parteifreunde, wir stehen am Ende der Parteitagsberatungen. Bevor ich den letzten Tagesordnungspunkt, den Punkt 18, Schlußwort des Parteivorsitzenden, aufrufe, möchte ich für das Tagungspräsidium noch einige Bemerkungen machen.

Ich möchte zunächst Ihnen, den Delegierten, für die große Konzentration und das Engagement herzlich danken, mit dem Sie diesen Parteitag mitgestaltet haben.

Ich möchte auch den Kolleginnen und Kollegen hier im Tagungspräsidium für die Führung dieses 1. Parteitages der CDU Deutschlands herzlich danken.

(Beifall)

Ein herzlicher Dank gilt den Vertretern der Medien, Presse, Rundfunk und Fernsehen, die uns auf diesem Parteitag begleitet und über diesen Parteitag im In- und Ausland ausführlich berichtet haben. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Congress-Centrums für ihre immer freundliche Hilfe und Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Parteitages.

(Beifall)

Ein besonderer Dank gebührt den Beamten unserer Polizei.

(Beifall)

Wir wissen, wie schwer sie es manchmal haben. Um so dankbarer sind wir ihnen dafür, daß sie die Sicherungsaufgaben dieses Parteitages hervorragend bewältigt haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte – ich darf das auch als Hamburger Vorsitzender tun – auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hamburger Landesgeschäftsstelle sehr herzlich danken: unserem Landesgeschäftsführer Wulf Brocke, aber auch den vielen Mitgliedern, die sich hier ehrenamtlich sowohl als Ordner als auch als Hilfskräfte für die Durchführung des Parteitages zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall)

Schließlich, last not least, danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle für ihren Einsatz bei der Vorbereitung und bei der Durchführung dieses Parteitages, allen voran unserem Bundesgeschäftsführer Peter Radunski und dem Organisationschef Karl Schumacher. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Jetzt erteile ich unserem Vorsitzenden das Wort zum Schlußwort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir sind jetzt am Ende dieses für uns alle so wichtigen und bewegenden 1. Parteitags der CDU in Deutschland angelangt. Ich möchte allen danken, die zum Erfolg dieses Parteitags beigetragen haben. Jürgen Echternach hat schon Dank ausgesprochen; ich schließe mich dem an. Aber ich will ausdrücklich auch das Präsidium des Parteitags – allen voran Jürgen Echternach – und alle Hamburger Freunde aus der CDU herzlich in diesen Dank einschließen.

(Beifall)

Es waren für uns bewegende Stunden. Wer gestern dabei war – dies, glaube ich, sagen zu dürfen –, wird diese Stunden nie vergessen.

(Beifall)

Uns steht die Erinnerung an 40 Jahre Teilung vor Augen, die Erinnerung an die Gründung unserer Partei nach dem Krieg in der Stunde Null unseres Landes, die Erinnerung an die vielen, die Wegbereiter waren und heute nicht mehr unter uns sein können. Wir sind zugleich erfüllt von dem Gefühl der großen Dankbarkeit, daß sich sowohl die Einheit der Union als auch die Einheit unseres Vaterlandes innerhalb von Stunden verwirklichen. Dafür danken wir herzlich.

(Beifall)

Ich glaube, wir haben in diesen zwei Tagen zueinandergefunden. Das „hüben“ und das „drüben“ ist aus unserem Wortschatz gestrichen.

(Beifall)

Wir haben mehr voneinander erfahren, auch voneinander gelernt. Wir sind nach diesen Tagen in Hamburg besser in der Lage, einander zu verstehen. Wir wissen, daß dieser Parteitag eine Zwischenstation ist, daß wir – auch was die Einheit der Union betrifft – noch ein gutes Stück Weg zurückzulegen haben, daß viel guter Wille und die Fähigkeit zum Miteinander dazugehören. Aber vor allem müssen wir uns auch auf unsere eigene Kraft besinnen, auf unsere großartige Vision, auf die Prinzipien einer aus christlichem Geist zu verantwortenden Politik und auf unseren Auftrag, von der Grundlage des christlichen Menschenbildes aus Politik zu formulieren.

Dabei sind wir uns der Unzulänglichkeit unserer Bemühungen und natürlich auch der Gefahr des Versagens sehr wohl bewußt. Der Anspruch, Politik aus christlicher Verantwortung zu gestalten, heißt immer auch, ein mögliches Versagen mit einzubeziehen und – wenn nötig – einzugestehen. Aber aus christlicher Verantwortung heraus haben Männer und Frauen in einer beinahe ausweglosen Situation nach dem Krieg aus Trümmern unser Land wiederaufgebaut. Die Hamburger Freunde schenkten mir gestern freundlicherweise ein Exemplar der ersten Ausgabe von Wolfgang Borcherts „Draußen vor der Tür“. Das war für mich als Schüler damals bewegende Literatur – ein Werk, das uns umgetrieben hat, ja, es war der Aufschrei der Kriegsgeneration aus

einem Gefühl der tiefen inneren Not und Verzweiflung. Das, was Männer und Frauen damals aus Trümmern – aus moralischen und materiellen Trümmern – schufen, war eine große Tat.

Wir, liebe Freunde, – ich spreche für meine Generation – sind die Kinder dieser Generation. Zu den Jüngeren hier im Saal sage ich: Sie sind die Enkel dieser Generation. Wir haben die gleiche Kraft, wenn wir uns nur auf diese Grundlagen besinnen und Mut und Durchstehvermögen aufbringen. Und ich frage mich ganz einfach, ich frage Sie, einen jeden von Ihnen: Warum sollten wir dies nicht wollen, und warum sollten wir es nicht können?

(Beifall)

Deshalb wollen wir uns von all jenen, die Katastrophenstimmung verbreiten, um damit ihr politisches Geschäft zu machen, die aus jenem drögen Kulturpessimismus, den es vor allem in der bisherigen Bundesrepublik gibt, nicht beeindruckt lassen. Wir wollen unseren Weg weitergehen.

(Beifall)

Wir verfügen nicht nur über großartige Ideen. Auch die Tatsachen können sich sehen lassen. Wenn morgen die neuen Arbeitslosenzahlen für die Bundesrepublik veröffentlicht werden und eine Arbeitslosenquote, bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen, in einer Größenordnung von 5,9 % bekanntgemacht wird,

(Beifall)

dann erinnere ich mich an mein Ökonomieseminar in Heidelberg. Damals habe ich gelernt, daß eine Quote von 4 % Vollbeschäftigung bedeutet. Das heißt, wir haben in diesen acht Jahren etwas erreicht, von dem wir in Wahrheit heute vor acht Jahren nicht zu träumen wagten.

(Beifall)

Wenn am letzten Augusttag dieses Jahres – vor wenigen Tagen – 28,5 Millionen Erwerbstätige in der Bundesrepublik Deutschland zu zählen waren, dann sind das 711 000 mehr als vor zwölf Monaten. Dann frage ich: Warum sollen wir – auch im Blick auf die großen Herausforderungen – verzagt sein?

(Beifall)

Wir sehen die Probleme, wir sehen die Ängste vor allem auch vieler in den Ländern in der bisherigen DDR. Wir sehen in ihren Augen aber auch die Hoffnung, eine Hoffnung, die vor allem auf uns gerichtet ist. Wir sollten von diesem Parteitag in Hamburg in alle Städte und Dörfer des wiedervereinigten Deutschlands mit der gemeinsamen Botschaft zurückkehren: Wir werden es packen. Wir werden die Ärmel hochkrepeln und es gemeinsam schaffen.

(Beifall)

Liebe Freunde, dies waren gute Tage in Hamburg. Jetzt soll jeder für sich nach Hause zurückkehren und um jede Stimme kämpfen – zunächst für den 14. Oktober, für die Landtagswahlen in den neu entstehenden Ländern. Sie haben sich gestern und heute hier in glanzvoller Weise präsentiert.

(Beifall)

Wir werden dort um jede Stimme kämpfen. Wir wollen auch unseren Freunden in Bayern bei der Landtagswahl helfen, und auch dort um jede Stimme kämpfen.

(Beifall)

Wir wissen, daß zwischen dem 14. Oktober und der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember eine Zeit harter Arbeit kommt.

Ich möchte alle einladen, und zwar einen jeden von uns, daß wir alle Kraft einsetzen, damit unsere Ideen und unsere Konzeption von Politik Erfolg haben und die Präsentation unserer Persönlichkeiten überzeugend gelingt. Ich möchte alle einladen, dies mit fröhlichem Herzen und auch mit Freude zu tun – aus der Freude darüber, daß wir in Deutschland wiedervereint sind. Dies bedeutet für uns, wie es im Text unserer Nationalhymne symbolisch heißt: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.“

(Beifall)

Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne.

Jürgen Echnach, Tagungspräsidium: Der 1. Parteitag der CDU Deutschlands ist geschlossen.

(Schluß: 13.01 Uhr)

Beschlußprotokoll

des 1. Parteitages der CDU Deutschlands

1./2. Oktober 1990 – Hamburg

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung:
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB,
Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
2. Erklärungen der CDU-Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin (Ost)
3. Wahl des Tagungspräsidiums
4. Beschlußfassung über die Tagesordnung
5. Bestätigung der von den beiden Vorständen bestellten Antragskommission
6. Wahl der Mandatsprüfungskommission
7. Wahl der Stimmzählkommission
8. Grußworte
9. Rede des Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
10. Rede des Vorsitzenden der CDU in der DDR,
Ministerpräsident Lothar de Maizière MdVK
11. Aussprache
12. Bericht der Mandatsprüfungskommission
13. Wahl des Bundesvorstandes
 - 13.1 Wahl des Bundesvorsitzenden
 - 13.2 Wahl des Generalsekretärs
– auf Vorschlag des Bundesvorsitzenden –
 - 13.3 Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden
 - 13.4 Wahl des Bundesschatzmeisters
 - 13.5 Wahl der weiteren 10 Mitglieder des Präsidiums
 - 13.6 Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes
14. Wahl der 3 Rechnungsprüfer
15. Zuwahl eines ordentlichen und eines stellvertretenden Mitglieds des Bundesparteigerichts für dessen restliche Amtszeit bis 6. November 1992
16. Beratung und Beschlußfassung des Vereinigungs-Manifestes der CDU Deutschlands
17. Sonstige Anträge
18. Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Zu TOP 3: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:

Jürgen Echternach MdB

Beisitzer:

Dr. Maria Böhmer
Dr. Albrecht Buttolo
Manfred Carstens MdB
Renate Diemers
Dr. Peter-Michael Diestel MdVK
Josef Duchac
Charlotte Fera MdHB
Ulf Fink MdA
Karl Geimer MdL
Otti Geschka
Hermann Gröhe
Dr. Alfred Gomolka MdVK
Peter Hintze
Klaus Landowsky MdA
Dr. Helmut Linssen MdL
Bernd Neumann MdB
Elmar Pieroth MdA
Dr. Peter Renger
Ingrid Roitzsch MdB
Helmut Sauer MdB
Dr. Rudolf Sprung MdB
Josef Stock MdL
Erwin Teufel MdL
Prof. Dr. Klaus Töpfer
Dr. Horst Waffenschmidt MdB
Elke Wülfing
Cornelia Yzer

Zu TOP 4: Die vorstehende **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Außerdem wurde einstimmig beschlossen, folgende Einreichungsfristen festzulegen:

**Für Kandidatenvorschläge
für die Wahl zum Bundesvorstand:
Montag, 1. Oktober 1990, 15.00 Uhr,**

**Für Initiativ-Anträge:
Montag, 1. Oktober 1990, 18.00 Uhr.**

Zu TOP 5:

Die vom Bundesvorstand der CDU (West) und vom Präsidium der CDU (Ost) bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Volker Rühle MdB

Stellv. Vorsitzende:

Horst Korbella
Peter Radunski

Weitere Mitglieder:

Manfred Carstens MdB
Ulf Fink MdA
Dirk-Erik Fischer MdB
Jürgen Gansäuer MdL
Hermann Gröhe
Dr. Renate Hellwig MdB
Marcel Kaufmann
Dr. Egon Klepsch MdEP
Dr. Michael Krapp
Klaus Landowsky MdA
Werner Meyer
Dr. Dieter Murmann
Elmar Pieroth MdA
Ingrid Roitzsch MdB
Hannelore Rönsch MdB
Dr. Josef Salm
Carmen Stange MdVK
Joachim Steinmann MdVK
Erwin Teufel MdL
Roswitha Verhülsdonk MdB
Dr. Horst Waffenschmidt MdB
Rita Waschbüsch MdL
Bernd Wilz MdB
Matthias Wissmann MdB

Zu TOP 6:

In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Wulf Rüdiger Brocke

Beisitzer:

Claus Bühnert
Dr. Franz Josef Jung MdL
Werner Lechtenfeld
Karl Schumacher
Dieter Willholz

Zu TOP 7:

In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Hans-Joachim Woelke

Weitere Mitglieder:

Udo Abel	Willi Kierdorf
Winfried Adams	Bernd Knoch
Günter Altmann	Marlies Kohnle-Gros
Jochen von Allwörden	Jörg Köcher
Carl Andresen	Reinhold Krischel
Karl-Heinz Arntjen	Horst Kurzthalz
Michael Arntz	Günther Lenk
Klemens Baumgärtner	Hans Leveling
Franz Becker	Josef Lipke
Detlev Bendel	Konrad Loibl
Hubert Benning	Rudolf Nadler
Dieter Burfeind	Detlef Neumann
Rosemarie Choitz	Gerd Ozimek
Heinz Dierenfeld	Hans-Joachim Pack
Manfred Dittmann	Hans-Georg Pelzer
Armin Ehrlichmann	Dieter Richter
Franz Feldmann	Dieter Rickmann
Karl-Heinz Fokken	Christian Sönksen
Birgit Foth	Ulrich Schimanski
Frieder Fundis	Hans Schuler
Helmut Gerischer	Günter Schulze
Christiane Graf	Stefan Stinner
Manfred Günther	Bernd Stölzel
Eckmar Hähnel	Werner Stuhlmüller
Karola Heckel	Klaus Teichert
Gerhard Heinze	Lothar Weicherding
Arnold Hildebrand	Peter Wettmann
Karl-Heinz Hoffmann	Petra Wiesner
Dieter Höbel	Hermann-Josef Wolff
Jürgen Jüttermann	Manfred Wynands
Wolf-Joachim Kühne	Werner Zimmermann
Udo Kamperdick	

Zu TOP 12:

Die Mandatsprüfungskommission des 1. Parteitages der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt rechtmäßig im Amt sind. Die entsprechenden Wahlprotokolle, einschließlich der Erklä-

rungen der jeweils zuständigen Parteigerichte, und die Wahlprotokolle für die Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin (Ost) liegen vollständig bei den Akten der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands in der heute Vormittag verabschiedeten Fassung besteht der Parteitag aus 1000 voll stimmberechtigten Delegierten.

Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 17.00 Uhr (15.30 Uhr) von den 1000 voll stimmberechtigten Delegierten des 1. Parteitages 991 (982) anwesend.

Von den 30 Delegierten der Exil-CDU sind 30 anwesend.

Der 1. gesamtdeutsche Parteitag der CDU ist beschlußfähig.

gez. Wulf Rüdiger Brocke	gez. Werner Lechtenfeld
gez. Dieter Willholz	gez. Karl Schumacher
gez. Dr. Franz Josef Jung	gez. Claus Bühner“

Der 1. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht der Mandatsprüfungskommission zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Wahl des Bundesvorstandes

Zu TOP 13.1: Wahl des Bundesvorsitzenden

Es wurde gewählt:

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	964
Enthaltungen:	7
Ungültig:	—
Gültige Stimmen:	957
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	479
Ja:	943
Nein:	14

Zu TOP 13.2: Wahl des Generalsekretärs

Es wurde gewählt:

Volker Rühle MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	961
Enthaltungen:	52
Ungültig:	3
Gültige Stimmen:	906
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	454
Ja:	743
Nein:	163

Zu TOP 13.3: Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden

Es wurde gewählt:

Ministerpräsident Lothar de Maizière MdVK	
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	944
Enthaltungen:	10
Ungültig:	2
Gültige Stimmen:	932
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	467
Ja:	908
Nein:	24

Zu TOP 13.4: Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:

Walther Leisler Kiep	
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	901
Enthaltungen:	32
Ungültig:	—
Gültige Stimmen:	869
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	435
Ja:	805
Nein:	64

Zu TOP 13.5: Wahl der weiteren 10 Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	965
Enthaltungen:	—
Ungültig:	9
Gültige Stimmen:	956
Für die Wahl sind jeweils mindestens 479 Stimmen erforderlich.	

Es wurden gewählt:

1. Dr. Günther Krause MdVK	868
2. Dr. Norbert Blüm MdB	832
3. Dr. h. c. Lothar Späth MdL	819
4. Dr. Heiner Geißler MdB	749
5. Dr. Walter Wallmann MdL	704
6. Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB	697
7. Christa Thoben	654
8. Dr. Gerhard Stoltenberg MdB	649
9. Klaus Reichenbach MdVK	638
10. Dr. Sabine Bergmann-Pohl MdVK	586

Zu TOP 13.6: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	937
Enthaltungen:	13
Ungültig:	—
Gültige Stimmen:	924

Für die Wahl sind jeweils mindestens 463 Stimmen erforderlich.

Es wurden gewählt:

1. Dr. Wolfgang Schäuble MdB	890
2. Prof. Dr. Klaus Töpfer	878
3. Dr. Hans Geisler	859
4. Dr. Bernhard Vogel	832
5. Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer	827
6. Dr. Gerd Gies MdVK	826
7. Willibald Böck MdVK	812
8. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf MdB	807
9. Marion Walzmann	796
10. Eberhard Diepgen MdA	782
11. Erwin Teufel MdL	746
12. Dr. Hanna-Renate Laurien MdA	735
13. Birgit Breuel MdL	727
14. Hermann Gröhe	711
15. Barbara Schäfer MdL	706
16. Josef Stock MdL	701
17. Dr. Christian Schwarz-Schilling MdB	696
18. Dr. Ottfried Hennig MdB	693
19. Ulrich Junghanns	690
20. Dr. Renate Hellwig MdB	680
21. Alexander Graf von Schwerin	667
22. Dr. Horst Waffenschmidt MdB	664
23. Peter Hintze	649
24. Matthias Wissmann MdB	642
25. Ulf Fink MdA	638
26. Dr. Helmut Linssen MdL	630

Wahlergebnis der nichtgewählten Kandidaten

1. Roswitha Verhülsdonk MdB	596
2. Leni Fischer MdB	582
3. Elmar Pieroth MdA	541

Zu TOP 14: Zu **Rechnungsprüfern für die Jahre 1990 bis 1992** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Henry Dreyer
Dr. Franz Möller MdB
Ferdinand Tillmann MdB

Zu TOP 15: Der 1. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung mit überwältigender Mehrheit bei 1 Gegenstimme und ohne Enthaltungen in das **Bundesparteigericht** für dessen restliche Amtszeit bis 6. November 1992:

als weiteres Ordentliches Mitglied:	Manfred Walther
als weiteres Stellv. Mitglied:	Frank Strohscher

Zu TOP 16: Der 1. Parteitag der CDU Deutschlands verabschiedete nach eingehender Beratung in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig Antrag C 1.

Ja zu Deutschland – Ja zur Zukunft
Manifest zur Vereinigung der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands

(Der Wortlaut des gemeinsamen Antrages des Bundesvorstandes der CDU-West und des Präsidiums der CDU-Ost ergibt sich aus der entsprechenden Tischvorlage, der endgültige Beschlußtext aus dem Anhang zur Niederschrift des 1. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 17: **Sonstige Anträge**

Der 1. Parteitag der CDU Deutschlands faßte in offener Abstimmung meist einstimmig, sonst mit sehr eindeutigen, überwältigenden Mehrheiten bei jeweils wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen folgende Beschlüsse über die sonstigen Anträge:

(Der Wortlaut der Anträge des Bundesvorstandes, der Kreisverbände der CDU und der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 38. Bundesparteitages/1. Parteitages der CDU Deutschlands“ oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Antrag C 3:

– Annahme

Antrag C 4:

– Annahme in der Fassung von Antrag C 3

Antrag C 5:

– Überweisung an den Bundesvorstand

Antrag C 6:

- Annahme in der Fassung von Antrag C 3

Antrag C 7:

- Annahme in der Fassung der Antragskommission

Antrag C 8:

- Überweisung an die vom Bundesausschuß am 18. Juni 1990 beschlossene Kommission zu Fragen der Familien- und Frauenpolitik sowie des Schutzes ungeborener Kinder
- Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der 12. Wahlperiode

Antrag C 9:

- Annahme in der Fassung der Antragskommission

Antrag D 1:

- Überweisung an die vom Bundesausschuß am 18. Juni 1990 beschlossene Kommission zu Fragen der Familien- und Frauenpolitik sowie des Schutzes ungeborener Kinder
- Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der 12. Wahlperiode

Antrag D 2:

- Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Antrag D 3:

- Überweisung an den Bundesvorstand

Antrag D 4:

- Annahme in der Fassung der Antragskommission

Antrag D 5:

- Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung an die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Antrag D 6:

- Annahme in der Fassung der Antragskommission

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 1. Parteitages der CDU Deutschlands.

Beschlüsse
des 1. Parteitages der CDU Deutschlands

Beschluß Nr. C 1

Ja zu Deutschland – Ja zur Zukunft
Manifest zur Vereinigung
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

I.

1. Am 3. Oktober 1990 ist der Auftrag des Grundgesetzes erfüllt, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Die CDU hat immer am Ziel eines freien und geeinten Deutschlands in einem freien und geeinten Europa festgehalten. Deshalb ist dieser Tag für Christliche Demokraten ein Tag besonderer Freude.

2. Am 1. Oktober 1990 hat die CDU die vom SED-Regime aufgezwungene Spaltung der Partei überwunden. Aus gemeinsamen historischen Wurzeln erwuchs ein neues gemeinsames politisches Selbstverständnis für die Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft.

Die CDU hat ihren Ursprung im Widerstand gegen das totalitäre Unrechtsregime der nationalsozialistischen Diktatur. Christliche Demokraten wie Konrad Adenauer, Andreas Hermes und Jakob Kaiser stellten die Achtung vor der Freiheit und Würde des Menschen in den Mittelpunkt des politischen Neuaufbaus Deutschlands.

Die CDU hat mit den Gründungsaufrufen insbesondere von Berlin und Köln im Jahr 1945 einen neuen Anfang in der Parteiengeschichte gesetzt. Als Union wollte sie die Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik überwinden. Freiheit und Menschlichkeit sollten nicht wieder einer verhängnisvollen Gegnerschaft zwischen sozialen, liberalen und konservativen Strömungen sowie konfessionellen Gegensätzen zum Opfer fallen. Als große Volkspartei der Mitte wendet sich die CDU Deutschlands an die Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Volkes.

3. Uns Christliche Demokraten verbinden gemeinsame Werte und Überzeugungen. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Würde und Leben des Menschen – auch des ungeborenen – sind unantastbar. In verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten, ist Gabe und Aufgabe für den Menschen.

Den christlichen Kirchen sind wir in besonderer Weise verbunden. Ihr Dienst am Nächsten, ihre Mitverantwortung und ihre Mitgestaltung sind unverzichtbar für das Gemeinwohl.

Unser Handeln in Staat und Gesellschaft ist ausgerichtet an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit:

- Der Mensch ist frei. Es ist Aufgabe der Politik, dem Menschen den notwendigen Freiraum zu sichern. Die Freiheit des anderen bedingt und begrenzt die eigene Freiheit.
- Der Mensch hat Anspruch auf persönliche Zuwendung und Hilfe. Das ist sein Recht auf Solidarität. Er steht aber auch für die Gemeinschaft aller ein. Das ist seine solidarische Pflicht.

- Gerechtigkeit soll jedermann die Möglichkeit geben, sich in gleicher Freiheit so unterschiedlich zu entfalten, wie es der persönlichen Eigenart des einzelnen entspricht. Gerechtigkeit schließt die Anerkennung persönlicher Anstrengung und Leistung ein.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist Grundlage für unser Zusammenleben in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Es ist auch Grundlage unserer repräsentativen Demokratie.

Wir leben in einer pluralen Gesellschaft. Das erfordert eine demokratische Willensbildung, in welcher aus widerstreitenden Meinungen und Interessen Mehrheitsentscheidungen erwachsen, die aber auch die Anliegen und Überzeugungen von Minderheiten achtet.

Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung sind wesentliche Ordnungs- und Gestaltungsprinzipien unseres Staates zur Sicherung der Bürgerfreiheit.

II.

4. Wir wollen eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft in ganz Deutschland konsequent verwirklichen und den Unternehmungsgeist und die Bereitschaft zu unternehmerischer Verantwortung ebenso wie die marktwirtschaftlichen Kräfte weiter stärken. Dadurch erhalten wir Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit, schaffen neue Arbeitsplätze und werden aus ganz Deutschland ein blühendes Land machen.

Die Soziale Marktwirtschaft, von Ludwig Erhard durchgesetzt, hat sich weltweit als die leistungsfähigste und gerechteste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erwiesen. Sie hat ihr geistiges Fundament in der zum christlichen Menschenbild gehörenden Idee der verantworteten Freiheit. Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft sind:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit,
- Wettbewerb und Solidarität
- Eigenverantwortung und soziale Sicherung.

Die Soziale Marktwirtschaft steht im Gegensatz zur sozialistischen Einengung freiheitlicher Rechte und zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, aber auch zu schrankenlosen Wirtschaftsformen liberalistischer Prägung. Sie ist privilegienfeindlich und richtet sich gegen jeden staatswirtschaftlichen Dirigismus sowie gegen die Übermacht marktbeherrschender Kräfte. Die Soziale Marktwirtschaft ist wie keine andere Ordnung geeignet,

- persönliche Freiheit,
- Gleichheit der Chancen,
- Eigentum,
- wachsenden Wohlstand,
- soziale Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt
- und den Schutz der Umwelt

zu verwirklichen und zu sichern.

5. Verwirklichung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit und der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. Die soziale Sicherung soll die Risiken absichern, die der einzelne allein nicht bewältigen kann. Gerechtigkeit gebietet, ausgleichende Maßnahmen zugunsten derer zu treffen, die sonst zurückbleiben würden.

Eine zukunftsorientierte Sozialpolitik muß auch dafür sorgen, daß die Sozialleistungen den wirklich Bedürftigen zugutekommen. Dabei gilt der Grundsatz: Es ist besser, soziale Übel zu verhindern, als sie nachträglich zu beseitigen. Der Staat muß auch für die Interessen derer eintreten, die keine Lobby haben.

Wirtschafts- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Nur eine leistungsfähige Wirtschaft garantiert soziale Gerechtigkeit. Aber eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und führt zu volkswirtschaftlichen Verlusten.

Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft geht wesentlich auf die soziale Partnerschaft zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern zurück. Soziale Partnerschaft setzt auf den Willen zum Konsens. Er bewahrt den sozialen Frieden und trägt damit zum Gemeinwohl bei. Wir setzen deshalb weiter auf soziale Partnerschaft statt Klassenkampf.

Mit der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU in der Bundesrepublik Deutschland einen weltweit vorbildlichen Sozialstaat verwirklicht. Alle großen Sozialgesetze wurden von ihr durchgesetzt. Sie sichern auch in Zukunft allen Deutschen Würde, Freiheit, Vielfalt der Chancen, soziale Sicherheit und Geborgenheit.

6. Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Familie. In einer Gesellschaft, in der die Vielfalt der Lebensstile und Lebensformen, der Interessen und Weltanschauungen weiter zunehmen wird, behält die Familie als Gemeinschaft mit Bindungen auf Lebenszeit und als Ort der Geborgenheit und erster Sinnerfahrung für Kinder eine unverzichtbare und herausgehobene Bedeutung.

Wir wollen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft, in der die Menschen ihren Wunsch nach Kindern verwirklichen können, ohne langfristig Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Wir wollen, daß die Arbeit in der Familie ebenso anerkannt wird wie die Erwerbsarbeit.

Wir wollen gleiche Chancen für Frauen und Männer in der Arbeitswelt, in der Familie, in der Politik und in der Gesellschaft. Männer und Frauen sollen gleiche Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens haben.

7. Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht muß allen älteren Mitbürgern ein gesichertes und sinnerfülltes Leben ermöglichen.

Auch in Zukunft ist die Rente Alterslohn für Lebensleistung. Mit der Einführung der dynamischen Rente haben wir ein weltweit vorbildliches System der Alterssicherung geschaffen. Sie sichert die Teilhabe am Produktivitätsfortschritt der Wirtschaft und gewährleistet Sicherheit und Geborgenheit im Alter.

Sichere Renten sind eine wichtige, aber noch keine hinreichende Voraussetzung für ein erfülltes Leben im Alter. Wir setzen uns dafür ein, daß die Älteren stärker am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

8. Unsere Gesellschaft ist gleichermaßen angewiesen auf die Lebenserfahrung der Älteren wie die tatkräftige Mitarbeit der jungen Generation.

Alles soll getan werden, um jungen Menschen gute Chancen zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung in Schule und Berufsausbildung, beim Start ins Berufsleben und bei ihrem Engagement in der freien Jugendarbeit zu bieten.

Junge Menschen sollen sich aber auch selbst etwas zutrauen. Ihr bieten sich Chancen wie nie, ihre eigene Zukunft in Deutschland und Europa mitzugestalten.

Wir rufen die Jugend zur Mitarbeit für unser Land und seine Menschen, zur Mitarbeit für Frieden und Freiheit, Menschenrechte und Demokratie, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in Europa und weltweit auf.

9. Die 90er Jahre müssen das Jahrzehnt eines weltweiten ökologischen Aufbruchs werden. Die deutsche Einheit bietet neue Chancen für die Umwelt.

Die ökologische Sanierung in den neuen Bundesländern mit Hilfe der Sozialen Marktwirtschaft kommt der Umwelt in ganz Deutschland und in Europa zugute. Sie kann ein Modell für die ökologische Erneuerung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa werden.

Deutschland wird seinen Beitrag zur internationalen Umweltpartnerschaft leisten. Die Umweltaußenpolitik zum Schutz des Klimas, der tropischen Regenwälder und der Meere muß konsequent fortgesetzt werden.

10. Die Durchsetzung von Recht, Sicherheit und Ordnung ist Voraussetzung für persönliche Freiheit, inneren Frieden und soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Recht schützt vor Willkür und Machtmißbrauch; Recht sichert Freiheit auch für den Schwächeren. Wir treten für einen starken Staat ein, der seine Bürger wirksam schützen kann.

Die Verwirklichung des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates auch in den neuen Bundesländern ist unabdingbare Voraussetzung für den dortigen Wiederaufbau in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.

11. Ziel unserer Agrarpolitik ist es, eine möglichst große Zahl bäuerlicher Betriebe wirtschaftlich selbständig und dauerhaft konkurrenzfähig zu erhalten sowie den bäuerlichen Familienbetrieb zu sichern.

Eine leistungsfähige Landwirtschaft ist auch in Zukunft nicht nur für die Nahrungsmittelerzeugung, sondern auch für die Erhaltung der Kulturlandschaft und ihrer ökologischen Funktionen notwendig.

12. Wir wollen eine Gesellschaft, die ihr Selbstbewußtsein nicht nur aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft bezieht, sondern die sich auch als Kulturgesellschaft versteht. Neben der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung werden gerade Kunst und Kultur, Bildung und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft bestimmen. Kultur hilft individuelle Freiheit zu wahren; sie ist ein Gradmesser für Toleranz und Offenheit einer Gesellschaft. Politik muß Kultur fördern, ohne ihre Freiheit einzuschränken.

Bildung und Ausbildung sollen den einzelnen befähigen, sein Leben selbstverantwortlich zu gestalten. Sie dienen der freien Entfaltung der Persönlichkeit und schaffen die Voraussetzungen für die Wahrnehmung von Freiheitsrechten.

13. Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft. Die deutsche Einheit ist Motor der europäischen Einigung. Der Europäische Binnenmarkt, der bis Ende 1992 verwirklicht sein soll, bietet allen Deutschen Freizügigkeit und mehr Freiheit in der EG sowie neue Chancen für Wachstum, Beschäftigung, günstige Preise und ein vielfältiges Angebot an Waren und Dienstleistungen. Wir wollen durch eine Politische Union den Weg für die Vereinigten Staaten von Europa eröffnen. Nur wenn Europa eng zusammenarbeitet, kann es seine Interessen wirksam vertreten und seine Zukunftsfähigkeit behaupten.

Unsere Vision von Europa schließt alle europäischen Völker ein. Wie es gelungen ist, die deutsche Teilung zu überwinden, wollen wir, daß alle Europäer in gemeinsamer Freiheit zusammenfinden. Wir wollen in guter Nachbarschaft mit allen, gerade auch mit den Völkern Mittel-, Ost- und Südosteuropas leben.

Wir wissen, daß die endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze besonders diejenigen Deutschen schmerzt, die durch Krieg und das Unrecht der Vertreibung ihre Heimat verlassen mußten. Wir haben Respekt vor ihnen und ihren Gefühlen und erbitten gleichzeitig ihren unverzichtbaren Beitrag zum Ausgleich und als Mittler zwischen Kulturen und Völkern.

14. Deutschland wird sich am Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur beteiligen. Unser Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung, in der Sicherheit durch Kooperation geschaffen wird. Wir können jetzt die Sicherheit der Völker Europas auf einem noch niedrigeren Niveau der Rüstung gewährleisten. Die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika, das Atlantische Bündnis und die Bundeswehr haben uns in schwieriger Zeit Frieden und Freiheit bewahrt. Auf sie kann auch unter veränderten Bedingungen nicht verzichtet werden.

15. Zur Verantwortung Deutschlands gehört die Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt. Wir arbeiten für eine Welt ohne Hunger, Furcht und Not. Durch die Überwindung der Teilung gewinnen wir neue Kraft für die Bewältigung der globalen Probleme der Menschheit. Dieser Verantwortung werden wir uns gemeinsam mit den europäischen Nachbarn stellen.

Als Teil einer weltweiten Wertegemeinschaft freiheitlicher Demokratien ist es unsere besondere Pflicht, weltweit die Verwirklichung demokratischer Ideale und der Menschenrechte sowie die Festigung des Friedens in Freiheit zu fördern.

III.

16. Wir Deutschen stehen vor einem Neubeginn, vor einer gemeinsamen, besseren Zukunft.

In einer friedlichen Revolution hat sich der Freiheitswille der Menschen gegen den Sozialismus durchgesetzt. Ein Kapitel deutscher Geschichte wurde geschrieben, auf das wir alle stolz sein können.

Wir stehen vor der großen Aufgabe, die Folgen 40jähriger Diktatur und sozialistischer Mißwirtschaft zu beseitigen. Jeder weiß, daß dies nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Die Erblast ist gewaltig, Übergangsprobleme sind unvermeidbar. Wir alle, vor allem aber die Menschen in den neuen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie im wiedervereinigten Berlin stehen vor großen Herausforderungen. Der Sozialismus hat mehrere Generationen um ein menschenwürdiges und freies Leben betrogen. Ihnen jetzt zu helfen, ist ein Gebot nationaler Solidarität. Je entschiedener und geschlossener wir uns alle am Aufbau beteiligen, desto eher werden wir die Übergangsschwierigkeiten überwinden und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse herstellen. Wenn wir zusammenstehen, werden wir aus ganz Deutschland ein wirtschaftlich blühendes und soziales Land machen.

Die CDU hat bewiesen, daß sie in Zeiten des Wandels und des Aufbruchs die Partei für historische Weichenstellungen ist.

Die CDU ist die zukunfts offene, moderne und soziale Volkspartei der Mitte, die am ehesten die mit der Gestaltung der Zukunft verbundenen Probleme lösen kann.

Mit der CDU wird es Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in ganz Deutschland geben.

Sonstige Beschlüsse

Beschluß Nr. C 3

Mit dem 1978 auf dem 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen beschlossenen Grundsatzprogramm hat sich die CDU eine programmatische Grundlage ihrer Politik gegeben. Anknüpfend an die Ideen, die die Gründer der CDU in ganz Deutschland bewegten und die das Handeln der CDU seit 1945 bestimmten, gab dieses Grundsatzprogramm neue Antworten auf neue Herausforderungen und Problemstellungen einer sich wandelnden Gesellschaft. Damit wurde die CDU zu einer modernen Programmpartei; die Ludwigshafener Beschlüsse öffneten den Weg zur Rückkehr der CDU in die Regierungsverantwortung.

Die CDU hat auf großen Programmparteitagen ihre Grundsätze weiter entfaltet und konkretisiert. Dazu zählen insbesondere

- die Stuttgarter Leitsätze für Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft;
- die Essener Leitsätze über die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau;
- die Wiesbadener Beschlüsse zum Schutz des Lebens, zur modernen und humanen Arbeitswelt, für eine kinderfreundliche Gesellschaft und für ein Leben in Würde, Selbständigkeit, Sicherheit und Geborgenheit im Alter sowie für ein menschliches Miteinander mit Kranken, Behinderten und Pflegebedürftigen;
- die Bremer Beschlüsse zur Bewahrung der Schöpfung und für ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern.

Mit diesen Beschlüssen hat die CDU eine grundsatztreue und zukunftsorientierte Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes formuliert, die sie in der Regierungsverantwortung für Bund und Länder verwirklicht.

Das Grundsatzprogramm der CDU ist in seinen Grundsätzen eine auch heute unverändert gültige Standortbestimmung christlich-demokratischer Politik. Auch die wiedervereinigte CDU wird die große Volkspartei der Mitte bleiben.

In den neunziger Jahren steht die Politik vor neuen Aufgaben und Herausforderungen:

Der Zusammenbruch des Sozialismus/Marxismus, die Überwindung der Ost-West-Konfrontation, die deutsche Einheit, die fortschreitende europäische Integration und der deutlicher zutage tretende Nord-Süd-Gegensatz stellen uns vor neue Herausforderungen. Viele Probleme können nicht mehr im nationalen Rahmen gelöst werden. Dazu zählen insbesondere der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen, die zunehmende internationale Arbeitsteilung und Globalisierung der Märkte, die Erhaltung des Friedens und die Lösung regionaler Konflikte. Das geeinte Deutschland muß neue Verantwortung in der Welt übernehmen, vor allem für die Menschenrechte und die Bekämpfung von Hunger und Elend.

Wir müssen neue Antworten geben auf den individuellen und gesellschaftlichen Wertewandel, auf neue Aufgaben für die Familien, auf eine Pluralisierung der Lebensstile, auf neue soziale Fragen, auf den Strukturwandel in der Wirtschaft und im Arbeitsleben, auf die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung sowie auf neue Anforderungen an Bildung und Kultur.

Angesichts eines tiefgreifenden Wandels auf allen Gebieten unseres Zusammenlebens – national wie international – muß das Grundsatzprogramm der CDU überprüft und fortgeschrieben werden.

Deshalb beauftragt der 1. Parteitag der CDU Deutschlands den neugewählten Bundesvorstand, eine Programmkommission einzusetzen, die eine Fortschreibung des Ludwigshafener Grundsatzprogramms erarbeitet. Zwischenberichte über den Stand der Arbeit sind dem Parteitag regelmäßig vorzulegen.

Beschluß Nr. C7

Mit der Deutschen Einheit eine gesamteuropäische Ordnung schaffen

In diesen Monaten verwirklichen Helmut Kohl und Lothar de Maizière die Vision Konrad Adenauers von einem freien und geeinten Deutschland in einem freien und geeinten Europa. Wir vollenden die deutsche Einheit mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober und den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember.

Die CDU in Ost und West freut sich mit den Menschen in unserem Land auf die Einheit Deutschlands nach 40 Jahren der Trennung durch Stacheldraht und Mauer. Sie dankt Helmut Kohl und Lothar de Maizière für ihren unermüdlichen Einsatz für Freiheit und Einheit.

Mit der Überwindung der deutschen Teilung geht die Überwindung der Spaltung unseres Kontinentes einher. Mit der deutschen Einheit wollen wir auch die europäische Einigung voranbringen, denn deutsche und europäische Einheit sind zwei Seiten einer Medaille.

1. Die Europäische Gemeinschaft als Kern der europäischen Friedensordnung

Bundeskanzler Helmut Kohl hat der europäischen Integration nach Jahren der Stagnation neuen Schwung gegeben. Der gemeinsame Binnenmarkt 1992 schafft eine neue wirtschaftliche Dynamik für ganz Europa, die zusätzliches wirtschaftliches Wachstum, sinkende Preise und neue Arbeitsplätze bringt. Die gemeinsame Initiative von Bundeskanzler Kohl und Präsident Francois Mitterand hat eine konkrete Perspektive eröffnet für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Politischen Union.

Europa umfaßt Ost und West. Die Europäische Gemeinschaft, der das geeinte Deutschland angehört, muß zukünftig offenbleiben für neue Demokratien Mittel- und Osteuropas. Die CDU begrüßt deshalb ausdrücklich das Angebot des Dubliner EG-Gipfels vom 28. April dieses Jahres zu Assoziation dieser Staaten und zur Schaffung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Eine zur Politischen Union sich entwickelnde EG wird zum Kern und Ziel einer gesamteuropäischen Friedens- und Freiheitsordnung werden, in der Freiheit, Menschenrechte und Demokratie für alle Europäer gelten und in der wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit für alle verwirklicht werden kann.

Wir begrüßen daher die im Rahmen der KSZE erreichten Erklärungen der Kopenhagener Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE und die Bonner Erklärung über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind zu den tragenden Elementen der neuen europäischen Ordnung geworden.

2. Die Freundschaft mit den USA und die NATO als Garant für Frieden und Sicherheit

Die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika und die NATO haben über 40 Jahre lang Frieden und Sicherheit in Europa garantiert. Sie ist auch wegen ihrer integrierten Struktur ein Faktor der Stabilität in der neuen europäischen Friedensordnung.

Die NATO hat sich den politischen Veränderungen in Europa angepaßt. Sie wird ihre immer schon vorhandene politische Rolle mehr in den Vordergrund stellen und ihre Strategie überprüfen. Die Vorverteidigung in ihrer bisherigen Form ist überholt, und Nuklearwaffen sind in Zukunft nur noch ein Mittel der letzten Zuflucht, eine Rückversicherung gegen mögliche Risiken in Europa.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und das Westliche Bündnis strecken den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion die Hand zur Freundschaft aus. Sie will mitwirken am Aufbau des neuen Europa und die Abrüstung voranbringen. Wir wollen ein stabiles Gleichgewicht in Europa auf niedrigem Niveau erreichen und die Zahl der Nuklearwaffen deutlich reduzieren.

3. Auf dem Weg zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung

Die Konfrontation in Europa wird mehr und mehr durch Kooperation abgelöst und Sicherheit wird zunehmend durch Zusammenarbeit gewährleistet werden. Wir wollen die Chancen nutzen, die die KSZE bietet, um diesen Prozeß voranzutreiben: in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, bei Wissenschaft und Technologie, beim Umweltschutz und im kulturellen Bereich.

Der Europarat ist Brücke zwischen Ost und West in Europa. Er muß gegenüber beitragsfähigen und -willigen Ländern offen sein und kann insbesondere mitwirken an der Schaffung eines einheitlichen Rechtsraumes in Europa, in dem vor allem die Menschen- und Minderheitenrechte gewährleistet sind.

Das geeinte Deutschland will gutnachbarschaftliche Beziehungen zu allen seinen Nachbarn und ein fruchtbares Miteinander verwirklichen. Die CDU wird sich dabei vor allem für Verständigung und Aussöhnung mit Polen einsetzen.

4. Die Sowjetunion

Die Sowjetunion ist Teil der neuen europäischen Friedensordnung. In Abstimmung mit den Nachbarn in Ost und West will das geeinte Deutschland eine neue Qualität der beiderseitigen Beziehungen erreichen, die für alle europäischen Länder gewinnbringend ist. Auf der Grundlage der deutsch-sowjetischen Erklärung vom 11. Juni 1989 und der Vereinbarungen anläßlich des Besuches von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Sowjetunion haben wir einen umfassenden Vertrag über die beiderseitigen Beziehungen geschlossen.

Wir wollen den Reformprozeß in der Sowjetunion unterstützen, auch wenn die eigentlichen Entscheidungen in der Sowjetunion selbst getroffen werden müssen. Die Entwicklung der Beziehungen der Sowjetunion zur EG und NATO verstärkt die politischen und wirtschaftlichen Bindungen.

5. Das geeinte Deutschland in der Welt

Die Welt von heute läßt sich nicht mehr in Ost und West, in Nord und Süd einteilen. Wir haben nur die eine Welt.

Das geeinte Deutschland wird sich seiner besonderen Verantwortung für die Bekämpfung von Hunger, Armut und Elend in der Dritten Welt und für den globalen Schutz unserer gemeinsamen Umwelt stellen. Indem wir die deutsche und europäische Teilung überwinden, gewinnen wir neue Kraft für die Lösung der weltweiten Probleme der Menschheit.

Beschluß Nr. C 9

Der 2. Parteitag der CDU Deutschlands findet in Berlin oder in einem der neuen Bundesländer statt.

Beschluß Nr. D 4

Der erste Parteitag der CDU Deutschlands fordert die Regierungen in Bund und Ländern auf, konkrete Maßnahmen zur notwendigen Bewußtseinsbildung zugunsten der ungeborenen Kinder unverzüglich auf den Weg zu bringen.

Dem 2. Parteitag der CDU Deutschlands ist darüber Bericht zu erstatten.

Beschluß Nr. D 6

Der 1. Parteitag der CDU Deutschlands anerkennt, daß die Bundesregierung durch Exportförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in osteuropäische Länder – insbesondere in die UdSSR – Maßnahmen ergriffen hat, um die Agrarmärkte in Deutschland zu stabilisieren. Die durchgeführten Maßnahmen reichen aber nicht aus, um dem Preisverfall in der Landwirtschaft wirksam zu begegnen.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, dem Preisverfall in der Landwirtschaft weiterhin entgegenzuwirken. Vor allem wird die Bundesregierung aufgefordert, der Preissenkungspolitik der EG-Kommission entschlossen entgegenzutreten, die der mittel- und kleinbäuerlichen Landwirtschaft die Existenzgrundlage zu entziehen droht.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, durch weitere Exportförderung in von Lebensmittelknappheit bedrohte Staaten sowie durch andere Maßnahmen überschüssige Agrarprodukte – namentlich aus den neuen Bundesländern ohne Gegenstimmen und oherstärken, vom Markt zu nehmen.

Schließlich soll die Bundesregierung zusammen mit den Bundesländern ein Konzept erarbeiten und rasch in die Tat umsetzen, das eine gerechte Entschädigung der Leistungen unserer Landwirte zur Pflege und Erhaltung der Natur vorsieht.

Namensverzeichnis

Antall 83

Bechstein 132

Beck 129

Biedenkopf 56, 72

Blüm 101

Böck 73

Brauksiepe 54

Brocke 65

Carstens, Karl 45

Carstens, Manfred 72 ff.

Dieppen 73

Diestel 99

Duchac 97

Echternach 18, 65 ff., 71 ff., 111, 119, 138

Fink 74

Fischer 73

Geisler 74

Geißler 126

Gies 75, 105

Gomolka 88 ff., 107 ff., 120

Gröhe 48, 75

Hellwig 75

Hennig 75

Hintze 76, 119 ff.

Hofmann 16

Hüppe 137

Jäger 135

Jakob 14

Junghanns 76

Katzer 63

Kaufmann 60

Kohl 5, 22, 67 f., 68, 139

Korbella 10ff.

Krampitz 107

Kretschmer 10

Kuntze 125

Laurien 77

Lieberknecht 15

Linssen 37, 45 ff., 77

de Maizière 38, 71, 77
Martens 50
Merkel 62

Neumann 70 f., 86

Pieroth 78

Roitzsch 83 ff., 99 ff.
Rühe 11 ff., 71, 90

Schäfer 78
Schäuble 78
Schubert 59
Schwarz-Schilling 78, 109
Schwerin 79
Steinbrink 12, 131
Stern 101
Stock 79
Süssmuth 134

Teufel 56 ff., 80
Töpfer 80, 121

Verhülsdonk 80
Vogel 81
Vulpius 123

Waffenschmidt 81
Waigel 111
Walzmann 49, 82
Westphalen 133
Wissmann 82

